Inhaltsverzeichnis

« Nun dann, an die Arbeit! Denn es gilt nicht, auf den erlösenden Tag zu warten. Er muss vorbereitet werden. Jeden Tag, Frauen und Proletarier, und im Rahmen unserer Kräfte und Überzeugungen, zu Hause, am Arbeitsplatz, in den Ecken der verlassenen Strassen, von Heute an, zu jeder Stunde, in jedem Moment gilt es zu handeln, zu revoltieren, zu revolutionieren. [...]
Alles aufgestanden!
Und mit den Armen und dem Herzen,
Mit der Rede und der Feder,
Mit dem Dolch und dem Gewehr,
Mit Ironie und Fluchen,
Mit Plünderung und Ehebruch,
Mit Vergiftung und Brandstiftung,
Lasst uns, – auf dem grossen Weg der Prinzipien oder in der Ecke des individuellen Rechts, – durch den Aufstand oder durch die Ermordung, – der Gesellschaft den Krieg erklären!... der Zivilisation den Krieg erklären!... »

Joseph Déjaque, 1852-53
[Auszug aus *La question révolutionnaire*]

Grenzenlos

1. Ausgabe — Zürich, Juli 2011 — Anarchistische Zeitschrift



Über die individuelle Verantwortung

Klar und deutlich gesprochen: noch nie war es so notwendig wie jetzt, anzugreifen. Aber anzugreifen bedeutet, die Verantwortung für das, was man tut, als *Individuum* auf sich zu nehmen. Die unseren Verantwortungen und jene des Gegners wahrzunehmen. Es bedeutet, dass sich jeder Mensch die Konsequenzen von dem, wofür er sich entscheidet, und dem, was er tut, zu eigen machen muss, ohne sich deswegen in ein «politisches Subjekt» zu verwandeln. [Seite 6]

Thesen über den Rassismus

Der Rassismus selbst hat seine Funktion geändert. Von « politisch » und « totalitär », ist er zu einem unmittelbaren Agenten des Kapitals geworden. Als identitäre Reaktion beabsichtigt er die grösste Schwäche des fortgeschrittenen Kapitalismus zu ersetzen: Das Kapital hat keine andere Kultur anzubieten, als *kaufen und verkaufen*: diesen Brocken ist es heute dabei, immer offener auszuspucken, während es hofft, dass die ganze Bevölkerung mittlerweile genug entstellt ist, um sich damit zufriedenzugeben. [Seite 8]

Der Kampf im Val Susa

« Hunderte Gegner durchkämmen das von Taschenlampen und Mond beleuchtete Tal. Dutzende Bäume werden gefällt und auf die verschiedenen Strassen gelegt, die zur Baustelle führen; Gräben werden gegraben – alle Mittel sind gut, um die Panzer aufzuhalten: Bäume, Eisenbahnschienen, Steine, usw. Die Ordnungskräfte durchqueren ein Autobahntunnel und an dessen Ausgang... sehen sie sich gezwungen, wieder hineinzufahren, denn die auf der Hangseite stehenden Leute bewerfen sie mit hunderten von Steinen. » [Seite 46]

Editorial

[Seite 2]

Mit den Aufständen in Frankreich 2005, in Griechenland 2008 und insbesondere diesen Frühling in Nordafrika sahen sich Anarchisten und Revolutionäre, nach jahrzehntelanger Gewöhnung an ein Agieren in Situationen der Befriedung, wieder mit Ereignissen und folglich mit Fragen von einem gewissen Ausmass konfrontiert, mit denen umzugehen wir verlernt zu haben scheinen.
Wie können wir revolutionäre anarchistische Perspektiven in aufständische Situationen tragen? Und vorallem, was uns betrifft, die wir in befriedeteren Gebieten leben: wie können wir, ausserhalb von solchen Situationen, unsere eigenen Kämpfe deutlich in eine solche Perspektive stellen? Wie nutzen wir diese veränderte Ausgangslage, die „Aufstände" nicht mehr als Geschichte aus einem anderen Jahrhundert erscheinen lässt, sondern als reelle Möglichkeit, die viele erlebten, noch viel mehr ermutigte, und allen zumindest bewusster wurde?

«Atomkraft? Nein Danke!» Genügt nicht!

Der Kampf gegen die Atomkraft wäre eine banalisierte Sache, wenn er die Form einer Opposition gegen eine falsche technische Entscheidung annehmen würde. Wenn wir entschlossen sind, die mit dem Atom spielenden Zauberlehrlinge aufzuhalten, dann müssen wir uns Bewusst sein, was das bedeutet: *die Zurückweiseung der Industrie- und Warengesellschaft, ihrer Organisation, ihrer Werte und ihrer Lebensweise.* [Seite 17]

Libyen: Krieg oder Aufstand?

Ist der Aufstand in Libyen zu einer grossen Schreckensgeschichte geworden? Bleibt jetzt, da sich die Lage verschärft hat, nichts anderes mehr als Krieg? Gibt es nichts anderes zu erzählen über diese Ereignisse voller Stärke, Mut und Durchsetzungsvermögen von Menschen, die die Waffen aufgenommen haben, um sich selbst und alle anderen vom Joch eines Diktators zu befreien, der sie 42 Jahre lang unterdrückte? Wir denken schon. Lasst uns die Zeitungen der kapitalistischen Medien einmal beiseite legen und versuchen, den Aufstand von Nahem zu betrachten. [Seite 37]

Von Grenze zu Grenze

Wenige Monate revolutionärer Unruhen entlang der Nordafrikanischen Küste genügten, um auf der gegenüberliegenden Küste das italienische Konzentrationssystem für Sans-Papiers in die Knie zu zwingen. Das CIE von Gradisca und Turin sind so gut wie unbenutzbar. Auch in Brindisi wurden die Wohnbereiche – durch die Stein- und Molotovschlachten von Anfangs Februar und die Brandstiftungen im April – praktisch zerstört. [Seite 44]

Grenzenlos ist unser Verlangen. Das Verlangen nach einer Belebung und Vertiefung der anarchistischen Diskussion. Es ist die Suche nach jener Kohärenz, die ewig entgleitet. Zwischen Ideen und Handeln, Theorie und Praxis, Träumen und Verwirklichung. Denn in ihr wächst bereits heute die Welt, die wir wollen. In der Art und Weise unserer Kämpfe.

Grenzenlos ist unsere Kritik. Im Sinne von masslos und haltlos. Aber auch in Zeit und Raum, also international und historisch. Wie ein gemeinsames Werk der Unbeugsamen, von überall, seit jeher. Die Grenzen nicht nur negierend, sondern sprengend, nicht nur die theoretischen, sondern auch die praktischen, nicht nur jene, die wir uns selbst setzen, sondern alle, die uns auferlegt werden.

Grenzenlos ist unser Mögliches. Im Gegensatz zu den Resignierten, zeigt es sich jenen, die eine Leidenschaft für Subversion verspüren. Im Gegensatz zu den Realisten, spricht es zu jenen, die lieber von ihren Träumen, als vom Bestehenden und seinen „geringeren Übeln“ ausgehen. Es akkumuliert sich in der Revolte, im Aufstand, will aber grenzenlos darüber hinaus.

Grenzenlos ist unsere Freiheit. Sie ist keine Utopie, oder noch schlimmer, eine neue “Gesellschaftsordnung“, sondern eine stetige Bewegung hin zum Unerreichbaren. Denn jede Idee, so auch jene von Freiheit, also Anarchie, ist Abstraktion und *als solche* unerreichbar. Genau darin liegt ihr Wert. Freiheit ist unerschöpflich. Sie ist grenzenlos.

Editorial

In Anbetracht der Ereignisse um uns herum, kann man behaupten, dass die Ära des sozialen Friedens, den die westlichen Demokratien, grob gesagt, seit Anfang der 80er Jahre kannten, langsam aber sicher ihren Abgang bekundet. Immer wieder hören oder, wenn wir das Glück haben, erleben wir, wie mehr oder weniger breite soziale Unruhen die Strassen und Plätze unseres Kontinents aufwühlen. Seien es, wie im Laufe dieses vergangenen Jahres, Sparmassnahmen in England, Bildungsreformen in Italien, Sozialabbau in Griechenland, Rentenreformen in Frankreich oder mordende Bullen in Belgien: die Auslöser sind verschieden, doch im Grunde austauschbar. Was die Revolten wachsen und andauern lässt, sind die bestehenden Verhältnisse, die immer untragbarer werden, und ihre Zurückweisung im Allgemeinen. So machen immer mehr Menschen Erfahrungen mit der Möglichkeit, ihre Unterdrückung eigenhändig zu bekämpfen, Solidarität und Selbstorganisation im Kampf zu leben und jenes Gefühl, jenen Vorgeschmack von Freiheit zu kosten, wenn wir, zumindest im Moment der Revolte, jedem Befehl, jeder Autorität erhaben sind. Diese Erfahrungen öffnen der Entwicklung von anti-autoritären und revolutionären Ideen Raum. Denn Erfahrungen, ebenso wie Ideen, zirkulieren. Sie nähren sich gegenseitig. Diese Zeitschrift nimmt daran Teil.

Mit den Aufständen in Frankreich 2005, in Griechenland 2008 und insbesondere diesen Frühling in Nordafrika sahen sich Anarchisten und Revolutionäre, nach jahrzehntelanger Gewöhnung an ein Agieren in Situationen der Befriedung, wieder mit Ereignissen und folglich mit Fragen von einem gewissen Ausmass konfrontiert, mit denen umzugehen wir verlernt zu haben scheinen. Fragen, die in anderen Zeiten einst lebhaft zirkulierten, Diskussionen, die über die Jahre durch die Perspektivenlosigkeit des „politischen Aktivismus“ und die Errichtung „subkultureller Milieues“ in den Hintergrund gerieten. Wir sehen uns also zunächst mit der Leere konfrontiert, die wir an ihrer Stelle kultivierten.
Wie können wir revolutionäre anarchistische Perspektiven in aufständische Situationen tragen? Und vorallem, was uns betrifft, die wir in befriedeteren Gebieten leben: wie können wir, ausserhalb von solchen Situationen, unsere eigenen Kämpfe deutlich in eine solche Perspektive stellen? Wie nutzen wir diese veränderte Ausgangslage, die „Aufstände“ nicht mehr als Geschichte aus einem anderen Jahrhundert erscheinen lässt, sondern als reelle Möglichkeit, die viele erlebten, noch viel mehr ermutigte, und allen zumindest bewusster wurde?
Gemeinsam mit der Gesellschaft, in der wir leben, haben auch wir verlernt, die Dinge in ihrer Gesamtheit zu denken und in diesem Sinne von ihnen zu sprechen. Allzu oft verlieren wir uns in Diskussionen um irgendwelche Teilaspekte, ohne zu verdeutlichen, dass es uns sowieso um *alles* geht. Nicht um Politik, um Rechte, um Papiere, um „kulturellen Freiraum“ oder um irgendeine

Diese Zeitschrift wird so oft erscheinen, wie es die Umstände erfordern, wie es unsere Kapazitäten ermöglichen. Sie wird in Form, Umfang und Schwerpunkten variieren und sich ihren Platz fortwährend suchen. Kritiken und Beiträge sind also äusserst erwünscht.

Ab der nächsten Ausgabe soll es eine Rubrik für Kommentare geben. Wenn ihr also Kritiken oder Kommentare zu hier publizierten Texten oder eigenständige Diskussionsbeiträge schreiben wollt, schreibt an unsere Kontaktadresse. Wir behalten uns jedoch vor, sie alleinstehend, kommentiert oder nicht abzudrucken.

Kontakt:
grenzenlos@riseup.net

TABULA RASA
Postfach 1758
8026 Zürch

wäre auch hier dazu bestimmt, die Schrecken eventueller Lynchungen herunterzuspielen.
Das Anwachsen der neofaschistischen Organisationen in den letzten Jahren ist deutlich erkennbar. In Italien beispielsweise häufen sich ihre politischen Sitze praktisch überall und die Öffnung zahlreicher identitärer Freizeitslokalitäten, wie Pubs und Kulturzirkel, zeigen wie weit ihr Ziel einer engmaschigen Ausbreitung über das Territorium fortgeschritten ist.
Die schon immer von der politischen, juristischen und polizeilichen Macht gesicherte Deckung macht sich noch deutlicher, indem sie klare Anzeichen eines operativen Zusammenschlusses aufzeigt. Es ist nicht nur, dass die Polizei sorgfältig meidet, die Faschisten anzuzeigen, und die Richterschaft zur Begrenzung des Schadens eingreift, falls dies nicht möglich ist, auch die Episoden offener Zusammenarbeit zwischen Faschisten und Ordnungskräften, sei es in Situationen auf der Strasse oder in der Vorbereitung von Hinterhalten zu Schaden von Gefährten, werden immer häufiger. Noch haben wir sie in Italien nicht Seite an Seite aufgestellt handeln sehen, wie es in Griechenland oft geschieht, doch es scheint keine allzu ferne Hypothese zu sein.
Wenn wir Anarchisten denken, ein Funke sein zu können, der die Pulverfässer des sozialen Konflikts zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern entfacht, sind die Faschisten Beschützer und Unterstützer der Bosse, um eines der antreibenden Elemente im Krieg unter Ausgebeuteten selbst zu sein.
[...] Wir glauben nicht, dass der Widerstand gegen die Präsenz und Verbreitung von neofaschistischen Organisationen nur an einen, wenn auch legitimen Hass auf die Verherrlichung gebunden sein darf, die diese von einer freiheitstötenden Vergangenheit machen. Was unsere Feindlichkeit beleben sollte, ist vielmehr die Rolle, die sie in der Konstruktion der gegenwärtigen Unterdrückung ausüben und vor allem ausüben könnten.

Verschiedenes

Trotzdem keine Angst

Dänemark: Am 26. April werden vier 19- bis 23-jährige Personen verhaftet, die angeblich planten, eine Polizeischule in Brand zu stecken. Zum Zeitpunkt befanden sie sich im Innern einer Polizeischule von Broedbyoester, in einem Aussenbezirk von Kopenhagen, mit Leuchtraketen und Molotov-Cocktails. Die selben Personen werden auch für eine versuchte Brandstiftung an einer Bank im Januar verdächtigt.

Weissrussland: Am 27. Mai werden in Weissrussland die Anarchisten Igor Olinevich, Nikolai Dedok, Aleksandr Frantskevich, Maxim Vetkin and Evgeni Vaskovich verurteilt. Die jungen Männer werden für unterschiedliche Angriffe angeklagt.

Igor Olinevich wird für Angriffe gegen das Russische Konsulat und die Belarus-Bank, einen Angriff gegen die provisorische Haftanstalt, einen Angriff gegen ein Casino und eine illegale Demonstration im Hauptquartier der Armee angeklagt. Er wird zu 8 Jahren Haft unter strengem Regime (besondere Einschränkungen der Besuche, Briefe, Pakete und anderer „Knastprivilegien“) verurteilt.

Nikolai Dedok wird für Aktionen gegen das Casino, das Hauptquartier der Armee und eine vom Staat kontrollierte „gelbe Gewerkschaft“ (diese verwerfen den Klassenkampf, stellen sich Streiks entgegen und fördern die Kollaboration zwischen Kapital und Arbeitern) zu 4 1/2 Jahren Haft unter strengem Regime verurteilt.

Aleksandr Frantskevich wird ebenfalls für Aktionen gegen die staatliche Gewerkschaft und das Hauptquartier der Armee und einen Polizeiposten in Soligorsk, sowie für Beschädigung der Internetseite der Stadt Novopolotsk zu 3 Jahren Haft unter strengem Regime verurteilt.

Maxim Vetkin wird für Aktionen gegen die BelarusBank und das Russische Konsulat verurteilt. Er Kollaborierte mit den Untersuchern und sagte gegen die anderen aus. Er erhielt 4 Jahre in einem Gefängnis mit „niedriger Sicherheit“. Er wurde zwischenzeitlich freigelassen.

Evgeni Vaskovich wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis mit „niederer Sicherheit“ für den Angriff von Soligorsk verurteilt. Auch er kollaborierte mit den Untersuchern und sagte gegen die anderen aus.

Die Angeschuldigten sollen den betroffenen Institutionen 100 Millionen Rubel (etwa 14’000 Euro) bezahlen.

Das Anarchistische Schwarze Kreuz von Weissrussland sagt, das die Strafen politisch sind und praktisch keine Beweise in den Anklagepunkten vorliegen.

Die Anarchisten *Yawgen Vaskovich*, *Paval Syramalotaw* und *Artsyom Prakapyenka* werden für eine direkte Aktion gegen ein Gebäude der KGB in der Stadt Bobruysk zu je 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Aktion geschah in Solidarität mit den oben genannte Angeklagten. Die Personen hatten keine Verbindungen zum dortigen anarchistischen Umfeld, darum sind die Kontakte schwer herzustellen.

Adressen der Gefangenen

Dedok Nikolai Aleksandrovich
IK-15, 213105, Mogilev, p/o Veino,
Slavgorodskoe shosse, 5 km.
KARANTIN
BELARUS

Frantskevich Aleksandr Vladimirovich
IK-22 “Volchi nory”, 225295 ,
Brestskaya obl., Ivatsevichski r-n, st.
Domanovo
KARANTIN
BELARUS

Olinevich Igor Vladimirovich
IK-10, 211440,
Vitebskaya obl., Novopolotsk, ul.
Tekhnicheskaya, 8
KARANTIN
BELARUS

Vaskovich Evgeni Sergeevich
IK-15, 213105, Mogilev, p/o Veino,
Slavgorodskoe shosse, 5 km.
KARANTIN
BELARUS

Projekte von Gefährten

A Corps Perdu: internationale anarchistische Zeitschrift in 5 Sprachen (*www.acorpsperdu.wikidot.com* - Deutsch: *acorpsperdu_deu@riseup.net*).

Belgien

Bibliothèque anarchiste „Acrata“: 32, rue de la Grand Ile, 1000 Brüssel
acrata@post.com

***Hors Service / Buiten Dienst*:** französisch/niederländische anarchistische Strassenzeitschrift. (*www.journalhorsservice.blogspot.com*)

Rookenas: Unruhenachrichten aus Belgien (*rookenas.blogspot.com*).

Frankreich

Bibliothèque anarchiste „Libertad“
19, rue Burnouf, 75019 Paris
bibliothequelibertad@riseup.net

Cette Semaine: Mittlerweile eingestellte anarchistische Zeitschrift. Eine Seite mit internationalen Unruhenachrichten (*www.cettesemaine.free.fr/spip/index.php3*) wird jedoch noch immer laufend aktualisiert.

Mutines Seditions: Anarchistische Edition (*www.mutineseditions.free.fr*)

Ravage Editions: Anarchistische Edition (*www.ravage-editions.blogspot.com*)

***.Non Fides*:** Ehemalige Zeitschrift und Seite mit anarchistischen Nachrichten und Texten (*www.non-fides.fr*)

Guerre au Paradis: Anarchistische Zeitschrift aus Frankreich (*www.guerreauparadis.blogspot.com*)

***Lucioles*:** Anarchistische Strassenzeitschrift aus Paris

England

Elephant Editiones: anarchistische Texte und Pamphlete auf Englisch (*www.alphabetthreat.co.uk/elephanteditions*)

Italien

Biblioteca „F.Ferrer“: Piazza Embriaci 5/13, 16123 Genua

Finimondo: Italienische Seite mit neuen und alten anarchistischen Texten (*www.finimondo.org*)

Machete: Anarchistisches Aperiodika (*www.macheteaa.org*)

Adesso: Blatt für soziale Kritik aus Genua (*www.guerrasociale.altervista.org/adesso.htm*)

***Invece*:** Anarchistische Monatszeitschrift

***Anarchismo*:** Verlag und ehemalige zweimonatliche Zeitschrift von 1975-94 (*www.edizionianarchismo.net*)

Schweiz

An die Waisen des Existierenden: Unruhenachrichten und anarchistische Texte (*www.andiewaisendesexistierenden.noblogs.org*)

Belgien, Frühling-Sommer 2011



20. Mai – La Roeulx: Einige Personen verschaffen sich Zugang in ein Gebäude von Fluxys. Sie entleerten Feuerlöscher in den Räumlichkeiten. Fluxys ist ein Unternehmen zum Transport und zur Lagerung von Naturgas.

24. Mai – Mons: Die Polizei verhaftet drei Personen. Sie werden angeschuldig, eine Überwachungskamera und mehrere Autoscheiben eingeschlagen zu haben.

25. Mai – Leuven: Zwei Polizeiposten werden mit Farbe beworfen.

28. Mai – Ittre: Fünf Autos von Gefängniswärtern werden in der Nacht durch Brandstiftung vollständig zerstört. Die Wärter traten am Nachmittag in Streik, um gegen die steigende Aggression gegen sie zu protestieren. Immer öfters werden sie, auch wenn sie nicht bei der Arbeit sind, erkannt, beleidigt und auch verprügelt. *« Molotovs gegen das Haus eines Wärters sind keine Ausnahme mehr »*. *« Wärter, Doktoren, Direktoren und Sozialarbeiter, die im Isolationsmodul des Gefängnis von Brugge arbeiten, werden, wenn sie das Gefängnis verlassen, beschumpfen, bedrängt und systematisch Abphotographiert »*.

27. Mai – Liege: Ein 28-Jähriger Gefangener schafft es, aus dem Hochsicherheitsgefängnis von Lantin auszubrechen. Vier Komplizen des Ex-Gefangenen stellten von aussen eine Leiter gegen die Wand und liessen eine Strickleiter herunter. Sie hielten die Wärter durch Luftschüsse mit Maschinengewehren auf Abstand. Die vermutlichen Fluchtautos wurden etwas später niedergebrannt aufgefunden. Der Ausbrechende war wegen einer Reihe von bewaffneten Überfällen zu mehreren Jahren Haft verurteilt.

28. Mai – Charleroi: Personen, die sich Zugang in die Technische Hochschule verschaffen, stecken an 6 verschiedenen Orten mehrere Container, Papiere und Abfall in Brand. Trotzdem kann die Feuerwehr leider rasch löschen.

30. Mai – Ronse: Nach einer Intervention der Polizei wird diese von einer Gruppe von Jugendlichen angegriffen. Eine Person wird verhaftet. Die Aufrührer folgen der Polizei bis auf den Posten, wo sie beginnen, die Station anzugreifen, den Eingang einzubrechen und mit den Polizisten zu prügeln. Ein Bulle wird verletzt, auch mehrere Jugendliche haben geringfügige Verletzungen. Der Verhaftete wird nach dem Angriff ohne Anklage wieder freigelassen.

30. Mai – Belgien: von 2005 bis 2010 gelang es 248 Migranten, aus den Ausschaffungsknästen auszubrechen.

4. Juni – Brüssel: 50 Jugendliche verwüsten die Metrostation von Heysel. Sie leerten Feuerlöscher, beschädigten Essensautomaten und Abfalleimer.

12. Juni – Namur: Ein Gefangener, der im Gefängnis von Andenne inhaftiert ist, kann während eines Spitalaufenthalt fliehen. Auch zwei Häftlinge des Gefängnis von Nivelle können entfliehen. Sie bedrohten einen Wärter mit selbstgemachten Messern und konnten durch die Eingangstore abhauen.

13. Juni – Wetteren: Grosse Teile von Gentechfeldern werden von etwa 200 Leuten zerstört.

13. Juni – Sint-Truiden: Die Polizei wurde unter dem Vorwand gerufen, in einem Lift stecken geblieben zu sein, als dann jedoch zwei Polizisten vor Ort eintreffen, werden sie von vier Personen aus dem Auto gezogen und angegriffen. Auch das Auto wird beschädigt. Die vier Personen werden von der anrückenden Verstärkung verhaftet.

14. Juni – Molenbeek (Brüssel): In der Folgenacht auf die Verhaftung von drei Personen in einem gestolenen Fahrzeug, wird ein Abschleppwagen mit 2 Autos und ein Container in Brand gesteckt.

15. Juni – Andenne: Vor einem Gymnasium werden Abfalleimer in Brand gesteckt. Das Feuer bringt Scheiben zum zerbrechen. Diese Schule war bereits mehrfach Ziel von solchen Angriffen.

19. Juni – Brüssel: Zu Beginn einer Demonstration von 500 “Empörten“ (wie sie sich nennen, dieses moderne Phänomen...), die ihre Unzufriedenheit mit der politischen, ökonomischen und sozialen Situation in Europa zum Ausdruck bringen wollen, kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, als einige Demonstranten entscheiden, die legale Route zu ändern. Während der zwei Versuche, die Polizeilinie zu durchbrechen, schlägt die Polizei zu und setzt Pfefferspray ein. Einige Demonstranten reagieren mit geworfenen Gegenständen und Rufen. Natürlich distanzierten sich die „Empörten“ von diesen Gewalttätern.
Am Tag zuvor versammelten sich einige Personen auf einem öffentlichen Platz in Couvin, um zu betonen, das empört zu sein nicht ausreicht.

Probelauf in Bürgerkrieg

[aus *Invece*, nr. 6, Juli, Italien]

Ein Raubüberfall im Zentrum von Athen, der mit der Tötung eines griechischen Händlers endete, gab am vergangenen 10. Mai den Anstoss für eine mehrtägige Hetzjagd auf Migranten. Sofort kümmerten sich die Informationsorgane darum, die Gemüter zu entzünden und gleichzeitig die Schuldigen aufzuzeigen, indem sie von der ersten Stunde an von „drei verdächtigten, dunkelhäutigen Personen“ sprechen. Die Empfehlung wurde von faschistischen Gruppen entgegengenommen, die begannen, alle Migranten zu überfallen, denen sie auf der Strasse begegneten, ihre Behausungen zu stürmen und ihre Geschäfter anzugreifen, während sie Blut und Zerstörung hinterliessen. Auch eine Mensa für Arme wurde in Anstrum genommen, wobei viele niedergestochen und mit Flaschen geschlagen wurden. Auch in den folgenden Tagen haben hunderte Faschisten diese Pogrome fortgeführt und über die Stadt eine angstbedingte Ausgangssperre gelegt.
Diverse Migranten wurden ermordet, dutzende liegen schwerverletzt im Spital.
Die Presse vervollständigt schliesslich ihre Arbeit, indem sie die reaktionäre Gewalt herunterspielt und weiterhin in das Feuer des Migrationsnotstands pustet.
Während dieser drei Tage wurden auch veschiedene anarchistische Besetzungen angegriffen, denen es trotz der offenen Zusammenarbeit zwischen Faschisten und Ordnungskräften gelang, sich irgendwie zu verteidigen.
Ein weiteres Mal trifft uns, was in Griechenland passiert, wie ein Messer in den Bauch.
Die Revolten, die nach der Ermordung von Alexis ausbrachen, erwärmten unsere Herzen und erinnerten die Skeptiker an die auch innerhalb der europäischen Demokratien bestehende Möglichkeit des Aufstands.
Die sich in diesen Tagen entfesseelnden Lynchungen hingegen, schleudern uns den Albtraum vor die Augen, der sich verwirklichen kann, sollte der soziale Krieg, jener, der zwischen Unterdrückten und Unterdrückenden verläuft, nur eine gute Absicht bleiben. Denn die Alternative zu diesem ist nicht der soziale Frieden, mit seinem Gleichgewicht zwischen Zugeständnissen und Repression, Rechten und Pflichten, in dem wir bisher überlebt haben. Die Schwächen und Fehler der Kämpfe, die wir in Zukunft entwickeln werden, werden wir vielleicht auf noch teurere Weise bezahlen, indem sie der Brutalität des Bürgerkriegs die Türen öffnen.
Eine Bedrohung, der Griechenland leider sehr viel näher scheint...
Die Informationsmittel machen nichts anderes, als den Krieg unter Armen anzuregen, indem sie versuchen, die Unzufriedenheit in einen Groll umzuwandeln, den es überwiegend an den Migranten auszulassen gilt. Die Migrantionsbedrohung

Finnland, Frühling-Sommer 2011

Während der vergangenen Monate fanden in Helsinki diverse direkte Aktionen in Solidarität mit dem dortigen bedrohten sozialen Zentrum Satama statt:

13. April: Fünf Müllcontainer werden beim Bahnhof von Pukinmäki in Helsinki angezündet und einige Sprayereien wurden hinterlassen. In den zwei folgenden Nächten brennen weitere Container in Vantaa.

19. April: Eine Gruppe von Leuten entfacht einen Brand auf der Strasse und lauert auf das Anrücken der Polizei, um diese mit Steinen und Farbbomben zu bewerfen.

31. Mai: Mit einer Barrikade aus brennenden Containern wird eine viel von der Polizei befahrene Strasse blockiert.

3. Juni: Ein Brandsatz wird unter einem Auto einer privaten Sicherheitsfirma platziert. *« Wir entschieden uns schliesslich, sie nicht zu zünden, um Passanten nicht zu verletzen »*.

4. Juni: Im Quartier Tapaninvainio von Helsinki werden Tankstationen mit Molotovs beworfen.

« Mit den Angriffen wollen wir unsere Solidarität mit den Kameraden des Sozialen Zentrums von Satama zeigen [...]. Wir schicken auch unsere revolutionären Grüsse an die rumänischen Migranten von Helsinki, die täglich vom Gewaltapparat des Staates unterdrückt werden.
Mit diesen Angriffen drücken wir unsere Unterstüzung gegenüber allen anarchistischen Gefangenen aus und wollen daran erinnern, das der Kampf trotz der Repressionsversuche des Staates weitergeht.

Die Zeit des Blabla ist vorbei, es lebe die Anarchie! »

Art von Zugeständnis seitens einer Autorität. Was wir wollen, hat mit den bestehenden Strukturen überhaupt nichts zu tun. Diese Gesellschaft war schon immer eine autoritäre und ausbeuterische Gesellschaft. Daher wollen wir die Umwälzung aller uns bekannten gesellschaftlichen Verhältnisse. Darum wollen wir die Anarchie.
Um es mit den Worten eines alten Gefährten zu sagen: *« Wir können nicht behaupten, dass es irgendwo in der Welt praktisch sei, wie eine Katze um den heissen Brei zu schleichen bzw. dasjenige gänzlich zu verschweigen, was vor allem klar und deutlich ausgesprochen und erörtert werden muss, wenn es früher oder später verstanden werden soll. »*
Gerade in Zeiten, in denen das Gefühl verbreitet scheint, dass in dieser Welt irgendetwas grundlegend falsch läuft (mit Fukushima als nur einem weiteren besonders deutlichen Hinweis dafür), sollten wir möglichst deutlich klarstellen, dass es uns nicht um irgendeine Verbesserung auf dem Fundament des Bestehenden geht, sondern darum, eben dieses Fundament zu zerbröckeln: die autoritäre, ökonomische, politische, techno-wissenschaftliche und jegliche sonstige Art von Haltung, die das Leben hintenanstellt, zu Gunsten von Macht und Profit.

Nun, wir haben nichts anzubieten. Und das ist auch gut so. Wir wollen niemanden dazu bringen, sich vom einen Propheten (dem gegenwärtigen Spektakel) abzuwenden, nur um sich dann einem neuen (dem revolutionären Spektakel) anzuschliessen. Es ist genau diese elende Betrachter-Rolle, die wir beseitigen wollen. Es geht uns nicht darum, die Individuen in zu organisierende Masse, sondern die Masse in Individuen zu verwandeln. Auf dass sich jeder und jede über die eigene Verantwortung über das eigene Handeln bewusst wird, und dass es die eigenen Verlangen sind, die die Selbstemanzipierung inspirieren. Jede Perspektive, die in einer vormodellierten Utopie, in einem neuen „Gesellschaftsmodell“ mündet, impliziert auch eine Avantgarde, die sie durchsetzt (sei dies nun eine Partei oder die „Diktatur des Proletariats“). Daher ist unsere einzige Perspektive jene, die sich grenzenlos in Richtung Freiheit erstreckt.

Es ist voraussehbar, dass das kapitalistische Herrschaftssystem auf einen Engpass zusteuert. Die Massnahmen dazu werden schon seit Jahren in die Gänge geleitet. Gesetzespackete werden durchgedrückt, die NATO konzentriert sich in ihrem Zukunftsprogramm auf „innere Einsätze“, Regierungen erhalten eine „autoritäre Wende“. Die wirtschaftlichen Umstände drängen die Staaten zunächst an der Peripherie der westlichen Demokratien dazu, einstige „soziale Errungenschaften“ (Versicherungen, Rente, Dienstleistungs- und Gesundheitswesen, etc.) nach bis nach wieder abzubauen. In Griechenland, Portugal und Irland sind diese Prozesse bisher am deutlichsten spürbar. Letztere beiden scheinen wie ein Pulverfass, dass sich wohl nur dadurch schwer entzündet, da beide seit Jahrzehnten (Portugal seit der „Revolution“ von 1974/75) nur wenig revolutionäre Agitation oder breite soziale Kämpfe kennen. Während sich das Pulverfass in Griechenland, das seit dem Sturz der Militärdiktatur eine kontinuierliche soziale Konfliktualität und eine wachsende anarchistische Bewegung kennt, spätestens nach dem Mord an einem jungen Anarchisten im Dezember 2008 endgültig endzündete.
Wir können wohl davon ausgehen, dass diese gesellschaftlichen Prozesse nicht an der Peripherie stehen bleiben werden, ebensowenig, wie die Erfahrungen der Revolten. Bei den Aufständen in Nordafrika zum Beispiel haben wir sehr schön gesehen, wie jene, die die Gelegenheit nutzten, um ihre miserable Situation zu verlassen, und in den Lagern für Migranten auf Lampedusa oder in Italien landeten, ihre Revolte weitertrugen, und mehrere Ausschaffungsgefängnisse niederbrannten und komplett zerstörten. Einige, die später bis nach Paris gelangten, besetzten dort als „Kinder der Tunesischen Revolution“ Häuser und forderten: *« Weder Polizei, noch Wohltätigkeit »*, sonder *« Ein Ort, um sich zu organisieren »*.
Aufgrund dieser Haltung, die viele legalistische Gruppen zurückstiess, kam es dann auch, das in diesem Kampf vor allem viel Austausch mit französischen Kameraden entstand.
Wir wollen noch einmal betonen: etwas vom schönsten, was uns die verschiedenen Aufstände überall gegeben haben, ist eine Verbreitung der Möglichkeit, wieder von Aufständen, von der sozialen Revolution zu sprechen, von dem schliesslich, wonach es uns verlangt, ohne sowieso als Realitätsfremd betrachtet zu werden.
Worauf wir also hinauswollen, ist, dass wir denken, dass es immer wichtiger wird, wieder in anderen Termen zu denken, wenn wir das nächste Mal nicht bloss sprachlos danebenstehen wollen, wenn der Zug an uns vorbeirauscht. Es geht um eine Perspektivenverschiebung, die überall angebracht ist, und je nach Kontext andere Möglichkeiten enthalten wird. Dabei scheint es uns immer essenzieller, den Blick über den Tellerrand zu heben und den internationalistischen Aspekt unserer Kämpfe zu betonen und zu pflegen. Die Erfahrungen und Diskussionen unter Anarchisten sollten, ebenso wie die Erfahrungen der Aufständischen, keine Grenzen respektieren.
Aus diesem Blickwinkel ist es also alles andere als unsinnig, sich auch hier in der Schweiz mit Fragen auseinanderzusetzen, die sich in anderen Kontexten offensichtlich akuter aufdrängen als hier. Und zwar in dem Sinne, wie es auch hier alles andere als unsinnig ist, uns zu überlegen, wie wir unsere Position als Sozialrevolutionäre verdeutlichen und praktizieren können.

Erfahrungen und Perspektiven in der Schweiz

Der Versuch, revolutionäre Perspektiven in unsere Kämpfe zu tragen, beginnt unserer Meinung nach zunächst mit dem Versuch, auf jene Art und Weise zu kämpfen, auf die wir auch gerne Leben würden. Das heisst, selbstorganisiert und auf zwischenmenschlicher Affinität basierend, ohne die Verantwortung über unser Handeln zu delegieren oder sie irgendeinem Banner unterzuordnen, ohne uns zu unterwerfen, also ohne irgendeine Autorität zu akzeptieren, indem wir von ihr fordern oder mit ihr verhandeln, uns der Ausbeutung nicht nur entziehend, sondern sie aufzeigend und angreifend, uns stetig selbst hinterfragend, unsere individuellen Vorstellungen verwirklichend und durch jene der anderen erweiternd.

Vergangenen Herbst machte sich hier in der Schweiz im Zusammenhang mit einer Abstimmung über ein neues Asylgesetz eine gewisse soziale Unzufriedenheit breit. Aus verschiedenen Richtungen wurde versucht, eigene Diskurse voranzutragen, die den demokratischen Abstimmungszirkus und eine blosse „anti-rassistische“ Opposition zurücklassen, um das Fundament dieser Gesellschaft zu kritisieren und unseren Drang nach Revolte zu bekräftigen, bzw. jenen von anderen Unterdrückten zu verteidigen und zu ermutigen. Innerhalb der Spannung, die sich um dieses neue Gesetz breitmachte, das letztlich natürlich nicht nur Migranten, sondern, durch eine allgemeine Verschärfung der Kontrolle, uns alle betrifft, manifestierten sich Akte, die die Delegation verneinen (direkte Angriffe auf verantwortliche Institutionen und Personen), oder das System der Delegation gleich selbst in Angriff nahmen (Angriffe auf Wahllokale oder das Stehlen und öffentliche Verbrennen einer Wahlurne). Anarchistische Plakate und Flugblätter wurden (auch mehrsprachig) auf den Wänden und in den Strassen in Umlauf gebracht. Die Worte

Schweiz, Herbst/Winter 2010

Rauch über Freiburg – Bei einer Demonstration in Freiburg, deren Auslöser die polizeiliche Ermordung eines 18-jährigen Autodiebes war, kam es vor dem Gefängnis, wo dessen Mitfahrer und Bruder inhaftiert sind, zum ersten Zusammensstoss mit der Polizei. Bis dahin wurden etliche Flyer auf den Strassen verteilt und Sprayereien angebracht. Nach dem die ca. 150 Demonstrierenden von einigen Riot-Cops zurückgetrieben wurden, kehrten sie in die Innenstadt zurück, wo sie sich, nachdem mehrere Fenster und die Eingangstüre des Polizeipostes zerschlagen wurden, in alle Gassen zerstreuten.

Solidarität – Als die Stadtpolizei Anfangs September in der Langstrasse in Zürich einen mutmasslichen Drogendealer festnehmen will, solidarisieren sich gegen 200 Passanten mit dem dunkelhäutigen Mann. Die Verhaftung muss mit einem massiven Aufgebot geschützt werden. Angeblich flogen auch Flaschen.

Revolte in Genfer Ausschaffungsgefängnis – Am Samstag dem 9. Oktober haben in dem Genfer Ausschaffungsgefängnis von Frambois ca. 20 Inhaftierte rebelliert und die Einrichtung verwüstet. Die Gefangenen griffen die Wärter an, als diese einen jungen Häftling wegsperren wollten, der sich gegen die Verlängerung seiner Haft wehrte. Schliesslich revoltierte das ganze Gefängnis. Einige holten die Matratzen aus ihrem Zimmer, um sie anzuzünden, und sagten, sie seien bereit, für ihre Freiheit zu sterben. Die Führung rief die Polizei, welche daraufhin die Räumlichkeiten belagerte (100 Polizisten, Ambulanz etc.)

Angriff auf ISS – Etwa eine Woche nach den Unruhen in Frambois wurde der Schweizer Hauptsitz der Firma ISS in Zürich Altstetten angegriffen. Alle Scheiben des Eingangsbereiches wurden eingeschlagen. ISS international beteiligt sich u.a. am Unterhalt von Ausschaffungsknästen und erfüllt auch Aufgaben als privater Sicherheitsdienst. *« Dieser Angriff geschah in Solidarität mit der kürzlichen Revolte im Genfer Ausschaffungsknast in “Frambois”! Für die Zerstörung aller Ausschaffungsknäste! [...] »*

JailTrain – *« Zürich, Dienstag Morgen, ca. 2 Uhr: Ein unter der Europabrücke parkierter Van der SBB fängt Feuer. [...] SBB beteiligt sich in aktiver Zusammenarbeit mit der Securitas Gruppe an Ausschaffungen (Spezialzug “JailTrain” für Transport von Gefangenen, Denunziation von Sans-Papiers bei Kontrollen, usw.). »*

Migrationsamt niederreissen – Anfangs November wurde das Migrationsamt nun schon zum dritten mal innerhalb eines Jahres angegriffen. Jedes Mal wurden auf der Vorderseite etliche Scheiben eingeschlagen. Einmal war zu lesen *« Das Illegalisieren von Menschen kommt euch teuer zu stehen »* und einmal *« Pour un monde sans papiers »* [Für eine Welt ohne Papiere].

Ein Atemzug Freiheit – In der Nacht auf Mittwoch den 03.11.10 wurden deim Hauptsitz von ORS in Zürich mehrere Scheiben eingeschlagen, auf der Frontwand war gross zu lesen: *« Ausschaffungsorgane angreifen = ein Atemzug Freiheit »*.

erweiterten die Bedeutung der Ereignisse, und umgekehrt.
Die im Vorfeld der Abstimmung angewachsene Dynamik, flachte nach den Demonstrationen am Tag nach der Abstimmung, bei denen vor allem in Zürich und Bern zahlreiche Einrichtungen des Kapitalismus verwüstet wurden, leider wieder ab. Die über einen längeren Zeitraum anhaltende Sensibilität auf eine gewisse Thematik, die, wie jede andere, ein Ansatzpunkt für unsere Kritik sein konnte, ermöglichte Dynamiken, die durch das hin und her Springen zwischen Reaktionen auf die verschiedenen Ereignisse des kapitalistischen Alltags schwieriger aufkommen. Doch auch diese, wie wir sahen, blieb begrenzt, da sie noch immer an einen Zeitplan gebunden blieb, den nicht wir, sondern der Staat und die Medien festsetzten, und weil es, trotz Bemühungen, nicht gelang, sich von diesem loszulösen. Darum scheint es uns interessanter, an der Entwicklung von eigenen Kämpfen zu arbeiten, die gewiss nicht von den Prozessen in der Gesellschaft losgelöst, aber auch nicht von ihnen abhängig sein sollten; deren Zeitlichkeit wir also selbst bestimmen. Kämpfe, die sich genug Zeit und Raum nehmen, dass in ihrem Innern die Diskussionen wachsen und die Begegnungen sich vervielfältigen können. Und wir sprechen hier nicht von Teilbereichkämpfen, bloss nicht, sondern davon, mit unserer theoretischen und praktischen Kritik, die immer eine anarchistische und revolutionäre sein wird, dort anzusetzen, wo wir das Gefühl haben, dass sich über die Zeit eine allgemeine soziale Spannung schüren lässt.
Das will auch nicht heissen, die spontanen Gelegenheiten zu ignorieren, die uns der Lauf der Dinge in der Gesellschaft immer wieder bieten wird, sondern, im Gegenteil, sie untereinander und mit unseren eigenen Kämpfen zu verbinden. Sie im Kontext des sozialen Krieges zu verorten, der sich täglich zwischen den Eignern und den Enteigneten dieser Welt abspielt. Und erzählt uns nicht, es wäre überrissen von Krieg zu sprechen. Um die Zeilen eines Flugblatts zu verwenden, das im Mai 2010 in Lausanne verteilt wurde, als sich die „Todesfälle“ in Gefängnissen, bei Ausschaffungen und bei „Verhaftungen“ gerade besonders stark häuften: *« was diejenigen auch denken und sagen mögen, die die Schweiz noch immer, im Widerspruch zu allem, als im Ozean der Welt verlorene, vom allgemeinen Sturm verschonte Insel des Friedens betrachten möchten: der Krieg spielt sich auch hier und jetzt ab. [...] Und man sage uns nicht mehr, der Krieg sei weit weg, er sei etwas anderes, etwas viel schlimmeres. [...] Er manifestiert sich bloss mit stärkerer oder geringerer Intensität, mit seinen Waffen, seinen Taktiken, seinen Strategien und seinen Toten, je nach den Erfordernissen des Momentes. »* Es sind stets die Armen, die Ausgeschlossenen, die Unerwünschten, die durch die Bullen, den Knast oder Arbeit unter miesesten Bedingungen umkommen. Auch dieses Jahr lesen wir alle paar Wochen von „Tod aufgefundenen“ Häftlingen in irgendeiner Zelle in irgendeinem der übrigens seit langem überfüllten Schweizer Gefängnisse. Mit der gegenwärtigen Welle von Migranten aus Nordafrika – die grösste seit dem Jugoslavienkrieg 1997 – sah sich der Schweizer Staat ebenfalls mit der Überfüllung der sogenannten „Empfangszenten“ (halboffene Anstalten mit strenger Reglementierung) konfrontiert. Während sich in Chiasso das Kreisen der Dronen und Helikopter, sowie das Durchforsten der Grenzbullen durch die kamerabespickten Wälder häufen, bunkert der Staat hunderte von Migranten in unterirdischen Zivilschutzanlagen ein, die sich meistens irgandwo im Nirgendwo befinden. Vor ein paar Monaten gelang es 30 Migranten diese Erniedrigung durch ihren Widerstand zu verweigern. Ansonsten wissen wir leider wenig darüber, wie spannungsgeladen die Situation ist. Bleibt noch zu sagen, dass viele Migranten von Kriegen flüchteten, an denen sich von Schweizer Söldnerfirmen ausgebildete Soldaten und in der Schweiz Produzierte Waffen beteiligen. Und man sage uns noch, der Krieg sei weit entfernt.
Diese soziale Spannung rund um Migration wird gewiss etwas sein, dass in den nächsten Jahren präsent sein wird. Wenn der Schweizer Staat versuchen wird, seine durch das neue Asylgesetz verschärfte Migrationsverwaltungspolitik durchzudrücken, dann wird dies gewiss nicht ohne Konflikte ablaufen. Und dafür können auch wir sorgen.

Seit Fukushima glaubt der Staat uns mit seiner billigen Verarschung von einem Atomausstieg an der Nase herumführen zu können, ein Ausstieg, den er schon von Anfang an wieder relativierte. Somit macht er einem jeden mit etwas Reflexionsvermögen klar, dass, wenn wir diesen Wahn wirklich stoppen wollen, der uns bereits heute die Möglichkeit einer *gänzlich* anderen Zukunft verstrahlt, weitaus andere Mittel angebracht sind, als jene der Politik. Wichtig ist nur, klar zu machen, dass es uns nicht um eine technische Opposition aufgrund der blossen Schädlichkeit der Atomkraft geht, sondern darum, dass die Verwaltung dieser Scheisse, aufgrund der erforderlichen extremen Spezialisierung, immer einen Staat, eine hierarchische Struktur erfordern wird, und uns somit in eine Abhängigkeit drängt, bzw. leider schon längst gedrängt hat. Die Atomkraft, die zivile und militärische, ist ein Mittel zur Unterwerfung und zur Erhaltung der Unterwerfung. Zur Erhaltung dieses Gesamten industrialisierten Systems der Unterwerfung.
Es ist gewiss schwieriger, unsere Ideen in die gegenwärtige Unzufriedenheit gegenüber der Atomkraft zu tragen, da die Ablehnung ihrer Gefährlichkeit aus allen Möglichen Hintergründen entstehen kann, und in Nichtsem eine Ablehnung von Herrschaft bedeuten muss. Trotzdem kann die Tatsache, dass die Heuchelei der Politiker immer offensichtlicher wird, dass immer deutlicher wird, dass ein Kampf gegen die Atomkraft nur Aussichten haben kann, wenn wir eigenhändig für Nachdruck sorgen, ein Ansatzpunkt sein.

Gleichzeitig machen sich in verschiedenen Schweizer Städten urbanistische Projekte breit, die vielen vor den Kopf stossen. Die kontinuierlichen Umwandlungen des Raumes machen immer deutlicher, wie die Zukunft aussehen soll,

serer Freiheit, unserer Träume, unserer Leben verhandeln. Wir wollen diese massive Unterwerfungswaffe neutralisieren.

Ihr, die ihr aktiv an ihrer Verwaltung und ihrer Vermarktung unter dem übelerregenden Bild des Bevölkerungs- und Umweltschutzes arbeitet, ihr seit die Garanten eines Systems, das uns den Tod aufzwingt.

Wir haben immer die Wahl. Ihr habt die eure getroffen.

Der Gestank der Scheisse ist noch immer besser als der Gestank der zerfallenden Körper, der radioaktiven Massengräber.

Das nächste Mal lassen wir sie euch fressen. »

Für SCK-CEN: *« Wir sind euch unendlich dankbar...*

...für die Produktion von Radio-Isotopen zum medizinischen Gebrauch, die ermöglichen, die Krebse zu diagnostizieren und zu behandeln, an deren Hervorrufung ihr Teil habt.
... für die Beteiligung am Wiederaufschwung der Atomkraft, indem ihr an der Erschaffung von Reaktoren der vierten Generation und an neuen Brennelementen arbeitet;
...für die Arbeit am grössenwahnsinnigen Projekt ITER, dem Projekt eines auf der Fusion basierenden Reaktors, zum Zeitpunkt, da die Fusionsreaktoren in Japan die Zukunft unsicher machen.
...für das Vorgeben, auf sichere und verantwortliche Weise die hoch radioaktiven Abfälle zu verwalten, von denen ihr ein Teil produziert und von denen einige eine jahrtausende lange Lebensdauer haben.
...für die wissenschaftliche Verheimlichung, für die Degradierung unserer Lebenbedingungen, für die Entscheidungen, die ihr mit einigen trefft, die aber auf allen lasten...

Für all das und viel mehr, mögen sie, als Zeichen unserer freizügigkeit, dieses Geschenk entgegennehmen, das zwar gewiss nicht auf der Höhe der Scheisse ist, die ihr produziert, denn diese, nun, ist biologisch rasch zersetzbar, und verglichen mit euren Mitteln, sind unsere ziemlich bescheiden. »

Unruhen in Charleroi

Nachdem ein junger Mann während einer brutalen Festnahme starb, stieg die Spannung in der kleinen belgischen Stadt Charleroi rasant an. Kaum einige Stunden später begannen vermummte Jugendliche Patrouillen mit Steinen zu bewerfen und Dienst- und Zivilwagen der Polizei auf der Strasse und vor Kommissariaten kaputt zu schlagen. Am Abend fliegen Molotovs auf das Kommissariat von Gilly. Am nächsten Tag finden weitere Angriffe auf zwei Polizeiposten und stundenlange Konfrontationen mit der Polizei auf den Strassen statt. Viele Autos werden in Brand gesteckt und Schaufenster, wie beispielsweise von Sozialversicherungen [Mutualités Socialistes], werden eingeschlagen. Am dritten Tag finden sich kleine Gruppen von Wütenden etwas überall auf den Strassen. Schaufenster von Läden werden mit Abfalleimern eingeworfen. In der Nacht zum nächsten Tag brennen noch immer Autos, und auch Baustellenfahrzeuge. Mittlerweile ist die Gemeinde von Gilly, in Charleroi, mit Polizisten zugesperrt. Doch den Wütenden, abgesehen von einigen administrativen Festnahmen, gelingt es, sich ihrem Griff zu entziehen.

In der nächsten Woche stirbt ein weiterer Jugendlicher während einer Festnahme unter ähnlichen Umständen. Es brennen wieder Autos, und hier und dort werden Molotovs gegen Läden, offizielle Gebäude, oder auf einen Polizeibus geworfen, den die Beamten für eine “Intervention gleich um die Ecke“ parkierten. Nach zehn Tagen Unruhe beginnt die Spannung langsam wieder abzuflauen...

Belgien, Frühling-Sommer 2011

15. April – Belgien: Jedes Jahr kehren etwa 500 Gefangene, die die Erlaubnis für einen Tag im Freien kriegen (was meistens am Ende der Haftdauer der Fall ist) nicht ins Gefängnis zurück.

16. April – Herve: Ein Auto des Stadtrats brennt aus.

16. April – Antwerpen: Gegen Mitternacht greifen Jugendliche eine Polizeipatrouille an. Diese blockierten einen Bus des ÖV's, doch als die Polizei ankam, wendeten sie sich alle dieser zu und begannen, mit Steinen nach ihr zu werfen. Niemand konnte verhaftet werden.

17. April – Nevele: Unbekannte Personen versuchen das Dach eines Schulgebäudes in Brand zu stecken.

17. April – Roeselare: Die Fenster des Parteibüros der Faschisten von Vlaams Belang werden eingeschlagen. Vor ein paar Monaten fanden diese Einschusslöcher bei ihrem Büro vor. Auch das lokale Café der Faschisten wurde bereits öfters verwüstet.

19. April – Tournai: Hinter einem Einkaufszentrum wird ein Stapel Holzpalette in Brand gesteckt. Aufgrund der Rauchentwicklung musste das ganze Zentrum evakuiert werden.

19. April – Anvers: Einem Gefangenen gelang es bei einem Transport, zu entfliehen.

19. April – Brüssel: Zwei Brandbomben explodieren vor einem Gebäude der COMEOS, einer Belgischen Handelsorganisation, durchbrechen die Vitrinen und beschädigen die Fassade. Der Schaden umfass mehrere dutzend tausend Euros.

19. April – Namur: Ein Sabotageakt an Elektrizitätsleitungen verursacht mehrere Stunden Verspätung für Güterzüge. Auch in Hasselt verursacht eine Störung in der Energieversorgung eine Stunde Verspätung.

20. April – Zaventem: Zwei Personen, die in einem Flug aus Algerien mit falschen Papieren verhaftet wurden, werden von der Polizei zu jener Seite des Flughafens eskortiert, wo sie anschliessend wieder deportiert werden sollten. Die Beiden hingegen, lassen ihr Gepäck fallen und rennen mehr als 500 Meter Zick-Zack zwischen den Flugzeugen, Bussen und Dienstautos davon. Die Polizisten rennen ihnen nach, können sie aber nicht einfangen. Schliesslich betreten die beiden ein Gebäude und stehlen ein Dienstauto. Mit diesem fahren sie über die Landebahn und in die Umzäunung des Flughafens. Das Auto wird auf der Autobahn wiedergefunden, ohne eine Spur von den beiden.

25. April – Ath: Die Gebäude des freien Technischen Instituts werden in Brand gesteckt. Die Schule bleibt vier Tage lang geschlossen.

26. April – Brüssel: 200-300 Jugendliche konfrontieren sich mit Steinen und Flaschen mit der Polizei in einer Erholungszone (Etwas Abseits gelegene Gebiete mit Schwimmbädern und Grünflächen).

29. April – Steenokkerzeel: 25 Personen blockieren den Eingang des Aussschaffungsgefängnis, um gegen die kollektive Ausschaffung von 60 Kongolesen und Nigerianern zu demonstrieren, die sich momentan dort im einzigen noch offenen Flügel aufhalten (nachdem die beiden anderen Flügel vor ein paar Monaten niedergebrannt wurden).

1. Mai – Ghlin: Molotovs werden über die 3-4 Meter hohe Mauer um einen Daihatsu AD Motors Autoverkäufer geworfen und 11 Autos brennen vollstädig aus.

1. Mai – Arlon: Die Reifen von 61 Autos werden plattgestochen. Etwas früher an diesem Tag rief eine Polizeiaktion Widerstand von einer Gruppe Jugendlicher hervor, der in Angriffen mit Wurfgeschossen resultierte. Jemand wurde verhaftet und die Unruhen gingen vor dem Polizeiposten weiter. Laut Polizei könnte das Reifenstechen damit im Zusammenhang stehen.

4. Mai – Saint-Josse (Brüssel): Zwei Jugendliche werden verhaftet, die Polizeiautos versprayten.

4. Mai – Mons: Zwei Jugendliche werden verhaftet, die gerade dabei waren, ein Bürocontainer auf einer Baustelle von neuen Gebäuden anzuzünden.



4. Mai – Nivelles, Deinze, Antwerpen: 4 Autos und 2 Motarräder wurden in den letzten Tagen in Brand gesteckt. In Antwerpen wurden 2 Jugendliche für die Brandstiftung an 2 Autos verhaftet.

5. Mai – Mons: Ein Molotov-Cocktail wird gegen ein Schulgebäude geworfen.

5. Mai – Fleurus: In Fleurus und Teilen der Provinz von Hainaut ist das Mobiltelefonnetz für einige Zeit aufgrund eines Durchtrennten Glasfaserkabels ausser Betrieb.

12. Mai – Liege: Ein Warenhaus mit einer grossen Menge an Waren wurde in Brand gesteckt. Alles wurde zerstört.

13. Mai – Arlon: Ein hinter dem Gerichtsgebäude geparktes Auto eines Richters wird in Brand gesteckt. Das Feuer weitete sich auch auf andere Autos aus.

15. Mai – Leuven: Vor einer Bank wird Abfall und Papier entzündet. Das Feuer bringt die Fenster zum zerbrechen.

16. Mai – Molenbeek: Zum vierten Mal zerstören Jugendliche die Inneneinrichtung eines neuen urbanistischen Projektes. Zwei werden verhaftet. Sie werden auch des Versuchs, es in Brand zu stecken, und der Beschädigung von etwa dreisig Autos eines nahen Autoverkäufers beschuldigt.

17. Mai – Anderlecht: Drei Autos brennen nieder. Eine Flasche mit Benzin wird in der Nähe gefunden. Eine Stunde später brennt ein weiteres Auto.

17. Mai – Gent: Ein Van von ISS Cleaning und an weiteres Fahrzeug werden durch Flammen zerstört. Schon vor zwei Monaten brannte ein Van von ISS. Diese Firma profitiert von der Aufrechterhaltung und Reinigung in Ausschaffungsgefängnissen.

Trotzdem keine Angst

« Wir haben in unserer Wohnung ein verstecktes Videoüberwachungsgerät gefunden. [...] Das Gerät war hinter einem kleinen Gitter der Lüftung in unserer Küche versteckt. Die Kamara, Typ „S/W“ (?), befand sich gleich hinter dem Gitter, an einer eher grossen Batterie festgemacht, die aus drei Stangen à vier 14,4 Volt Batterien zusammengesetzt war. Die Batterie befand sich hinter dem Spühlbecken, das alles mit Kabeln verbunden. Zwischen der Batterie und dem Rest des Gerätes, befand sich etwas, wovon wir denken, dass es ein Schalter ist, auf den aus Distanz zugegriffen werden kann. Die Kamera war mit einer kleinen schwarzen Schachtel verbunden, die als „encoder“ dient. Dieser Encoder, vom Typ „Mikro View Lock“ (Ovations Systems) war seinerseits mit etwas verbunden, wovon wir denken, dass es eine Antenne zur Übermittlung von Bildern mit 1,4 Ghz ist. Es gab also keine SIM-Karte.
Die Kamera zeigte auf den Küchentisch. Wir sind uns nicht sicher darüber, ob sie auch ein Mikrophon enthält. Die Kamera wurde mit magnetischen Elementen ausgerichtet.
Auf praktisch allen Elementen klebten Kleber mit der Aufschrift „CS“. Eine kurze Suche gab uns eine Spur: „CS“ verweist tatsächlich auf den Lagercode des logistischen Dienstes der Bundespolizei [Police Fédérale]. »

Ohne Angst noch Paranoia
zwei Anarchisten aus Brüssel



[Bild: Der Abhörapparat im Vergleich mit einer Zundholzschachtel]

Im Prozess gegen Jürgen und Paolo, die bereits mehrere Monate unter Anklage von mehrfacher Brandstiftung in Untersuchungshaft sassen, wurde vom Staatsanwalt Berufung eingelegt und nun die in einem Ersten Prozess bedingt ausgesprochene Haftstrafe in eine unbedingte Umgewandelt. Jürgen wurde zu einem Jahr, mit 5 Jahren auf Bewährung und Paolo zu 6 Monaten, mit 3 Jahren auf Bewährung verurteilt. Sie werden angeschuldigt, in Gent bei einem Container der Baufirma BESIX (die hautverantwortlich für den Bau eines neuen Ausschaffungsgefängnis ist), bei mehreren Geldautomaten, Autos und einem Postbüro Feuer gelegt zu haben.
« Es gibt praktisch keine materiellen Beweise: Kamerabilder, auf denen keine identifizierung möglich war, keine Fingerabdrücke, nichts. Oder Doch. Wir haben uns von Anfang an geweigert, mit der Justiz zu kollaborieren, ebensowenig haben wir uns von der Methode der begangenen Aktionen distanziert. Der ultimative Beweis für die hungrigen Wölfe, mehr hatten sie nicht nötig. »
« Wir wissen, das in diesem Moment überall Kameraden und Kameradinnen eingesperrt sind. Weil sie gegen dieses System und für die Freiheit kämpfen, mit allen Risiken, die das bedeutet. Wir wollen somit auch einen solidarischen Gruss äussern und allen anarchistischen Gefangenen viel Liebe und Kraft wünschen, ob in Italien, Griechenland, Spanien, Chile, Deutschland, der Schweiz oder Russland und überall! »

Scheisse für Atomfreunde

Drei Gruppen von freudvoll mit Säcken voller Scheisse bewaffneten Personen machten diesen Morgen daraus ein Geschenk an einige Atomunternehmen von Belgien, die unsere Leben jeden Tag etwas mehr verschmutzen: ONDRAF (Nationale Organisation der Radioaktiven Abfälle und der der Bereicherten Spaltungsmaterialien), SCK-CEN (Forschungszentrum für Atomenergie, macht Forschungen über die „friedlichen“ Anwendungen der Atomkraft; bietet seine Dienste der Atomindustrie, dem medizinischen Sektor und den Autoritäten an) und natürlich unsere Freunde Electrabel (betreibt die belgischen Kraftwerke).
Jedes dieser Geschenke wurde von einem kleinen Dankenswort begleitet. Folgend ihr Tenor:

Für ONDRAF: *« Offener Brief an die Angestellten von ONDRAF und andere Todesverkäufer:*

Weil uns die Lust, euch ins Gesicht zu scheissen, jeden Tag den Magen zuschnürt, haben wir uns diesen Morgen entschieden, es zu tun. Die Atomkraft bringt uns zum Kotzen, denn sie ist die stärkste Waffe, die die Mächtigen entwickelt haben, um uns jegliche Möglichkeit zu entreissen, nach unseren Entscheidungen zu leben.

Die Atomkraft in der militärischen Macht bedeutet, auf allen Revoltierenden das Gewicht der Bedrohung einer unmittelbaren Auslöschung lasten zu lassen.

Die Atomkraft in der zivilen Macht bedeutet, die permanente Angst vor einer Katastrophe aufrecht zu erhalten. Es bedeutet, das Gefühl einer dämmernden Welt zu verbreiten, in der uns einzig noch die Musse bleibt, das zu konsumieren, was noch konsumierbar ist.

Wir brauchen keine Spezialisten, um zu wissen, dass diese Macht unkontrollierbar ist. Wir wollen nicht über eventuelle Anpassungen un-

kierte und unmaskierte Demonstranten Steine, Flaschen und Feuerwerk auf die Bullen. Diese setzen Wasserwerfer und Tränengas ein. Die Fenster von einigen Ministerien und und Büros werden eingeschlagen.

24. März – Leuven: Zwei Autos auf dem Campus der katholischen Universität brennen komplett aus.

24. März – Seneffe: In der Industriezone werden 8 Lastwagen und ein Hangar durch Flammen zerstört.

25. März – Charleroi: Ein Gefangener versucht, vom Gericht zu entfliehen, wird jedoch wieder gefangen. Einige Tage später gelingt es einem anderen Gefangenen, durch den Vordereingang des Gerichthofes zu entfliehen, da die Polizei vergass, seine Zelle abzuschliessen.

27. März – Gent: Das Auto eines Faschisten wird eingeschlagen.

27. März – Brüssel: Während kleinen Unruhen in Molenbeek wird ein Polizist verletzt. Die Unruhen brechen los, als die Polizei einen Velofahrer verhaften wollte. Sie wurde mit Steinen und Stöcken angegriffen und mindestens eines ihrer Autos ging zu Bruch.

05. April – Vottem: Mehrere hundert Demonstranten demonstrieren vor dem Ausschaffungsgefängnis in Vottem. 50 beklettern die Umzäunung und verschaffen sich Zutritt ins Innere. Nach einer Stunde kommt die Polizei an und verhaftet die Eindringlinge. Zu diesem Zeitunkt warfen die Gefangenen mit Gegenständen nach den Riot-Cops.

04. April – Brüssel: Drei Jugendliche werden verhaftet, einer mit schweren Verbrennungen. Sie werden angeklaft, Molotovs auf zwei Luxus-Autos geworfen zu haben, die einem Bürokraten der Verwaltung von Brüssel gehörten. Dieser war von der Familie von zwei der drei Jugendlichen angeklagt worden, für lange Zeit ihre Kinder sexuell missbraucht zu haben, ein Fall, der jedoch „mangels Material“ fallen gelassen wurde.

1.-4. April – Charleroi: Tage voller Unruhen nach einem Todesfall während einer Verhaftung. Siehe dazu den Artikel „Unruhen in Charleroi“.

6. April – Louvain-la-Neuve: Schon zum vierten Mal kriegt der Kardinal der katholischen Kirche eine Torte ins Gesicht.

7. April – Im vergangenen Jahr wurden 356 Bussen für Beleidigung oder Hinderung von Sicherheits- und Schutzpersonal in öffentlichen Transporten verteilt.

10. April – Liege: Unbekannte Personen drangen in ein Schulgebäude ein und versuchten, es in Brand zu stecken. Die Feuerwehr konnte leider rasch löschen.

13. April – Enghien: In einer Elektrokabine bricht Feuer aus und breitet sich auf einige nebenstehende Lagerhallen von Firmen aus. Das Feuer verursachte einen Stromausfall in der ganzen Stadt Enghien und den umgebenden Dörfern.

14. April – Waterloo: Ein Brand, der wohl zunächst mit einigen Autoreifen und mit Holz entfacht wurde, zerstört eine Lagerhalle in der Industriezone.

14. April – Brüssel: Während einer Auseinandersetzung mit Jugendlichen in der Metrostation von Simonis wird ein Sicherheitsbeamter verletzt.

14. April – Rekkem: Ein Einbrecher stirbt während einer Verfolgungsjagd mit der Polizei. Er und sein Beifahrer, die von der Polizei in einem Haus überrascht wurden, rasten mit dem Auto in einen Baum.

was es bedeutet, wenn sich dieses sterile Leben, dessen einziger Inhalt aus Arbeit und Konsum besteht, in der räumlichen Umgebung manifestiert. Im Basler Quartier St. Johann beispielsweise, wo die Stadt gemeinsam mit Novartis ihre Baupläne ausbreitet, macht sich seit Jahren, mit manchmal mehr, manchmal weniger moderaten Mitteln, auch Widerstand breit. Nicht selten klirrten die Scheiben von Yuppie-, Kunst- und Architektenlokalen, der Avantgarde der Aufwertung, die sich in dem eher populären Quartier einzunisten versucht. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch in Zürich und gewiss auch in anderen Städten feststellen. Nur bleibt die Kritik oft bei Forderungen nach billigem Wohnraum, oder Bekräftigungen im Stil von „unser Quartier“, „unsere Stadt“ stehen. Wollen wir wirklich dieses Gefängnis, das die Stadt geworden ist, diesen Raum der Entfremdung schlechthin, diese Architektur zur Kontrolle und Domestizierung der Menschen, die Wohnblöcke, die das gesellschaftliche Prinzip von Vermassen und Vereinzeln bestens repräsentieren, wollen wir all das wirklich als *das unsrige* verteidigen? Anstatt Diskurse über „mangelnden billigen Wohnraum“ zu lancieren, währe es, aus einer anarchistischen Perspektive nicht sinnvoller, anhand des Urbanismus aufzuzeigen, wie sich die Herrschaftsverhältnisse im Raum manifestieren, wie das, was nicht passt, an die Peripherie gedrängt oder in Gefängnisse gesteckt wird, wie wir nur etwas Wert sind, insofern wir als Konsumenten in diesen riesigen Kapitalakkumulationszentren funktionieren, wie die Bullen den Raum militarisieren, wie sie kontrollieren und verhaften, um das heilige Privateigentum zu schützen, wie sehr die Enteignung unseres Lebens und der Verlust jegliche Autonomie vorangeschritten ist, wie Städte sowieso, *zumindest als das, was wir heute darunter verstehen*, nie in einer herrschaftsfreien Welt funktionieren könnten? Letzteres alleine aufgrund ihrer völligen Abhängigkeit vom bestehenden industriellen System, einer immensen Energieproduktion und einer massiven zentralisierten Verwaltung von Gütern und Transporten. Anstatt heute die Stadt oder andere bestehende Formen des Zusammenlebens als die unsrigen zu bekräftigen, wollen wir den Weg lieber für die Erfindung neuer Formen des Zusammenlebens offen lassen – in einem revolutionären Prozess der Emanzipierung von allen Formen, die auf der Umzäunung und Unterdrückung der Individualität basieren.

Nun, Möglichkeiten zu Kämpfen, in bestehende Spannungen zu intervenieren oder diese zu provozieren gibt es genug. Die Frage ist nicht, ob uns dieses oder jenes Thema mehr beschäftigt, sondern, ob es uns gelingt, in unseren Kämpfen unsere Ideen, unsere Ablehnung jeder Art von Autorität und unser Verlangen nach Revolte klar zum Ausdruck zu bringen. Ob es uns gelingt, die Kämpfe in eine revolutionäre Perspektive zu stellen. Ob es uns gelingt, klar zu machen, dass wir nicht kämpfen, weil wir uns an diesem oder jenem Aspekt der bestehenden Verhältnisse stossen, sondern weil wir einen Traum haben, jenen der kompromisslosen Freiheit eines jeden Individuums, und weil sich dieser Traum an dieser Gesellschaft in ihrer Gesamtheit stösst. Wir gehen davon aus, dass die kommenden Jahre in internationaler Hinsicht weiterhin von Konflikten und Revolten geprägt sein werden. Der Engpass, auf den das kapitalistische System zusteuert, in seinen ökonomischen und ökologischen Aspekten, ist unumgänglich. Es muss da durch. Und zwar mit allen Massnahmen, die das erfordert. Einerseits hofft es darauf, dass die Enteigung und Entfremdung der Menschen bereits so weit vorangetrieben ist, dass sie alles mit sich gefallen lassen werden, andererseits stellt es sich auf bürgerkriegsähnliche Regierungstechniken ein, wie sie zurzeit in Griechenland erprobt werden. Wir hingegen, wir zählen lieber darauf, dass die Liebe für Freiheit und die Würde der Individuen noch so weit vorhanden sind, dass sie schliesslich in einem generalisierten Aufstand hochleben werden.
Doch dies ist keine weitere Preisung des berühmten, ach so oft prophezeiten Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems. Je nach Unterwürfigkeit und Kontrolle seiner Untertanen, wird sich der Kapitalismus noch durch so manche Verengung drücken können. Denn mit der kontinuierlichen Degradierung des Leben, degradieren auch die Verlangen der Menschen. Wir glauben also nicht an eine Verschlimmerung der Verhältnisse, bis zu dem Punkt, an dem sich die Unterdrückten so oder so auflehnen werden. Diese marxistischen Phantastereien können uns gestohlen bleiben. Das System der Herrschaft wird insofern zusammenbrechen, wie wir uns hier und heute an die Subversion der Beziehungen machen. Insofern, wie nicht nur die Ablehnung des Bestehenden, sondern auch das Verlangen nach etwas völlig anderem sich verbreitet. Insofern, also, wie die Idee von Anarchie wieder zu leben beginnt.
Das ist alles.



Schweiz, Herbst/Winter 2010

[ORS ist eine Privatfirma und Verwalterin verschiedener Notunterkünfte und Gefängnisse für Migranten. So beispielsweise des Transit-Gefängnisses im Flughafen Kloten.] Diese Firma wurde im Verlauf von etwas mehr als einem Jahr nun schon zum dritten Mal Ziel eines Angriffs.

« Unsere Träume stehen nicht auf Stimmzetteln » – Am Tag der Abstimmung über die “Ausschaffungsinitiative“ stürmt in Basel eine Gruppe von Leuten ein Abstimmungslokal, klaut die Urne und verbrennt deren Inhalt noch vor Ort. In Schlieren, Zürich wurde in der Nacht zuvor ein Brandsatz vor dem Abstimmungslokal deponiert, der sich jedoch nicht entzündete.

« Mit Feuer und Steinen für eine Welt ohne Grenzen » – Während einer spontanen Demonstration in Bern infolge der Abstimmung wurde der Eingangsbereich eines Nobelhotels verwüstet, in dem Mitglieder der SVP ihren Wahlsieg feierten. Es wurden ebenfalls die Scheiben einer Bank eingeschlagen. In Zürich demonstrierten tausende Personen, von denen ebenfalls ein Teil zum Angriff gegen Einrichtungen überging, die die kapitalisitsche Herrschaft repräsentieren. Im Zentrum der Stadt wurden die Scheiben mehrerer Banken, Luxusgeschäfte, des Sitzes der NZZ (Neue Zürcher Zeitung) und des konservativen, latent rassistischen Zunftshauses eingeschlagen, das Züricher Ratshaus wurde mit Farbe beworfen. Durch Sprayerein auf Wänden brachten einige ihre Wut, ihren Widerwillen oder ihr Verlangen zum Ausdruck.

Nieder mit der SVP und allen Parteien – In der Folgenacht auf die Abstimmung wurde der Hauptsitz der SVP in Bern angegriffen, indem die Rollläden heruntergerissen und alle Scheiben eingeschlagen wurden.

Drang nach Revolte – Die Polizei verhindert im Dezember in Örlikon mit einem massiven Aufgebot eine Demonstration « gegen Ausschaffungen und den Staat - Für eine Welt ohne Grenzen. » in den darauffolgenden Tagen werden die Fenster einer Quartierwache und einer Bank von Unbekannten eingeschlagen. Neben der Bank stand geschrieben *« Kein Bulle stopt unseren Drang nach Revolte »*

Unruhen bei SVP-Tagung – Im Januar 2011 demonstriert ein Haufen von 100-150 Personen beim Albisgüetli, Zürich, gegen eine Tagung der SVP. Bald werden sie von der Polizei mit Gummischrot und Tränengas Richtung Binz getrieben. Die Wütenden errichteten unterwegs brennende Barrikaden, während Polizeieinheiten und -autos mit Steinen angegriffen wurden, ebenso wie eine CS-Bank, ein Militär-Zeughaus und ein Bayer-Bürokomplex. Der SVP-Politiker Hans Fehr, der plötzlich vorbeispazierte, bekam einige Schläge und Tritte ab. Der Haufen zerstreute sich eine halbe Stunde später. Niemand wurde verhaftet. *« Einmal mehr haben wir gesehen, was mit etwas Entschlossenheit möglich ist. [...] Lasst uns die Begrenztheit eines blossen Anti-SVP, bzw. Anti-Rassistischen Diskurses verlassen, um die Infragestellung aller Aspekte der Herrschaft voranzutragen. Gegen alle Parteien, Staaten und Autoritäten! »*

Über die individuelle Verantwortung

Unsere Gesten, unsere Aktionen, unsere Parolen tragen in sich die Welt, die wir in unserem Herzen haben. Eine andere Welt als diese, ein Ort, an dem sich – etwas Rhetorik gebrauchend – die Freiheit eines jeden mit derjenigen der Anderen bis ins Unendliche erstreckt. Kein irdisches Paradies, keine «Utopie» eines a priori von Gewalttätigkeiten oder menschlichen Widersprüchen befreiten Lebens, und noch weniger eine Masse von Gleichen.
Die Gesellschaft der Individuen: Dies ist, was wir wollen, und für sie werden wir weiterhin kämpfen.

Und «im Namen» der Freiheit eines jeden *einzelnen* Menschen, jenseits jeder *anderen* Kategorisierung, sind wir weiterhin der Ansicht, dass *Heute* bereits ein Stück von *Morgen* ist. Denn, abgesehen von den mehr oder weniger reellen Möglichkeiten, eines Tages zu erleben, wie die Situation dieses Planeten umgestürzt wird, kann sich die Gesellschaft, die wir ersehnen, in der Gegenwart bereits abzeichnen; in der Realität der Konfrontation, in der Kohärenz zwischen den Mitteln, die wir im Krieg gegen den Staat einsetzen, und den Zielen der gewünschten Emanzipation.

Gewiss, in einer Gesellschaft, in der die Macht täglich ihren Saft aus der nagenden Entfremdung zieht, in der die Kontrolle (durch permanente technologische und wissenschaftliche Neuerungen) jeden Aspekt des Alltags erstickt, indem sie fortan jegliche Möglichkeit eines «Sich-Entziehens» negiert, scheint es schwierig, der Erpressung zu entkommen, die der Logik der Resignation jene des (zivilen oder militärischen) Kriegs gegenüberstellt. Schwieriger noch scheint es, einen Weg zu finden, um zu desertieren, um als «Partisanen» und nicht als Soldaten zu kämpfen, um sich als freie Individuen den dem zivilen Massaker oder der Sklaverei verschrieben Massen gegenüberzustellen.

Es ist schwierig, aber es ist nicht unmöglich. Zumindest beharren wir darauf, es glauben zu wollen; denn ebenso wie kein Schiff aus wurmstichigen Planken gebaut werden kann – auch wenn sie billig und einfach zu finden sind –, so kann auch keine Freiheit aus der Autorität, aus ihren *Mitteln* und ihrer Logik entstehen.

Nun, genauso wie wir uns immer geweigert haben, an den militärischen Kriegen teilzunehmen, müssen wir heute, und mit noch mehr Kraft, vom Bürgerkrieg desertieren und uns ihm entgegenstellen.

Die Armeen, jegliche Art von Armeen, sind die Negierung des Individuums. An sich ist jeder Soldat (ob mit oder ohne Uniform) – potentiell – ein Terrorist: Er ist es von dem Moment an, wo er nicht sich, sondern sein eigenes Lager einem anderen gegenüberstellt. Die «Massen», die «Rassen», die «Nationen», «das Volk», «die Klasse»: dies sind die Worte, mit denen man die Zurückweisung seiner eigenen Freiheit und seiner eigenen Einzigartigkeit benennt, dies sind die Worte, durch welche der Mensch aufhört, ein solcher zu sein, und zum Soldaten wird.

Es ist nicht die «Sache», die sich von den anderen unterscheidet und für die man kämpft, die macht, dass ein menschliches Wesen zum Terroristen, zum Soldaten «wird», sondern genau das Gegenteil: die gegenseitige *Einstimmung* der verschiedenen sich gegenüberstehenden Lager in eine einzige Ideologie: jene, die im Namen der Heiligkeit einer als *übergeordnet* geltenden Sache jegliche individuelle Verantwortung negiert.

Der *Soldat gewordene Mensch* erkennt sich selbst nicht als Individuum, sondern als Teil von etwas Grösserem (ein Volk, eine Armee, eine Religion, eine Klasse), wofür er demnach handelt. Vor ihm stehen – unter seinen Angriffen, seinen Bomben, seinen Reden – nicht *einzelne* Wesen, jedes mit seinen unterschiedlichen und speziellen Verantwortungen, sondern anonyme, entmenschlichte und entwertete *Massen*. In einem Wort: Feinde.

Es ist also nicht der Akt an sich, der den Menschen in einen «Soldaten» verwandelt, sondern vielmehr der Mechanismus, die Ideologie. Selbst die richtig oder wohlbegründet wirkende «Sache» – die uns auf den ersten Blick «sympathisch» erscheinen mag – kann sich, etwas aufmerksamer betrachtet, als offensichtlich reaktionär herausstellen. Weil sie auf der *Nicht-Anerkennung* des Individuums basiert, weil sie nicht die Verantwortungen eines jeden berücksichtigt, weil sie vermassend ist.

Die *Freiheit (oder das Wohl) des Volkes* (oder schlimmer *eines Volkes*) ist ein abstraktes Konzept, bedeutet absolut nichts im Bezug auf die Realität. Sagen wir, es ist ein simpler rhetorischer Kunstgriff, mit welchem die Politik den Deppen, die bereit sind, an sie zu glauben, das Grab schaufelt. Die Freiheit gehört dem Menschen, in seiner Einzigartigkeit, ohne irgendeine andere Anfügung oder Ausnahme.

Und jedes Individuum hat, im Namen eben dieser Freiheit, seine eigene Verantwortung, seine eigene Handlungsfähigkeit, sein eigenes Denkvermögen. Im Guten wie im Schlechten. Jede Voraussetzung, die dieses Prinzip negiert, enthält einen frei-

...bezüglich Briefbomben

Am Dienstagmorgen, 29.April 2011, ging in Olten bei Swissnuclear eine Briefbombe hoch, die ein Loch in einen Tisch sprengte und zwei Angestellte leicht an den Händen verletzte. Laut Bullen und Medien lag ein langes Bekennerschreiben der FAI [Federazione Anarchica Informale] bei, das jedoch bisher nicht veröffentlicht wurde. Der Anschlag fand in einer Reihe anderer, von der FAI bekannter Anschläge statt, davon einer in Livorno (Italien) auf einen Polizeiposten, bei dem ein Polizeioffizier seine Hände verletzte, und einer in Korydallos (Athen), der an den Direktor des Gefängnisses gerichtet war, jedoch vereitelt wurde. Schon während dem Kampf gegen das FIES-Isolationshaftssystem in Spanien und wiederholt in Italien sahen wir uns mit Wellen von Briefbombensendungen konfrontiert, die grösstenteils abgefangen wurden, gelegentlich einen Pöstler oder einen Sekretär verletzte und eigentlich fast nie die adressierte Verantwortungsperson traffen. Wir wollen hier lieber gleich einige kritische Worte darüber verlieren, bevor sich weitere Verwirrung breitmacht. Und, damit das gleich klargestellt ist, es geht uns in keinster Weise darum, uns von individuellen Aktionen und der Gewalt an Personen, die nicht „von der Masse getragen" würde, *als solche* zu distanzieren, wie das gewisse Grüppchen in besonders widerlichen Distanzierungsschreiben taten. Im Gegenteil, wir verteidigen ihre Wichtigkeit, bzw. Notwendigkeit im Kampf gegen die Unterdrückung. Mit folgendem Textauszug geht es uns einzig darum, zu verdeutlichen, dass das gewählte Mittel, unserer Meinung nach, einer anarchistischen Ethik grundlegend widerspricht.

Übersetzung einer Passage aus dem Artikel „14 Punkte über den Aufstand", in der internationalen anarchistischen Zeitschrift A Corps Perdu, nr. 3:

«[...] Kommen wir auf den Punkt. Das Senden von Briefbomben (die noch dazu schon mehrfach unbeteiligte Personen verletzt haben), die zugespitzten allgemeinen Drohungen, die Ausdrücke von Nihilismus und die Selbstdefinierungen als "Terroristen" haben nichts mit den aufständischen Projekten zu tun. Man muss kein sehr heller Kopf sein, um zu begreifen, dass sich hinter diesem Neo-Rebellentum nicht viel anderes als ideologische und politische Selbstbehauptung verbirgt. Für lange Zeit, in bestimmten Kontexten für unzählige Jahre, wurden diese Akte und diese Ideologien nicht ausreichend kritisiert. Und dies, wie wir weiter unten im Text sehen werden, nicht weil die Argumente fehlten**, sondern viel eher, um – wie man damals sagte – 'den Kreis der Repression nicht zu verengen'. Der Mangel an Kritiken und ihre Unzulänglichkeit haben in vielen*

ren Angriffspraktiken entgeht seinem befreidenden Griff. Es ist kein Zufall, dass sie nicht nur mit schweren Gefängnisstrafen drohen, sondern auch versuchen, falsche Trennungen und Unterteilungen zu kreieren (die "guten" und die "bösen"; die „schuldigen" und die „unschuldigen"), um so die Diversität und Reichhaltigkeit der Praktiken und Angriffswinkel einzuschränken und Banden von Solidaritä- und Komplizenschaft zu durchtrennen,

Wir können es nicht oft genug wiederholen: unterstützen wir uns einander durch eine Haltung völliger Verweigerung und Nichtkollaboration gegenüber der Justiz, ihrer Spürhunde und ihren Journalistenfreunden. Es gibt nichts, das wir ihnen zu sagen hätten, es gibt nichts, das wir mit ihnen zu diskutieren hätten. Sie haben es sich zum Handwerk gemacht, alles, was du ihnen sagst, zu ihren ausschliesslich repressiven Zwecken zu gebrauchen und zu missbrachen. Es ist wichtig, darauf zu achten, dass sich niemand alleine vor einer Horde von Wachhunden, vor eventuellen Erpressungen und Drohungen, vor juridischen Verängstigungen befindet. Weiterhin selbst die Initiative nehmen, weiterhin selbst bestimmen, worüber wir diskutieren und wie wir kämpfen wollen, auch in Zeiten einer intensiveren repressiven Bedrohung, ist die stärkste Antwort, die wir geben können. Es gibt keinen Dialog mit der Macht und seinen Bullen zu suchen oder zu akzeptieren; das feindliche Schweigen der Rebellen angesichts der Macht und das Offenhalten oder Erobern des Raumes für freie Diskussionen mit anderen Revoltierenden und Unzufriedenen sind gewiss sehr starke Verteidigungslinien.

In keinem Fall dürfen wir angesichts der repressiven Manöver den Norden aus der Sicht verlieren. Diese Manöver waren sowieso bereits am Laufen, sowohl gegen Anti-Autoritäre, wie auch gegen andere Rebellen (vergessen wir beispielsweise nicht jene Widerspenstigen des Systems, die sich bereits hinter Gittern, ja sogar in Isolierung befinden). Und sie werden noch so lange existieren, wie der Staat aufrecht bleibt. Unsere Aufmerksammkeit soll sich weiterhin auf das richten, woran uns auch wirklich liegt: anarchistische und anti-autoritäre Ideen verbreiten, Erfahrungen von Selbstorganisation und direkter Aktion fördern und entwickeln, Öl ins Feuer der sozialen Unruhe giessen - jeder und jede auf die eigene Weise und nach der eigenen antiautoritären Kohärenz. Darum sind wir Rebellen, Anarchisten, Gegner jeglicher Autorität; darum werden wir mit dieser Gesellschaft, ihren Institutionen, ihren Repräsentanten und Beschützern immer auf dem Kriegsfuss stehen,

Keine Kollaboration mit der Justiz und der Macht!
Kein Dialog mit den Wachhunden dieser elenden Gesellschaft!
Für die Revolte, die Solidarität und die Anarchie!

Feinde jeglicher Autorität
Von überall, Juni 2011



« In einer Welt, in der es ein Verbrechen ist, für die Freiheit zu kämpfen, ist die Unschuld zweifellos das schlimmste, was einem Menschen passieren kann »

genen getrennt wurden, schien ihre Revolte inspiriert zu haben. Einige Häftlinge stecken Abfallkübel und Sofas in Brand. Die Polizei muss zwei Mal intervenieren, um die Unruhe zu beenden. 17 Personen werden in Disziplinarzellen gesteckt.
Laut Wärtern sorgte schon einen Monat zuvor eine Versammlung vor dem Zentrum für Unruhen im Innern.

26. Februar – Beernem: Ein 40-Jähriger steckt seinen Raum im psychiatrischen Zentrum von Sint-Amandus nach einem Streit mit den Arbeitern des Zentrums in Brand.

23. Februar – Bruges: Das Auto eines Mitgliedes der Nationalistischen Partei N-VA wird eingeschlagen.

28. Februar – Seloignes: Fünf Fahrzeuge eines Autoverkäufers werden in Brand gesteckt.

1. März – Overijse: Sechs Autos eines Privatunernehmens gehen auf dessen Parkplatz in Flammen auf.

2. März – Vottem: « *Wir befanden uns mit etwa 40 Personen vor dem Ausschaffungsgefängnis in Vottem, unsere Herzen noch immer warm von den Neuigkeiten über die Revolte im Lager von Steenokkerzeel vor einer Woche und der so nahen Ausbruchsmöglichkeit. Eine laute und entschlossene Gruppe von Leuten. Einige beklettern die Zäune, andere schlagen dagegen. Wir schreien und schreien, Feuerwerk wird gezündet. In dem Zenter befinden sich auch Sans-Papers, die nach der Revolte in Steenokkerzeel hierher verlegt wurden, sowie etwa 12 der 150 Sans-Papiers von einer vor einiger Zeit geräumten Besetzung in Anderlecht (Brüssel). Als wir ankamen, war der Hofgang der Gefangenen gerade zu Ende, daher kamen nur wenige Reaktionen. Als aber Bolzenschneider über die Zäune geworfen wurden, kamen Freudenschreie von Innen. Wir gingen in einer Demonstration wieder in Richtung Zentrum von Liege. Die uns aufrückenden Bullen wurden mehrmals mit Strassenblockaden aufgehalten. Dann kamen sie aber auch von Vorne. Wir hielten zusammen und drückten uns durch. Sie versuchten uns zu verhaften, ein Bulle wurde geschlagen. Nach dem Chaos kamen Bullen von allen Seiten, einige wurden vor Ort verhaftet, andere in den umliegenden Strassen. Etwa 20 Kameraden wurden verhaftet.*

Grüsse an die Revoltierenden von Steenokkerzeel, an die Revoltierenden von überall sonst, an die Kameraden Olivier, Dan und Ivan, die momentan in einem Pariser Gefängnis für ihre Beteiligung am Kampf gegen die Ausschaffungsgefängnisse und jegliche Einsperrung gefangen sind. Ihr Kampf ist auch unser Kampf. »

3. März – Brüssel: Im Europarat legen unbekannte Personen ein Feuer.

4. März – Cherleroi: Ein grosses Möbelgeschäft wird in Brand gesteckt und komplett zerstört.

4. März – Bruges: Ein Krane und ein Bagger werden auf einer Baustelle demoliert.

4. März – Nationaler Streiktag. Hauptsächlich in Brüssel und im französischen Teil von Belgien treten unzählige Unternehmen in Streik. Bankeingänge, Depots, Fabriken werden von Streikposten blockiert. Einige maskierte Streikende plünderten einen Supermarkt. Autobahneingänge werden blockiert. Auch der Eingang eines Atomkraftwerkes wird blockiert.

5. März – Schaarbeek (Brüssel): Die Lichter in mehreren Strassen der Gegend um Helmet werden sabotiert. Einige Wochen zuvor fanden in anderen Strassen bereits ähnliche Sabotagen statt. Auch während der Riots in Molenbeek und Anderlecht 2009 wurde diese Taktik angewendet.

5. März – Liege: Ein Porsche in Brand.

10. März – Gent: Die Demonstrationen von ca. 300 Faschisten und ca. 750 Antifaschisten bleiben eher ruhig. An einem ganz anderen Ort in der Stadt werden jedoch die Scheiben eines Arbeitslosenbüros eingeschlagen. Später am Abend werden ein Telefonmast einer Polizeistation und mehrere Polizei Autos beschädigt.

10. März – Leuve: « *Sich zu integrieren bedeutet, sich zu beseitigen* » und « *Aufstand überall* » wird auf die brandneuen Scheiben eines Integrationsdienstes geschrieben. Dieses Gebäude wurde schon vor einer Woche komplett mit Plakaten überkleistert.

18. März – Gent: Die Scheiben eines Mc Donalds werden eingeschlagen.

20. März – Brüssel: 20'000 demonstrieren in Brüssel gegen die Sparpolitik. Während zwei Stunden werfen mas-

In Belgien nehmen sich Anarchisten seit Jahren mit Flugblättern, Plakaten und Zeitschriften Raum auf der Strasse, um vom Kampf gegen jegliche Einschliessung und Herrschaft, vom Verlangen nach Revolte und von der Möglichkeit des Aufstands zu sprechen. Spezifischer, in den vergangenen zwei Jahren, rund um den Bau eines neuen Ausschaffungsgefängnis in Steenokkerzeel (mit Einzelzellen und für jene Migranten, die in den anderen Gefängnissen rebellieren). Verantworlichkeiten wurden stets aufgezeigt und allen bekannt gemacht, und über die Jahre häuften sich auch individuelle und kollektive Angriffe auf diese. Zur Verhinderung einer gross angekündigten Demonstration gegen Ausschaffungsknäste, Grenzen und den Staat verhängte die Polizei letzten Oktober über ganze Viertel der Stadt den Ausnahmezustand, während sie in Anderlecht bei Metrostationen mit Maschinengewehren patrouillierte und die lokalen Gefängnisse belagerte. Nur ein Zeichen, wie Gefährlich für sie Momente scheinen, in denen sich Anarchisten und andere Rebellen in der Revolte begegnen könnten. Schliesslich haben wir schon oft gesehen, wie schnell es passieren kann, dass ein solcher Moment ein unkontrollierbares Ausmass annimmt...

Sie suchen Spitzel; Spucke können sie kriegen

In den letzten Wochen wurden mehrere Gefährten von zweifelhaften Typen angesprochen oder angerufen, die ihnen ohne Umwege vorschlugen, Informationen über die anachistische Bewegung zu schieben, und sie dazu zu bringen versuchten, Leute zu verraten. Es ist daher nicht auszuschliessen, dass die Wachunde des Staates bereits seit einiger Zeit versuchen, Informanten zu rekrutieren.

Wir haben uns nie die Illusion gemacht, dass unser Kampf gegen jegliche Autorität einfach sein würde; dass wir unterwegs nicht auf repressive Hindernisse stossen würden. Ebensowenig haben wir jemals geglaubt, dass der Staat sauber spielt oder spielen wird. Die gegenwärtige Suche nach Informanten, die dreckige Erpressung, die sie ausüben, um Gefährten unter Druck zu setzen, die ärmliche Praxis des Eindringens in Häuser von Gefährten, um dort versteckte Höhr- und und Videoüberwachungsgeräte zu installieren, das feige Verprügeln von gefesselten Gefährten in den Zellen der Polizeiposten: dies ist also ein Weg, den sie nun am erforschen sind, um zu versuchen, die Bewegung der Feinde jeglicher Autorität zu brechen.

Diese Praktiken sind nach dem Abbild von Mechanismen, die die gesamte Gesellschaft durchziehen. Von der Erpressung der Lohnarbeit bis zur Drohung mit Gefängnisstrafen, von der - leider allzu verbreiteten - Denunzierungsmentalität bis zu den Ellbogenkämpfen, um auf der sozialen Leiter eine Sprosse höher zu gelangen. Die gegenwärtigen Verängstigungsversuche sind also auf der Höhe dieser Gesellschaft, die wir bekämpfen, und rufen bei uns nur eine Reaktion hervor: ein tiefes Kehlenräuspern, um ihnen ins Gesicht zu spucken.

Schon immer und überall sind die Aktivitäten der Anarchisten und Anti-Autoritären, wie bescheiden sie auch sein mögen, dem Staat ein Dorn im Auge, auch hier in Belgien. Die möglichen Begegnungen zwischen unseren Revolten und jenen, von anderen Rebellen dieser Gesellschaft, fressen ihm die Nerven; die Verbreitung von von aufrührerischen und freiheitsliebenden Ideen in einem immer instabileren sozialen Klima, scheint ihm mit jedem Tag untollerierbarer; die Vielfältigkeit von direkten Aktionen, von Selbstorganisation und unkontrollierba-

Belgien, Frühling-Sommer 2011

17. Januar – Brüssel: Der Eröffnungstag eines riesigen Auto-Salons wurde von einem Stromausfall unterbrochen, der auch andere umliegende Einrichtungen (das Atomium, einen grossen Kinokomplex und mehrere Einkaufszentren) betraf. Grund dafür war ein „Zwischenfall in einer Elektrokabine“, einige Zeitungen sprechen von einem Feuer.

21. Januar – Gent: Seit beinahe drei Wochen sehen die Arbeiter von UNIZO kein Licht mehr, da die Scheiben, die seit Neujahr eingeschlagen sind, nun mit Holz abgedeckt sind. UNIZO ist eine Vereinigung von kleinen Läden, die Aufmerksamkeit auf sich zog, nachdem ein Einbrecher von einem Juwelier in Tubize erschossen wurde, und diese sich mit dem Mörder solidarisierte. In den letzten Monaten geschah es wiederholt, das Juweliere auf Einbrecher schossen.

24. Januar – In den letzten 2 Tagen wurden in verschiedenen Städten insgesamt fünf Autos in Brand gesteckt.

25. Januar – Gent: Zwei Polizeiautos brennen vollständig aus.

27. Januar – Sint-Joris-Winge: Einbrecher fahren mit einem Auto in ein alleinstehendes Juweliergeschäft und stecken dieses anschliessend in Brand.

28. Januar – Anderlues: Die Polizei schiesst 30 Mal auf einen Fahrer, der angesichts einer Strassenblockade beschleunigt, und tötet ihn.

31. Januar – Charleroi: Aufgrund eines neuen „interprofessionellen Abkommens“, das die Arbeitsbedingungen verhärten wird, kommt es in der Wallonie in mehreren Sektoren, wie beispielsweise der Schwerindustrie, zu Streiks.

31. Januar – Hannut: Bei einem Gymnasium werden Container in Brand gesetzt Das Feuer greift über und beschädigt das Dach der Schule.

01. Februar – Liege: In und um die Stadt werden mehrere Autos mit Molotovs in Brand gesteckt. Heverlee, Antwerpen: insgesamt 6 gehobene Autos werden in Brand gesteckt.

01. Februar – Gent: Eine kleine wilde Demonstration von etwa 30 Personen zieht durch die ärmeren Viertel bei Brugse Poort hinter einem Transparent mit der Aufschrift: « *Von Gent nach Tunis, es lebe der Aufstand* ». Banken und ein Gewerkschaftsbüro werden mit Farbe beschmiert. Slogans werden gerufen und Flugblätter verteilt, die die Revolten in Nordafrika mit der lokalen Situation verbinden. Von den Leuten kommt viel Sympathie.

04. Februar – Jamioulx: Ein Häftling nimm einen Wärter als Geisel und gelangt aus dem Gefängnis. Leider wird er wenige Stunden später wieder eingefangen.

6. Februar – Brüssel: « *Brandanschlag auf einer Mobiltelefonantenne in Evere. Mut den Anarchisten und anderen Rebellen, die auf ihrem Weg ins Gefängnis kamen, in Griechenland, Frankreich und überall sonst. Der Kampf für Freiheit geht weiter.* »

07. Februar – Brüssel: Mehrere dutzend Personen machen eine wilde Demonstration durch das ärmeren Quartier Molenbeek mit einem Transparent « *Tunesien, Ägypten, hier und sonstwo, es lebe die Revolte* ». Slogans gegen Staat und Kapital, gegen Diktatur und Demokratie werden gerufen. Unterwegs werden alle Banken und ein Gebäude der sozialistischen Gewerkschaft versprayt. Flugblätter werden in den sehr belebten Strassen verteilt. Am Ende werden die Fenster einer Bank eingeschlagen. Keine Verhaftungen.

11. Februar – Charleroi: Streikposten blockieren einen beträchtlichen Teil der Wirtschaft. Lager von etwa 8 grossen Firmen werden blockiert. Baustellen und Betonproduktionsanlagen streiken. Auslöser ist das neue „Interprofessional Agreement“

13. Februar – Steenokkerzeel: Mehrere Personen versuchen durch ein eingeschlagenes Fenster aus dem Ausschaffungsgefängnis zu entfliehen. Sie werden jedoch von Wärtern eingefangen.

15. Februar – Andenne: Ein Gefangener wird Tod in seiner Zelle aufgefunden. Zwei Tage später greift ein Gefangener zwei Wärter an und verwundet sie mit einem Messer.

15. Februar – Courtrai: Ein Man tritt in das Gerichtsgebäude ein und wirft einen Molotov auf die Bürotüre eines Richters. Einige Tage später wird ein 60-jähriger Man verhaftet, der den Angriff gesteht. Er sagt, er handelte « *aus Hass gegen die Polizei, die Justiz und die Gesellschaft* ».

14. Februar – Ath: In der kleinen Stadt wird die Atmosphäre angespannter, nachdem ein Man in einem Polizeiposten starb. Die Polizei verhaftet beim Begräbnis präventiv dutzende Personen, die angeblich Riots organisieren wollten.

18. Februar – Brüssel: Zwei vor Metrostationen geparkte Autos von Sicherheitsunternehmen werden mit Steinen beschädigt.

19. Febraur – Anderlecht: Ein Mercedes-Truck und ein anderes Auto werden von Flammen zerstört.

18. Februar – Leuven: Die Medien sprechen von einer Häufung von Sprayereien und Postern in Solidarität mit den arabischen Revolten.

19. Februar – Mechelen: Zwei Autos brennen nieder.

23. Februar – Steenokkerzeel: Etwa 40 Personen demonstrieren vor dem Ausschaffungsgefängnis. Währenddessen beginnen Gefangene, Fenster zu zerschlagen, Zellen anzuzünden und auf das Dach zu steigen. Langsam rückt immer mehr polizeiliche Verstärkung an. Trotzdem kann im allgemeinen Chaos ein Gefangener entfliehen!
Später am Abend brechen erneut Unruhen aus. Fenster werden eingeschlagen, Elektroinstallationen sabotiert und Brand gelegt. Beide Flügel werden komplett evakuiert. Schon 2008 zerstörte ein Aufstand grosse Teile dieses Aussschaffungsgefängnisses.

24. Februar – Merksplas: Einige der Revoltierenden von Steenokkerzeel wurden in das geschlossen Zentrum für Migranten in Merksplas verlegt. Obwohl sie von den anderen Gefan-



heitstötenden Charakter, präpariert das Fortdauern einer auf Autorität und Politik basierenden Gesellschaft, und ermöglicht die Rechtfertigung und Vergebung jedes Massakers.

Die als «politisches Subjekt» und gegen andere «politische Subjekte» *im Namen* der Freiheit durchgeführten Aktionen, werden immer innerhalb der Politik, in der Logik des Krieges bleiben.

Ein junger Palästinenser beispielsweise, Mitglied einer nationalistischen Organisation, der ein Massaker an Soldaten oder Zivilisten verübt, bleibt innerhalb dieser selben ideologischen Dimension: die individuellen Verantwortungen haben keine Relevanz, denn die Israelis, *alle* Israelis, sind *Feinde*. Denn das, was wichtig ist, ungeachtet des Gewichtung der Verantwortungen eines *jeden* der Menschen, die er getötet hat, ist die gegnerische Autorität zu treffen, ist der Druck, der auf die feindlichen Mächte ausgeübt wird. Im Namen des Sieges... rechtfertigt das Ziel jedes Mittel.

Diese Linie weiterziehend, wenn auch nicht so strikte, gilt derselbe Gedankengang – mit kleinen Anwendungsunterschieden – für die islamistischen Organisationen gegenüber den «Westmächten», für «unsere» Soldaten im Auslandeinsatz gegenüber der «*gefährlichen Barbaren, die unsere Zivilisation bedrohen*», für die ETA und Konsorten gegenüber gewisser Regierungen. Und warum nicht, für allzu viele Revolutionäre gegenüber der Bourgeoisie.

Dies sind nur einige Beispiele unter den eklatantesten, die wir nicht aufführen, um die Geister der Wütenden dieser Welt herunterzukühlen, sondern um zu verhindern, dass sich die Flammen weiterhin in Richtung Bürgerkrieg entwickeln.

Denn leider haben wir in der Geschichte schon oft gesehen, wie «die Feuer» den Möglichkeiten zur Befreiung den Sauerstoff verbrannten.

Klar und deutlich gesprochen: noch nie war es so notwendig wie jetzt, anzugreifen. Aber anzugreifen bedeutet, die Verantwortung für das, was man tut, als *Individuum* auf sich zu nehmen. Die unseren Verantwortungen und jene des Gegners wahrzunehmen. Es bedeutet, dass sich jeder Mensch die Konsequenzen von dem, wofür er sich entscheidet, und dem, was er tut, zu eigen machen muss, ohne sich deswegen in ein «politisches Subjekt» zu verwandeln.

Wir, als Individuen, wir kämpfen für die Bekräftigung des Individuums und gegen Individuen: man schiesst nicht auf «Uniformen», sondern auf Menschen, man schlägt nicht die Bourgeoisie, sondern Menschen, man greifft nicht Ideologien an, sondern Menschen. Wenn wir wollen, dass der Mensch frei ist, müssen wir die Menschlichkeit und die Einzigartigkeit selbst in den schlimmsten Feinden erkennen. Totalitäre Prozesse gründeten seit jeher in der Entmenschlichung des Gegners. Mittlerweile sollte es doch offensichtlich sein – schon alleine, wenn wir die jüngste Vergangenheit in Erinnerung behalten und die tragische Gegenwart betrachten –, dass wir den entgegengesetzten Weg versuchen müssen.

Ein Weg, der im Stande ist, alle Ideologien und jegliche politische Berechnung zurückzulassen, ist ein schwierig zu begehender Weg, der jedoch – falls man den Mut dazu hat – tausend Möglichkeiten eröffnen kann. Gewiss, es braucht Mut, sich als Waise der Hypothesen und Perspektiven in einer Welt wiederzufinden, die immer schwieriger zu verstehen ist. Es wäre einfacher, weiterhin innerhalb der Logik der «Kategorien» zu bleiben, ohne den Mechanismus und die Dynamik in ihrer Gesamtheit zu verstehen.

Die Sache ist, dass diese Abwesenheit, diese Leere, an sich keine Begrenzung darstellt. Die Bejahung der individuellen Verantwortung öffnet den «Waisen» das Feld der Möglichkeiten revolutionärer Interventionen. Die Individualität und Menschlichkeit des Unterdrückers und des Ausbeuters zu erkennen, begrenzt weder die Kritik noch die Aktion, sondern erhöht – die ganze Komplexität der Verantwortungen und der sozialen Rollen präsent haltend – ihr offensives Potential.

Solange das Individuum eine Möglichkeit zur Wahl hat – wie minim diese in Anbetracht des Bestehenden auch sein mag –, entbindet die Tatsache, eine bestimmte Unterdrückerfunktion innerhalb des sozialen Mechanismus zu akzeptieren, dieses nicht von seinen eigenen Taten, sondern macht es niederträchtiger in seiner Menschlichkeit und für seine Menschlichkeit selbst.

Die klare Abschätzung der individuellen Verantwortungen wird folglich zu einer Waffe. Eine Waffe, die, geladen mit dem Bewusstsein über den sozialen Mechanismus, Schläge von Kritik und Praxis austragen kann, ohne im Sumpf der Ohnmacht und der Verherrlichung stecken zu bleiben.

Ländern dennoch zum Wiederaufkommen einer Methode und einer Denkensweise geführt, die zumindest diskutiert werden sollten. Wenn es sicherlich wahr ist, dass es keinem von uns Freude bereitet, sich distanzieren zu müssen, so ist es ebenso wahr, dass es zahlreiche Revolutionäre, und ich als erster, aus einem ethischen sowie aus einem projektuellen Blickwinkel bedenklich finden, mit bestimmten Praktiken verbunden zu werden, ohne sagen zu können, was man darüber denkt.
*Das Delegieren der Auslieferung einer Briefbombe an irgendjemand, ohne dass diese Person davon bescheid weiss, mit dem Risiko, dass sie ihr in den Händen explodiert, ist ein Akt, der mit dem anarchistischen Prinzip der Nicht-Delegation und der individuellen Verantwortung ziemlich wenig zu tun hat. Den Irrtum zu verteidigen und auf ihm zu beharren, nachdem in wiederholten Fällen nicht ausgesuchte Personen verwundet worden sind, bedeutet, von der Ideologie der Konfrontation verblendet zu sein; eine Bombe an einem Durchgangsort zu platzieren, mit oder ohne Vorwarnung an die Polizei, ist eine Aktion, die eine terrorisierende Zielsetzung in sich trägt (oder die auf jeden Fall so aufgefasst werden wird): “heute warnen wir euch noch”, oder “heute handeln wir bei Nacht, morgen wer weiss...”***. Zugegeben, dies sind keine Neuheiten, und es wäre falsch, zu behaupten, dass die revolutionäre Bewegung nie vor solchen Problemen gestanden hätte. Die Geschichte ist gewiss übervoll mit Scheusslichkeiten, meistens von und für die Macht ausgeführt, andere aber, unglücklicherweise, traten auch bei Angriffen hervor, die gegen sie gerichtet waren. Doch kein Zweck, so nobel er auch sein mag, kann “die Mittel“ rechtfertigen. So ziehe ich es vor, der Geschichte ins Gesicht blickend und das revolutionäre Erbe „auf mich nehmend“, mich daran zu erinnern, dass es die Anarchisten vorgezogen haben, ihr Leben zu opfern, als jemanden zu treffen, der nichts damit zu tun hatte, [...]; mich auch daran zu erinnern, dass die abschäuliche Verachtung für “das Volk“ dem Feind vorbehalten war: der Bourgeoisie und der Aristokratie.»*

Anmerkungen der Zitierenden:

* Drohungen und Äusserungen, wie sie z.B. von gewissen, offenbar unter einigen Anarchisten viel Bewunderung auf sich ziehenden “bewaffneten Organisationen“ in Griechenland geäussert wurden. Gruppen, die in erster Linie die Vielfalt der sozialen Konfliktualität in Griechenland auf die bewaffnete Konfrontation reduzieren, und die den sich dort äussernden sozialen Krieg auf eine spektakuläre Ebene tragen, auf der er in einen privaten Krieg, einen tristen Zweikampf zwischen “bewaffneten Stadtguerillas“ und dem Staat verwandelt wird.

** In dem 2003 erschienenen Text *„Einige alte, aber aktuelle Fragen unter Anarchisten und nicht nur“* wird nach langer Zeit erstmals eine anarchistische Kritik an diesem Mittel deutlich formuliert (also nicht seitens der “anarchistischen Föderation“ oder der Syndikalisten, die sich meistens sowieso und aus Prinzip von direkten Aktionen distanzieren).

*** siehe → *]

Die Macht benötigt keine weiteren Verherrlicher der Gewalt: diese Funktion erfüllt sie sehr gut ganz alleine. Die Menschen töten und revoltieren *mit* uns oder trotz uns, die einzige Frage ist, w*arum* sie es tun.

Tötungsakte, Handlungen, die einem menschlichen Wesen Schmerzen bereiten, sind – zumindest für den Autor dieses Textes – immer etwas unangenehmes oder hässliches, gerade weil sie wesensgemäss ganz klar autoritär sind. Wenn auf dem Weg der Revolte gegen diese Gesellschaft der Misshandlung jeglicher Art solche Akte vollzogen werden müssen (und es scheint mir offensichtlich, dass die Mächtigen nicht freiwillig von ihren Privilegien ablassen werden), müssen diese Handlungen zumindest offen und klar mit dem *Grund*, dem Traum, dem *Zweck*, welche die Geste motivieren, in Verbindung gebracht werden.

Wenn diese Akte, die Gesten der Wütenden, etwas gewesen sind oder schliesslich geworden sind, das zur Freiheit strebt, wenn sie in sich den *Zweck*, das *Warum* getragen haben oder tragen wollten, dann ist klar, dass die ganze Debatte über die «Legitimität» von Gewalt hätte verstummen können. Die Absichten der Politiker (der beruflichen oder jener der Bewegung), ebenso wie die Leere des *Scheissegal-ich-bin-wütend* wären klar hervorgetreten. Schliesslich tritt der wesensmässige Unterschied zwischen Gewalt, die nach Freiheit strebt, und Gewalt, die nach Autorität strebt, klar hervor.

[...] Lasst uns deutlich sein: Bomben gegen «eine Kategorie» mögen den Hass gegen eine Welt, eine Gesellschaft, gegen gesellschaftliche Verantwortungen ausdrücken. Sie können aber nicht die den Individuen eigenen Verantwortungen ausdrücken: Der neureiche Banker, die Putzfrau, der Arschkriecher der Bosse, der Kellner, der strebsame Angestellte, der Sekretär usw.. Sie können nicht alle in denselben Sack gesteckt werden.

Robespierre ist tot und es besteht nicht das geringste Interesse, ihn wieder auszugraben. Die Blindheit, die zu Tode «verurteilt», die «in die Menge schlägt», während sie die Bourgeois zählt – und die Sklaven vergisst – ist also uninteressant. Sie ist vorallem hässlich.

[...] Und in die Menge schlagen, um es noch klarer auszudrücken, bedeutet nicht einfach zahlreiche Personen zu töten oder zu verletzen. Es bedeutet, Berechnungen über die Anzahl Opfer anzustellen, die in für ihre wirkliche Verantwortung Getroffene und (um ein modisches militärisches Vokabular zu verwenden) durch «Kollateralschaden» Getroffene unterteilt werden. Es bedeutet, die Existenz der Individuen im Namen der Politik zu vergessen.

Man kann den Akt des «in die Menge Schlagens» als die Tatsache umschreiben, in Aussicht zu nehmen, dass eine Person, und sei es nur eine einzige, die keine spezifische Verantwortung trägt, willentlich verletzt wird.

[...] Wenn der Bürgerkrieg, wie wir sagten, dabei ist, sich über den ganzen Planeten auszuweiten, mit seiner Ladung voller Barbarei, dann wird es unverzichtbar für uns, die Betonung auf die Charakteristiken eines solchen Krieges, auf seine historischen und ideologischen Gründe, auf seine tiefgreifenden kulturellen und politischen Wurzeln zu legen, die ihren Ursprung überall auf der Welt in den verrückten Praktiken der *Menschen im Krieg* finden.

Zu Kriegszeiten wird zentral, von der leider nicht so selbstverständlichen Voraussetzung auszugehen, dass jeglicher Terrorismus nur in eine Richtung stossen kann, die der *Bekräftigung unserer Individualität* entgegengesetzt ist. Eine Prinzipienbekräftigung also, in diesem Text ohne Schlussfolgerung. Und, so hoffen wir, der Beginn einer Debatte, die heute dringender ist denn je.

[Auszug aus einem Text in *A Corps Perdu*, nr. 1, Dezember 2008]



Mit der Anheizung des rassistischen Klimas in der Schweiz, um eine allgemeine Verschärfung der Kontrolle durchzudrücken und die Ausgebeuteten unter sich selbst gegeneinander auszuspielen, sahen wir in den letzten Monaten und Jahren auch, wie sich die „anti-rassistische Opposition", mit ihrer in den demokratischen Kriterien wurzelnden Logik, breitmachte und teilweise auch unter Gefährten Boden fand. Diese Denkensweise, die die bestehende Logik bloss umkehrt, anstatt aus ihr herauszutreten, die Beschränktheit des „Anti-", kennen wir nur zu gut. Wieso sollten wir beispielsweise bekräftigen, Anti-Faschisten zu sein, wenn wir dann aber auch bekräftigen müssten, Anti-Monarchen und Anti-Demokraten zu sein, während wir doch schlicht und einfach Anarchisten sind, wieso sollten wir bekräftigen, dass wir Anti-Christen sind, wenn wir dann aber auch bekräftigen müssten, Anti-Islamisten und Anti-Zionisten zu sein, während wir schlicht und einfach Atheisten sind?

Jenseits dieser Wortspielereien ist es jedoch wichtig, die Funktion zu begreifen, die der Rassismus und der Anti-Rassismus im fortgeschrittenen Kapitalismus einnehmen, in dem sich zwei einander entgegenlaufende Tendenzen zu reiben beginnen: einerseits der haltlose Imperialismus der Ware, der dabei ist, alle Menschen gleichermassen zu entwurzeln und zu entleeren, sie also einander *gleich* macht, und andererseits die trotzdem bestehende Notwendigkeit, die Menschen getrennt zu halten, sie in Kategorien zu unterteilen, die gleichzeitig Märkte für die Ware und Kanalisierungen der Konflikte sind. Diese beiden Tendenzen werden einerseits durch den Rassismus (die Notwendigkeit zur Unterteilung) und andererseits durch den Anti-Rassismus (vor der Ware sind alle gleich) repräsentiert. Beim heutigen Rassismus handelt es sich also, angesichts eines eigentlichen Auflösungsprozesses der kulturellen Unterschiede in einem globalen Gesellschaftsprojekt, um eine aus wirtschaftlichen und regierungstechnischen Gründen künstlich genährte Unterteilung. Gleichzeitig ist die *Gleichheit*, auf die sich die Anti-Rassisten beziehen, während sie sich um Integrationshilfe, Rechte und Toleranz bemühen, ohne Herrschaft, Ausbeutung und Entfremdung *als solche* zu kritisieren, eine demokratische und ökonomische Art von Gleichheit: die *gleiche* Eingliederung und Entleerung der Individuen. Jene Gleichheit aber, die wir uns wünschen, ist die *gleiche Freiheit* für alle, ihre *individuelle Differenz* zu entfalten, und ist nur möglich, wenn es nichts mehr gibt, worin man sich zu integrieren hat, wenn es niemanden mehr gibt, der Rechte verteilt, wenn wir uns nicht mehr tolerieren, sondern jenseits aller Kategoriern als Individuen anerkennen, als Freunde sowie als Feinde. Und diese Unterteilung hat nichts mit irgendeiner äusserlichen Eigenschaft zu tun, sondern einzig unsere damit, ob unsere Entscheidungen zur Freiheit oder zur Unterdrückung tendieren.

Thesen über den Rassismus

I

Der Rassismus ist gegenwärtig die einzige Diskrepanz, die vom politischen Spektakel zugelassen wird: er ist also, auf eine in der Praxis bestätigte Weise, zu einem *rein spektakulären* Thema geworden. Seine monopolhafte Stellung innerhalb der falschen Debatten ermöglichte die Beseitigung jeglicher wirklichen sozialen Frage, *indem er sie alle ersetzte*. Er *repräsentiert* fortan die Debatte in einer Epoche ohne Debatte. Er *simuliert* die Kritik in einer Epoche ohne Kritik. Er ist zu einem besonders geschätzten *Ersatz* des Denkens geworden, angesichts dessen wirklichen Verschwindens.

II

Der Rassismus ist schon immer eine vergiftete Sache gewesen, unweigerlich dazu erkoren, Träger und Übermittler des falschen ideologischen Bewusstseins zu sein. Denn der Rassismus bestimmt im Allgemein die Position jener, die sich ihm entgegenstellen, und somit sehen sich auch seine Feinde dazu verleitet, sein Spiel zu spielen. Der Dummkopf, der auf einen Schwarzen los geht, *weil er schwarz ist*, ermutigt durch das Exempel einen anderen Dummkopf, der

Deutschland, Frühling-Sommer 2011

und Steinen beworfen.

24. März – Berlin: Das Auto einer Sicherheitsfirma wird abgebrannt.

27. März – Berlin: Krähenfüsse werden um die Polizeiwache des Abschnitts 12 ausgelegt, wodurch die Reifen von insgesamt sieben Autos durchbohrt werden. Schon in der Vornacht wurde ein Auto vor dem Sitz des Polizeipräsidenten angezündet.

28. März – Hamburg: *« In Wilhelmsburg häufen sich Anschläge auf Büros und Behörden, die sich mit Bau- und Stadtentwicklungsprojekten befassen. Bei Kurt-Immobilien in der Mengestrasse warfen die Täter vor zwei Wochen 16 Scheiben ein. Dann klirrte es bei einem Makler in der Veringstrasse und bei der Saga. Gestern flogen nun Pflastersteine in das Büro der Gesellschaft für Stadtentwicklung in der selben Strasse. »*

30. März – Berlin: Bei drei Sparkassen-Filialen werden die Scheiben eingeschlagen. *« In Athen beginnt der Prozess gegen den Genossen Simos Seisidis. Das PASOK-Regime hat dort in den letzten Jahren die anarchistische Bewegung aber auch die „normale" Bevölkerung mit einer Repressionswelle im Stil der Junta überzogen. »*

1. April – Berlin: *« Ein Einsatzwagen der Polizei ist in Friedrichshain von mehreren Unbekannten mit Steinen beworfen worden. Die Beamten waren auf einer Streifenfahrt durch die Rigaer Strasse, als mehrere Personen vom Dach eines Wohnhauses unvermittelt mit Kleinpflastersteinen auf den Wagen warfen »*

10. April – Leipzig: ein Luxus-Mercedes brennt.

11. April – Berlin: Stein, Farbe und Brandsätze werden am frühen Morgen auf den Polizeiposten in der Wedekindstr. geworfen. Auf den umliegenden Strassen wurden zuvor Krähenfüsse verstreut, die mit Warndreiecken gekennzeichnet wurden.

17. April – Weimar: 16 Müllcontainer werden in Brand gesetzt und zwei Bankfilialen entglast.

18. April – Hamburg: Farbe und Steine fliegen gegen das Fachamt für Stadtentwicklung.

20. April – Hamburg: Sechs Fahrzeuge brennen in St. Pauli.

21. April – Leipzig: Ein Auto einer Immobilienfirma brennt aus.

21. April – Hamburg: Zwei Transporter der Reiterstaffel der Polizei brennen vollständig aus.

26. April – Hamburg: 18 Luxus-Autos brennen in einer Nacht. Auch ein Auto der Elektrizitätsfirma Vattenfall brennt.

27. April – Berlin: Das Mahngericht und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung werden einerseits mit Steinen und Farbe, andererseits mit Brandsätzen angegriffen.

27. April – Berlin: Nach Brandanschlägen von Nazis auf alternative Wohnprojekte findet eine spontane Demonstration statt, bei der Scheiben von Schlecker Märkten und einer Filiale der Deutschen Bank zu Bruch gehen.

28. April – Berlin: Ein Auto der Deutschen Bahn geht in Flammen auf.

28. April – Berlin: Das Haus der Wirtschaft wird mit Steinen und Farbe beworfen.

29. April – Hamburg: Neun Autos brennen, darunter auch zwei der Firma Vattenfall, die Teil der Atomindustrie ist.

29. April – Berlin: Die Scheiben einer Bankfiliale werden eingeworfen.

30. April – Hamburg: Elf Autos der gehobenen Klasse brennen.

30. April – Hamburg: 4000 Leute demonstrieren für die Rote Flora (räumungsbedrohtes Soziales-Zenturm). *« Glasfassade des Astraturms und des Empire Riverside Hotels mit Farbe und Steinen von der Demo angegriffen. Bundeswehrauto während der Demo angezündet. Baustelle von Ikea angegriffen, Bullen und deren Autos mit Steinen und Flaschen beworfen. Kretschmars Nobelrestaurant Riverkasematten von 100 Menschen mit Steinen angegriffen. 35 Scheiben des Bezirksamts Eimsbüttel entglast. Architekturbüro, 3 Banken und Mobilfunkladen entglast. 16 Autos gehen in der Nacht in Flammen auf... »*

30. April – Berlin: Commerzbank und Bauunternehmen Hoch&Tief werden mit Steinen und Farbe beworfen.

1. Mai – Berlin: Etwa 15'000 Personen Demonstrieren unter dem Motto „für die soziale Revolution weltweit". Drei Bankfilialen, ein Einkaufszentrum, Woole, Kik, Polizeifahrzeuge und eine Polizeiwache werden mit Steinen angegriffen und entglast. Mit Steinen und Feuerwerk fanden Konrontationen mit der Polizei statt. An Etwa 4 Autos wurden in der folgenden Nacht Brandstiftungen verübt.

2. Mai – Bremen: Zwei Bankfilialen in der Neustadt werden entglast und mit Farbe beworfen.

2. Mai – Hamburg: Zwei Autos eines Immobilien-Spekulanten werden angezündet. Jenes der Stadtentwicklungssenatorin wird mit Farbe verschmiert.

3 Mai – Rostock: Sieben Fahrzeuge der Bundeswehr werden in Brand gesetzt.

6. Mai – Berlin: Ein Auto einer Sicherheitsfirma steht in Flammen.

10. Mai – Aschaffenburg: Mehrere Scheiben von zwei Bankfilialen werden eingeworfen.

14. Mai – Berlin: Auf die Vattenfall-Zentrale in Berlin-Treptow werden Steine und Farbe geworfen. *« Atomindustrie stilllegen! »*

14. Mai – Berlin: *« Wir haben mit einem feurigen Angriff Vattenfall in Charlottenburg an der schönen Spree einen Besuch abgestattet. Auf dem Weg dorthin nahmen wir auch gleich noch an der Villa von CPO in der Paulsbornerstr. dem Ausrichter des Atomforums eine farbliche Umgestaltung vor. »*

15. Mai – Berlin: Fünf Luxus-Autos brennen.

15. Mai – Berlin: Wasserschaden und eingeworfene Scheiben bei der Baustelle der im Februar geräumten Liebigstrasse 14.

16. Mai – Berlin: Zwei Luxusautos brennen.

16. Mai – Berlin: Das Besucherzentrum von Vattenfall (Atomenergiekonzern) wird mit Farbe beworfen.

18. Mai – Hamburg: Ein Streifenwagen wird durch einen Brandsatz beschädigt.

18. Mai – Berlin: Ein Auto der Deutschen Bahn und eines von Siemens brennen. *« Anlass war das gleichzeitig stattfindende Treffen der Atommafia in Berlin »*

18. Mai – Hamburg: Die Glasfassade eines Mövenpick-Hotels wird zertrümmert. Es ist Teil der laufenden Stadtaufwertungsprojekte.

19. Mai – Berlin: zwölf Autos brennen. Wieder ist ein Firmenwagen des Energiekonzerns Vattenfall betroffen.

21. Mai – München: Ein Jeep der Bundeswehr wird in Brand gesteckt.

22. Mai – Berlin: Innerhalb von 2 Stunden brennen sechs Luxusautos.

23. Mai – Bremerhaven: Das Auto eines NPD-Spitzenkandidats brennt.

23. Mai – Berlin: Bei einer Kabelbrücke der Bahninfrastruktur werden die Schutzgitter durchtrennt und wird ein Feuer entfacht. Dadurch werden etwa 100 Signal-, Telekommunikations und Stromkabel kurzgeschlossen. *« Alle haben Verantwortung für das, was geschieht. Alle haben die Möglichkeit, zu sagen: Stopp! Nicht mit uns. Wir bestreiken die quälende und mörderische Normalität. Es muss sich was ändern. Grundlegend. »* In einem langen Schreiben wird auf die Atomkraft und die Situation der Migranten eingegangen. *« Eine Gesellschaft ohne Herrschaft ist möglich! »*

28. Mai – Berlin: Mehrere hochwertige Fahrzeuge brennen in Prenzlauer Berg und Neukölln.

28. Mai – Berlin: Nachdem das griechische Generalkonsulat vor ein paar Tagen mit Pflastersteinen und Farbbeuteln beworfen wurde, wird nun auch die italienische Botschaft mit Farbe beschädigt.

28. Mai – Berlin: In der Köpenickerstrasse errichten etwa 20 Vermummte eine brennende Strassenbarrikade.

29. Mai – Berlin: Ein fahrender Einsatzwagen der Polizei wird mit Steinen beworfen. Ein Schreiben bezieht sich darauf, dass vor etwas mehr als einer Woche eine Frau in einem Jobcenter von der Polizei erschossen wurde.

29. Mai – Berlin: Ein Mercedes SUV brennt.

30. Mai – Berlin: Ein Auto des Energieversorgers „Vattenfall" brennt, ein nebenstehender „Hummer" wird in Mitleidenschaft gezogen.

31. Mai – Berlin: die Polizeistelle und Senatsverwaltung für Wirtschaft, das Senatsgebäude für Stadtentwicklung und die Immobielenfirma Tarsap werden mit Steinen und Farbe angegriffen.

31. Mai – Berlin: Auf einer Baustelle für Luxuswohnungen werden Holzbalken und ein Sattelauflieger in Brand gesetzt.

1. Juni – Berlin: Ein Mercedes und ein Porsche brennen.

1. Juni – Berlin: Die Botschaft von Syrien wird mit Farbeiern beworfen.

3. Juni – Berlin: Ein hochwertiger Mercedes brennt in einem Neubaugebiet.

3. Juni – Bremen: Auf das Postbank-Finanzcenter werden Steine und Farbe geworfen.

4. Juni – Berlin: Ein Porsche und ein BMW brennen in Alt-Treptow und Kreuzberg.

5. Juni – Berlin: Neun Luxus-Autos brennen in einer Nacht.

6. Juni – Berlin: Brandanschlag auf einen Transporter des Energiekonzerns Vattenfall.

7. Juni – Berlin: 3 Kleinwagen der Temporärarbeitsfirma „Randstad" gehen in Flammen auf.

8. Juni – Berlin: 7 Luxusautos brennen in einer Nacht in Moabit und Friedrichsheim.

10. Juni – Berlin: Etwa 8 Luxus-Fahrzeuge brennen. Im Zusammenhang mit diesen Autobränden werden zwei „mutmassliche Brandstifter" festgenommen.

10. Juni – Berlin: Farbe und Steine fliegen auf die Fassade des ehemal besetzten Hauses an der Liebigstrasse 14.

11. Juni – Berlin: Auf der geräumten Liebig 14 wird Feuer gelegt. Die Feuerwehr fuhr mit fünf Löschzügen auf.

12. Juni – Berlin: Ein Citroën Händler wird mit Brandsätzen angegriffen. Dabei wurden zehn Autos zerstört. Ein Schreiben bezieht sich auf einen internationalen Solidaritäts-Aufruf von libertären Kommunisten in Griechenland.

13. Juni – Hamburg: Bei einem Bio-Markt im Luxus-Neubau an der Schanzenstrasse werden 24 Scheiben von etwa 12 Personen zertrümmert. Sie werfen auch Farbgläser und zünden zwei Autoreifen an. Ein Bekennerschreiben mit der Überschrift „Gegen Verdrängung kämpfen" wird hinterlassen.

16. Juni – Stuttgard: Zerbrochene Vitrinen und verklebte Schlösser bei einem Pelzgeschäft.

17. Juni – Jena: Mehrere Burschenschaftsgebäude werden mit Steinen und Farbe beworfen.

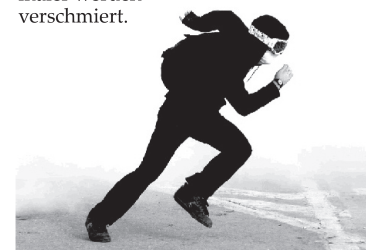
18. Juni – Berlin: Etwa hundert Personen versammeln sich in der Nähe der Liebigstrasse 14, ein Haus, das im Februar polizeilich geräumt wurde und jetzt saniert wird. In dem Haus wird eine Wohnung aufgebrochen und ein Wasserhahn aufgedreht. Gegen 1 Uhr flogen aus der Menge Flaschen auf Polizisten.

22. Juni – Frankfurt: Nach einer Demonstration gegen die Innenministerkonferenz (IMK) kommt es zu Ausschreitungen. Bullen werden mit Flaschen, Steinen, Feuerwerk und Feuerlöschern angegriffen und Barrikaden aus brennenden Müllcontainern werden errichtet.

23.-25. Juni – Berlin: 4 hochrangige Funktionäre der NPD werden von Vermummten auf offener Strasse verprügelt.

27. Juni – Hannover: Die Wohnung eines Leutnants wird verschmiert und das Türschloss verklebt.

28. Juni – Hannover: Soldatendenkmäler werden verschmiert.



D E U T S C H L A N D



[Text eines Plakates das im April auf den Strassen von Hamburg und Berlin auftauchte]

Für die soziale Revolte als Antwort auf das Bestehende

Frühjahr 2011: mit Freude und Interesse schauen wir nach Nordafrika. Es bewegt sich was, das jahrelang am Ende der Geschichte angekommen zu sein schien. Ein kleiner Funke reichte aus, um die sozialen Spannungen zum Explodieren zu bringen und die Rebellion gegen das Bestehende zum Flächenbrand werden zu lassen. Es sind Revolten, die von Selbstorganisierung und Subversivität geprägt sind und in ihren Anfängen und oft auch darüber hinaus ohne führende Gruppen und einheitlicher, institutionalisierter Politik auskommen. ArbeiterInnen, Erwerblose, StudentInnen und SchülerInnen gehen gemeinsam auf die Strasse und fordern nichts weniger als die Freiheit. Die Freiheit selbst über ihr Leben zu bestimmen und meinen damit unvermeintlich auch ein Ende der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, welche die Ursache für Kriege, Unterdrückung und Ausbeutung sind.

Was hat das mit uns zu tun? Was hierzulande gerne verschwiegen wird ist, dass sich die Rebellionen nicht alleine darauf beschränken, die Despoten an der Macht los zu werden, um sie durch andere zu ersetzen. Vielmehr sind die Gründe für die Eskalation in der dauerhaften Krise des globalen Kapitalismus zu suchen: Arbeitslosigkeit, schlecht bezahlte Jobs, fehlende Perspektive für die Jugend und die herrschenden Beziehungen der Macht, welche um jeden Preis verteidigt werden. Diese Probleme kommen uns, auch in der so oft gepriesenen „Demokratie", allzu bekannt vor. Mögen die Auswirkungen auf unser Leben zwar sehr unterschiedlich sein, so ist es dennoch die selbe Scheisse, die uns gefangen hält. Eine entfremdete Welt, in der die Waren mehr Wert sind als unser Leben. So verwundert es nicht, dass auch die immer lauter werdenden Schreie aus den europäischen Metropolen im Grunde die selbe Sprache sprechen und ein gemeinsames Begehren in sich tragen. Ob die Revolten und Streiks in Frankreich und Griechenland, die SchülerInnendemos in England, die Knastaufstände in Belgien oder manchmal auch hier, direkt vor der Tür, wie kürzlich nach der Räumung eines Hauses; die Wut wird sichtbar und ist in ihrer Art und Weise, wie sie zum Ausdruck kommt, oft deutlicher als es tausend Worte sein könnten.

Wir machen uns keine Illusionen. Dieses marode System wird nicht durch Reformen menschlicher werden, und kein Dialog mit der Politik kann uns einem besseren Leben auch nur einen Schritt näher bringen. Es geht auch nicht darum, die Burg der Herrschaft zu stürmen, denn die Macht und die Logik des Kapitals wirken viel tiefer in unser Leben hinein, als dass man sie an einem zentralen Punkt einfach zerstören könnte. Vielmehr geht es darum, einen Sturm auf die herrschenden Beziehungen zu entfesseln, um die Unterdrückung und Fremdbestimmung in all ihren Facetten anzugreifen. Kurz gesagt: die soziale Revolte als Antwort auf das Bestehende. Deshalb lasst uns auch hier der Funke sein, der das Feuer entzünden wird, am ersten Mai und alle Tage, um Raum zu schaffen, der uns die Gelegenheit bietet, mit dem Leben zu experimentieren. Auf den Grundlagen von Solidarität und wechselseitiger Hilfe, durch Selbstorganisierung im Alltag und mit voller Leidenschaft wollen wir die unbekannten Wege in die Fröste der Freiheit betreten…

…auf dass der Stein ins Rollen kommt!

2./3. Februar: In diesen Tagen wird ein Wohnprojekt an der Liebigstrasse 14 geräumt. Es folgt eine kurze, chronologisch nicht exakte Liste von an diesen Tagen stattfindenden Aktionen: Ein Luxusloft wird mit Flaschen und Farbe beworfen. Farbflaschen fliegen auf des Bürgeramt Moabit. Steine zertrümmern die Scheiben eines Luxus-Supermarktes. Farbe wird auf das KaDeWe und auf ein Rathaus geworfen. Sämtliche Scheiben einer Sparkasse gehen zu Bruch, Bildschirme der Bankomaten werden unbrauchbar gemacht, Farbflaschen fliegen in den Innenraum und kleine Barrikaden mit Bauzäunen werden auf der Strasse errichtet. Eine Barrikade in der Yorckstrasse. Brennende Autoreifen blockieren eine Strasse beim Treptower Park. Sparkasse und Commerzbank entglast. Die Brandstiftung an Kabeln hat ein Bahngleis ausser Betrieb gesetzt. Loftwohnungen in Kreuzberg werden mit Farbe und Steinen angegriffen. Verschiedenste Blockierungen von Kreuzungen durch hunderte Personen. Etwa 50 Personen greifen auf der Kreutziger Strasse Bullen mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik an. Veschiedene Demonstrationszüge. O2 World Geschäft verliert seine Scheiben. Bei Spontandemo werden Geschäfte mit Steinen angegriffen. Barrikade wird auf Frankfurter Alle errichtet. Bis spät in die Nacht sind *« im Kiez um die Liebigstrasse an die 100 gewaltbereite Räumungsgegner in mehreren kleinen Gruppen unterwegs, greifen immer wieder Polizisten an und werfen mit Steinen. »*. Beim LKA Gebäude werden etliche Fenster englast. *« Für die sofortige Freilassung aller Gefangenen der letzten Tage! Für die soziale Revolte! Wir werden noch lange keine Ruhe geben... »*

4. Februar – Berlin: Nach der Räumung der Liebig 14 kommt es erneut zu einer scherbenträchtigen Demonstration. Etwa 50 Personen lösen sich vom Umzugs von etwa 200 Personen und schlagen bei etwa 30 Geschäften und einigen Autos die Scheiben ein. Noch bevor die Einsatzkräfte eintreffen, kann die Gruppe fliehen.

4. Februar – Hamburg: Bei einer Demonstration in Solidarität mit der geräumten Liebig 14 gehen „einige Werbetafeln und so manche Schaufensterscheibe zu Bruch". Überall in der Umgebung werden mini Barrikaden aus Blumentöpfen und Bauzäunen aufgestellt.

5. Februar – Hamburg: Etwa 10 Personen schlagen die Scheiben einer Bankfiliale ein.

5. Februar – Berlin: Ein Servicewagen des Atomstromkonzerns Vattenvall wird in Solidarität mit der Liebig 14 entglast. Ausserdem wurden BVG-Fahrkartenautomaten unbrauchbar gemacht.

6. Februar – Berlin: Ein Geldautomat wird in Brand gesteckt.

10. Februar – Hamburg: 4 Autos brennen. Seit Anfangs Jahr brannten in Hamburg bereits 25 Luxus-Autos.

11. Februar – Hamburg: Die Scheiben im Erdgeschoss eines luxuriösen Neubaukomplexes werden eingeschlagen.

12. Februar – Mecklenburg-Vorpommern: *« Anlässlich des bevorstehenden Castor-Transportes nach Lubmin, haben wir auf der Bahnstrecke zwischen Schwerin und Rostock und zwischen Schwerin und Ludwigslust, die eine mögliche Transportroute ist, einen Kurzschluss an den Oberleitungen erzeugt. »*

14. Februar – Hamburg: Ein Bagger auf einer Baustelle wird in Brand gesteckt.

17. Februar – Berlin: Vor einer Wache der Bundespolizei geht einer ihrer Kleinbusse in Flammen auf.

19. Februar – Dresten: Mehrere tausend Menschen verhindern einen geplanten Naziaufmarsch. Barrikaden werden errichtet und Bullen mit Steinen konfrontiert. Ein Auto einer Temporärarbeitsfirma wird beschädigt und einige Reisebusse der Nazis entglast.

20. Februar – Berlin: Farbe und Steine fliegen gegen eine Bankfiliale.

20. Februar – Dresden: Ein Streifenwagen wird in Brand gesteckt.

23. Februar – Oldenburg: Ein Grossbrand zerstört einer Versorgungshalle der Bundeswehr. Das Feuer hat sich von zwei vor dem Lager in Brand gesteckten Sattelzügen ausgeweitet.

26. Febraur – Berlin: 2 fahrende Einsatzfahrzeuge der Polizei werden mit Steinen beworfen.

27. Februar – Hamburg: 6 Autos der gehobenen Klasse brennen.

28. Februar – Berlin: Mehrere Fensterscheiben beim Finanzamt werden eingeworfen.

2. Februar – Hamburg: Eine Polizeiwache wird in Solidarität mit den Projekten „Liebig 14" und „Rote Flora" mit Steinen angegriffen.

2. März – Berlin: Unter einem Baustromkasten auf einer Hostel-Baustelle wird ein Feuer entfacht.

3. März – Hamburg: 9 Autos gehen in Flammen auf.

3. März – Hamburg: Buttersäure wird in ein Mövenpick-Hotel geworfen.

6. März – Plauerhagen (Mecklenburg-Vorpommern): Drei Busse von Unternehmen, die Nazis nach Dresden transportierten, brennen vollständig aus.

7. März – Gross Lüsewitz (Bad Doberan): Bei einem Gewächshaus eines Gentechniklabors werden mehr als 50 Glasscheiben eingeworfen.

10. März – Berlin: Ein Auto der Deutschen Bahn wird in Brand gesteckt. *« Krieg der Atomindustrie und Krieg dem Krieg! »*

13. März – Berlin: Mit Pflastersteinen werden die Scheiben eines Immobilienbüros eingeworfen.

16. März – Berlin: Ein Porsche brennt.

20. März – Berlin: Ein Geldautomat wird angezündet. *« Um unsere Solidarität mit den Kämpfen in Griechenland auszudrücken und jenen, die dort für ihre Zugehörigkeit zur anarchistischen Bewegung im Knast sitzen, mitzuteilen, dass unser gemeinsamer Kampf unabhängig von staatlicher Repression immer weitergehen wird. »*

21. März – Hamburg: Die Stadtentwicklungsbehörde wird mit Farbe

D E U T S C H L A N D

Weder Rassismus noch Anti-Rassismus

[Italien, 1991]



Was bedeutet es, sich Fragen über das Phänomen des Rassismus zu stellen, das in den postindustriellen Gesellschaften des reichen und demokratischen Westens um sich greift, sich über die Motivationen zu befragen, die hinter den als Gegenmittel ergriffenen Massnahmen der jeweiligen Regierungen stecken? Meiner Meinung nach bedeutet es, sich die Frage nach den wirklichen Gründen, die ihn hervorbringen, und nach dem, was sich um sie herum dreht, zu stellen, denn alle bisher über diese Angelegenheit aufgestellten Thesen scheinen mir ungenügend, wenn nicht irreführend.

Das erste Problem beim Angehen solcher Fragen ist es also, aus der üblichen Denkensweise heraus zu treten, sich den Spiegeln zu entziehen, die absichtlich die Realität verzerren, wie die soziologischen Ideologien und Analysen, die voll mit psychologischem Idiotismus sind, und alles, was zur Bildung und Vermehrung von „Wegwerf"-Diskursen beiträgt. Dabei gehe ich von folgender Voraussetzung aus: *« Richtig und Interessant ist nicht, zu sagen: dies ist aus dem entstanden, sondern: dies könnte so entstanden sein »* (Wittgenstein).

Die Auflösung eines Gemeinplatzes

Beginnen wir mit der Behauptung, dass zwischen den heutigen Formen von Rassismus und jenen, die ihnen in der Vergangenheit vorangingen, weder eine historische Kontinuität noch ein ideologischer Zusammenhang besteht. Und dies nicht nur, weil sie in zwei völlig unterschiedlichen sozio-ökonomischen und ↘

den Schwarzen in Schutz nehmen wird, *weil er schwarz ist*. Auf diese Weise verschwinden alle wirklichen Beurteilungsfaktoren eines Individuums zu Gunsten einer leeren formalistischen Opposition, und enthält und beherrscht – im tatsächlichen und im übertragenen Sinne – die rassistische Position die antirassistische. Den Schwarzen bleibt nur noch, das Delirium zu vollenden, indem sie die Anderen als « dreckige Weisse » behandeln und wohl noch rassistischer werden, als die Weissen. Der Antirassismus war selten, äusserst zaghaft und nur in Theorie allgemeingültig; in der Praxis hingegen gestaltet er sich weitläufig nach dem amerikanischen Modell, welches sich in einer schmutzigen Ausgeglichenheit zwischen Rassismen äussert, die scheinbar fähig sind, sich untereinander *als Rassismen* zu tolerieren. Die Wirklichkeit ist nicht mehr relevant, wie beispielsweise die unsagbare Grobheit im Umgang, die gewisse Linke unter den Migranten mit dem Vorwand zu rechtfertigen neigen, dass diese « kulturell bedingt » sei; und die endlos und unausbleiblich die rassistischen Proteste nährt. In einem derart verzogenen Kontext ist der Antirassismus nicht mehr bloss das gute Gewissen jener, die ein spezifisches Elend im allgemeinen Elend aufheben wollen: die Antirassisten meinen, dass die Schwarzen gleich gut behandelt werden sollen wie die Weissen, übergehen jedoch in Stille die Tatsache, dass als Voraussetzung erforderlich ist, dass die Weissen selbst zunächst gleich schlecht wie die Schwarzen behandelt werden – wodurch die Schwarzen schliesslich gleich gut behandelt werden, wie Schwarze.

III

Die rassistischen Kategorien gelten schon seit langem nicht mehr nur im Bezug auf die Hautfarbe oder Ethnie und haben sich auf andere empirische Eigenschaften wie Geschlecht, Alter, Gewicht, erotische Neigungen oder auf sogenannte „kulturelle" Eigenschaften, wie Religion, Sprache oder Dialekt, regionale Herkunft, Ernährung oder traditionelle Kopfbedeckung ausgeweitet. So gedenkt die Verwaltungslogik über die lebendige und individuelle Intelligenz zu triumphieren. Da sind wir nun, beim Ergebnis dieser erbärmlichen Logik angelangt: Es ist nicht nur, dass uns Beamte und Ideologen registrieren, als ob wir Repräsentanten der verschiedenen Kategorien wären, sondern dass dichte Massen tapferer Soldaten auf die Türen der Registrierbüros des Spektakels zudrängen, um ihre Einschreibung zu fordern. Eine Einschreibung, die sie gefügig als etwas betrachten, das ihre „Natur", ihre „Wurzeln" aufzeigt, kurz gesagt, als das, was sie auszeichnet und unterscheidet, wozu sie sich bekennen können, als das, was sie sind. Unvermeidlich tauchen andere Soldaten auf, die sie bestreiten und beschliessen, sie zu hassen. Die Balkanisierung der Menschheit ist eine bewährte Methode, um sie zu trennen: sie hat noch grosse Tage vor sich. Die beiden Lager, die sie einteilt, die Rassisten und die Antirassisten, reihen sich für ein Gefecht auf, das kein Ende hat, da es keine Perspektive hat.

IV

Dieses Verwirklichungsstadium der Verwaltungslogik ist im Grunde vor allem der positive Rassismus: die Zeit gibt sich nicht mit dem negativen Rassismus zufrieden (der Hass auf den Anderen), sondern organisiert eine noch viel bedeutsamere Verbreitung seines identitären Korrelats, die Begeisterung für *das, als was man sich selbst betrachtet*. In gewisser Hinsicht ist der positive Rassismus die schlichte Umkehrung des negativen Rassismus, er ist aber auch die Form, unter der letzterer brütet, bevor er offen ausbricht. Er ist seine illusorisch friedliche Version, seine bloss vorübergehende Höflichkeit. Der positive Rassismus wurde zuerst von den assoziierten Antirassisten im Stil von SOS Rassismus im Bezug auf Opfer des negativen Rassismus ausgeübt, die sie dummerweise (und christlicherweise) zu idolisieren begannen; dann hat dieser positive Rassismus eine egozentrische Form angenommen, und zwar in dem Masse, wie eben diese Opfer, ständig misshandelt und gleichzeitig umschmeichelt, die Schmeicheleien schliesslich ernst nahmen (dadurch, dass sie misshandelt wurden, seien sie die Zukunft der Menschheit!), und sich nun endgültig für die Grössten halten. Doch die beiden Formen des Rassismus sind bloss, unter unterschiedlichen Umständen, Ausdruck des Mangels an Individualität, zu dem die Lohnsklaven und Arbeitslosen verdammt sind, Individualität, die sie in irgendeinem, zum überziehen bereiten „kulturellen" Trugbild *fixfertig vorzufinden* suchen, während es doch nötig wäre, sie in einem ganzen Leben voller Freiheit *zu kreieren*.

V

Kein Individuum, das den kleinsten Funken Liebe für die Freiheit in sich trägt, kann sich auf vorbestimmte Weise definieren. Eine solche Definition, das heisst, die Akzeptierung und Verteidigung der eigenen „Ursprünge",

ist, als Billigung und Verdopplung der eigenen objektiven Entfremdung, die Manifestation selbst der subjektiven Entfremdung des Individuums. Die „Wurzeln" werden von Feiglingen, Ermüdeten und Unterworfenen geliebt, von jenen, die darauf warten, zu sterben: sie sollen als Erklährung und als Entschuldigung für ihren Zustand von lebenden Toten herhalten. Es handelt sich dabei um die anti-menschlichste menschliche Position, um die anti-philosophischsten philosophische Position, um eine Vorstellung von Freiheit, die am meisten einer Gefängniszelle gleicht. „Das ist meine Kultur!", sagt der Unbewusste, der nicht nachdenken will, *und der es auch uns verbieten will*. Was diese „Kultur" betrifft: in der universellen Ideologie unserer Zeit ist sie nichts mehr weiter, als eine den Teilbereichen jeglicher Art beigegebene, radikal unkritische Kaution. Um ihre rein apologetische und warenförmige Mission zu erfüllen, umfasst sie alle altertümlichen Praktiken und alle neusten Moden, das Ganze geschickt vermischend, bis es nur noch ein undeutlicher Brei ist. Seit Platon und Aristoteles weiss man, dass der Geld- und Warenhandel dem Inhalt gegenüber gleichgültig sind und ihn *tatsächlich gleichgültig* machen; die alte Kultur, auch wenn sie « bourgeoise » war, interessiert die Ware nicht im geringsten, das, was sie interessiert ist, unter dieser neuen, jeglichen Inhalts entleerten Bezeichnung, eine unendliche und unbegrenzt vergrösserbare Masse an sinnentleerter Gadgets zu verkaufen, die jedoch fähig sind, eine Rolle als Identitätsstütze anzunehmen. Kurz gesagt, *das einzige, was noch verkauft wird, ist Identität*. Die « Kultur », die in der Epoche der Aufklärung Öffnung durch Erkenntnis bedeutete, teilt heute systematisch gleiche Interessen mit dieser rückbezüglichen Bewegung, mit dieser Illusion eines « Ursprungs » oder einer « Natur » in Reichweite aller Geldbeutel. Sie ist « *Blut und Boden* », aber gerade nur so weit, wie es geht, um nicht den Dritten Weltkrieg auszulösen.

VI

Um eine Opposition gegen die rüpelhafteren reaktionären Führer vorzutäuschen, wirft die rechtschaffene politische Kaste Europas ihnen bloss ihren Rassismus vor (ihren Antisemitismus, beim Beispiel Haider). So werden Neonazis von Demokraten zurechtgerückt, welche sich darauf beschränken, sie zu bitten, ihre Sprache zu korrigieren, um am Bankett zugelassen zu werden: sie brauchen bloss ihre rassistische Manie zurückzulassen, damit auch sie Demokraten werden können. Der Nazismus würde sich auf den Antisemitismus reduzieren, und auf nichts als diesen. Wenn Hitler nicht sechs Millionen Hebräer massakriert hätte, wäre er wahrscheinlich als Demokrat beurteilt worden. Die verschiedenen nationalistischen Führer riskieren also nichts: erst machen sie mit einer öffentlich und *absichtlich* inakzeptierbaren Manie auf sich aufmerksam und heben sich somit aus dem Knäu-

politisch-kulturellen Kontexten entstanden sind. Die heutigen Formen des Rassismus werden von einem technologischen Entwicklungsprozess des Kapitals und der fortgeschritteneren Staaten genährt. Innerhalb der post-industriellen Gesellschaften löst dieser Prozess alle traditionellen Formen sozialen Lebens auf und durchbricht mit ihnen auch alle Kommunikationsstrukturen breiter proletarisierter Gesellschaftsschichten. Gleichzeitig, im Hinblick auf die Drittweltländer, zerstört er, indem er sie einverleibt, alle kulturellen Formen, Sitten und traditionellen Bräuche der dortigen Völker und löst somit ihre Identität auf – im Rahmen der Verwirklichung eines Herrschaftsprojekts auf globaler Ebene.

Die alten Formen von Rassismus hingegen entstanden aus einer Krise des Kapitals und der damaligen imperialistischen Staaten, die in der Massenvernichtung durch den Zweiten Weltkrieg ihren Auslass fand. All jene, die sich auf diese Art von Rassismus beziehen, um den heutigen zu erklären, verfälschen die Realität der Fakten und verschleiern immer wieder die wirklichen Ursachen.

Ein weiterer Aspekt, der hervorsticht, ist eine deutliche zahlenmässige Disproportion zwischen einerseits dem vom Phänomen erreichten Ausmass, das breite Bevölkerungsschichten miteinbezieht, und der Zustimmungsbasis, über die die neofaschistische oder neonazistische Rechte verfügt. Was diese letzteren betrifft, zählt man die nostalgischen Überbleibsel vergangener Regieme und die jungen kahlgeschorenen Bulldoggen, so kommt man auf eine ziemlich unbedeutende Zahl. All dem fügt sich noch ein weiterer Aspekt hinzu: ein deutlicher Unterschied zwischen den alten, grob und erklärt geäusserten Formen von Rassismus, Formen, die von allen verabscheut werden, und den neuen, subtil tückischen, schleichenden, anonymen Formen, die, so sehr sie auch alle auf präzisen sozio-ökonomischen Diskriminanten beruhen, psychologisch nicht ideologisiert wurden.

Eine irreversible Anklageschrift

Einer der Punkte, auf die sich die heutigen Formen von Rassismus stützen, bildet die geschickt diskriminierende Handlung. Auf institutioneller Ebene wird diese von jenen Demokraten umgesetzt, die den edlen Charakter ihres Verhaltens gegenüber ausländischen Arbeitern durch die Anwendung von Formen sozialer Fürsorge betonen, die sich gut neben die Freiwilligenarbeit von religiösen Organisationen und Jugendfraktionen der verschiedenen Parteien und Gewerkschaften stellen lassen. Unter einem anderen Aspekt diskriminieren diese selben Demokraten die proletarisierten Gesellschaftsschichten der lokalen Bevölkerung. Diese werden somit angeregt, ihre Wut gegen die ausländischen Arbeiter zu richten, die in ihren Augen, in Anbetracht des geringen Interesses der Regierenden gegenüber den Grundbedürfnissen der proletarisierten Schichten (Arbeit, Wohnraum, Sozialhilfe, usw.), quasi als Bevorteilte gelten.

Diese Situation kreiert einen induzierten Krieg unter proletarisierten Massen, der in allen Lagern eine Entwicklung ohne soziale Konflikte begünstigt, die sich gegen die Strukturen der Herrschaft richten würden. Und zwar deshalb, weil der Konflikt ins Innere der armen Massen selbst übertragen wurde, die nun gegeneinander ausgespielt werden.

So wurden die materiellen, sozio-ökonomischen und politisch-kulturellen, aber auch die psychisch-ideologischen Bedingungen dieses neuen Rassismus, auch wenn es paradox erscheinen mag, eigens von den demokratischen Kräften geschaffen. Dieselben, die auf den Plätzen den anti-rassistischen Protest der Bevölkerung kanalisieren und leiten, und gleichzeitig die auf institutioneller Ebene zu ergreiffenden Massnahmen aufzeigen, um diese Welle zu bremsen.



GRENZENLOS

Der Rammbock des Aufstands...

...hat einen guten Teil der Pforten Europas zertrümmert

Die Erhebungen in Nordafrika waren für uns nie sehr weit entfernt. In erster Linie, weil sie direkt aus unseren Herzen sprechen. Diese Menschen, die das Joch der Diktatur mit Schreien und Handlungen für ein freieres Leben stürzen. Weil uns diese Erhebungen inspirieren, weil sie uns Mut machen, sowie sie vielen anderen Mut machen. Weil es durch sie wieder möglich ist, von Aufständen und Revolutionen zu träumen; nicht wie eine verstaubte Sache der Vergangenheit, sondern vielmehr als reale Möglichkeit.

Es ist auch einfach Fakt, dass die Politik von Nordafrika mit der Politik des westlichen Europa verknüpft ist, genauso wie der Kampf gegen die Mächtigen dort, die Politik hier beeinflusst. Denken wir zum Beispiel an die tausenden Menschen, die versuchen Europa über das Mittelmeer zu erreichen. Jetzt, wo die Situation in Tunesien, Ägypten und Libyen so instabil geworden ist, weiss die Europäische Union nicht mehr was sie tun soll. Die diktatorischen Partner, die der EU halfen, die Migration in Schach zu halten und die Sans-Papier abzuschieben,wurden verjagt, oder (wie im Fall Gadaffi) verweigern ihre Kooperation mit der EU. Mit anderen Worten: die Erhebungen haben einen guten Teil der Pforten zwischen Nordafrika und der EU zertrümmert, und diejenigen, die nun ihr Glück versuchen, sind zahlreich. Der italienische Staat sah sich gezwungen, einem Teil von ihnen provisorische Papiere zu geben, denn er weiss nicht mehr, was er mit all denen tun soll, die in Lampedusa ankommen. Zahlreiche Migranten haben also ihren Weg in Richtung anderer EU-Länder fortsetzen können. Nur… wollen die anderen EU Länder diese italienischen Papiere nicht akzeptieren. Das politische Spiel wird wie immer auf dem Rücken der Armen ausgetragen. Ein politisches Spiel das erhöhte Grenzkontrollen im Inneren der EU mit sich bringt, den Einsatz von Notfallszenarien und Ausnahmezuständen,… Die Erhebungen rasen mit hoher Geschwindigkeit auf die durch die widerliche Migrationspolitik der EU errichteten Mauern zu. Die Sicherheitsverstärkungen innerhalb der EU kommen nicht aus heiterem Himmel. Während die Menschen in anderen Ländern dabei sind für mehr Freiheit zu kämpfen, sind sie hier dabei, die Käfige zu verstärken. Überall werden neue Abschiebelager, Gefängnisse und Isolationszellen gebaut; überall werden die Überwachungskameras und die Präsenz von Überwachungsorganen aller Art ausgeweitet. Überall wird die repressive Gesetzgebung erweitert. Überall schränkt man uns die Freiheit ein. Wir müssen uns darauf vorbereiten, sie aufzuhalten und in die Offensive über zu gehen, denn man weiss sehr gut, dass sich die Jagd auf die Migranten intensiviert, genauso wie die Jagd auf die, die um überleben zu können, gegen das Gesetz verstossen, oder jene, die es tun, weil sie von einer neuen Welt träumen. Ebenso wie jene, die keinen Job haben, wie jene, die schon spüren, dass die Unterdrückung ansteigt. Sie erklären uns den Krieg, uns allen.

Aber vielleicht kann man die Dinge auch auf eine andere Weise sehen, fast wie eine Herausforderung. Auf diese Realität zu blicken, nicht wie etwas, das uns aufgezwungen wird, sondern wie etwas, an dem wir auch teilhaben. Und dass diese Realität auch von unserer Kollaboration und unserer Apathie, bzw. einfach nur von unserer Gehorsamsverweigerung und unserer Revolte abhängt. Lassen wir die Politiker und ihre Hunde einen Moment beiseite und kehren wir zu unseren Träumen vom Aufstand und der Revolution zurück. Auch auf dem europäischen Kontinent erschaffen die Keime dieser fieberhaften Periode einen Wirbel. Die Unzufriedenheit wächst und gelegentlich kommt sie zum Ausdruck, zum Beispiel durch kleine anonymen Revolten oder auch durch kollektivere Momente der Konfrontation.

Halten wir uns auch bewusst, dass der Rassismus in Europa sehr verbreitet ist und dass wir daher die sehr reale Möglichkeit einer Intensivierung des Ausländerhasses in Betracht ziehen müssen. Der Staat kann immer ein Schreckgespenst verwenden, um einen Teil der Bevölkerung für alle Probleme verantwortlich zu machen, damit wir vergessen, dass es der Staat selbst ist, der die Gesetze gemacht hat, die uns das Leben verderben.

Aber wer weiss! Wer weiss. Es gibt eine Chance wachsender gegenseitiger Ansteckung der Revolten von hier und jenen von dort. Durch die Erfahrungen, die gerade das Mittelmeer durchqueren, aber auch, weil die Erhebungen dort auch unter vielen von uns etwas wachgerufen haben: wir sind nicht gezwungen, das ganze Leben auf den Knien zu leben, wir können für die Freiheit kämpfen. Erhöhen wir also die Möglichkeiten einer Befruchtung durch die Erschaffung von Momenten, in denen sich Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen treffen können, sprechen lernen können, in einer Welt, in der einer auf dem Rücken des anderen reitet. Hören wir auf damit, uns damit zufriedenzugeben, zu überleben, und fangen wir an, uns von dieser unbarmherzigen Wettbewerbslogik zu befreien, um zu entdecken, was Kameradschaft bedeutet, was Solidarität im Kampf, was der Geschmack ist, den das Leben hat, wenn wir es erobern, was es bedeutet, zu versuchen, unsere Träume eines freien Lebens zu verwirklichen.

Wie groß der Druck, den sie auf uns ausüben, auch sein mag, eine Sache ist sicher: sie werden das Verlangen nach der Freiheit niemals ausradieren können.



[Aus *Hors Service*, nr. 18, 17. Mai]



fordern die 300 Besetzenden nicht nur einen Ort, um sich selbst zu organisieren (was sie mit der Besetzung umsetzten), sondern auch "Papiere, um frei umherzuziehen und zu leben". Das informelle *"collectif des Tunisiens de Lampedusa à Paris"* hält seine Versammlungen autonom ab und verweigert sich so einigermassen den verschiedenen Betrügereien der Parteien und Vereine. Die Besetzung ist offen für alle Sans-Papiers und wurde von Anfang an gemeinsam mit vielen Anarchisten durchgesetzt.

Auch am Mittwoch versammeln sich um 18:00 wieder hunderte solidarische Personen vor dem Gebäude. Der Stadtrat schlägt mittlerweile 100 ärmliche Plätze in einem Gebäude im 8. Arrondissement (wo sie sich dann nur zwischen 18:00 Abends und 9:00 Morgens aufhalten dürften) und angebliche 65 Hotelzimmer an verschiedenen Orten vor (mit der blossen Zusicherung von einem Monat). Nach heftigen Diskussionen unter den Migranten, um die Liste der 100 Privilegierten zu erstellen, mit all den Willkürlichkeiten und der widerlichen Selektion, die diese mit sich brachten, entschieden sich die 100 Personen schliesslich, dass sie lieber im Kampf vereint bleiben wollen, und der von der Stadt bereitgestellte Car fuhr wieder davon... leer.

Infolge dessen wurde mit Freude und Wut die Strasse vor dem Gebäude besetzt, und es wurden Parolen aus dem Aufstand von Anfang Jahr gerufen ("Tränengas, Kugeln, die Tunesier haben keine Angst", "Besetzung, Besetzung, nieder mit dem System").

Die Weigerung, die ärmlichen Unterkunftsvorschläge des Stadtrates zu akzeptieren, obwohl dieser "versicherte", im Falle einer Weigerung alle zu verhaften und auszuschaffen, die Besetzung des Boulevards, die Lieder, das Lachen, das Angreiffen der Bullen zeigen die Entschlossenheit und die Spontanität der Besetzenden. Gleichermassen hat das Wiederaufkommen von Parolen aus dem tunesischen Aufstand und das gemeinsame enthusiastische Vorgehen (mit oder ohne Papiere) gegen die Bullen allen Mut gegeben und, nach zwei Tagen von Verhandlungen und Zögern, unter den tunesischen Sans-Papiers ein klares kämpfendes Verhältnis aufgebaut. Wie viele sagen: « Was solls, wir haben nichts mehr zu verlieren »!

Am Nachmittag des 4. Mai räumen 300 Bullen das Gebäude. Eine Gruppe Tunesier flüchtet nach oben, eine andere, gemeinsam mit dem grösseren Teil der anarchistischen Gefährten flüchtet nach unten. Diesem zweiteren Teil gelingt es, in einem Gegenschlag auszubrechen und zu den etwa hundert ausserhalb stehenden Demonstranten zu gelangen.
Etwa 100 Tunesier wurden abgeführt (plus etwa 15 Gefährten, die in den darauffolgenden Scharmützeln verhaftet wurden).

In einem Schreiben meint der Stadtrat: *« Die Kontakte vor Ort wurden durch die Anwesenheit von militanten anarchistischen oder radikalen Kollektiven erschwehrt, die lieber das Handeln und das Engagement der Stadt und der Vereine schlechtmachten, als den tunesischen Flüchtlingen wirklich zu helfen. Sie haben eine schwere Verantwortung auf sich genommen, indem sie diese letzteren dazu drängten, vor Ort zu bleiben – mit Ausnahme von etwa zwölf, die gestern Abend angenommen haben, einer Unterkunftsstruktur beizutreten – und indem sie sie explizit ermutigten, sich mit den Ordnungskräften zu konfrontieren »*. Darauf bleibt nur zu erwidern, was schon ein Pariser Gefährte dazu schrieb: *« Stets der selbe scheiss Paternalismus gegen alle Armen, ob mit oder ohne Papiere. Als ob die Tunesier des Collectif de Lampedusa à Paris, von dem sich ein Teil an den Unruhen und Konfrontationen in Tunesien zur Vertreibung von Ben Ali – sowie tausend anderen – beteiligt hat, nicht für sich alleine im Stande wären, ein Kräfteverhältnis zu bilden und den Willen zu haben, sich mit den Hunden in Uniform zu konfrontieren, die ihnen das Leben vermiesen. Als ob sie zu dumm wären, um sich zu erlauben, die Krümmel zu verweigern, die vom Tisch des Stadtrats und seiner Vereine von Kollaborateuren fallen. Hier sind sie es, die uns vieles lernen können, und der reichhaltige Austausch, der im Alltag während dieser drei Tage und drei Nächte gemeinsamer Besetzung gelebt wurde, sind nur ein Anfang dieses Teilens. »*

In einem späteren, zynisch gestalteten Brief mit Forderungen an den Stadtrat, der mit "Jugendliche der Tunesischen Revolution" unterzeichnet ist, meinen diese: Unter den *« 150 Verhafteten, befinden sich auch französische Kameraden, die uns, entgegen dem, was in eurem Pressecommuniqué gegen diese Franzosen gesagt wurde, vor Hunger und Kälte bewahrt haben. Aber wir brauchen ihre Ideen nicht, um von uns selbst aus Entscheidungen zu treffen und unsere Revolution ist der grösste Beweis dafür. »*

Am 7. Mai besetzen mehrere dutzend Tunesier das Gymnasium der rue de la Fontaine-au-Roi. Etwa 20 junge Tunesier hängen ein Transparent auf, auf dem erneut zu lesen ist *« Weder Polizei, noch Bermherzigkeit. Ein Ort um sich zu organisieren und Papiere für alle »*. In einem Aufruf zu einer Demonstration schreiben die Tunesier bezüglich ihrer Forderungen: *« Das scheint unmöglich? In Tunesien haben wir bereits das Unmögliche gemacht, wir haben die Revolution gemacht »*.

Parallel zur Gymnasiumbesetzung besetzen mehrere dutzend Flüchtlinge und solidarische Personen am 16. Mai ein Haus der AFTAM, eine Wohnungsverwaltungsfirma für Migranten und Personen in Schwierigkeiten.
Auf den 21. Mai kündigen die Tunesier eine Demonstration am Porte de la Villette an. Der Umzug wird nach 100 Metern von einem massiven Aufgebot angehalten. 70 Personen werden kontrolliert und für mehrere Stunden verhaftet.
Am 22. Mai stören dreisig Personen eine Veranstaltung für die Relancierung des Tourismus in Tunesien beim dem Hôtel de Ville, die gemeinsam mit dem Stadtrat von Paris organisiert wird.
Am 26. Mai belagert die Polizei infolge einer Klage der AFTAM die Besetzung ihres Gebäudes. In wenigen Stunden versammeln sich etwa hundert Personen davor und zurückgedrängt von der Polizei improvisieren sie eine Demonstration im Quartier. Am nächsten Morgen wird das Gebäude geräumt, 17 Personen werden verhaftet, 8 Flüchtlinge in den Ausschaffungsknast von Vincennes gebracht. Noch am selben Tag wird der Sitz AFTAM mit der Forderung besetzt, das diese ihre Klage fallenlasse, was sie dann auch tat.
Am 28. Mai findet eine Demonstration in der Stadt und vor dem Aussschaffungsgefängnis in Vincennes statt. Die Verhafteten der AFTAM-Besetzung werden wieder freigelassen.

Im Gymnasium mischte sich die Stadt längst ein und erstellte Eintrittslisten und Namenskarten, die an etwa hundert Flüchtlinge verteilt wurden, während mehrere dutzend Wachleute den Eingang kontrollieren und allen den Zutritt verweigern, die keine solche Karte besitzen. Ausserdem bleibt das Gymnasium von 10 bis 18 Uhr geschlossen und die Besetzer müssen vor 22 Uhr zurück sein.

Am 31. Mai besetzen dreissig Personen der Gymnasiumbesetzung ein anderes Gebäude an der rue Botzaris, das dem Tunesischen Staat gehört, und in dem während der Diktatur die Polizei von Ben Ali in Paris ihren Sitz hatte.

Die totalitär-demokratische Mentalität

Seit wir dieses post-industrielle Zeitalter betraten, sprechen alle von einer multikulturellen, vielförmigen und diversifizierten Gesellschaft als Zeichen eines progressiven Fortschritts der sozialen Emanzipation in globaler Hinsicht, ohne jedoch den schrecklichen Kolonialisierungsprozess wahrzunehmen, der in den Gesellschaften im Gange ist, die gegenwärtig in einer einzigen globalen Gesellschaft neueingegliedert werden. Ein Prozess, der es ermöglicht, jede reelle Differenz zwischen den verschiedenen Völkern und den verschiedenen Kulturen zu vernichten. Ganz zu schweigen von den völlig von ihrer eigenen Identität losgelösten Individuen. Wenn die Nazis auf ihre Art die genetischen Differenzen zwischen den verschiedenen Völkern eliminieren wollten, so bereiten sich die Demokraten darauf vor, dasselbe Werk zu verrichten, während sie sich damit begnügen, die Köpfe der Individuen zu entleeren.
Wenn diese post-industrielle Gesellschaft in ihrem Innern völlig von den technologisierten Apparaten des Staates und des Kapitals dominiert zu sein scheint, die die Bewegungen der Individuen, die ohne ihr Mitwissen zur äussersten Prothese dieser monströsen und despotischen, wissenschaftlich organisierten Gesellschaftsmaschinerie geworden sind, bis ins kleinste Detail kontrollieren und verwalten, dann müssen wir die Mentalität analysieren, die eine solche Situation herbeigeführt hat.
Um es mit Adorno zu sagen: der Demokrat betrachtet die zwischen den Individuen existierenden effektiven oder imaginären Differenzen als Schandflecken, und wenn diese vorliegen, so ist das ein Zeichen für einen mangelnden oder noch nicht abgeschlossenen „sozialen Homogenisierungsprozess". Es bedeutet, dass es noch etwas gibt, das nicht gänzlich integriert ist, etwas, das der feinverästelten Kontrolle des totalitären Systems entgeht. *« Die Technik, die in den Konzentrationslagern angewendet wurde, neigte dazu, die Gefangenen ihren Aufsehern anzugleichen »* (Adorno). Überträgt man dieses Konzept ins Innere der Gesellschaft, so bedeutet das, dass die Ausgebeuteten umso mehr dazu neigen, sich jenen anzugleichen, die sie kontrollieren, je schwerer die Unterdrückungsverhältnisse werden.
Wenn der Progressist und der Demokrat bekräftigen, dass alle Individuen, ob weiss, schwarz, gelb, oder was auch immer, genau gleich seien, mit dem Ziel, Diskriminierungen oder unterschiedliche Behandlungsweisen zu verhindern, beschränken sie die Frage, ohne es zu merken, nicht nur auf das im herrschenden Systen gebräuchliche Kriterium, sondern verhüllen auch die Tatsache, dass es in Wirklichkeit nicht so ist, denn jeder Mensch hat seine eigene Logik, sein eigenes Bildungsgut, seine eigene Art, dieselben Konzepte zu verstehen. Deshalb wird er ausgehend von eben diesem Gleichmachungsanspruch erniedrigt und vergewaltigt. Auf diesem Kriterium basiert der Prozess sozialer Vereinheitlichung, der stets von jedem Totalitarismus in die Gänge geleitet wurde und der, neben der Hemmung von allen, die sich gerne nach ihren wirklichen und wahren Neigungen verhalten würden, darauf abzielt, immer und egal wie, jene zu terrorisieren, die sich anders verhalten.

Toleranz ist in dieser Gesellschaft zum Pflichtwort geworden, worauf sich alle Dinge bemessen. Ausserhalb von ihr gilt man als Barbar, Tier oder ähnliches. So ist man natürlich immer mehr geneigt, alles zu zermalmen, zu vergewaltigen und zu vernichten, was nicht ins Integrationsschema passt. Im Namen des Fortschritts und der Zivilisation der Sitten fühlt man sich dazu autorisiert, soziale Lobotomisierungsprozesse gegen diese oder jene Gruppe in Gang zu setzen, die sich ihrer Integrierung nicht fügen will.
Der repressive und erschreckende Horizont des demokratischen Ideals, das auf einer erklärt reaktionären und autoritären oder auch progressistischen und autoritativen Mentalität basiert, reicht soweit, dass er alle Individuen gleich haben will, mit dem einzigen Ziel, sie wissenschaftlich verwalten zu können. So wird das demokratische Ideal zu einem polizeilichen Ideal, wovon die Diktatur nur eine rohe Variante ist, die noch nicht von der Logik rationalisiert und durchgeplant wurde, die nun allumfassend geworden ist und alles in einem einzigen Rationalitätskriterium verschlingt.

Dieser demokratisch-totalitäre Kolonisierungsprozess treibt als Konsequenz alle Individuen dazu, dieselben Dinge zu tun, wenn auch auf andere Weise, und zwar insofern wie sie sich in derselben Logik bewegen. Jedes Individuum wird zu einer Verbindungseinheit des Systems, von dem es rezykliert und nach den vorherrschenden Normen integriert wurde. Wenn alle einander gleichartig sind, dann entspricht das dem Ende jeglicher Opposition, was dem System eine ungeteilte Zustimmung verschafft.
Was man sich, basierend auf diesem Kriterium, unter sozialer Gleichheit vorstellt, ist nichts anderes, als die Planung einer herrschenden Gesellschaft, mit der entsprechenden Verflachung und Reduzierung eines jeden auf eine ideale „Figur", die die Zunichtemachung und Wiedereingliederun symbolisiert. Die soziale Gleichheit als eine in den irreduziblen Differenzen eines jeden Individuums beschlossene Sache vorauszusetzen, erscheint dem Demokraten als etwas unel von Machtanwärtern hervor; dann verlassen sie diese Manie mehr oder weniger und steigen siegreich wieder ins politische Spiel ein, um den Rest ihres Programmes zu realisieren, *das auf diese Weise stillschweigend zugelassen wird*. Dabei wird ihnen niemand vorwerfen, für einen Polizeistaat, einen ultra-liberalen Kapitalismus, eine identitäre Ausbeutung der stupiden nationalen Folklore, einen starken moralischen Konservativismus, oder eine totale Unterwerfung durch die Arbeit, das Geld und das Kapital zu sein: denn diese Neigungen teilen alle, von der Rechten bis zur Linken.

VII

Noch bevor er eine Meinung und eine Form von falschem Bewusstsein ist, existiert der Rassismus in den Taten, denen die Meinung, wie üblich, und auch wenn sie sie zu kritisieren glaubt, nur nachfolgt. Die individuelle und kollektive Realität wird von der gesamten sozialen Praxis durch ein Netz von *tatsächlichen* Unterteilungen organisiert, die illusorisch als *rechtliche* Unterteilungen präsentiert und erfahren werden. In diesem untauglichen Kontext sieht sich jeder einzelne Mensch verleitet, aus der Notwendigkeit eine Tugend zu machen und sich mit seiner parzellären Realität zu indentifizieren. An Stelle eines Zusammenlebens, in dem das Individuum selbst die bevorzugte zentrale Realisierung und somit das mehr oder weniger bewundernswerte Ergebnis der kombinierten sozialen Fähigkeiten ist, kennen wir nur eine verfallene Welt, in der das Individuum als Nebensache, als zusätzlicher Kostenaufwand, als vernachlässigbare Begleiterscheinung im Hinblick auf die Valorisierung des Kapitals gilt. Denn dieses muss die menschliche Realität in rational ausbeutbare Begrenzungen fassen: womit die wohlbekannte zerstreuende Macht der Ware an ihre intrisischen Grenzen stösst, zumindest in Sachen Unterteilung der Kundschaft und angemessener Spezialisierung der Produkte. Denn Kategorien sind ebenso sehr auch Märkte. Wenn sich die Ware gezwungen sah, alle Chinesischen Mauern des Planeten niederzureissen, die Anzeichen gemacht hätten, ihr zu widerstehen, kann sie sich dennoch nicht gegenüber einer ununterteilten Menschheit wiederfinden, in Bezug auf welche sie sich nicht verorten könnte; und dies hat sie mit derselben praktischen Notwendigkeit verstanden. Die alten Diskrepanzen, wenn auch unter einer veränderten, degradierten und simulierten Form, müssen für das Fortbestehen der sozialen Warenordnung erhalten werden, und sei es nur, um die Vereinigung des weltweiten Proletariats, im Elend und eines Tages in der Revolte, zu verhindern. Ausgehend von dieser Tatsache, jene ihrer Aufrechterhaltung am Infusionstropf, haben die alten Diskrepanzen ihre spontane, ursprüngliche Natur verloren, und ihre Verfechter sehen sich zu einer zwanghaf-

ten, verkrampften, theatralischen Existenz verdammt. In Wirklichkeit zielen all ihre Anstrengungen darauf ab, sie mit einer hoffnungslos verlorenen Dimension wiederzuvereinigen. Der Rassismus selbst hat seine Funktion geändert. Von « politisch » und « totalitär », ist er zu einem unmittelbaren Agenten des Kapitals geworden. Als identitäre Reaktion beabsichtigt er, die grösste Schwäche des Kapitalismus im fortgeschrittenen Stadium zu ersetzen: Das Kapital hat keine andere Kultur anzubieten, als *kaufen und verkaufen*: diesen Brocken ist es heute dabei, immer offener auszuspucken, während es hofft, dass die ganze Bevölkerung mittlerweile genug entstellt ist, um sich damit zufriedenzugeben.

VIII

Wie wir bereits sagten, das menschliche Wesen *wird nicht* durch seine « Wurzeln », durch seine Herkunft, durch seine vergangenen Bestimmungen *definiert*, sondern *definiert sich selbst*, aktiv, durch die Art und Weise, auf die seine soziale Existenz, das heisst, sein Leben und sein Zusammenleben mit anderen Individuen und mit deren Gemeinschaft im Allgemeinen es konkret definieren und diese von ihm selbst definiert werden. Der Mensch existiert nur wirklich, wenn er seine Freiheit, sich die Umgeben zu erschaffen, die er sich wünscht, in allen Zügen ausschöpft; wenn er also die Welt verändert; wenn er ohne Kompromiss das Joch des Privateigentums und der Ökonomie von sich schüttelt; wenn er gemeinsam mit jenen lebt, die diesem Projekt zustimmen und sich bewusst und offen daran beteiligen. Anders gesagt, keiner von uns und unseren Zeitgenossen existiert wirklich als freies Individuum, denn die Freiheit kann nur zum Preis unserer heutigen Lebensweise existieren: unserer Zeit entgeht die gesamte Freiheit, ohne Ausnahme.

Was den Rassismus betrifft, er ist nur eine Ausflucht, um den Mangel eines Lebens in Freiheit fernzuhalten. Dank dem Rassismus, und dem Anti-Rassismus, versucht sich ein breiter Teil der Menschheit mit dem Elend zufriedenzugeben, in dem er verfault, während er sich zu diesem Elend als das seinige bekennt (oder ein leicht verändertes Elend fordert, mit dem er sich schliesslich identifizieren könnte). Doch kann die Selbstemanzipierung der Menschheit passieren, ohne die Selbstauflösung ihrer entfremdeten Kategorien?

IX

Es ist von grösster Wichtigkeit, diesen rationalen Kern des Rassismus hervorzuheben und ihn diesem letzteren gegenüberzustellen. Denn die Zurückweisung der rassistischen Kategorien wird nicht von selbst kommen: kein Kranker lässt seine Symptome zurück, ohne vorher ihre verdeckte Wahrheit hochgehen zu lassen. Die rassistische Denkensweise ist für einen Menschen unentbehrlich, der von seinem Mangel an Freiheit, von seiner Bedingung als Sklave tief geschwächt ist. Ein auf so wenig reduzierter Mensch hat gar nicht die Mittel, um seinen illusorischen Trost fallenzulassen: « Sklave, vielleicht, aber von Rasse! ». Es ist völlig unnütz, zu versuchen, ihn von der Dummheit einer solchen Sichtweise zu überzeugen, denn diese Dummheit ist für ihn Lebenswichtig – eine « lebensnotwendige Lügen », wie Nietzsche sagte. Nur durch das Wiederfinden des Geschmacks für ein Leben in und von Freiheit, wird er diese Trugbilder vekümmern lassen.

X

Es ist also nicht der Anti-Rassismus, der den Rassismus zum Verschwinden bringen wird, von dem er in Wahrheit nur das falsche Gegenüber ist, und ebensowenig wird es der Geist der Toleranz tun, diese Einschläferung des Geistes. Nur die Subversion der bestehenden Ordnung ist fähig, die Individuen einander wieder näher zu bringen; jeden sich sebst, seiner lebendigen Natur und seiner Selbstverwirklichung wieder näher zu bringen; und jene, die « sich täuschen vor Wut » wieder zu den eigentlichen Zielen zu bringen.

[Von *Les Amis de Nemesis*. Entwendet und verändert in der italienischen Zeitschrift *Machete*, nr. 3, November 2008]

begreifliches, da es sich dabei um eine unverwaltbare Realität handeln würde, die sich nicht auf ein einziges Kriterium von System und Logik reduzieren lässt. Dies ist seine rationalisierte Angst vor der Freiheit.

In dieser Logik nährt und motiviert der Demokrat die heutigen Formen von Rassismus, während er gleichzeitig unbewusst auf einen fortschreitenden Identitätsverlust unter ethnischen Gruppen, sozialen Bevölkerungsschichten und Individuen antwortet, die sich alle auf die eine oder andere Weise bedroht fühlen. Rassismus und Antirassismus werden in der Wirtschaft des Herrschaftsprojekts die beiden Pole einer Notkampagne sein, die dazu dient, Repression, Kontrolle und Zustimmung ohne übermässige Hürden durchzusetzen.

Die Rolle der grossen Informationsmittel

Wir haben die Durchbrechung der Kommunikationsstrukturen in den unterschiedlichen proletarisierten Gesellschaftsschichten angesprochen. Man muss diesen Bruch aber auch auf die kleinen, beispielsweise die ländlichen Gemeinschaften ausweiten, in denen die vom Kapital und von den fortgeschritteneren Staaten herbeigeführte technologische Revolution die gesamte soziale Struktur über den Haufen warf, indem sie die Ordnung der Dinge auf allen Ebenen radikal veränderte und ganze Kulturbeständer verschlang, die somit zerstört wurden.

Es ist klar, dass für die aufgelösten und in peripheren Zonen der Metropolen zerstreuten sozialen Gruppen und Schichten, ebenso wie für die kleinen Land-, Berg- oder Fischergemeinschaften, die Rolle der neuen Kolonial-Kommunikationsstrukturen wesentlich ist. Ihre multimediale Funktion, die von den Herrschaftsapparaten realisiert wurde, garantiert die Bemächtigung und Reglementierung aller Lebens- und Beziehungsformen – von der gesellschaftlichen bis zur zwischenmenschlichen Ebene.

So sind die Radiohör- aber vorallem die Fernsehstunden angestiegen, wobei mittlerweile „non stop" gesendet wird, mit einer regelrechten Fernseh-Abhängigkeit zur Folge. Die Kommunikation zwischen den Mitgliedern des Familienkerns wird immer seltener. Ihr Platz wurde vom Fernseher eingenommen, der folglich die einzelnen Mitglieder isoliert. Diese grossen Informationsmittel üben eine terroristische Rolle aus, die darauf abzielt, die Ausländer als Menschen eines anderen Planeten darzustellen. Die Leute sehen sich auf diese Weise bedroht und werden folglich dazu angetrieben, sich gemeinsam in Organisationsformen zusammenzuschliessen, die oft auf der Aufteilung des Territoriums, auf rüpelhaften Aspekten und auf Frustrationshandlungen basieren, von welchen insgesamt das Gefühl einer unbewussten Bedrohung durchscheint, die scheinbar vom „Ausländer" ausgeht.

Der Rassismus ist ein Phänomen, das sich ausgehend vom Verlust jeglicher Reflexionsfähigkeit des Menschens vergrössert, wie des Schreibens, des Diskutierens, des Lesens, ein Verlust, der parallel zum Erwerb grösserer Interessen für die oberflächlichen oder symbolischen Aspekte verläuft, wie Hautfarbe, Sitten, Bräuche und andere regressive Kommunikationsformen. Die grossen Informationsmittel treiben grosse Massen von Entwurzelten dazu an, sich als Statisten gegenüber Ereignissen zu fühlen, die die Sozialisierung nur durch ein Nachahmungsprinzip und nicht durch Bewusstwerdung antreiben können. Diese Mobilisierung wurde so zur Basis der Integration ins System, ohne dass dieses letztere in Frage gestellt wird. Daher die Entwicklung eines fiktiven Konfliktzustands innerhalb der ausgebeuteten Massen. Das Binom Rassismus-Antirassismus bildet das Schema solcher Konflikte, ein Schema ohne Ausweg. Sich am einen oder anderen dieser beiden Pole zu beteiligen, bedeutet, das Gesamtschema zu nähren, ohne es auflösen zu können, indem der Kreis einer schädlichen Beziehungsbildung durchbrochen wird.

Pierleone Porcu

[Aus der italienischen Zeitschrift *Anarchismo*, nr. 67, 1991]

sie bleibt zutiefst an eine bürgerliche Konzeption der Konfliktualität gebunden.





[Ein Plakat, das im Herbst 2010 auf Mauern von Schweizer Städten zirkulierte.]

Zurzeit sagt uns Links und Rechts, dass das Gesetz über die Altersrenten gewählt wurde, und dass sich ihm entgegenzustellen hiesse, diese ach so heilige Demokratie zu verspotten, die das Fortbestehen unserer Ausbeutung und unserer täglichen Niederwerfung durch das Gesetz heiligt. Dennoch scheissen viele darauf, denn sie lehnen sich nicht nur gegen diese Reform auf.

Zurzeit bereiten die Gewerkschaften eine alternative Altersrente vor, während sie einige letzte Herumlatschtage ankündigen (28. Oktober und 6. November), stets weiterhin bekräftigend,... dass sie durch die Eröffnung der Verhandlungen an der Reform teilhaben. Sie erwecken nicht einmal mehr den Eindruck, daran zu glauben, und beeilen sich, ihre Polizeifunktion gegen die „Randalierer", die „Sans-Papiers" und all jene, die aus der Reihe tanzen, zu wahren. Im Grunde tun sie nicht mehr und nicht weniger, als das, was sie schon immer taten: die Arbeitskraft gemeinsam mit den Bossen und den Protest gemeinsam mit dem Staat zu verwalten.

Dennoch kann man oft feststellen, dass der Enthusiasmusüber das, was während mehr als einem Monat gemeinsam erlebt wurde, noch immer zahlreiche Leute dazu verleitet, die Sache nicht liegen zu lassen.

Zurzeit ist also mehr denn je der Moment, loszustürmen, ohne irgendeinem Rhythmus zu folgen, sei er Äusserlich (der Kalender der Gesetzesabstimmungen und gewerkschaftlichen Termine) oder strategisch (bei Blockaden der Lastwagenführer zu helfen, aber ja ohne die Ölleitungen anzurühren). Lasst uns keine Angst davor haben, alles aufzuwerfen, was wir wollen. Wenn wir Mittel wie die Blockade oder die Sabotage verteidigen, dann um die Normalität zu unterbrechen, um das zu zerschlagen, was sich von selbst versteht, um Räume frei zu machen, damit jeder etwas mehr als sich selbst sein kann. Um sich direkt und indirekt zu begegnen, jenseits der Kategorien, auf anti-autoritären Grundlagen, Mediationen, Rollen und Hierarchien verweigernd, in einer Spannung in Richtung von etwas anderem: der Subversion der sozialen Beziehungen und der Zerstörung jeglicher Herrschaft.

29. Oktober 2010

Tunesische Ankömmlinge besetzen in Paris

In den letzten Aprilwochen verschärften sich in Paris die Polizeipatrouillen und -Razzias, um kürzlich angekommene Sans-Papiers aus Nordafrika aufzuspüren. Viele übernachten seit Wochen umstellt von Bullen im Park von porte de la Villette. Am 29. April, nachdem sich bei Stalingrad ein x-tes Razzia-Dispostiv aufstellte und eine Gruppe Leuten versuchte, sich ihnen entgegenzustellen, improvisiert eine Gruppe von Flüchtlingen eine Demonstration. Am 1. Mai, nachdem sie den Kopf der Demonstration übernahmen, besetzen etwa hundert, sich autonom organisierende Tunesische Sans-Papiers, die grösstenteils über Italien nach Frankreich kamen, an der 51 avenue Bolivar ein Gebäude, das der Stadt gehört. Wie man auf einem grossen Transparent lesen kann, wollen sie *« weder Polizei noch Wohltätigkeit »*, sondern *« ein Ort, um sich zu organisieren. »*

Begleitet von gemeinsamen "police dégage" Rufen ["Polizisten, verzieht euch"] von drinnen und draussen, kommt es im Verlauf des Montags zu kleinen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die seit dem Morgen Druck ausübt und nun ihre Präsenz verschärft. Gegen 18:00 versammeln sich mehrere hundert Personen vor dem Gebäude. Während die Verhandlungen mit den Schweinen der Stadt andauern (die ihnen zu dieser Stunde 30/40 verteilte Hotelunterkünfte für einen Monat vorschlagen), ↘

FRANKREICH

vermummter Personen überfallen wurden. Kurz darauf teilten sich diese auf und flohen.

7. April – Genevilliers (Haute-de-Seine): Als ein Polizist der BAC einen Autofahrer kontrollieren will, wird er von einem Pflasterstein getroffen, der ein junger Mann vom Trotoire aus warf.

26. April – Tremblay-en-France (Seine-Saint-Denis): Polizisten werden von einer Gruppe Vermummter angegriffen, die mit Steinen nach ihnen werfen. Einer von ihnen wird am Kopf verletzt.

29. April – Neuvic (Dordogne): Etwa fünfzig Gefangene schliessen sich in ihren Zellen ein, während etwa vierzig andere Gefangene sich nach dem Hofgang mehr als 3 Stunden lang weigern, in ihre Zellen zurückzukehren, nachdem sich vor kurzem ein Häftling in seiner Zelle erhängte. Sie begehen Beschädigungen im Hof, reissen Stacheldrähte herunter und werfen mit Flaschen nach den Wärtern.

9. Mai – Lavaur (Tarn): In einem Gefängnis für Minderjährige werden die Wärter mit Steinen beworfen und etwa zwölf Zellen werden verwüstet.

16. Mai – Grenoble: Ein Gullideckel wird von einer Fussgängerbrücke auf ein vorbeifahrendes Polizeiauto geworfen. Niemand wurde jedoch verletzt.

20. Mai – Paris: Als eine Gruppe Sicherheitsangestellter der Stadt im 21. Arrondissement ein Barbecue von etwa 20 Personen auf offener Strasse auflösen wollte, nahmen diese Stangen und Stühle in die Hand, um sich zu wehren. Etwa hundert weitere Personen kamen bald hinzu. Die Angestellten werden schliesslich durch die Intervention der Polizei „gerettet".

12. März - Paris: Nach den Bränden in den Ausschaffungszentren von Steenokkerzeel (Belgien), Gradisca (Italien) und zwei Feuern in Vincennes (Paris) wurden die Fenster des Sitzes der sozialistischen Partei, jenes eines Diplomatenautos und eines Autos einer in Ausschaffungszentren arbeitenden Reinigungsfirma eingeschlagen. *« Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen, hier und sonstwo. Feuer den Ausschaffungszentren. Freiheit für alle, mit oder ohen Papiere ».*

24. März 2011 - Loisy-sur-Marne (Marne): Aufgrund der Durchtrennung von zwei Kabeln, die 224 Leitungspaare enthielten, bleibt die Gemeinde Loisy-sur-Marne mehrere Tage ohne Telephon und Internet. 429 Haushalte sind betroffen (die ganze Gemeinde). Aufgrund der Elektrizitätszuleitung einer Orange-Antenne, ist auch das Mobiltelefonnetzwerk in diesem Sektor beeinträchtigt.

3. Juni – Grigny/Viry (Essonne): Gegen 20:00 Uhr werden etwa 20 Polizisten, die Identitätskontrollen durchführen, von ebenfalls etwa 20 vermummten Jugendlichen mit Steinen und Molotovs angegriffen, die sofort wieder verschwinden. Fünf Beamte wurden verletzt. In dieser Gegend ist die Stimmung schon seit Monaten sehr angespannt.

6. Juni – Stains (Seine-Saint-Denis): Ein Polizist wird von vermummten Personen angegriffen.

4. Juli – Champigny-sur-Marne (Val-de-Marne): Nachdem es schon letzten Samstag mit Feuerwerk und Wurfgeschossen angegriffen wurde, fliegen diesmal vier Molotovs auf den Parkplatz des lokalen Polizeipostens, wodurch ein Einsatzfahrzeug beschädigt wird.

7.Juni – Corbeil-Essonnes (Essonne): Molotovs und Steine fliegen auf Polizisten, die mit drei Autos vor Ort sind. Am Vortag wurde ein Auto von Journalisten angegriffen. In dem Quartier kommt es seit 2 Wochen fast täglich zu Auseinandersetzungen zwischen Bullen und Jugendlichen. Ein 8-jähriges Mädchen befindet sich seit letztem Sonntag im künstlichen Koma, da es, laut Anwohnern, von einem Projektil der Polizei getroffen wurde.

12. Juni – Emerainville (Seine-et-Marne): Zwei Büros des Stadtrats werden von einer vermummten Person in Brand gesteckt.

6. Juli – Toulouse: Etwa ein dutzend vermummte Personen dringt in die Büros des „Jugend Gerichtsschutzes" ein, der für die Einsperrung von Jugendlichen verantwordlich ist, und verteilt sich in die Gänge und Büros, um dort Farbe über die Einrichtungen und Computer auszuschütten. Sie verstreuen Flüssigkeiten, die Urin und Exkremente enthalten, und spritzen mit Feuerlöschern um sich. *« Nique la justice »*, und *« Porcs »*



Wenn wir auf die Forderung über das Rentenalter scheissen, diese kümmerlich gewährte Almose vor dem Tod, dann weil wir eine Welt der Arbeit und des Geldes, ein Leben von Halbtoten und voller Konkurrenz und Waren kritisieren.

Wenn Gelegenheit Diebe macht, wieso nicht unseren Alltag als Galeerensklaven zurücklassen, um zu versuchen, jenen ein paar Schläge zurückzugeben, die auf uns herumtreten und unterwegs ein paar leidenschaftliche Begegnungen machen? Wieso uns nicht diesen Moment zu eigen machen, der hinter den Gewerkschaften massenhaft Aufkleber und Spaziergänger vorbeiziehen sieht, um zu versuchen, etwas anderes auszudrücken und auszuprobieren? Um unsere Wut herauszulassen, indem wir uns mit den Bullen konfrontieren, indem wir Schaufenster einschlagen, indem wir Gymnasien in Brand stecken, indem wir Verwaltungs- oder Wahlbüros verwüsten, indem wir uns die Strasse zurückholen, indem wir links und rechts Chaos hinterlassen, um die Wirtschaft zu blockieren und zu sabotieren. Um neue Praktiken auszuprobieren und Begegnungen ausgehend von Perspektiven zu erleben, die mit dem Bestehenden brechen, um einen Hass gegen die gemeinsame uns auferlegte Lebensbedingung zu teilen und auf ein paar gute Ideen zu kommen. Wie im November 2005 während der drei feurigen Wochen, die diesem Scheisssystem einen Vorgeschmack der Zukunft boten, die wir ihm bereithalten; wie während des CPE's, als Revoltierende aller Art bei langen, wilden, mit Konfrontationen versehenen Demonstrationen die Studentenbewegung zurückzulassen begannen.

Nicht alle sind diese letzten Wochen hinter dem Anlass des Moments hergelaufen, hinter den abgesicherten, vergewerkschafteten Arbeitern, die bestenfalls die Erhaltung des Status-Quo, schlimmstenfalls die Eröffnung von Verhandlungen zur Gestaltung ihres Käfigs fordern. Viele, ob Studenten oder nicht, improvisierten spontane Umzüge in den Strassen, versuchten die Gefängnisarchitektur der grossen Städte umzugestalten, organisierten sich selbst, fern von Streikposten, um nicht einem kleinen Teil der Bewegung (Raffinerie- oder Müllabfuhrarbeitern) irgendeine höhere Macht zuzuschreiben, verliessen die taktischen Spiele von jenen, die nach der Macht über die beste Weise, das Land zu blockieren streben, kurzum, sie stürzten sich in die Schlacht mit dem, was sie sind, das heisst, schlichtwegs sich selbst: Revolten, die weder danach streben, das Parlament zu beeinflussen, noch danach, das Bestehende zu verschönern, gewiss nicht danach, es in seinem ganzen lohnabhängigen Elend zu erhalten.



Sicherlich, jetzt, da wir diese Worte zu Papier werfen, ist die Intensität nicht mehr ganz die selbe wie zu jenem Zeitpunkt, als es schien, als ob sich gewisse Zutaten etwas überall ergänzen könnten: Blockaden der Transporte und industriellen Zonen, urbane Revolten und Solidarität im Kampf, nächtliche Angriffe von Affinitätsgruppen und tägliche wilde Demonstrationen, Studenten und angehende Rentner. Sicherlich, es gab keine offensiven Blockaden wie jene von Barcelona während des Generalstreiks vom 29. Septeber 2010 oder flammende Demonstrationen wie in Griechenland Anfangs Jahr. Sicherlich, die grossen gewerkschaftlichen und politischen Mediationen (selbst das Desaster des Anti-Sarkozyismus) wiegen noch immer mit all ihrem Gewicht, die Begegnungen sind gerade erst dabei, sich abzuzeichnen, und die Selbstorganisierung ist gerade erst dabei, sich zu suchen. Die Vorstellungskraft, was die kollektiven Aktionsformen betrifft, geht nicht sehr weit, die radikalen Perspektiven gegen die Arbeit und alles, was sie hervorbringt (und was von ihr hervorgebracht wird), stecken erst in ihren schüchternen Anfängen. Nichtsdestotrotz, niemand kann jemals voraussagen, was Morgen geschehen wird, und es ist klar und deutlich jegliche Idee von politischer Berechnung, der man sich jetzt entledigen muss, falls wir ins Unbekannte einer wirklichen Umwälzung eintauchen wollen. Auch mit dieser Vorahnung, jener, das eine „soziale Bewegung" immer zu ärmlich sein wird, um unsere Revolten auszudrücken, denn

Frankreich, Frühling-Sommer 2011

23. Januar – Saint-Brieuc (22.): Beim Parteibüro der UMP (Partei von Sarkozy) werden Steine durch die Schaufenster geworfen. Dies ist bereits das dritte Mal in etwas mehr als einem Jahr.

3. Februar – Marignane: Drei Molotovs werden auf den Polizeiposten geworfen. Einige Minuten zuvor flog auch ein Molotov gegen eine Schule.

11. Februar 2011 – Strassburg: Das Amts- und Polizeigericht im Palais Monthyon muss aufgrund eines Feuers evakuiert werden. Das Feuer brach auf dem Stockwerk der Archive und der Druckerei aus. Gemäss der Feuerwehr wurden etwa 400m3 Papier verbrannt. « *Das kann absichtlich gewesen sein, man weiss es nicht* ».

13. Februar – Savigny-sur-Orge (Essonne): Beim Verlassen eines Treffen im Quartierhaus von Près-Saint-Martin, fällt der Stadtpräsidentin von Savigny-sur-Orge, Laurence Spicher-Bernier (UMP), und einer ihrer Stellvertreterinnen, kaum hatten sie den Motor angelassen, ein Molotov-Cocktail auf ihr Auto. Die beiden Frauen flüchteten und suchten verzweifelt nach einem Feuerlöscher.

15. Februar 2011 – Gouy (Aisne): *«Böse Überraschung beim Verlassen des Gemeinderats am Dienstag Abend. Ein halbes Dutzend Autos von Abgeordneten sind demoliert worden. „Aber wie werde ich nun Morgen arbeiten gehen?", sorgt sich ein Geschädigter. Einige der Autos sind mit vier unbenutzbaren Reifen vorgefunden worden. [...] Mehr als fünfzehn Pneues wurden zerstochen. »*

18. Februar 2011 – Marseille: Ein Gruppe von etwa 15 Personen stört in Marseille eine öffentliche Sitzung über die Ausweitung von Euromed, eines Projektes urbanistischer Neuorganisation der Hafenzone. Sie werfen Farbe und Eier auf die anwesenden Vertreter, vor allem auf den Präsidenten von Euromed, Guy Teissier, einen Abgeordneter der UMP und den Stadtpräsidenten des 1. Bezirks von Marseille, Patrick Menucci. Es werden Schläge ausgeteilt und die Kamera eines lokalen Fernsehsenders geht zu Bruch. [In Marseille findet seit Jahren ein Kampf gegen den Urbanismus statt]

23. Februar – Vauvert (Gard): Mehrere Individuen dringen in die Gendarmeriekaserne ein und stecken einen gestohlenen, dort im Rahmen einer Untersuchung parkierten BMW in Brand, woraufhin auch ein Einsatzfahrzeug und mehrere Motorräder in Brand geraten.

26. Februar 2011 – Albertville: Am frühen Morgen werden auf der Strecke Chambéry-Bourg-Saint-Maurice drei Kabel, Elektizitätsversorgungskabel und Signalisationskabel, mit einer Säge zerschnitten. Etwa 40'000 Reisende erhielten Verspätungen von drei bis fünf Stunden, da es sich um das Wochenende mit dem dichtesten Fahrplan der Februarferien handelte.

3. März – Noisiel (Seine-et-Marne): Ein CRS (französische Bereitsschaftspolizei), der mit seinen Kollegen und zwei während einer Identitätskontrolle im Bahnhof verhafteten Personen zu seinem Auto zurückkehren will, verletzt sich am Kopf, als aus einem Nachbargebäude Steine auf sie geworfen werden.

16. März 2011 – Tours: Mit einem Hammer wird etwa ein dutzend Mal auf die Schaufenster der Geschäftsstelle von Nicolas Gautreau eingeschlagen, ein Kandidat der PS (Sozialistische Partei) bei den kantonalen Wahlen.

20. März - Grigny (Essonne): Etwa fünfzig Jugendliche greifen im "Problemviertel" von Grande-Borne um 17:45 eine Interventionseinheit der Polizei an. Sie zerschrotten das Polizeifahrzeug und schlagen dessen Rückscheibe aus. Etwa 15 Molotovs fliegen auf die Polizisten, welche Verstärkung anfordern. Noch vor deren Ankunft werden zwei von ihnen an den Beinen durch Steinwürfe verletzt. Bald tauchen etwa sechzig Polizisten auf. Etwa dreissig Flash-Ball Schüsse sind nötig, um die Angreifer zurückzudrängen. Schliesslich zerstreuen sich die Jugendlichen und fliehen in das Gewirr der Siedlung, ohne verhaftet zu werden.

25. März 2011 – Vallans: Ein 9 Jähriges Kind legt im Speisesaal seiner Schule Feuer. Die Schäden sind enorm. Die Schule bleibt für einige Tage unbenutzbar.

2. April – Montpellier: Ein Polizist erhält Schaufelhiebe in die Beine und eine Eisenstange auf den Kopf, als er damit beauftragt war, die Verlegung eines Roma Convois zu verfolgen, der diesen Morgen von einem Lagerplatz ausgewiesen wurde. 5 der Romas werden verdächtigt.

5. April – Viry-Chatillon (Essonne): Gegen 20:00 fliegen Steine und Molotovs auf eine Patrouillenauto der Polizei. Das Auto fängt Feuer und wird komplett zerstört. Zwei der drei Beamten verletzen sich. Sie waren dabei, eine Indentitätskontrolle durchzuführen, als sie von etwa einem Dutzend

Ein rassistischer Wind

zieht durch unseren Alltag. Wer migrantischen Hintergrund hat, bekommt dies reichlich zu spüren. Sei es vonseiten der Bullen, Politiker, Mitarbeiter oder Passanten. Betreffen tut er uns jedoch alle. Dieser Rassismus entspringt nicht einer blossen Laune; wir merken täglich, wie die Politiker ihn schüren. Nein, Rassismus ist eine Regierungstechnik. Er hat seine Zwecke.

Indem er den Arbeitenden als *Ventil für den Frust* dient, spielt er jene gegeneinander aus, die im Grunde genauso jeden Tag für irgendein Arschloch irgendwas schuften. Er lenkt davon ab, den Grund für unsere Probleme in diesen erdrückenden, sozialen Verhältnissen zu suchen. Denn diese werden uns, ob Migrant oder Schweizer, von denselben aufgezwungen.

Den Regierenden hingegen dient der Rassismus als *Stütze ihrer Wirtschaft*. Vereinfachte Feindbilder dienen als Vorwand, um Gesetze durchzudrücken, die letzten Endes eine möglichst bedingungslose Ausbeutung von Migranten absichern: die immer alltäglicher werdende Drohung von monatelanger Haft und Ausschaffung soll sie als billige und flexible Arbeitskraft in Schach halten. Neben bestehenden Migrations-Abkommen mit vielen Ländern, entscheidet das Wirtschaftsministerium (und weniger der Fremdenhass), wer "aufgenommen" werden soll und wer nicht (das weiss auch die SVP).

Wenn wir also das Anwachsen des Rassismus zulassen, spielen wir nur den Reichen und Regierenden in die Tasche. Wenn wir ihn zurückweisen und den Menschen ohne Kategorisierung als Individuen begegnen, können wir in ihnen Komplizen finden, um Probleme zu bekämpfen, die uns schliesslich gemeinsam sind: die Ausbeutung und die Autoritäten.

Richtige Fragen stellen

Wir haben keine Antwort auf die Fragen der Politiker über Ausländer, Verbrechen und Sicherheit. Schlichtwegs, weil die Fragen selbst falsch sind. Für uns lautet die Frage nicht, wie der Staat mit Asylsuchenden, Sans-Papiers und "kriminellen Ausländern" umgehen soll, sondern: Wollen wir eine Welt, die Menschen zwischen Grenzen, Gesetzen und Gefängnismauern einsperrt? Wollen wir eine Ordnung, die Menschen der bedingungslosen Ausbeutung ausliefert, sie monatelang einsperrt und zwangsausschafft, weil sie keine gültigen Identitäts-Papiere haben? Wollen wir eine Gesellschaft, die Menschen kontrolliert, isoliert, ausbeutet, entfremdet, erniedrigt und, letztenendes, *entmenschlicht*?

Umgeben von Waren, Lifestyles und neuen Technologien scheinen solche Fragen in der geistigen Leere des Alltags zu ersticken. Soziale Zwänge drängen uns dazu, für den Zweck statt im Moment zu leben, uns zur nächsten Stufe weiterzuackern, zu *funktionieren*, ohne innezuhalten... als will man nicht, dass wir es wagen, uns die Frage der Lebensbedingungen zu stellen. Sie ernsthaft zu stellen. Denn nur ein willentlicher oder unerwarteter Bruch mit diesem Alltag und diesen Zwängen erlaubt, uns zu fragen:

Wieso eigentlich so und nicht anders, *ganz anders*? Und wieso nicht dieses *"ganz Andere"* zum Ausgangspunkt unserer Verlangen machen, anstatt diese triste Wirklichkeit?

Die Fragen der Politiker, die Abstimmungen und Initiativen, interessieren uns nicht, schlichtwegs, da sie die Anerkennung ihrer Herrschaft in sich tragen. Zu fragen, ab wann Migranten ausgeschafft werden sollen, setzt schon voraus, dass wir Kontrollen, Gefängnisse und Ausschaffungen gutheissen. Unsere Fragen gehen von einem *ganz anderen* Punkt aus. Von einem ethischen Punkt. Von einer freiheitlichen und anti-autoritären Sensibilität: Niemand soll eingesperrt werden. Niemand soll beherrscht und ausgebeutet werden. Alle sollen frei sein, ihr Leben selbst zu organisieren. Das Ende des Staates ist dafür notwendig. Der Aufstand gegen die Autoritäten ist eine Frage der Würde.

Daher erkennen wir uns in den Revolten gegen Unterdrückung wieder, ob in den Ausschaffungsknästen oder auf der Strasse. Wenn wir hier von Ethik sprechen, dann hat das mit Moralaposteln und Humanisten nichts zu tun. Es geht um ein Abwägen zwischen den Lebensbedingungen und unseren Träumen. Und, die Realität betrachtend, die sich letzteren wie ein Wall entgegenstellt, kann unser Entschluss nur eine Kampfansage sein.

Für ein Leben ohne Papiere und Staaten!

Entfesseln wir die Wut gegen alle Autoritäten!



Anarchistinnen und Anarchisten

Wichtig ist nicht, zu wissen, woher man kam, sondern

« Die Wurzeln sind eine romantische Kaschierung, um auf schöne Weise zu sagen, dass man den industriellen Migrationsströmen gefolgt ist, wie die Möven dem Fischer… um die Reste zusammenzupicken. Nun, heute ist es in Mode, hier und dort Wurzeln zu haben. Was für ein Müll! Das nagelt uns an den Boden, hindert uns daran, voranzuschreiten. Die Wurzeln sind gut für die Erledigten! »

Sprechen wir etwas von uns selbst, von uns, den Menschen. Man hat uns, falls wir es nicht selbst getan haben, in Schachteln eingeordnet, die ebensosehr Käfige sind, man hat uns separiert aufgrund von Kriterien, die nicht die unsrigen sind, und nach Gründen und Identitäten, die noch nie die unsrigen waren. Man hat uns aufgegliedert, klassifiziert, man hat das, was einfache Beziehungen unter Menschen sein könnten in verschlungene Labyrinthe verwandelt, übersäht mit imaginären Trennungen, die von einer Armada von Gesetzen realisiert und aufrechterhalten werden, egal ob diese nun in den Strafgesetzbüchern oder in den sozialen, moralischen oder traditionellen Codes eingeschrieben stehen. Doch was unterscheidet uns im Grunde wirklich?

Was uns trennt sowie verbindet, was uns wirklich voneinander unterscheidet, ist die Gesamtheit an Entscheidungen, die aus einem jeden das macht, was er wirklich ist, und nicht die verschiedenen, bei unserer Geburt auf unsere Rücken geklebten Etiketten, je nach Hautfarbe, sozialem Milieue oder Herkunft der Anderen, mit dem allen gemeinsamen Zweck, uns zu vereinheitlichen, zu integrieren, zu formatieren, zu zähmen und zu unterwerfen. Weil wir jeglichen Begriff einer "menschlichen Natur" und jegliche "historische Notwendigkeit" zurückweisen, und weil für uns das Individuum nichts anderes ist, als die Summe seiner Entscheidungen, seiner Verlangen und seiner Träume, sind wir nicht mit den Bedingungen solidarisch, die den am meisten Unterdrückten bereitet werden, sondern mit der Tatkräftigkeit und den Perspektiven, mit denen sie ihre Unterdrückung zurückweisen und sie bekämpfen.

Wir erkennen den Status des "Opfers" nicht an, diese neue von der Justiz und der Norm gebildete Kategorie, die als einzige Abhilfe den Staat und die barmherzigen Humanitären hinstellt. Ebenso erkennen wir keine Allgemeinheit an, die sich über die Individuen stellt, und auch nicht die kollektive Verantwortung, die sich davon ableitet. Beispielsweise jene aller "Weissen" gegenüber allen "Schwarzen", bezüglich des Sklavenhandels, aller "Männer" gegenüber allen "Frauen", bezüglich des Patriarchats, aller "Heterosexuellen" gegenüber allen "Homosexuellen", für die Homophobie, aller "Deutschen" gegenüber allen "Juden", für den Nazismus, oder aller "Juden" gegenüber" allen "Arabern", für die vom israelischen Staat begangenen Massaker im Nahen Osten. Sich als "Opfer" oder "Peiniger" anzuerkennen, für Akte, die man nicht an sich selbst erfuhr oder man nicht selbst beging, bedeutet, in irgendeiner Weise die Kategorien anzuerkennen, die schon immer nur dazu dienten, das Individuum etwas höherem unterzuordnen, es im Namen einer übergeordneten Sache aufzuopfern und Armeen für Kriege unter Staaten zu rekrutieren. Als Antimilitaristen, beispielsweise, sind wir nicht im Namen eines imaginären, vereinigten und homogenen "Volks von Frankreich" für die vom französischen Staat in Afghanistan begangenen Massaker verantwortlich. Aus dem selben Grund weisen wir Parolen wie "Wir sind alle deutsche Juden", "Wir sind alles Palestinenser" zurück. So ist die einzige Verantwortlichkeit, die wir anerkennen, die unsrige, denn wir tragen die Verantwortung über unser Handeln selbst.

Es schickt sich heute an, seine Wurzeln zu finden, sich Fragen über seine Herkunft zu stellen, Nachforschungen über seinen Stammbaum zu beantragen, "rooted" zu sein, als ob der Boden oder das Blut irgendeine Antwort auf unsere Freiheitsverlangen geben könnten; als ob das Heruntermachen anderer "Identitäten" das Mittel wäre, seine eigenen Leiden zu mildern. Jeder hat seine kleine, mit jener der anderen in Konkurrenz zu stellende Indentität, jeder hat seinen kleinen faden, hervorzuhebenden Stolz, jeder macht aus seiner Kleinlichkeit eine Stärke, auf dass alle in der selben Scheisse leben und dass all diese Trennungen und falschen Gegenüberstellungen das Spiel der Macht mitspielen.

Es gibt keine Naturkatastrophen

Tausende und Abertausende von Toten und Vermissten, Millionen von Leuten, die praktisch alles verloren haben. Ganze Dörfer dahingefegt. Als ob Japan nicht von einem Erdbeben, sondern von Atombomben getroffen wurde. Als ob die Häuser nicht von einem Tsunami, sondern von einem Krieg verwüstet wurden. Und im Grunde ist dies auch der Fall. Nur, dass die Feinde, die so hart zuschlagen, nicht die Erde oder das Meer sind. Es sind nicht die Rachemittel einer Natur, an deren feindliche Betrachtung wir uns bereits gewöhnt haben. Der Krieg, der nun schon seit Jahrhunderten andauert, verläuft nicht zwischen der Menschheit und der natürlichen Umwelt, wie uns viele gerne glauben machen würden, um sich unsere Disziplin zu sichern. Der Krieg sind wir. *Die Menschheit ist der Krieg.* Die Natur ist bloss sein Schlachtfeld.

Wir sind der Grund für die Überschwemmungen, indem wir mit unserer industriellen Tätigkeit das Klima veränderten. Wir haben die Dämme der Flüsse durchbrochen, indem wir ihre Betten zementierten und ihre Ufer entwaldeten. Wir haben die Brücken einstürzen lassen, indem wir sie mit billigem Material bauten, um mehr Profit zu schlagen. Wir haben ganze Dörfer vom Boden weggefegt, indem wir Häuser in Gefahrenzonen errichteten. Wir haben den Planeten verseucht, indem wir Atomkraftwerke bauten. Wir haben es unterlassen, Vorkehrungen gegen solche Ereignisse zu treffen, da unsere einzigen Sorgen die Öffnung neuer Einkaufszentren und Geschäfte sind. Wir haben es zugelassen, dass all dies geschieht und sich wiederholt, indem wir die Entscheidungen, die doch unser Leben betreffen, an andere delegierten.

Und jetzt, nachdem wir die Welt verwüstet haben, um uns schneller fortzubewegen, um schneller zu essen, um schneller zu arbeiten, um schneller Geld zu verdienen, um schneller Fernseh zu schauen, um schneller zu leben, wagen wir es, uns darüber zu beklagen, wenn wir feststellen, dass wir auch schneller sterben? Es gibt keine Naturkatastrophen, es gibt nur soziale Katastrophen.

Wenn wir nicht weiterhin Opfer von unvorhergesehenen Erdbeben, von aussergewöhnlichen Überschwemmungen, von unbekannten Viren oder vielem anderem bleiben wollen, bleibt uns nichts, als gegen unseren wirklichen Feind vorzugehen: unsere Lebensweise, unsere Werte, unsere Gewohnheiten, unsere Kultur, unsere Gleichgültigkeit.
Nicht der Natur müssen wir dringend den Krieg erklären, sondern dieser Gesellschaft und all ihren Institutionen.

Wenn wir nicht fähig sind, ein anderes Leben zu erfinden und für dessen Realisierung zu kämpfen, dann bereiten wir uns darauf vor, in jenem zu sterben, das andere für uns bestimmt und uns aufgezwungen haben. Um in Stille zu sterben, sowie wir immer in Stille gelebt haben.

es gibt nur soziale Katastrophen

[Deutsche Version eines Plakats aus Florenz, Italien, das nach dem Tsunami in Japan in verschiedenen Städten Europas aufgehängt wurde]

1981 oder Obama 2008 gefreut haben). Sie laufen nicht wirklich Gefahr, sich bedroht zu fühlen, solange sich der Grossteil von uns mit falschen Selbstverständlichkeiten wie « das ist schon immer so gewesen » zufrieden gibt, solange die Autorität nicht in ihren Grundfesten untergraben wird.

Wer also delegiert sein Leben permanent an den grossen Bruder, an den Gewerkschafter, an den gewählten Vertreter, an die Spezialisten jeglicher Art? Wäre es nicht an der Zeit, unsere Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, ohne Chef oder Organisation über dem Kopf eines jeden?
Wer pflegt Nähe zu seinen Unterdrückern, unter dem Vorwand, dass sie von derselben Familie, derselben Religion, demselben Land oder sogar Quartier sind, anstatt sie bei jenen zu suchen, die das eigene Elend teilen? Wäre es nicht an der Zeit, all diese falschen Zugehörigkeiten, diese erzwungenen Identitäten zu verwerfen, um uns endlich als Individuen zu begegnen und das zu teilen, was wir gemeinsam haben, um zu kämpfen und diese Welt der Herrschaft und Ausbeutung zu zerstören?

Trotzdem keine Angst

Dan, Olivier und Camille werden in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar 2011 in Belleville (Paris) aufgrund von Sprayereien wie « *Algerien – Tunesien / Aufstand* », « *Es lebe die Anarchie* » verhaftet... Nach einer anfänglichen Untersuchungshaft im Kommissariat des XX. Arrondissements nehmen sich die Kriminalbullen des 36 Quai des Orfèvres der Angelegenheit an und verlegen sie in ihre Örtlichkeiten. Anschliessend entscheidet die Untersuchungsrichterin Patricia Simon, sie ins Gefängnis zu schicken. Camille wird unter juristische Aufsicht gestellt und Olivier und Dan ins Gefängnis von La Santé gesteckt (ersterer wurde am 11. März erneut der Untersuchungsrichterin Simon zum Verhör vorgeführt, Dan am 21. März)...
Offizell geht es bei der Untersuchung nur um die Sprayereien („dégradations en réunion" [„im Zusammenschluss begangene Sachbeschädigungen"]), um die Verletzung der juristischen Auflagen, die sie seit der letzten Verhaftung bereits hatten (das Verbot, sich gegenseitig zu sehen) und die mehrfache Verweigerung der erkennungsdienstlichen Massnahmen (Fingerabdrücke, DNA). Wie per Zufall ist es aber eben diese Patricia Simon, die auch mit mehreren Dossiers beauftragt ist, die von der Kripo des 36 Quai des Orfèvres im Bezug auf Angriffe und Demonstrationen gegen die Ausschaffungsmaschinerie in Paris erhoben worden sind.
Zur Erinnerung, gegen Olivier und Dan sind bereits im Rahmen des Kampfes gegen die Ausschaffungsmaschinerie im Februar 2010 Ermittlungsverfahren eröffnet worden (der eine angeklagt aufgrund von Sprayereien in einer BNP [Banque nationale de Paris], der andere aufgrund einer versuchten Brandstiftung an einem Geldautomaten), später gegen Olivier erneut im Juni 2010 (mit der Anklage, eine Leimspraydose gekauft zu haben, die möglicherweise bei einer Besetzung eines Büros der Air France [zuständig für Ausschaffungsflüge] benutzt worden sei).
Am 5. April wurde Olivier aus dem Gefängnis von La Santé, Paris, entlassen. Er bleibt unter richterlicher Aufsicht, mit einem Verbot, die anderen zu sehen, gegen die ermittelt wird, und der Verpflichtung, sich einem pro Woche auf dem Kommissariat zu melden. Auserdem musste eine Kaution von 2000 Euros für eventuelle Zivilparteien bezahlt werden.
Camille, zur selben Zeit verhaftet wie Olivier und Dan, ist immernoch unter juridischer Aufsicht (einmal pro Woche auf dem Bullenposten melden, Verbot das Haus zu verlassen ausser für Arbeit und Studium).
Am Freitag 15. April wurde auch Dan aus dem Gefängnis von La Santé entlassen. Auch er wurde unter juridische Aufsicht gestellt, mit den selben auflagen wie Olivier.
« Dennoch, auch wenn die Freude sie ausserhalb der Mauern wiederzusehen gross ist, ist dies kein Sieg, denn die Richter und die Bullen werden deswegen nicht aufhören, uns zu bedrängen, uns, sowie viele andere, denn der Staat existiert noch immer. Alles geht weiter, mit der Freiheit als Horizont. »



tige und internationale Beteiligung an der Abschiebemaschinerie und der fortschreitenden Internierung von Besitzlosen verantwortlich machen. Wir sind ausserdem für die Verweigerung der Entnahme unserer DNA und der Abgabe unserer Fingerabdrücke angeklagt und für die Nicht-Beachtung der richterlichen Auflagen, die Olivier und ich schon hatten. Im Februar 2010 waren wir wegen unserer Beteiligung an Kämpfen gegen die Abschiebemaschinerie festgenommen worden. Wir waren damals mit einigen anderen Genossen wegen angeblichen Sabotageakten an Geldautomaten angeklagt.

Es ging damals wie heute darum, einige Einzelpersonen für die Kämpfe und Wünsche zu bestrafen und zu isolieren, die von so vielen anderen geteilt werden. Bei unserer Hafteinweisung war der Staatsanwalt sehr klar: „Der anarcho-autonomen Bewegung muss ein definitives Ende gesetzt werden und Mr. Sayag muss eine Lektion erteilt werden bevor er zu einer noch gewalttätigeren Form des Protests übergeht."

Der Staat konzentriert sich heute auf uns, weil wir nie aufgehört haben, unsere anarchistischen Ideen auf die Straße zu tragen und denjenigen zu vermitteln, die davon noch nie etwas gehört hatten, und unserer Solidarität mit den Aufständischen auf der ganzen Welt Ausdruck zu verleihen. Das alles ist kein Geheimnis. Ich bin weder ‚unschuldig' noch 'schuldig' in den Dingen, die mir vorgeworfen werden. Ich bin Anarchist und meine Solidarität gehört allen Handlungen, die darauf abzielen, sich von Herrschaftsverhältnissen zu befreien, ohne sie zu reproduzieren, ob sie von mir oder von anderen stammen.

An alle, die nicht über diese armseeligen Mauern weinen, die wir zum Sprechen gebracht haben, an alle, die sich gefesselt fühlen, wenn andere es sind, sende ich meine revolutionären Grüsse und rufe euch auf, euren Kampf für die Freiheit, der auch meiner ist, nicht ruhen zu lassen.

An alle, die diesen Verhältnissen dienen: eure Gefängnisstrafen werden weder meine Tränen trocknen noch unsere Freude unterdrücken, mit der wir an der Veränderung der Verhältnisse arbeiten.

Meine Solidarität gehört den Aufständischen, die aktiv werden, ohne davon zu träumen, die Diktaturen durch eine demokratische Herrschaft zu ersetzen. Sie gehört auch allen Gefangenen auf diesem Planeten, die nicht aufgeben und die sich nicht von anderen abgrenzen, indem sie sich Kategorien wie die des ‚politischen Gefangenen' erfinden. Von Sidi Bouzid nach Athen, von Bal-el-oued nach Santiago, von Villiers-le-bel in die Vorstädte von Rio – lasst unsere Revolten unsere Solidarität stärken, und umgekehrt. Freiheit.

Dan
Am 6.2.2011 aus dem Gefängnis von La Santé.

FRANKREICH

[Bild: „Zur Zeit der Sklavenhaltung hätten die Gewerkschaften die Länge der Kette verhandelt“]

Es sei gesagt, dass viele von uns nicht auf dieses Rentengesetz warteten, um auf die Strasse zu gehen und dort unsere ganze Wut zum Ausdruck zu bringen. Denn an Gründen um zu revoltieren mangelt es nicht. Seit wir die verschmutzte Luft dieser Welt voller Bullen und Geld einatmen, beabsichtigen der Staat und die Reichen, uns in ihren Schulen, ihren Büros, ihren Hühnerkäfigen, ihren Fabriken und ihren Gefängnissen einzuschliessen. Sie versuchen, uns dazu zu zwingen, für ein paar kümmerliche Brocken am Ende des Monats, für ein Lächeln vor dem Sozialarbeiter oder eine Verneigung vor dem Boss an der Strassenecke jegliche Freiheit aufzugeben. Und wenn wir beim Bereichern der Bourgeois zu sehr herumtrödeln, droht man uns damit, uns offen auf der Strasse oder hinter Gittern die Fresse zu polieren.

Nun, in all dem Chaos, das sich seit einigen Wochen auf der Strasse abspielt, sehen wir die deutliche Weigerung, sich nicht noch ein paar Jahre länger abzurackern, bevor man in einer Sterbeanstalt oder im Spital endet, kaputt von einem Leben, das man mit dem Versuch verschwendete, gerade so über die Runden zu kommen. Wir sehen darin aber auch noch mehr: Wir sehen all die Wut, die man Tag für Tag zügelte, all die Gewalt der sozialen Beziehungen, die es zurück in die dreckige Fresse des Staates und der Bosse zu schicken gilt. All die Vergeltung, die es gegen die Mörgen zu ergreifen gilt, an denen es noch immer Nacht war und man sich schmerzend erhob, um sich zur Arbeit zu begeben. All den Abscheu gegen die Schlagstöcke der Mörder in Uniform oder gegen die Chefs, die uns den Tag verderben. Die Chefs der Arbeit, die Chefs der Strasse, all jene, die uns aus ihrer Position erniedrigen, die sie gezwungenermassen auf dem Rücken anderer an sich gerissen haben.
Sie führen Krieg gegen uns, das ist klar, und sie haben die Mittel dazu. Einen sozialen Krieg zwischen den Reichen und den Armen, zwischen den Herrschenden und den Beherrschten. Dennoch, einfach so würden sie nicht sehr weit kommen. In Wirklichkeit profitieren sie vor allem davon, dass wir uns gegenseitig im Namen des Überlebens, der Familie oder des letzten Modedrecks verpfeiffen. Im Grunde nutzen sie auch allen Raum aus, den wir ihnen dadurch lassen, dass wir den Mund nicht aufmachen, dass wir jedes Mal die Länge unserer Leine abwägen, dass wir nicht das Risiko eingehen, uns selbst aufs Spiel zu setzen, um zu kämpfen und unsere Träume von einer grenzenlosen Freiheit aller auszuleben. Eigentlich bleiben sie geschützt, denn die einen träumen davon, ihren Platz einzunehmen, während die anderen sie bewundern, dumm darauf hoffend, dass sie etwas verändern werden (denken wir an all die Narren, die sich über die Wahl eines neuen Meisters wie Mitterrand

Wir wollen leben

Brief von Dan aus dem Gefängnis

« Der Boden, auf dem Sie stehen, brennt. »
August Spies zu seinen Richtern.

Immer schon unterdrückten Menschen andere Menschen. Das sind die verfluchten Grundlagen, auf denen diese Gefängniszivilisation entstanden ist. Herrschaft, sei sie ökonomisch, geschlechtlich oder moralisch, bestimmt das Verhältnis zwischen den Menschen so sehr und seit so langer Zeit, dass die alleinige Tatsache, andere Formen von Beziehungen zu suchen und zu leben, sich eine Zukunft ohne Autorität zu wünschen und nach diesen Zielen zu handeln, zu einer Straftat wird. Freundschaften werden zu ‚kriminellen Vereinigungen‘, freie Zusammenschlüsse ohne Hierarchien werden ‚terroristische Organisationen‘ samt aller Fantasmen der Herrschenden: Chefs, Handlanger, Theoretiker usw. Von Frankreich bis Chile über Griechenland, Italien und viele andere Orte, wo sich Anarchisten und Anti-Autoritäre organisieren, um die Unterdrückungsverhältnisse zu beenden, organisiert sich auch die Repression mit ihrem militärisch-juristischen Arsenal. Diese Situation ist an sich nicht sehr erstaunlich, sie ist vielmehr so alt wie unsere Ideen und unsere Lust zu leben. Von den Sondergesetzen gegen Anarchisten im Frankreich des ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Straftat der anarchistischen Gesinnung im heutigen Italien, hat der Anarchismus immer als soziale Abschreckung gedient. Ich thematisiere hier den Anarchismus, weil ich selbst Anarchist bin, aber diese Schlussfolgerungen treffen auch auf viele anderen Fantasiekategorien der Mächtigen zu: die „Banden“, die „Randalierer“, die „Anarcho-Autonomen“, die „Roma“ und andere „ethnische Gangs mit Kaputzenpullis“, von denen in den Medien so gerne gesprochen wird.

Es wird versucht, diesen aus politischen und wahltaktischen Überlegungen erschaffenen Kategorien Jahrhunderte alte und weitverbreitete Praktiken, wie soziale Umverteilung, Sabotage, Mauerbeschriftungen und andere Ausdrucksformen zuzuordnen, die in Wahrheit niemandem gehören, ausser denjenigen, die die Gesellschaft dazu bringt, gegen sie aktiv zu werden. Man kann also diese Praktiken einigen ‚Radikalen‘ zuschreiben, um alle anderen vergessen zu lassen, dass es nur in ihren Händen liegt, sich die Kontrolle über ihre Leben wieder anzueignen. Hier kommen die Gewerkschaften, die Politiker, die Wortführer und andere mythische Figuren ins Spiel, um die Wut der Unterdrückten aufzuschieben, um allen ihre persönliche Auflehnung zu entreissen und sie in Macht und Geld für einige wenige umzuwandeln.

Wir sind alle im Gefängnis. Wer kann guten Gewissens behaupten, dass arbeiten oder sich in einem Klassenraum, einer Fabrik oder in einem Supermarkt einsperren zu lassen, etwas anderes ist, als sich selbst zum Gefangenen zu machen. Wer spürt nicht in seinem Hühnerkafig zwischen Wohntürmen, die den Horizont versperren, dass sein Leben nur eine Reihe von verschiedenen Freiheitsberaubungen ist? Wer schafft es noch, dem Anblick von Stacheldraht, Zäunen, Sicherheitstüren und Schranken zu entgehen, die immer stärker die Orte bestimmen, an denen wir uns befinden, wenn wir uns von der Arbeit zur Metro, vom 15m²-Zimmer zu den Einkaufshallen schleppen? Diese Gesellschaft ist ein riesiges Gefängnis, in der sich Gefängnisse befinden, die wiederum weitere Gefängnisse enthalten. Draussen die Angst vor dem Gefängnis, drinnen die Angst vor dem Bunker.

In diesem grauen, kalten Leben entzünden sich trotzdem manchmal Flammen der Wut. Kürzlich haben sie von Tunesien, Algerien und Ägypten aus die Feuer unserer Herzen neu belebt, die sich nicht von Repression löschen lassen werden.

Wir wollten unsere Solidarität mit allen Aufständischen ausdrücken, die sich ungeachtet der Drohungen und der Gewehrkugeln gegen die Ordnung wenden, weil auch wir mit dieser Welt des Geldes und der Macht Schluss machen wollen, weil auch wir leben wollen. Als winzige Beteiligung zu den Wutschreien, die in den letzten Monaten das Mittelmeer überquert haben, haben wir einige Parolen an die traurigen Mauern unserer Viertel geschrieben, gegen die demokratische und die diktatorische Herrschaft, gegen die Macht des Geldes und des Staates.

Festgenommen wurden wir um drei Uhr morgens im 20. Arrondissement in der Rue de Tourtille von Zivilbullen, die uns schon einige Zeit beobachtet hatten. Nach einer kurzen Nacht in der Polizeiwache des 20. Arrondissments, übernimmt die Anti-Terrorismus-Sektion der Kriminalitätsbrigarde und bringt uns in ihre Räume am Quai des Orfèvres, nachdem sie unsere Wohnungen durchsucht haben, um ihre Datensammlungen zu aktualisieren. Wir erfahren, dass sie uns für eine Reihe von Graffiti gegen das Rote Kreuz und seine allgegenwär-

zu entscheiden, wohin man geht

Hingegen treffen täglich Individuen die Entscheidung, zu revoltieren, in den Gefängnissen, den Ausschaffungszentren, den Schulen, während sie auf Familie und Traditionen, Armeen, Grenzen und Nationen scheissen. Jeder Liebhaber der Freiheit wartet nur darauf, auf andere zu treffen, um schliesslich alle sozialen Rollen und Kategorien zu zerstören, die sie daran hindern, sich zu finden und schliesslich das auszuleben, was noch nie gelebt wurde, sich von allen Wurzeln lostrennend, die uns noch immer mit dieser Welt der Herrschaft verbinden.

Greifen wir alles an, was uns von unserer Freiheit abbringt.

Anarchisten

[Text eines Flugblatts, das im Dezember 2010 in den Strassen von Paris verteilt wurde]

Schweiz, Winter 2010/Frühling-Sommer 2011

Dezember

Bedienen wir uns – 6 Einbrüche bei Goldschmieden in einer Woche in derselben Zürcher Altstadt: die Schweiz scheint noch immer ein Paradies für Diebe zu sein. Diese schlugen jeweils die Vitrinen der Geschäfte ein, bis sie hineingreifen oder sogar hineinspazieren konnten. Allen gelang es, mit der Beute zu entfliehen. Im Allgemeinen, etwas aufmerksam die Zeitungen lesend, geschehen Überfälle auf abgelegene Bankfilialen, Tankstellen oder andere Einrichtungen praktisch jede Woche. Nichts zu verherrlichendes, und gewiss Handlungen, die verschiedenste Motive kennen, aber trotzdem freut es immer wieder das Herz, wenn wir hören, wie es einigen gelang, den Besitzenden etwas Geld zu entreissen, ohne sich dafür von ihnen ausbeuten zu lassen.

«Zerstören wir die Gefängnisse *– und die Welt, die sie produziert!»* Versammlung in der Sylvesternacht mit Knallkörpern, Musik und grossem Feuer vor dem Gefängnis in Bochuz (VD).

Januar

Internationale Solidarität mit den Aufständischen – Mehrere Molotov-Cocktails fliegen gegen die Tunesische Botschaft in Bern.

Praktische Antimilitarismus – In Oberwinterthur geht ein Militärfahrzeug in Vollbrand auf. Zwei weitere nebenstehende Fahrzeuge fangen ebenfalls Feuer. Ursache war Brandstiftung.

Nie mehr Justiz – Beim Haupteingang des Bundesstrafgerichts von Bellinzona wird in der Nacht ein Feuer gelegt. Auf die Wand wurde auf italiensch *«Brennt die Gerichte nieder – Nieder mit dem Staat»* und ein Anarchiezeichen gesprayt.

Februar

«Uns interessiert nicht, welchen Verbrechen unsere Genossen beschuldigt werden – *und welche Beweise gegen sie aufgeführt werden. Wir verachten Knäste immer und überall. [...] Feuer und Flamme allen Knästen!»* Vier Pneus werden anlässlich des Ermittlungsschlusses gegen Billy, Costa und Sylvia bei einem Besuch vor dem Knast angezündet.

Häftling tod aufgefunden – Ein 40-jähriger Mann, der wegen bewaffneten Raubes im Gefängnis Horgen sass, hat sich vermutlich mit einer Plastiktüte erstickt.

Alltäglich gefangen oder gefangen im Alltag – Etwa 50 Personen versammeln sich vor dem BGZ in Zürich, wo deren Freund seit bald 2 Monaten eingesperrt ist. Ihm wird vorgeworfen, letzten Sommer auf der Hardbrückenbaustelle ein grosses Feuer gelegt zu haben, infolgedessen diese Hauptverkehrsachse mehr als einen halben Tag lang blockiert war. Folgend ein Auszug aus einem verteilten Fluglatt: *«Es geht uns hier nicht darum, über Schuld und Unschuld zu sprechen. [...] Wir wollen uns nicht auf die Seite jener stellen, die mit der juristischen oder moralischen Gerechtigkeit argumentieren. [...] Es geht uns darum, diese Vorstellung von Moral und Justiz zu durchbrechen, denn genau diese Werte sind es, die nicht nur die Häftlinge, sondern auch alle, die sich ausserhalb der Mauern befinden, zur Gefangenschaft verurteilen. [...] Justiz und Moral werden von jenen bestimmt, die aus den Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen Profit ziehen. [...]*
Wir anerkennen Diebstahl und Betrug nicht als Straftatbestand, denn diese Ordnung bringt uns jeden Tag durch ihre Zwänge und Schwindel um ein freies Leben. Wir anerkennen auch die Zerstörung nicht als Straftatbestand, denn man errichtet um uns herum eine Welt, die uns immer fremder scheint, in der alles immer gefängnisähnlicher und lebloser wird. Wir anerkennen überhaupt keinen Straftatbestand, denn wir anerkennen die Gesetze nicht, die uns von den Reichen und Mächtigen aufgezwungen werden, um ihr Wohl und unsere Ausbeutung zu garantieren.
Wir wollen überhaupt keine rechtsetzende Instanz und überhaupt keine Gefängnisse, sondern ein Leben, das auf Solidarität und einer anti-autoritären Haltung aufbaut. Wir sind überzeugt, dass ein nicht-institutioneller und nicht-repressiver Umgang mit zwischenmenschlichen Problemen und Konflikten möglich ist. Wir wissen aber auch, dass dies nach einer grundlegenden Umwälzung unseres Denkens und einer Revolte gegen diese Ordnung verlangt.
Bekämpfen wir die Angst und Entfremdung, die uns alle einsperrt!
Freiheit für Steven!
Freiheit für alle Gefangenen!»

April

Aus Wut und Liebe – In Zürich gehen in einer Nacht mehrere Scheiben zu Bruch. Einerseits bei einer ZKB-Filiale in Albisrieden, andererseits bei einer Quartierwache in Günau. *«Aus Wut auf diese Welt, die so vielen die Lebensfreude raubt, die unsere Träume, ob wir es ignorieren oder nicht, immer mehr einnimmt und abstumpft. Aus Liebe für alle Freunde und Unbekannten, die das nicht einfach hinnehmen und mehr vom Leben wollen, die noch immer und trotz allem von etwas völlig anderem zu träumen wagen, und dafür, alltäglich und mit den Mitteln, die man selbst als angebracht empfindet, auch zu kämpfen versuchen.»*

Ein Schützenhaus brennt in Luzern –, oder zumindest einer seiner Scheibenstände. Die Polizei hat Brandbeschleuniger gefunden.

Bausabotage? – In Basel verursacht ein Feuer an einem Bagger grossen Sachschaden. Dem Brand sei ein Knall vorausgegangen. [In Basel sind zurzeit umfassende Stadtaufwertungsprojekte im Gange]

Atomkraftwerke, Kapitalismus und Wir

[Text eines Flugblatts, das an einer Reaktionskundgebung auf Fukushima in Zürich verteilt wurde.]



Es ist in diesem Moment durchaus wichtig, zu der nuklearen Katastrophe in Japan Stellung zu beziehen. Allerdings liegt uns nichts ferner, als dies auszuschlachten, wie das so viele sogenannte InteressensvertreterInnen vom ersten Tag an getan haben. Vielmehr gilt es im Angesicht der Ereignisse in Japan, die Frage, in was für einer Welt wir leben wollen erneut oder gar erstmal zu stellen. Es geht darum, sich mit der Welt, in der wir leben, zu ***konfrontieren***. Und zwar im doppelten Wortsinn: Indem wir uns nämlich fragen, wie weit wir von einer Welt, in der wir gerne leben würden, entfernt sind. Und in dem Sinne, dass wir uns der aktuellen Realität ***entgegenstellen*** müssen, wenn wir eine Welt erleben wollen, in der es sich zu leben lohnt.
Es ist nämlich nicht der Wunsch, sich gemeinsam mit anderen in einer Umgebung, die einem gut tut, zu entfalten und sich gegenseitig zu untterstützen, der die Welt im innersten zusammenhält. Auch wenn sich noch so viele

Menschen in diesem wiedererkennen können. ***Was die Erde und unsere Leben aber formt und bestimmt, ist die kapitalistische Herrschaft.*** Im Zentrum steht der Profit. Und zwar der Profit einiger weniger. Wir anderen schuften für sie, weil wir keine andere Möglichkeit kennen, zu überleben. So total ist der Kapitalismus durch all die Technologien geworden, die unsere Leben so sehr in ihrer Gewalt haben: Anscheinend müssen wir die Notwendigkeit des ewigen Wirtschaftswachstums anerkennen und versuchen, uns den Ansprüchen des Kapitals möglichst gut anzupassen, ansonsten verrecken wir. Nur verrecken wir eben auch wenn wir uns diesem ganzen Scheiss fügen. Viele zerbrechen an all den Zwängen, daran, dass sie ihre Leben verkaufen müssen, um zu überleben, an der Einsamkeit und der Kälte, die die aktuelle Welt mit sich bringt. Oder wie sonst sind all die Suizide, der massive Gebrauch von Psychopharmaka und unsere Unzufriedenheit zu erklären? Und wenn diese Welt uns nicht von Innen heraus zerstört, so tut sie es von aussen: Neue Technologien werden eingeführt, sobald sie Gewinn versprechen (was ***vielleicht*** bedeutet, dass sie ***nicht gerade sofort*** eine Katastrophe hervorbringen) und allfällige Zweifel werden von einem Heer gutbezahlter Wissenschaftler unter hypnotischen Phrasen der Beschwichtigung begraben. Seien es nun Genmanipulationen, Nanotechnologien oder Atomkraftwerke. Und selbst da reden die Experten bereits davon, diese Technologie weiter voranzutreiben. Nur müssen sie nun etwas warten, bis wir wieder dem Vergessen und der Apathie anheim gefallen sind... Wir lassen uns aber nicht von dem heraufbeschworenen Versorgungsengpass verängstigen, den eine Abschaltung der AKW's zur Folge hätte. Wir wollen ohnehin diese Welt nicht, in der nur die Waren und das Geld wichtig sind und nicht unsere Leben oder unsere psychische und physische Gesundheit im Zentrum stehen. Wir brauchen und wollen nicht ständig neue Kleider und Accessoires und i-Dingsis und und und. Wonach wir uns sehnen, ist eine Welt, in der wir im Zentrum stehen. In der wir Zeit haben, uns zu entwickeln und gemeinsam herausfinden können, was wir denn benötigen und wie wir es bekommen können. In der wir uns gegenseitig helfen und es uns glücklich macht, andere zufrieden zu sehen. Und eine, in der wir nicht gezwungen sind, andere in die Pfanne zu hauen, weil es unser Job nun mal so verlangt.

Doch ***von so einer Welt sind wir meilenweit entfernt***. Unser Wunsch scheint so einfach, dass jedes Kind ihn versteht, doch um ihn verwirklichen zu können, müssen wir uns ***allem entgegenstellen***. Wir wollen nicht mit Politikern verhandeln, die bestenfalls versuchen, das Jetzt etwas erträglicher zu gestalten. Wir fordern auch nicht die Abschaltung der AKW's – selbst wenn wir sie nicht einfach kaputtmachen können. Wir glauben, dass wir Druck aufsetzen müssen, aber nicht mittels Unterschriften, die keinen Pfifferling wert sind. Wir müssen unser Leben endlich in die eigenen Hände nehmen und die Entscheidungen treffen, die uns betreffen. ***Es gilt viele Mauern einzureissen. Sowohl solche die wir sehen und betasten können, als auch solche, die sich bloss in unseren Köpfen befinden***. Denn gemeinsam halten sie diese Welt zusammen und versperren die Sicht auf diejenige, die wir uns wünschen.

Schweiz, Frühling-Sommer 2011

Feuer, die das Herz erwärmen – Vier Sportwagen stehen in Winterthur lichterloh in Flammen, drei davon erlitten Totalschaden. Die Autos seien absichtlich angezündet worden.

Zwei Häftlinge begehen Selbstmord – Im Zentralgefängnis von Freiburg erhängt sich ein Chilene, der wegen bandenmässigem Diebstahl inhaftiert war, mit Hilfe von Schnürsenkeln, ein Brasilianer fügt sich auf der Krankenstation des Gefängnisses mit einer Schere tödliche Wunden zu.

Migranten werden in Zivilschutzbunker gesteckt – *«Der Zustrom an nordafrikanischen Migranten lässt den Platz in den bundeseigenen Quartieren für Asylsuchende immer enger werden: Die fünf Empfangs- und Verfahrenszentren an der Landesgrenze (Basel, Kreuzlingen, Altstätten, Chiasso und Vallorbe) sind auf rund 1300 Bewohner ausgelegt; derzeit drängen sich in den Aufnahmestationen aber bereits etwa 1500 Personen. [...] Wie BFM-Sprecher Joachim Gross erklärt, sollen in den kommenden Tagen Zivilschutzanlagen für die Unterbringung der Asylbewerber genutzt werden. [...] Insgesamt hofft man beim BFM, dank unterirdischer Schlaf- und Wohnräume künftig über Beherbergungskapazitäten für 1800 statt wie heute für 1500 Personen zu verfügen. [...] „Die Armee hat sich bereit erklärt, in einer ersten Phase Raum für 1000 Personen bereitzustellen", sagt Joachim Gross vom BFM.»*

Vandalennächte in Basel – In einer Nacht wird das Erziehungsdepartement Basel-Stadt mit Farbbeuteln beworfen, und eine Bronze-Skulput gekippt. In der darauffolgenden Nacht werden vor der „Boutique Damla" Zeitungen und Kartons in Brand gesetzt, wodurch die Schaufensterscheibe zu Bruch ging. Eine Stunde später fliegen Steine in die Vitrine eines Ladens, der Marken mit Rechtsextremem Hintergrund verkauft. Einige Nächte später brennen auf der Voltamatte mehrere gefällte und zum Abtransport bereitgestellte Bäume. [In Basel sind zurzeit umfassende Stadtaufwertungsprojekte im Gange]

Die Arbeit hat wiedermal getötet – Auf einer Baustelle in Veysonnaz brach eine Hydraulikstütze einer Betonpumpe, was den Lastwagen auf die Seite kippen liess. Ein 49-jährige Arbeiter aus Portugal wurde dadurch vom Arm der Betonpumpe am Kopf getroffen und verstarb noch vor Ort. *«Jeder tote Arbeiter ist ein vom Kapital getöteter Arbeiter! Weder Vergessen, noch Vergeben!»*

Mai

1. Mai – In Bern lösten sich etwa 200 grösstenteils Vermummte vom offiziellen Umzug los, brachten unterwegs Schriftzüge an und bewarfen das Hotel Schweizerhof mit Farbe. Die Polizei wurde mit Steinen und Brettern angegriffen. In Zürich war das geschehen bald von dem massiven Polizeiaufgebot dominiert, welche mehrere hundert Personen einkesselte. Trotzdem gingen im Verlaufe des Tages und der Nacht die Scheiben eines Büros der Architektin Vera Gloor, die für diverse Stadtaufwertungsprojekte verantwortlich ist, sowie Scheiben des Securitas-Sitzes zu Bruch. Im Kreis 9 standen neun Container in Flammen, wenig später einige weitere im Kreis 2, 4 und 5. In der darauffolgenden Nacht wurde auch die Liegenschaft von Vera Gloor mit Steinen und Farbe beworfen.

Wieder Tod im Knast – In Pöschwies hat sich ein Häftling mit einer Geschirr-Scherbe tödliche Verletzungen am Hals zugefügt.

Baufahrzeuge brennen – und zwar an der Weststr. und der Siehlfeldstr. in Zürich.

Müll – Eine weitere Nacht mit brennenden Containern. Diesmal vor

Schweiz, Frühling-

den Viaduktbögen, einer Manpower-Filiale und einem Bullenposten.

«Fick Atomkraft!» **–** Bei der Alpiq Filiale in Bern werden alle Türschlösser verklebt, die Autos entlüftet und das Gebäude mit Farbe verziert. Bei Burson-Marseller, ebenfalls in Bern, werden die Türschlösser verklebt und ebenfalls die Wände mit Farbe beworfen. Auf den Gebäuden wurde *«Fick Atomkraft!»* und *«unsere Kommunikation: Stopp Atom!»* hinterlassen.

Farbe und Steine – Im Zürcher Kreis 7 werden ein Bullenposten und eine gegenüberliegende CS-Bank mit Farbe und Steinen beworfen.

Menschenjagt – Die Polizei dringt in Estevayer-le-lac in die Wohnung einer 21-jährigen Eritreerin ein, die nach Italien zurückgeschafft werden sollte. Nachdem sie diese auf dem Nachbarbalkon auffanden, kletterte sie über das Geländer und sprang 3 Stockwerke in die Tiefe. Sie verletzte sich schwer.

Arbeit tötet weiterhin – Ein 35-Jähriger Angestellter wird in Neuendorf (SO) in der Gefrierkammer von einer Maschine eingeklemmt und kommt dabei ums Leben. Ein 41-Jähriger Angestellter eines privaten Strassenreinigungsunternehmens wird von seinem Abfalllastwagen zerdrückt.

Tja,... – *«Zwei Polizisten sollten am Morgen in Schafhausen im Emmental eine Wohnung zwangsräumen [...]. Als der 35-jährige Mieter nicht reagiert habe, hätten sie kurz nach 8 Uhr versucht, die Türe zu öffnen. Daraufhin habe der Mann aus dem Innern des Hauses auf die Polizisten geschossen und dabei einen 39-jährigen Beamten getötet [...].»*

Juni

Eritreeische Regierungsgegner – *« Rund 150 Gegner der Regierung Eritreas haben in Winterthur gegen eine Veranstaltung demonstriert, auf welcher der Geburtstag des Staates gefeiert wurde. [...] Die Teilnehmer der unbewilligten Demonstration wurden von der Polizei eingekesselt und kontrolliert. »*

Culturarena angegriffen – *«In der Nacht zum Freitag haben Unbekannte bei der "Culturarena" in Biberist fünf grosse Scheiben zum Festsaal mit einem unbekannten Werkzeug eingeschlagen. Durch die entstandenen Öffnungen wurden mehrere Getränkeflaschen, welche mit Farbe gefüllt waren, in den Saal geworfen.»* Christoph Blocher sollte dort in den nächsten Tagen an einer Veranstaltung teilnehmen.

Insassin in Zürcher Kaserne-Gefängnis Tod aufgefunden – *«Die abgewiesene Asylbewerberin aus Nigeria wurde durch ihr auffälliges Verhalten im Flughafen Zürich überprüft. Es stellte sich heraus, dass sie sich rechtswidrig in der Schweiz aufhält und ein gültiges Zuführungsbegehren des Migrationamtes des Kantons Luzern zwecks Wegweisung bestand.»*



zwei der jüngsten Beispiele, jedoch fern davon, die einzigen zu sein. Wir könnten noch viele weitere zitieren.

Ein weiterer beachtlicher Unterschied liegt darin, dass es sich hierbei nicht um eine Verkettung von Gewaltakten als Reaktion handelt, die auf beispielsweise einen polizeilichen "Übergriff" folgt, so wie es im November 2005 oder kürzlicher in Griechenland geschehen konnte. Eine von der Situation bestimmte Gelegenheit wird viel eher ergriffen. Aber auch wenn man hiervon dasselbe sagen könnte (die berühmte Geschichte des Vorwands), wenn es sich um Unruhen als Reaktion handelt, so findet man eine schöne kleine Besonderheit. Die Gewaltakte als Reaktion scheinen oft mehr Legitimität oder offensichtlichere Gründe zu besitzen, um zu versuchen, sich mit der direkten Ursache zu konfrontieren: mit der Figur des Bullen. Hier ist der Bulle nicht so sehr Ursache der Rentenreform. Auch wenn er sich während der Bewegung offensiv/repressiv zeigt, ist es im Wesentlichen, und entgegen dem, was die netten Linksdemokraten weismachen wollen (die berühmten „polizeilichen Provokationen"), nicht das, was macht, dass man ihn angreifen will, ihn und seine Kollegen. Es ist eine persönliche Rache derjenigen, die die alltäglichen Erniedrigungen kennen, und gleichzeitig seine Zurechtweisung an seinen wirklichen Platz: Jener, der das Kapital und den Staat beschützt, jener, der uns täglich Zügel anlegt, jener, der es möglich macht, uns in den Knast zu stecken und die Revolten von Morgen niederzuschlagen. Und daher ist es in einem guten Gesamtsinn, dass die erste Reaktion, wenn man ihn sieht, nicht mehr ist, zu grüssen oder vor ihm Sit-In's abzuhalten. Sondern geradewegs auf ihn loszugehen. Je mehr auf dem Boden liegen, desto besser.

Doch stellen wir nicht einfach den Bullen ins Zentrum der Angelegenheit (nebenbei: die Ordnungsdienste der Gewerkschaften müssten im Alltag ebenso ihre Portionen abkriegen...). Der bewaffnete Arm des Kapitals hat in der Tat am meisten einzustecken, doch hier hört es gewiss nicht auf. Es wurde ebenso berücksichtigt, dass es krachen muss, dass geplündert und abgebrannt werden muss. Alles, was im Alltag in materieller Hinsicht erniedrigt, all die Frustrationen und aussichtslosen Wege, die diese scheiss Gesellschaft der Mehrheit verspricht, sollen was abbekommen.

Nun, beim gegenwärtigen Stand der Dinge ist es unnütz, sich zu sagen, ob dies wirklich zu grossen Dingen führen könnte oder nicht. Eine eingeschlagene Scheibe oder ein brennendes Auto haben als solche noch nie und werden nie die Welt verändern, das ist gewiss. Es ist richtig, dass diese letzten Tage vielmehr ein Abbild von Morgen geben, sei dies nun in dieser Bewegung oder in einer anderen, zukünftigen. Immer mehr Leute haben nichts zu verlieren und mehr dabei zu gewinnen, diese Welt krepieren zu sehen. Und wenn sich der Grossteil der Leute auf der Strasse daran macht, eine ganze Reihe von Handlungen ohne mögliche Rückkehr zu begehen. Wenn es nicht 10 sondern 1000 gleichzeitig und ohne Absprache eingeschlagene Schaufenster gäbe. Dann mag alles beginnen.

Ein freies und revoltierendes Elektron, das hofft, dass die gegenwärtige sehr hohe Spannung nicht im Dunkeln bleiben muss... nicht zu lange.

PS: Aufruf an die demokratischen Komplott-Theoretiker: Kameraden, um nicht länger daran zu zweifeln, ob es Bullen-Provokateure sind oder nicht, die die Schaufenster einschlagen und die verschiedenen Gewaltakte begehen, besonders im Verlauf der schwarzen Demonstrationsblöcke in Paris, besorgt euch das nächste Mal eine Eisenstange und schlagt damit erst einmal eine ein. Dies ist die einzige Schocktherapie, die euch noch zur Verfügung steht. Falls nicht, habt ihr noch immer die Möglichkeit, den Rängen der SO beizutreten oder auch jenen, der stalinistischen Milizen in Formation. Aber Achtung, ihr werdet euch den Mund voll nehmen, denn selbst wenn man weiss, dass die SO keine infiltrierten Bullen in ihren Rängen haben (ach scheisse, ja, es gibt die sektoriellen Bullen- und Gefängniswärterbranchen in ganz vielen Gewerkschaften), so weiss man auch, dass diese letzteren sehr wohl ihre K öpfe infiltriert haben. Sie werden also als solche behandelt werden. Als zu schröpfende Schweine.

F R A N K R E I C H

Die schlechten Tage werden Enden

« Und wenn der Arbeiter einschläft,
wiegt ihn die Schlaflosigkeit
und wenn sein Wecker ihn aufweckt,
findet er täglich vor seinem Bett
die dreckige Visage der Arbeit,
die höhnisch grinst, die sich über ihn lustig macht »

Laut den Ausführungen einer neuen Bilanz des Ministeriums wurden innerhalb von zwei Wochen (vom 12. bis 26. Oktober) fast 2300 Demonstranten verhaftet und 360 vor Gericht gebracht, wo am Laufmeter monatelange Haftstrafen verteilt werden. Andererseits habe man nur 72 verletzte Polizisten und Gendarmen gezählt. Fügen wir dieser schmerzlichen Rechnung noch ein paar symbolische Massnahmen hinzu, wie die vermummte, schwer bewaffnete Truppe der GIPN, die in Lyon an den Place Bellecour gegen die Unruhestifter entsendent wurde; die administrative Einsperrung von Arbeitern für «konstatierte oder beabsichtigte Verletzung der guten Ordnung, der Sauberkeit, der Ruhe und der öffentlichen Sicherheit»; oder auch die Entsendung der Armee in Marseille um den Streik der Müllabfuhrarbeiter zu brechen, dann wird klar, dass wir in Kriegszeiten leben. ↘

Frankreich, Herbst 2010

Aufgebracht: Am 13. Oktober kriegt der Direktor des Gymnasiums Romain-Rolland in Argenteuil einen Stein auf die Fresse und jener des Tourelle in Sarcelles bekommt Tränengas ab; im Gymnasium Louise-Michel in Bobigny wird am 14. das Auto der CPE in Brand gesteckt, die Wohnung der Aufseherin verwüstet und es werden die Scheiben der Direktion eingeschlagen; ebenfalls am 14. wird im Gymnasium Feyder in Epinay die Hausmeisterwohnung verwüstet; am 19. Oktober wird das Collège Val D'Huisne in Mans in Brand gesteckt; ein Molotow fackelt am 18. den Eingangsbereich des Gymnasiums Léonard in Montpellier ab, drei weitere gehen am 20. auf das College Herriot in Chenôve nieder; am 23. Oktober wird ein Teil eines Gymnasiums in Brest in Brand gesteckt, am 25. Oktober brennt das Gymnasium Méchain in Laon, ein Teil des Colleges von Dun-sur-Meuse folgt am 26....

Plünderungen, Brandstiftungen, Sabotagen...

Stillgelegt: Zahlreiche entlüftete oder zerplatzte Pneus von Tanklastwagen in der Umgebung von Ölraffinerien oder direkt bei Transportunternehmen, wie in Caen am 22. Oktober; Transportbusse von Peugeot-Arbeitern in Rougemont (Doubs) wurden am 20. Oktober lahmgelegt; Blockaden von Verkehrsachsen an mehreren Punkten des SNCF-Netzes in Ile-de-France stören am 21. Oktober den Verkehr massiv; am 26. Oktober werden die Pneus der Fahrzeuge der Thibault Familie vor ihrem Sitz in Draveil (Essonne) zerstochen...

Geschlossen: Verwüstung des Büros des Abgeordneten und Bürgermeisters der UMP (Partei von Sarkozy) im Ratshaus von Montélimar am 12. Oktober; alle Scheiben des Handelsgerichts in Nanterre gehen am 19. Oktober zu Bruch; am 22. wird in Narbonne der Hauptsitz von Medef verwüstet (Mobiliar und Informatik fliegen durch das Fenster); zerschlagene Scheiben und Farbe gegen den Sitz der UMP in St. Brieuc am 19.; Durchtrennung der Elektrizität und dann Würfe mit verrotteten Eiern und Früchten in Albertville (Savoie) am 23. in dem Saal, in dem sich die Vereinigung eines Abgeordneten der UMP versammelte; Zerschlagene Scheibe beim Sitz der UMP in Charleville-Mézières und Konfrontationen vor dem 28. Oktober...

Abgebrannt: Brandstiftungen einer Generalgesellschaft und eines Pôle Emploi in Paris am 19. Oktober; der Zentrale der Zollbehörde in Rennes am 20. Oktober; des Ratshauses von Tarnos (Landes), eines Intermarché's und seiner Warengallerie in St. Etienne du Rouvray (Rouen) und eines Dia Supermarktes in St. Maurice-de-Benost (Ain) am 24. Oktober; eines Le Mutant Supermarktes in Saintes und von drei Fahrzeugen des Rathauses von Castanet am 26. Oktober...

Durchtrennt: Elektrische Durchtrennung des Einkaufszentrums V2, des Rathauses und der Gemeindepolizei in Villeneuve D'Asq am 26. Oktober; ebenso beim Wirtschaftsministerium in Paris am 28.; Sabotage eines Glasfaserkabelbündels von France 3 Nord-Pas in Calais und auch von Numericable in Dunkerque ebenfalls am 28 Oktober...

[Diese Nachrichten sind nur ein kleiner Teil der Wirklichkeit der Angriffe ohne Mediation, nur das, was in den Zeitungen herauskam]

FRANKREICH

Herbstunruhen

Vergangenen Oktober 2010 versuchte die französische Regierung eine lang erwartete Rentenreform abzuschliessen. Der Hauptpunkt dieser Reform betrifft eine Verschiebung des Höchstalters, bis zu dem die Leute zum Arbeiten verpflichtet sind, von 60 auf 62 Jahre. Schon im September fanden einige grosse Demonstrationen statt, um gegen diese Reform zu protestieren. Im Oktober haben sich die Proteste stark intensiviert. In zahlreichen Städten fanden fast täglich Demonstrationen statt, die Hunderte, Tausende, ja sogar Millionen von Leuten versammelten. Praktisch der ganze öffentliche Sektor trat in Streik. Gewisse Städte wie Le Havre und Marseille wurden völlig lahmgelegt, Depots, Bahnhöfe und Autobahnen wurden blockiert. Mit den Blockierungen von Ölraffinerien, manchmal mit Hilfe von Anwohnern, legten Arbeiter den ganzen Markt lahm... Was das Schreckgespenst einer Ölknappheit in allen Ländern umgehen liess.



[Bild: Place Bellecourt, Lyon, am 18. Oktober]

Doch die Rebellion beschränkte sich nicht auf die Arbeitsplätze und breitete sich wie ein Lauffeuer über ein grosses Gebiet der französischen Gesellschaft aus. Entschlossen gingen Studenten mit ihren eigenen Verlangen auf die Strasse. Fast täglich starteten wilde Demonstrationen ausgehend von den Gymnasien, um in die Stadt zu ziehen. Es kam zu Konfrontationen mit der Polizei, Zerstörungen von Banken, Plünderungen von Läden, Brandstiftungen von Autos und hier und da sogar zu einer Schule, die in Rauch aufging. Während in immer mehr Quartieren Unruhen ausbrachen, vervielfältigten sich etwas überall die Angriffe auf das, was der Freiheit im Weg steht. Bullen, Banken, Läden und staatliche Einrichtungen fielen den Steinen und dem Feuer zum Opfer. Immer mehr Leute sahen sich inspiriert, zu einem Konflikt beizutragen, der allmählich immer mehr Aspekte des alltäglichen Lebens miteinbezog.

[Wir drucken hier zwei Übersetzungen von Texten ab, die mit der einmaligen Zeitschrift „Die schlechten Tage werden enden" (*„Les mauvais jours finiront"*) in diesen Tagen auf den Strassen von Frankreich verteilt wurden.]

Die gemeinsame Front der Randalierer

Es scheint angebracht, in einer kurzen Einleitung zu präzisieren: Die Form macht nicht die Grundlage. Es geht hier also nicht darum, Praktiken für das zu idealisieren, was sie als solche sind, sondern darum, sie in einem sehr spezifischen Kontext zu betrachten.
Die Gewalt ist nie etwas zu romantisierendes, zu idealisierendes. Sie ist schlicht für jeden Akt der Revolte, jede revolutionäre Anwandlung notwendig. Ohne deswegen mittels schmutziger autoritärer Strategien ausgeübt zu werden.

Bei dieser sozialen Bewegung stellen wir im Vergleich zu den jüngst Vorangegangenen einen recht deutlichen Unterschied fest. Das hinzukommen der Studenten geschah nicht auf ruhige Weise, soviel kann man zumindest sagen. Die Radikalisierung wird nicht durch eine Minderheit am Ende der Bewegung erbracht, sondern drückt sich unmittelbar in den Handlungen aus, und dies auf eine verstreute Art und Weise. Wir brauchen nur die Nachrichten von einem der letzten Tage zu lesen, um ein präzises und unmissverständliches Bild davon zu erhalten: Man konfrontiert sich mit den Bullen, man randaliert, man brennt nieder, man plündert..., sei es in einer grossen Stadt oder in einem kleinen Kaff. Die Ausweitung ist da, das Getriebe läuft.

Und hier kommt eine zweite Besonderheit ins Spiel: die Figur des Jugendlichen aus der Siedlung vom November 2005, der während der Studentenbewegung von 2005 oder während der Anti-CPE Bewegung von 2006 nicht wirklich in derselben Absicht wie die Demonstranten selbst an die Demos kam (und somit war auf dem Gelände gelegentlich "Feindschaft" zu spüren). Diese Jugendlichen befanden sich dieses Mal auf derselben Seite der Barrikaden. Endlich entstand eine gewisse Verbindung. Nicht die Klasseneinheit, aber ein schöner Anfang zur Vereinigung. Nun, wer hat das herbeigeführt? Das ist nicht sehr interessant zu wissen. Sicher ist, dass sich zwei Phänomene selbst Nahrung gegeben haben: die Studenten, die offensivere Strategien (oder zumindest Reaktionen) anwenden, und die Jugendlichen der Siedlung, von denen ein Teil nicht unbedingt regulär zur Schule geht (uninteressant zu differenzieren oder näher auszuführen, das ist nicht der Punkt der Sache), welche sich zu den Blockaden oder in ihre Umgebung begaben, um bei den Konfrontationen zu helfen oder von ihnen zu profitieren und somit ihren Stein dazu beizutragen. Und es funktioniert.

Wir stehen vor einer Reihe von Gewaltakten, bei denen es selbst den Medien nicht mehr (nun, nicht mehr allen) gelingt, zu behaupten, dass die Geschehnisse einzig den "eingedrungenen Randalierern" zu verschulden sind. Und die Professoren der Studenten erkennen teilnahmsvoll, dass es auch ihre Studenten sind, die zu den Randalierern gehören. Scheisse also, die Figur des Barbaren zerfällt. Man sieht sich Zeugenaussagen gegenüber, die keine Zweifel hervorrufen, sondern dabei noch deutlicher sind: Gewiss, niemand will die Rentenreform, doch oft scheisst man auch etwas drauf. Sie ist auch und vor allem ein guter Vorwand, um all das herauszuschreien, was man im Bauch hat und was man im Alltag so oft zurückhält. Und wie einige Studenten sagten: das zieht die Bewegung nach sich. Ich beginne zu randalieren oder Steine auf Bullen zu werfen, denn die Anderen tun es. Und zweifellos, es tut gut. Denn im Allgemeinen verhalten sich die Selben mit viel mehr Gefügigkeit gegenüber dem System (dem schulischen und dem allgemeineren). Man bricht schliesslich mit einigen seiner Ketten.

Diese Abreaktion als Ventil ist sicherlich nicht unbegründet und sinnentleert. In der Kontinuität vom November 2005 steht sie (zurzeit) auf einer anderen Stufe. Einmal abgesehen davon, dass einige geographische Zentrierungen stattfanden. Dieselben, die sich 2005 damit zufrieden gaben, ihre Quartiere in Brand zu stecken, machten sich nun beispielsweise mit ihren neuen Strassenkameraden daran, die Läden einer Einkaufsstrasse in Lyon zu plündern, oder sogar die Strasse neben einem Gymnasium in Nanterre zu halten. Dies, als

Sommer 2011

Schule in Basel verwüstet – Mit einem grossen Stein wurde im Obergeschoss eine Türe eingeschlagen. Die Vandalen schnappten sich dann drei Feuerlöscher und verteilten deren Inhalt in Lehrerzimmer und Computerraum. Die betroffenen Computer wurden durch das Brandbekämpfungsmittel zerstört. Zudem wurden an verschiedenen Stellen Sprayereien angebracht. Gestohlen wurde hingegen nichts.

Demolierte Polizeiautos in Bern – Nach einem Fest in einer dafür besetzten Liegenschaft *«warfen vermummte Randalierer Flaschen, Pflastersteine und Eisenstangen gegen die Polizisten.»* Ausserdem wurden *«Sechs Polizeifahrzeuge demoliert.»*

Dreifacher Gefängnisausbruch – 3 Gefangenen gelingt es, aus dem Gefängnis von Porrentruy (JU) auszubrechen. Sie haben ihren Wärter in einer Zelle eingeschlossen, einen anderen Gefangenen befreit, und anschliessend in zivilen Kleidern die Flucht ergriffen. Die drei sassen in Präventivhaft, einer für Raub auf der Strasse, die beiden anderen für Einbruchdiebstahl.
In der vergangenen Woche fanden noch zwei weitere Fluchtversuche statt. Einer am Montag, von einem Häftling des Gefängnis von Gorgier (NE), der leider nach 5 Tagen in Rasses (VD) endete, und ein anderer am Mittwoch eines Häftlings des offenen Sektors des Gefängnis von Orbe (VD).

Schwarze Liste der Atomlobby

Wir betrachten die Atomenergie als einen der katastrophalsten Ausdrücke des kapitalistischen Systems. Es geht uns keinesfalls darum, die Atomenergie zu denunzieren und erneuerbare Energien als Alternative vorzuschlagen, denn auch diese würden nur dazu beitragen, dieses profitorientierte und ausbeuterische Wirtschaftssystem aufrecht zu erhalten.
Über die Energieversorgung entscheidet der Staat zusammen mit der Wirtschaft und der von ihnen vereinnahmten Forschung. So wird der ganze Diskurs von einer kleinen Interessengemeinschaft monopolisiert, denn das herrschende System braucht eine zentralisierte Energieverwaltung, um Kontrolle auszuüben. Menschen, die keine Wissenschaftler sind und keine Machtposition haben, werden von Entscheidungen ausgeschlossen, deren irreversiblen Auswirkungen wir alle tragen werden. Ein weiterer Versuch, über unser Leben zu entscheiden und uns auf ewig von Experten und Autoritäten abhängig zu machen. Wir brauchen keine Wissenschaftler zu sein, um zu erkennen, dass wir keine Technologien wollen, die eine Hierarchie voraussetzen, die nur den wirtschaftlichen Interessen der Mächtigen nützen und Mensch und Natur verachten. Wir verzichten auf einen Dialog mit dem Staat oder auf die Suche nach Alternativen, denn wir wissen, dass wir nur durch die Zerstörung der bestehenden Verhältnissen unsere Freiheit erkämpfen können.
Hinter den Atomkraftwerken stehen Unternehmen, Bundesämter und Forschungsinstitute, die angreifbar sind. Mit dem folgenden Text wollen wir aufzeigen, welche Institutionen und Unternehmen für den Bau der AKWs verantwortlich sind. Um den Rahmen des Textes nicht zu sprengen, werden nur die wichtigsten aufgeführt und kurz deren Funktion erklärt.

Kleine Vorgeschichte

Bereits in den 1920er Jahren arbeiteten schweizer Wissenschaftler in der Nuklearforschung. Wichtigster Förderer der Entwicklung im Nuklearenergiebereich war der ETH-Professor Paul Scherrer. In Kooperation mit der Industrie war er massgeblich an der Gründung der Reaktor AG (dem heutigen **Paul Scherrrer Institut**) beteiligt.
1945 wurde auf Initiative des **schweizerischen Militärdepartements (EMD)**, die so genannte **„Studienkommission für Atomenergie" (SKA)** gegründet. Präsident dieser Gruppe war Paul Scherer. 1952 beauftragte die **SKA** eine Arbeitsgemeinschaft (darin vertreten auch **Brown, Boveri Cie (heute ABB), Sulzer, Escher Wyss (heute Sulzer)**) mit der Planung eines Versuchsreaktors. Angeblich soll dieser Versuch zivile Zwecke erfüllen, jedoch sagt bereits der Initiator der Kommission aus, welche Ziele tatsächlich verfolgt werden sollten. Das Projekt wurde mit 50 Mio. CHF vom Bundesrat und von der **„Nationalen Gesellschaft zur Förderung der Industriellen Atomtechnologie" (NGA)** unterstützt. Das Versuchsatomkraftwerk Lucens (VAKL) wurde 1961 im Kanton Waadt gebaut und basierte auf Forschungsarbeiten an der Reaktor AG. 1968 wurde das VAKL an die **Energie Ouest Suisse (EOS heute Alpiq)** zur Inbetriebnahme übergeben. Jedoch kam es 1969 zu Problemen mit dem Kühlsystem, worauf eine partielle Kernschmelze folgte. Nach dem Unfall war in den umliegenden Dörfern eine erhöhte Radioaktivität zu messen, was bedeutet, dass die unterirdische Reaktorkaverne undicht war. Der Reaktor wurde zerlegt und füllte 250 Fässer mit radioaktivem Abfall. Erst im Jahr 2003 wurden diese Abfälle von Lucens in das Zwischenlager für radioaktive ↘

«*Atomkraft? Nein Danke!*» genügt nicht!



Von Cheliabinsk (1957) über Three Mile Island (1979), Chernobyl (1986), Tokaimura (1999) bis Fukushima (2011) haben die Ereignisse für sich selbst gesprochen. Die Nuklearindustrie ist das extremste Beispiel der katastrophalen Auswirkungen einer wissenschaftlichen Entwicklung, die heute, mit völliger Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben, den Erfordernissen von Politik und Wirtschaft unterstellt ist. Die die Geschichte der AKW's begleitenden Katastrophen zeugen von ihrer absoluten Schädlichkeit und widerlegen jegliches Beteuern ihrer "Sicherheit". Es gibt keine und es kann keine sichere und saubere Atomenergie geben, frei von Risiken, Defekten oder Fehlern und ohne giftige Abfälle. Jene, die das Wunderwerk der Reaktoren dritter oder vierter Generation rühmen, jene, die die Kernfusion anpreisen, die "sicherer" sein soll, als die Kernspaltung, lügen in vollem Wissen darüber; sie wissen, dass ihren schönen Worten nur solange Glauben geschenkt werden kann, bis der nächste Unfall passiert. Und machen wir uns keine Illusionen über die faulige Ankündigung eines Atomausstiegs, der in einigen Jahrzehnten stattfinden soll, aber jetzt bereits wieder relativiert wird. Der geplante Bau von 2 neuen Kraftwerken wurde nun vorerst auf Eis gelegt, bis sich die Beunruhigung etwas gelegt und sich die Gleichgültigkeit wieder breitgemacht hat. Wieso halten also die Staaten sosehr an der Atomkraft fest? ↘

Schwarze Liste

Abfälle **Zwilag** transportiert. Obwohl der Unfall auf der Ines-Skala (von 1-7) auf 4 eingestuft und somit als „ernster Unfall“ beurteilt wird, weiss kaum jemand über dieses Ereignis bescheid, da man es zu vertuschen versucht.

AKWs in der Schweiz

Heute ist die Atomenergie nach der Wasserkraft die zweit grösste Stromliferantin der Schweiz. Die fünf Schweizer Atomkraftwerke liefern rund 33% des inländischen Elektrizitätsbedarf.
In den 60er Jahren behaupteten die Schweizer Stromversorgungsunternehmen, dass die Schweiz allein mit Wasserkraft nicht mehr genügend Strom produzieren könne. 1963 beschloss der Gesamtbundesrat, dass auf Bau und Inbetriebnahme der Kernkraftwerke zugesteuert werden sollte. 1964 bestellten die Nordostschweizerischen **Kraftwerk NOK (heute Axpo AG)** einen amerikanischen Reaktor für das AKW in Beznau.

1969 bzw. 1971 wurden die ersten zwei Kernkraftwerke der Schweiz in Beznau gebaut und in Betrieb genommen. Besitzerin und Betreiberin der beiden AKWs ist die **Axpo AG**.

Das AKW Mühleberg steht seit 1972 in Betrieb. Besitzerin und Betreiberin ist die **BKW FMB Energie AG**.

1979 nahm das Kernkraftwerk Gösgen (KKG), den kommerziellen Betrieb auf.
Besitzer dieses AKW sind: **Alpig AG, Axpo AG, Stadt Zürich, Stadt Bern, CKW**.
Betreiberin ist die **Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG**. An diesem Partnerwerk sind folgende Unternehmen beteiligt:
40% **Alpiq**, 25% **Axpo AG (gehört zur Axpo Holding)**, 15% **Stadt Zürich**, 12.5 % **Centralschweizerische Kraftwerke AG (CKW) (gehört zur Axpo Holding)**, 7.5% **Energie Wasser Bern (EWB)**
Geschäftsleitung: **Alpiq AG**.

Das grösste Schweizer Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) nahm 1984 den kommerziellen Betrieb auf.
Besitzer: **Alpiq AG, Axpo AG, EGL AG, CKW AG, BKW FMB Beteiligungen AG, AEW Energie AG, Alpiq Suisse AG**.
Betreiber: **Kernkraftwerk Leibstadt AG**.
An diesem Partnerwerk sind folgende Unternehmen beteiligt:
27.4% **Alpiq**, 22.8% **Axpo AG**, 13.6% **Centralschweizerische Kerkraftwerke AG (CKW)**, 9.5% **Berner Kraftwerke BKW FMB Beteilgungen** AG, 5.4% **AEW Energie AG** (Eigentümer: **Kanton Aargau**), 5% **Energie Ouest Suisse Holding (EOSH heute Alpiq)**
Geschäftsleitung: **Axpo AG**

Was die prozentuale Beteiligung der Unternehmen angeht, muss berücksichtigt werden, dass deren Namen im Verlauf der Jahre oft geändert wird (da sie Aufgekauft werden oder fusionieren). Deshalb kann sie unter Umständen variieren.

Lasst uns zu Beginn sagen, dass der Atomlobby etwas gelang, was noch keinem Tyrann jemals gelungen ist: das Aufzwingen der eigenen (radioaktiven) Herrschaft für mindestens 24‘000 Jahre (Halbwertszeit des Plutonium[239]). Die Menschheit wird in Zukunft – angenommen, dass sie eine hat – wohl oder übel mit diesem giftigen Geschenk zurechtkommen müssen.
Zum ersten Mal in seiner Geschichte beschränkt sich der Mensch nicht bloss darauf, die Materie zu benutzen und sie zu formen, sondern dringt *ins Innere* der Materie ein. Die zivile und militärische Nukleartechnologie offenbart und konzentriert ein noch nie dagewesenes Phänomen im Prozess der Zerstörung des Lebens. Nie zuvor ist die Existenz des Planeten so sehr aufs Spiel gesetzt worden, wie durch diese Flucht nach Vorne der wissenschaftlichen Entwicklung. Die Atomkraft und ihre Auswirkungen sind unkontrollierbar, unwiderruflich und irreparabel. Sie markiert den Punkt ohne Umkehr, jenen, nach dessen Überschreitung eine Wiedergutmachung unmöglich ist.

Doch die Atomlobby hat, nach dem kurzen Dämpfer von Fukushima, das Feuer mit ihren medialen Geschützen bereits wieder eröffnet. Politiker, Wissenschaftler und Industrielle machen sich eifrig daran, mit ihren profitgesteuerten Argumenten die Geister zu vergiften. Obwohl die kontinuierlichen Unfälle nicht ein, sondern hundert Mal die Unmöglichkeit gezeigt haben, die Atomkraft im Griff zu haben, wird weiterhin die Erpressung mit der energetischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit der AKW‘s ausgeübt. Jene, die sich dagegen wehren, werden als Utopisten und Verantwortungslose hingestellt. Doch hätte es irgendeinen Sinn, diejenigen, die uns vorwerfen, in die Steinzeit zurückkehren zu wollen, daran zu erinnern, dass, während das Paläolithikum der Beginn der Menschheit war, die Atomkraft Gefahr läuft, ihr Ende zu markieren? Nein, dass wäre völlig sinnlos. Die Nukleartechnologie ist die Frucht jener Staatsräson, die heute im Umweltschutz ein Hinderniss für die Industrie sieht, während sie die Sorgen über die Gesundheit des Planeten für unsinnig erklährt. Es ist diese selbe Räson, die beispielsweise empfiehlt, jene französischen Kernkraftwerke weiter zu betreiben, die gerade in letzter Zeit reihenweise Unfälle verzeichneten.
Der Wahnsinn ist offensichtlich. Der König ist nackt wie ein Wurm, aber er schämt sich dessen nicht. In seiner aufgeblasenen Arroganz ist er sich sicher, dass niemand mehr Augen hat, um ihn zu sehen, dass niemand mehr eine Stimme hat, um ihn an den Pranger zu stellen.

Nein zum progressi

[Dieses Flugblatt wurde auf deutsch/französisch gegen Atom“ verteilt, an dem sich etwa 20‘000

I

Wir müssen jetzt aus der Kernenergie aussteigen. Denn diese Technologie ist inakzeptabel, sowohl im Normalbetrieb als auch im Falle eines Unfalls. Der Vorschlag in 25 Jahren auszusteigen ist nichts anderes als eine Strategie, jetzt untätig zu bleiben und ein Mittel, die Legitimätskrise der Kernenergie in den Griff zu bekommen. Dies wird bloss deren Fortbestand ermöglichen, indem die technischen und sozialen Instrumente zur Untersuchung und Manipulation der öffentlichen Meinung weiter verfeinert werden können. Zuzuwarten hat einen einschläfernden Effekt: die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wird sinken, genauso wie es während der Moratorien nach Tchernobyl in ganz Europa der Fall war.

II

Zu sagen, ein Atomausstieg in weniger als 25 Jahren sei nicht möglich, heisst, der Bevölkerung die tatsächliche Möglichkeit zu nehmen, selber über ihr Schicksal zu entscheiden. Dies illustriert, wie autoritär die Kernenergie gehandhabt wird. Es handelt sich hierbei typischerweise um eine zentralisierte Form der Energieproduktion, welche einen Grossteil der Menschen vom Entscheidungsprozess ausschliesst. Aufgrund der Risiken, welche die Kernkraftwerke mit sich bringen, werden diese zu anfälligen Stellen der inneren Sicherheit, welche eine Militarisierung der Standorte und einen Kult der Geheimhaltung fordern – sowohl im täglichen Betrieb wie auch in der Bewältigung eines Unfalles. Dadurch, dass sie den Zugang zu Wissen und Entscheidungsprozessen kontrolliert, monopolisiert eine kleine Clique von Industriellen und Wissenschaftlern die Themen jeglicher Debatte. Sie schaffen es, Widerstände zu steuern, indem sie sie kanalisieren.

kam es sogar zu Hausdurchsuchungen und Ermittlungen in Turin und im Tal, mit der Anschuldigung der Teilnahme an der Blockierung von vorbereitenden Bohrungen im Jahr 2010 und des Steinwerfens gegen Panzer am 23. Mai 2011 (die Bullen sammelten an diesem Tag 170kg Steine ein, die auf der Autobahn verstreut liegenblieben). Trotz der sehr unterschiedlichen gewünschten Vorgehensweisen von den sehr unterschiedlichen Teilnehmenden halten sich die Barrikaden aufrecht. Alle Wege und Strassen, die zur zukünftigen Baustelle führen, wurden auf einfallsreichste Arten blockiert. Die Teilnehmenden am Kampf sind sehr verschieden, trotz allem, was die Zeitungen uns weiszumachen versuchen (oh diese grausamen “aufständischen Anarchisten“!). Es gibt hier ein Bisschen von allem und die Diskussionen finden kein Ende, und eben dies macht die Reichhaltigkeit aus. Niemand verrät niemand. Der Konflikt ist intern, aber gegenüber den Bullen ist man sehrwohl einer Meinung: sie sind unsere Feinde... wir müssen schauen, wie wir uns ihnen entgegensetzen. »

22. Juni: in Campogalliano (Modena) wird in der Nacht ein Bagger und ein Lastwagen auf einer TAV-Baustelle in Solidarität mit dem kämpfenden Val Susa in Brand gesteckt.

27. Juni: Im Laufe von Auseinandersetzungen in Val Susa wurden laut Medien 4 Demonstranten und 25 Polizisten verletzt, wovon 5 ins Spital mussten. *« Die Ordnungskräfte sind um 5 Uhr angekommen, um die Bedingungen für die Öffnung der Baustelle zu verschaffen. Gegen 7 Uhr begann ein Teil der Gegner die Polizei auf ziemlich gewalttätige Weise anzugreifen und die Polizei antwortete mit Schlägen. »* meint ein Polizeisprecher. Der Polizei gelingt es schlussendlich, die Besetzung der Baustelle zu räumen. Sie verwendet Tränengas zur Zerstreuung der Demonstranten und Bagger, um die Barrikaden niederzureissen.

3. Juli: Zehntausende von Demonstranten bewegen sich am Sonntag in drei Umzügen auf die Baustelle zu, um zu versuchen, sie erneut zu besetzen. Hunderte von ihnen greifen die von etwa 900 Polizisten beschützte Umzäunung an. Nach den Konfrontationen, die 6 Stunden lang und an drei verschiedenen Orten andauerten, meldeten 188 Polizisten Verletzungen. Diese sahen massenweise Steine, aber auch Petarden und Molotovs auf sich fliegen. Ihrerseits verhaften sie mindestens 5 Personen und versuchen die hunderten neben der Baustelle versammelten Demonstranten mit Tränengas zu zerstreuen. Die Baustellenarbeiter müssen aus “Sicherheitsgründen“ ihre Arbeit vorübergehend unterbrechen. Die Verhafteten Personen werden Teils übel verprügelt, eine so sehr, dass die Bullen sie lieber los haben wollten und ins Spital abschoben. Die Anderen vier befinden sich zur Zeit noch immer im Gefängnis. Zwei von ihnen waren bereits in die Ermittlungen von Bologna verwickelt.

[Die vier Verhafteten wurden kurz vor der Fertigstellung dieser Zeitschrift unter Hausarest und Kontaktverbot entlassen]

Castor-Blockade

Folgend zwei Auszüge aus Berichten über die Blockade:
« Im Val Susa müssen wir uns erneut dem Zug annehmen. Dieses Mal geht es jedoch nicht um die neue Lyon-Turin Linie mit ihren zerstörerischen Baustellen, sondern um einen mit Atommüll beladenen Zug. Im Grunde passieren seit Jahren mit Atommüll beladene, aus der Region Vercelli kommende Züge das Val Susa in Richtung Nordeuropa. Diese Nacht war einer dieser Convois vorgesehen und, unter Berücksichtigung der Aktualität des Themas, das heisst, des Wiedereinstiegs in die Atomkraft in Italien, wurde beim Bahnhof von Condove-Chiusa San Michele, inmitten des Val Susa, eine Blockade organisiert. »
« Seit einer Woche kündigte ein Gerücht an, das ein Castor-Zug zwischen dem 6. und dem 8 Februar in Richtung Frankreich passieren würde. Am Sonntag erreichten uns präzisere Informationen, die besagten, dass es bei Nacht sein wird. Man versuchte die Neuigkeit so schnell und so breit wie möglich zu verbreiten, während man zu einer Versammlung ab Mitternacht beim Bahnhof von Chiusa Condove (im Val Susa) aufrief. An dieser Versammlung hatte es etwa vierzig Personen, hauptsächlich Anarchisten und einige Talbewohner. Sehr schnell fand sich die Versammlung von etwa 200 Bullen umzingelt. Gegen 3:30 Uhr, etwas vor der voraussichtlichen Ankunftszeit des Zuges, versuchte uns die DIGOS [politische Polizei Italiens] von den Gleisen wegzudrängen. Trotz der zahlenmässigen Unterlegenheit haben wir versucht, die Gleise mit Pneus zu blockieren; die Polizei griff die kleine Gruppe plötzlich aus mehreren Richtungen an. Wir verstanden, dass es notwendig war, das Risiko einzugehen, uns zu wehren, darüber bewusst, worauf wir uns da einlassen, angetrieben von einer rein ethischen Spannung. Einige Kameraden wurden verletzt und drei Personen wurden verhaftet. Im Laufe des Morgens wurden zwei der Verhafteten angeklagt. »
Die Züge kamen schlussendlich mit etwa 4 Stunden verspätung an der Grenze an.

[Informationen über die Atomkraft-Situation in Italien finden sich auf Seite 21 in diesem Heft]

Trotzdem keine Angst

Mattia und Fede, zwei Anarchisten, wurden am 12. Juni 2011 in der Nähe des Bahnhofs von Milano verhaftet, nachdem die Polizei bei einer Kontrolle Materialien für einen Brandsatz in ihrem Rucksack fanden. *« Jenseits des Nutzens, den einer oder beide der zwei Gefährten von diesem sympathischen Zusammenbau hatten, geht unsere Solidarität an sie, und an all jene, die sich jeden Tag aufs Spiel setzen, indem sie gegen den Staat, seine Schädlichkeiten, gegen jegliche Hierarchie und die Befreiung von Mensch und Tier kämpfen. »* Die beiden werden nach 2-3 Wochen wieder entlassen. Es wird versucht eine Anklage für „Sprengstoff“, oder sogar „Kriegswaffen“ (!) zu erheben!

Kleine Unruhe wegen Ausschaffung von Ägyptern

Etwa vierzig Ägypter wurden am Dienstag, 9 Juni, in Turin auf den Polizeiposten einberufen, um die Dossiers zur Erhaltung einer Aufenthaltsbewilligung abzuschliessen... schliesslich war jedoch eine Ausweisung für sie vorgesehen. Sie werden gewaltsam in den zentralen Polizeiposten verladen, während die Information ihre Runde macht. Bald versammeln sich etwa sechzig solidarische Personen, Freunde und Angehörige, die versuchen, die Busse zu blockieren, in die die Ägypter geladen werden, um sie zum Flughafen zu schaffen. Müllkontainer werden auf der Strasse umgekippt und ihr Inhalt auf die Bullen geworfen. Eisenstangen einer Baustelle, Pflastersteine der Strasse, weitere Müllkontainer: alles dient dazu, die Bullen zu konfrontieren und den Verkehr zu lähmen, was die Deportation erschwehrt. Als die Info durchkommen, dass die Busse losfahren konnten, kühlt der Geist der Revolte leider wieder ab.

Der Kampf im Val Susa

Gar nicht so weit von der Schweizer Grenze, im Val Susa, im Norden von Italien, regt sich seit etwa 10 Jahren ein selbstorganisierter und direkter Kampf gegen den Bau einer Hochgeschwindigkeitszuglinie (TAV), die Turin und Lyon in 3 Stunden verbinden soll. Nachdem die Arbeiten 2005 aufgrund der massiven Mobilisierung (und des mangelnden Geldes) praktisch eingestellt wurden, hat seit 2010 die Planung wieder begonnen und sind nun die Arbeiten auf den ersten Baustellen wieder aufgenommen worden. Baustellen einer langen Serie, die (nach ihren Vorstellungen) 2023 abgeschlossen sein sollte, während das ganze Tal verwüstet wird.

24. Mai: Ein kurzer, zusammenfassender Bericht eines Anwesenden: *« Die gestrige Nacht in Maddalena war sehr lang. Dem Widerstand gegen den TAV gelang die Blockierung des ersten Versuchs, die Baustellen in Betrieb zu nehmen. Eine „Besetzung" [Presidio] (eine Art Schuppen, zentraler Ort dieser Bewegung, wo man sich für den Kampf organisiert) hält sich schon seit mehr als einem Jahr an diesem Ort. Hunderte Gegner durchkämmen das von Taschenlampen und Mond beleuchtete Tal. Dutzende Bäume werden gefällt und auf die verschiedenen Strassen gelegt, die zur Baustelle führen; Gräben werden gegraben – alle Mittel sind gut, um die Panzer aufzuhalten: Bäume, Eisenbahnschienen, Steine, usw. Die Ordnungskräfte durchqueren ein Autobahntunnel und an dessen Ausgang... sehen sie sich gezwungen, wieder hineinzufahren, denn die auf der Hangseite stehenden Leute bewerfen sie mit hunderten von Steinen. Gegen 4 Uhr, nach einer Stunde voller Schreie, Lieder und Parolen, sind sie gezwungen, kehrt zu machen und in ihr Nest zurückzukehren. Diese Nacht gelang es ihnen nicht, zu passieren. Der Widerstand hat erst begonnen. Freiheit wird nicht gefordert, sie wird genommen. Kommt zahlreich, wir brauchen Leute. Dieser Sommer könnte sehr warm werden. »*

18. Juni: *« Seit den Ereignissen im Mai stieg der polizeiliche und mediale Druck im Tal und in seiner Umgebung stetig an. Gestern*







Italien, Frühling-Sommer 2011

2. Januar – Genua: Zwei Bankomaten in Brand gesteckt. In Solidarität mit den gefangenen Rebellen in Deutschland, der Schweiz, Italien, Griechnalnd, Spanien, Chile und den Vereinigten staaten"

5. Januer – Rovereto: Unter einem Armeelastwagen wird ein Feuer gelegt, das sich auf zwei weitere Lastwagen ausbreitete.

21. Januar – Bologna: Auf dem Parkplatz von Unindustria (Arbeitgeberverband) gehen zwei Fahrzeuge in Flammen auf.

21. Januar – Cagliari (Sardinien): Rote Farbe wird gegen das Lokal des roten Kreuz geworfen und folgede Worte werden gesprayt: *« Rotes Kreuz, Komplize bei Folterungen in Ausschaffungszentren »*

25. Januar – Teramo: Auf ein Schaufenster des Lokals der CSIL (sozialistisch orientierte Gewerkschaft) wird „Diener" [„Larbin"] gesprüht, zwei weitere werden eingeschlagen.

8. März – Bari: Ein Abulanzfahrzeug der "Operatori Emergenza Radio" wird angezündet, vier weitere werden beschädigt. OER verwaltet das Ausschaffungsgefängnis von Bari-Palese und beteiligt sich immer wieder am Wiedereinsperren von Migranten, die aus Krankenwagentransporten zu fliehen versuchen.

13. März – Rom: Nach einer Demonstration von 200 Personen vor dem Ausschaffungsknast, versprayten einige das Lokal des roten Kreuzes: *« italienisches Rotes Kreuz, Komplize der Lager »* In der folgenden Nacht wird in Genua ein Dienstfahrzeug des Roten Kreuz in Brand gesteckt.

17. März – Milano: 5 Bankomaten von Unikredit werden mit Hilfe von flüssigem Stahl und Hammerschlägen sabotiert. An den angrenzenden Mauern wurden Tags hinterlassen. In einem Communiqué wird die beteiligende Rolle von Unicredit im Libyenkrieg, beim TAV, bei der Migrationsverwaltung, bei Nano- und Biotechnologien etc. aufgezeigt.

18. März – Turin: Der Eingang und die Schilder von Kairòs werden beschädigt und Sprayerein gegen Ausschaffungszentren angebracht. Dieses Unternehmen beteiligt sich an der Verwaltung des Zentrums von Gradisca.

5. Mai – Turin: Das Französische Konsulat wird mit einer Sprayerei *« Solidarität mit den Tunesiern im Kampf gegen die Grenzen »* beschädigt, mit Farbe beworfen und das Tor wird mit einem Schloss zugekettet.

6. Mai – Turin: Zwei Bankomaten werden zerschlagen und ausser Betrieb gesetzt. Beiseite der Schriftzug *« noch einmal 400 Schläge »* [Im Januar wurden im Lokal „spazio liberato 400 colpi" in Florenz Abhörmikrofone und eine Mikrokamera gefunden.]

8. Mai – Aoste: Vier Molotovs fliegen gegen eine Bank von Unicredit.

8. Mai – Bergamo: Drei Bankomaten von Unikradit werden mit Farbe und Bauschaum sabotiert. *« Krieg jenen, die sich mit dem Krieg bereichern und aus den Unterdrückten Profit ziehen. Solidarisch mit jenen, die rebellieren und Staatsrepression erfahren.. »*

17. Mai – Bologna: Hammerschläge gegen den Eingang und neun Schaufenster, sowie Farbbomben und ein gesprühtes *« Diener! »*, beim Sitz der Gewerkschaft UIL.

14. Juni – Villaputzu (Sardinien): Ein Feuer verwüstet einen "Panda" und zwei "Fiorini", die dem Unternehmen "Vitrociset" gehören, eine Mitbeteiligerin an der dortigen Militärbasis. Bevölkerung und Tiere um diese Basis sehen sich mit sich häufenden Krankheiten konfrontiert (aufgrund der dort verwendeten radioaktiven Substanzen).

12. Januar **– Florenz:** *« Diese letzten Wochen haben wir 2 Mikrofone im Lokal unseres Kollektivs entdeckt. Das erste lag in einem Elektrogehäuse und war zusätzlich mit einer Mikrokamera verbunden. Eine Woche danach haben wir ein weiteres in einer Steckdose gefunden. »* Spazio liberato 400 colpi



[Bild: Der Apparat im Grössenvergleich mit einem 1 Euro Stück]

Die Atomkraft ist keine Energiefrage, sondern eine politische Frage. Aus einem strikt energietechnischen Blickwinkel sind ihre Kosten so hoch, ihre Risiken so enorm, dass das Interesse an ihrer Produktion vergehen würde. Aus einem politischen Blickwinkel jedoch ist die Atomkraft das gewaltigste Herrschaftsinstrument das jemals existierte. Was nämlich ist die praktische und unmittelbare Folge davon, eine allgemeine Vernichtung der Menschheit ermöglicht zu haben? Es ist die Lähmung unseres Vorstellungsvermögens, das Festklammern mit Händen und Füssen an einer verabscheuenswerten Realität, deren *Geiseln* wir bereits geworden sind.

Machen wir ein paar Beispiele. Mit dem Argument der Kompliziertheit der nuklearen Frage, soll einer möglichen Kritik das Wort genommen werden, die für unfähig erklährt wird, die Faktoren des Problems mit Sachkenntnis einzuschätzen. So überlässt man die letzte Entscheidung den Experten, welche von den unterschiedlichen Interessenten bezahlt werden.
Die Atomkraft, mit ihren Produktionsstätten und Abfalllagerplätzen einmal aufgezwungen, bleibt der Staat die einzige Instanz, die Fähigkeit und Mittel besitzt, um ihre Risiken und Schäden – wenn nicht zu verhindern – so zumindest zu senken und einzugrenzen. Ihm kommt die Rolle zu, über die Sicherheit dieser Orte zu wachen, ohne das irgendwer auch nur im Geringsten die getroffenen Entscheidungen in Frage stellen könnte.
So kann der nukleare Staat, nachdem er die Menschheit an den Rand des Abgrunds gedrängt hat, von sich behaupten, der einzige sichere Zufluchtsort zu sein, der einzige, der fähig ist, den Gefahren entgegenzutreten, von denen *er selbst die Ursache ist*. Was könnte man im Fall einer nuklearen Katastrophe tun? Wer hätte die Mittel, um zu intervenieren? Jede spontane Reaktion von Solidarität und kritischer Überlegung würde schon im Voraus auf eine *Bürgerbeteiligung* an einem Prozess reduziert werden, dessen einziger absoluter Meister der Staat bleibt. Die Errichtung von Atomkraftwerken dient also wesentlich auch dazu, die staatliche Kontrolle über die Gesellschaft zu verstärken und die Unterwerfung der Individuen voranzutreiben.
Dies hat seine Konsequenzen: Gegen die Atomkraftwerke sind jeder Form von Realpolitik die Hände gebunden. Wenn die Frage ist, Tag und Nacht den Betrieb der Industrien zu sichern und Milliarden von Elektrogeräten am Laufen zu halten, dann kann die adäquateste Lösung nur die Atomenergie sein. Wieso seine Zeit mit sauberen, erneuerbaren Energien verlieren, die einer Welt, deren Entwicklungsmodell nach einer stetigen Expansion drängt,

ven Atomausstieg!

im Mai im Kanton Aargau am "Menschenstrom
Personen beteiligten]

III

Das aktuelle Wirtschaftssystem ist auf eine zentralisierte Verwaltung der Energie angewiesen. Die Kernenergie entspricht dieser Logik perfekt, genau wie dies auch die erneuerbaren Energien tun können. Die Frage ist also nicht, eine alternative Energiequelle zu finden, sondern zu überdenken, auf welche Weise wir unsere Bedürfnisse definieren. Wenn die erneuerbaren Energien nur dazu dienen, das jetzige System aufrecht zu erhalten, interessieren sie uns genauso wenig. Ein System des unbegrenzten Wachstums wird gezwungenermassen immer mehr und mehr Schäden erzeugen.

IV

Dieses System wird niemals eine freie Wahl zulassen; auch Konsultationen, Abstimmungen und andere Alibi-Partizipationsprozesse erzeugen nur die Illusion von Autonomie und dienen schlussendlich bloss dazu, die Kritik zu neutralisieren. Im grossen Theater der schweizerischen politischen und zivilgesellschaftlichen Szene ist das Stück schon geschrieben und die Akteure vermeiden es, Wirtschaft und Staat in Frage zu stellen.

V

Wir weigern uns, die Rolle des passiven Publikums zu übernehmen. Ebenso wenig wollen wir eine alternative Lösung vorschlagen, wir lehnen es ab die verwalterische Logik der Ausbeutungsgesellschaft zu übernehmen, der wir uns widersetzen. Wir wollen uns selber organisieren, uns wieder die Möglichkeit aneignen, zu denken, auszudenken und auf die Realität, in der wir leben, zu beeinflussen. Der sofortige Ausstieg aus der zivilen und der militärischen Kernenergie ist nicht das erfolgreiche Ende unseres Kampfes sondern einer der möglichen Ausgangspunkte.

Schwarze Liste

UNTERNEHMEN

Wir führen hier nur jene Unternehmen auf, die die wichtigsten Rollen beim Bau und Betrieb von AKWs in der Schweiz einnehmen. Es gibt eine grosse Anzahl weiterer Unternehmen, die mit der Atomenergie Geld erwirtschaften, wie zum Beispiel die Siemens, die jedoch keine schweizer Firma ist und ihre Atomgeschäfte in anderen Ländern macht.

Axpo Holding AG
Die **Axpo AG** und die **Centralschweizerische Kraftwerke AG** bilden zusammen mit **EGL AG** und **Axpo Informatik AG** die Tochtergesellschaften der **Axpo Holding AG**. Die **Axpo Holding AG** gehört zu hundert Prozent neun Kantonen bzw. deren Kantonswerken:
Kanton Zürich, Elektrizitätswerke des Kanton Zürichs
Kanton Aargau, AEW Energie AG
St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG
Elektrizitätswerk des Kanton Thurgaus AG
Kanton Schaffhausen
Kanton Glarus
Kanton Zug
Die **Axpo Gruppe** produziert, handelt, überträgt und verteilt Strom. Durch ihre Tochtergesellschaften handelt sie europaweit mit Strom und neuerdings auch mit Gas. Neben der Atomenergie, verfügt der Konzern über rund 30% der inländischen Wasserkraft. Mit der Beteiligung von **NOK (heute Axpo)**, **CKW** und EGL an den AKWs Beznau, Leibstadt und Gösgen steht der **Axpo** Anteil an der inländischen Kernenergieproduktion bei über 50%.
Der Konzern betreibt ein ausgedehntes Höchstspannungsnetz von einigen tausend Kilometern Länge. Die Verteilernetze der **Axpo** führen den Strom in die Verbrauchsschwerpunkte, wo er von **CKW**, Kantonswerke und Endverteiler die Feinverteilung übernommen wird. Der Hauptsitz der **Axpo Holding** liegt in Baden. Von dort aus wird das ganze Übertragungsnetz gesteuert.

Tochtergesellschaften
Das Gemeinschaftsunternehmen Axpo AG wurde 1914 von neun Kantonen gegründet. Die **Axpo AG** ist eine führende Schweizer Stromproduzentin und beteiligt sich am internationalen Stromhandel.
Die **EGL AG** ist eine führende europäische Energie-Handelsgesellschaft und konzentri-



Schwarze Liste

ert sich auf den Kauf und Verkauf von Strom und Gas. Mit ihren eigenen Tochtergesellschaften ist sie in zahlreichen europäischen Ländern präsent und an den wichtigen Energiebörsen zum Handeln akkreditiert. Mitte der 50er verwirklichten **EGL** und **NOK (heute Axpo)** die ersten leistungsfähigen Hochspannungsverbindungen mit den nördlichen Nachbarländern der Schweiz.
Heute ist die Stromversorgung schweizweit mit Höchstspannungsleitungen (380kV) gewährleistet. Folgende Unternehmen besitzen solche Leitungen: **Axpo AG, Elektrizitätswerke der Stadt Zürich EWZ, Rätia Energie (RE), Engadiener Kraftwerke EKW, Kraftwerke Vorderheim KVR, CKW, Bernische Kraftwerke BKW, EGL, Alpiq**.
Die **Centralschweizerische Kraftwerke AG (CKW)** ist das führende Energieleistungsunternehmen der Zentralschweiz, wo ihr die Feinverteilung obliegt. Ausserdem beteiligt sie sich am europäischen Strommarkt.
Zusammen mit **NOK (Axpo)** beteiligte sie sich an der Erstellung der ersten Grosskraftwerke und überregionalen Transportnetzen.
Die **Nordschweizerische Kraftwerke AG (NOK)** war für die Stromversorgung in der Nordschweiz verantwortlich. Im Jahr 2009 wurde sie zur **Axpo AG**.

Alpiq
Alpiq ist in der Schweiz und in Europa in der Stromerzeugung, -übertragung, im -vertrieb und -handel aktiv. Das Unternehmen ist in 33 Ländern Europas tätig. Unter dem Dach der **Alpiq Holding AG** wurden im Jahr 2009 **Atel (Atel Holding AG)** und **EOS** zusammengeführt. Zur **Alpiq Gruppe** gehören **Alpiq Holding AG, Alpiq Suisse AG, Alpiq Central Europe AG, Alpiq EcoPower Schweiz, Alpiq EcoService AG, Alpiq EnerTrans AG, Alpiq Hydro Aarea AG, Alpiq Hydro Ticino SA, Alpiq InTec AG, Alpiq Swisstrade AG, Società Elettrica Sopracenerina SA** und die Tochtergesellschaften in den jeweiligen Ländern.

BKW
Die **BKW FMB Energie AG (BKW)** gehört zu den grossen Energieunternehmen der Schweiz. Das Aktienkapital von 132 Millionen CHF ist grösstenteils im Besitz des **Kantons Bern** (52,54%).

Die Unternehmen haben verschiedene Sitze in der ganzen Schweiz.

FORSCHUNG

Die Forschungsinstitute arbeiten eng mit den Energieunternehmen zusammen. Zum Teil wird die Nuklearforschung an den Hochschulen direkt von den Energieunternehmen finanziert. Die Stromverbundorganisation **Swisselectric** (Mitglieder **Alpiq**, **Axpo Group** und **BKW**) finanziert mit ihrem Projekt ***Swisselectric research*** unter anderem den Lehrstuhl für Kernenergietechnik der **ETH Zürich**. Die **Axpo** unterstützt die ETH Zürich auch unabhängig von der Swisselectric. Mehr als die Hälfte ihres jährlichen Fonds für „Forschung und Entwicklung" geht an die



höchstens einen Atemzug frische Luft verschaffen könnten? Es ist im Grunde offenkundig, dass der Bedarf an Energie von der Struktur der Gesellschaft, das heisst, von ihrer Organisationsform, ihrer Lebensweise abhängt. Eine Zivilisation wie die unsere – fähig, den Planeten mit ihren Kriegen in Blut zu tränken, sich mit unnützen Gegenständen zu umgeben, bis die Abfälle sie überhäufen, mit denen sie nicht mehr weiss wohin, sich mit genetisch veränderten Lebensmitteln zu ernähren, etc. –, hat in der Atomenergie jene Energie gefunden, *die ihr entspricht*.

Der Kampf gegen die Atomkraft wäre eine banalisierte Sache, wenn er die Form einer Opposition gegen eine falsche technische Entscheidung annehmen würde. Wenn unser Ziel einzig wäre, einen Weg zu finden, die Welt, in der wir (über)leben, mit Energie zu versorgen, dann könnten wir uns auch an dem Rummel um die technischen Details beteiligen, in der Absicht, aufzuzeigen, dass der Gebrauch von Atomenergie keine zwangsläufige Entscheidung ist. Wenn wir aber entschlossen sind, die mit dem Atom spielenden Zauberlehrlinge aufzuhalten, wenn wir beabsichtigen, uns dem Heer der Atomverfechter in den Weg zu stellen, dann müssen wir uns Bewusst sein, was das bedeutet: *die Zurückweiseung der Industrie- und Warengesellschaft, ihrer Organisation, ihrer Werte und ihrer Lebensweise.*

Nach der kürzlichen Katastrophe von Fukushima und angesichts der Projektierung von zwei neuen Atomkraftwerken (von deren provisorischer Einfrierung wir uns besser keine grossen Hoffnungen machen) ist nicht nur zu erhoffen, sondern auch vorauszusehen, dass die anti-AKW Kämpfe wieder anschwellen werden. Auf dass sich diese Kämpfe durch ein von ideologischen Fesseln, aber auch von opportunistischer Vagheit befreites, reiches und artikuliertes Denken auszuzeichnen wissen, für welches die technischen Daten (die stets leicht durch andere Gutachten zu neutralisieren sind) zweitrangig bleiben und bloss als bescheidene Verzierung des Hauptgerichts dienen. Auf dass sie ihre Kritik auf die Gesamtheit dieser Gesellschaft, ihrer Schädlichkeiten und Unterdrückungsformen auszuweiten wissen. Auf dass sie sich durch direkte, nicht-bürokratische und nicht-politische Vorgehensweisen hervorzuheben wissen, und vielmehr daran interessiert sind, die Massen in bewusste Individuen zu verwandeln, als die Individuen in zu organisierende Masse. Auf dass sie danach suchen, die Ziele ihrer Kritik und ihres Widerstands zu dezentralisieren und nicht an einem Punkt (dem AKW) festzumachen, auf dass sie das Netz der Verantwortlichkeiten aufzuzeigen wissen, die auch in den Strassen unserer Städte zu finden und angreifbar sind. Wenn die Atomkraft und ihre Auswirkungen bereits überall sind, können auch ihre Gegner überall entstehen. Überlassen wir die demokratischen Gefechte, die Suche nach einer Einigung mit dem Staat und die Verherrlichung von erneuerbaren Energien anderen. Es interessiert uns nicht im geringsten, dieses industrialisierte Herrschaftssystem mit sauberer Energie zu versorgen. Wir wollen es

die Migranten grössten Teils ehemalige Polizisten, die dem ehemaligen Regime dienten oder „gewöhnliche Kriminelle", die während den Unruhen aus dem Gefängnis flüchteten. Die Tatsache, dass ein Teil der Angekommenen um politisches oder humanitäres Asyl bittet, lässt in vielen Wut aufkommen. Diejenigen, die während den Unruhen Anfangs Jahr verletzt wurden oder Angehörige verloren haben, nehmen es als eine persönliche Beleidigung auf: die Gewalt in Tunesien ist seit mindestens Ende Januar beendet, die Scharfschützen auf den Dächern sind verschwunden und sogar die Möglichkeit, frei zu sprechen, ist bedeutend grösser, als vor der Vertreibung Ben Alis. In Wirklichkeit wird das politische oder humanitäre Asyl jedoch beantragt, da es die einzige Möglichkeit darstellt, etwas aufzuatmen und sich zu organisieren (es blockiert die Ausschaffung mindestens für ein paar Wochen) und ist für die ganz wenigen, denen es gewährt wird, die einzige Möglichkeit, „legal" aus den Zentren zu kommen: verliert man diese Möglichkeit, sind die einzigen Alternativen zur Gefangenschaft und zur Ausschaffung Flucht oder Revolte. Auch die Präsenz von regierungstreuen Ex-Polizisten unter den Sans-Paiers scheint eine eher etwas weit hergeholte Behauptung zu sein: sie wurde nie bewahrheitet und wahrscheinlich fanden die Männer des vergangenen Regimes – wie es oft in solchen Fällen vorkommt – solidere Solidaritätsnetze, um sich aus dem Staub zu machen, ohne das Risiko der Überfahrt nach und der Haft in Italien auf sich nehmen zu müssen. Hingegen befinden sich in diesem Menschenstrom gewiss kleine Gruppen von entflohenen Häftlingen. Ihre Präsenz wurde jedoch aufgebauscht, aus einer Reihe von bestimmten Gründen: wie ihr wisst, ist die Sympathie für Gefängnisflüchtige auf der ganzen Welt etwas seltenes. Die Sympathie kommt vor allem aus einigen sozialen subproletarischen Kreisen oder aus unseren, den anarchistischen Kreisen. Auch in revolutionären Zeiten geht die „Rückkehr zur Ordnung" in Bezug auf dieses spezifische Thema sehr schnell. Die Präsenz von Gefängnisflüchtigen wurde von den verwaltenden Autoritäten der Zentren als Schreckbild gebraucht, um die Solidarität in den CIEs zum Zeitpunkt der ersten Ausschaffungen zu unterbinden und um die Möglichkeit zu erschweren, dass sich die Solidarität draussen von den Gruppen von Gefährten auf die Migrantenumfelder ausweitet. Ausserdem wird das Thema der Gefängnisflüchtigen (sowie jenes der regierungstreuen Ex-Polizisten und alles andere, was jene diskreditiert, die in diesen Monaten nach Europa losziehen) von der neuen tunesischen Regierung warm gehalten, denn es ist klar, dass die Abkommen über die Massenzurückweisung, die der Innenminister Maroni und die tunesischen Minister treffen werden, irgendwie gerechtfertigt werden müssen [...]
Aber wer sind nun die Protagonisten dieser Mittelmeerreisen und dann dieser Kämpfe, die die italienschen CIEs in die Knie gezwungen haben? Grösstenteils sind es junge Leute, die wie so viele andere oft selbst an den Januaraufständen teilgenommen haben. Sie kommen vor allem aus Zarzis, Djerba und Tataouine, Gebiete die vom Zusammenbruch des Tourismus während und nach den Unruhen am stärksten betroffen waren und flüchten aus einer Reihe von komplexen Gründen. Der wirtschaftliche Aspekt, der an die Tourismuskrise gebunden ist, zeigt klar auf, dass es dem tunesischen Aufstand nicht gelungen ist, den Ausbeutungsmechanismen zu durchtrennen. Unter den Gründen gibt es auch das, was jemand als „kollektives Abenteuer" definiert hat, die Freude an der Herausforderung. Sie alle haben ein bestimmtes Migrationsprojekt, fast immer an die in Frankreich lebenden Verwandten gebunden: sie könnten es mit einem billigen Flugticket umsetzen, doch verunmöglichen die Gesetze der Festung Europa ihnen diesen Weg. Mit dem Aufstand lernten sie, dass man rebellieren kann und nun, da die Bewegung in Tunesien abgeschwächt ist, fordern sie eine der für sie grössten Ungerechtigkeiten heraus: die Grenze.
Es sind diese jungen Leute, Kinder einer nur zur Hälfte gemachten Revolution, die Zimmer um Zimmer das CIE von Gradisca und dann das von Turin abgebrannt und das von Brindisi und Bologna unbewohnbar gemacht haben. Eine beispiellose Welle der Revolte, die dem Kampf gegen die Ausschaffungszentern und, allgemeiner, jenem für die Freiheit bestimmt immer in Erinnerung bleiben wird.

REVOLTEN IN DEN AUSSCHAFFUNGSZENTREN

Der Sommer 2009 war von unzähligen Revolten in den CIEs in ganz Italien geprägt, provoziert durch das in Kraft Treten einer Regelung, die die längstmögliche Haftdauer auf sechs Monate erhöhte.

August 2009 - Via Corelli, Milano (IT):
Während einer grossen Revolte werden Türen eingeschlagen und Bränden gelegt. Die Repression war hart. Während des Prozesses kommt ein Vergewaltigungsversuch Seitens des Polizeiinspektors gegenüber einer der angeklagten Frauen zu Tage. Im selben Monat führt eine Revolte in Modena zur Zerstörung von Teilen des Schlafsaals. Erneut gefolgt von harter Repression.
November 2009 - Isola Capo Rizzuto (IT):
Etwa fünfzig Eingeschlossene lancieren einen Steinhagel auf die Ordnungskräfte.
März 2010 - Aluche (Madrid):
Proteste, Revolte, Konfrontationen mit der Polizei und Brandstiftungen.
Juni 2010 - Malaysia, Hulu Terengganu:
Revolte und Fluchtversuch von 200 Häftlingen.
Zwischen März und November 2010
Brandstiftungen und Revolten in **Rom**, **Bologna**, **Turin**, **Mailand** und **Bari**
September 2010 - Bobigny (FR):
Brandstiftung
Oktober 2010 - Tarpani (IT):
Die Wärter werden mindestens eine Viertelstunde lang mit Einrichtungsgegenständen beworfen.
November 2010 - Vincennes (FR):
Aufstände im CRA
Januar 2011 - Gradisca (IT):
Eine neue Revolte entfesselt sich, die zur Zerstörung des Zentrums führt.
Februar 2011 - Belgien, Steenokkerzeel:
Die Häftlinge zerstören Fenster, legen Feuer in den Zellen und steigen aufs Dach. Zwei von drei Flügeln des Gefängnisses werden zerstört und für unbrauchbar erklärt.
März 2011 - Restinco (IT):
Revolte und Zerstörung der Zellen und Duschräume.
März 2011 - Bologna (IT):
Eine Reihe von Brandstiftungen macht die Zimmer unbenutzbar.



Australien: Aufstand und Feuer in Villawood

22. April: Etwa hundert Asylsuchende haben im Ausschaffungsgefängnis von Villawood, westlich von Sydney, in Australien, im Laufe einer von Unruhen geprägten Nacht neun Gebäude in Brand gesteckt. [...] Die Migranten warfen Ziegel und andere Gegenstände auf die Feuerwehrleute, die kamen, um ihr brennendes Gefängnis zu retten. Daraufhin wurden Anti-Riot-Einheitung der Polizei zur Hilfe beigeschickt.
In letzter Zeit habe es des öfteren Zwischenfälle in diesem Ausschaffungsgefängis gegeben. Zwei Asylbeantragende haben im vergangenen Jahr Suizid begangen. Auch im Ausschaffungsgefängnis von Christmas Island (Insel vor Australien) hat es vergangenen März Aufstände gegeben. Mehr als 200 Migranten haben die Überwachungseinrichtungen zerstört und ein Feuer entfacht.

Von Grenze zu Grenze

[Dieser Text ist eine Übersetzung aus der italienischen anarchistischen Monatszeitung Invece. Zum Zeitpunkt, als der Artikel geschrieben wurde, ist es noch nicht zum italienisch-tunesischen Abkommen über die Migrantenrückführung gekommen. Nach diesem Abkommen von Anfangs April werden alle Migranten tunesischer Herkunft, die nach dem 5. April in Italien ankommen, sofort nach Tunesien zurückgeführt.]

Wenige Monate revolutionärer Unruhen entlang der Nordafrikanischen Küste reichten aus, um auf der gegenüberliegenden Küste das italienische Konzentrationssystem für Sans-Papiers in die Knie zu zwingen.
[...] Das CIE (italienisches Ausschaffungszentrum) von Gradisca di Isonzo ist so gut wie unbenutzbar. Jene Gefangenen, die nicht befreit wurden, schlafen gezwungenermassen in den Gemeinschaftsräumen auf dem Boden. Das selbe Schicksal traf auch das CIE in Turin, wo sich die Häftlinge, nach der in Brand Setzung der Schlafsäle und der Mensa, seit Tagen im Hof zusammendrängen. Auch in Brindisi sind die Wohnbereiche – durch die Stein- und Molotovschlachten von Anfangs Februar, die Brände im April und die unter der Feuchtigkeit leidende Bausubstanz – praktisch unbenutzbar.
Seit Anfangs Jahr folgten mehr oder weniger laute und destruktive Proteste auch in Bari, Modena, Bologna, Trapani, Mailand und Rom aufeinander.

Die „Ausschaffungsmaschinerie", mangels freier Zellenplätze und Gefängniswärter unfähig, sich dem von Widerständen und Konflikten geprägten Alltag entgegenzustellen, funktioniert nur noch ratternd. Sie holpert so stark, dass es jetzt für einen Sans-Papier ziemlich unwahrscheinlich ist, nach einer Polizeirazzia wirklich hinter den Gittern eines CIEs zu landen. Ihm wird nun eher eine Ausweisung in die Hand gedrückt, aber er bleibt auf freiem Fuss: « Je mehr Revolten drinnen », besagt besagt der weiseste Slogan der Bewegung gegen die Ausschaffungen, « desto mehr Freie draussen ». An den Grenzen schafften es die italienischen Zöllner sogar, nur sieben durchreisende Tunesier ins CIE zu schicken. Sieben unter hundertern, die auf die französische Grenze zu drängen und die in den Zugstationen im westlichen Ligurien lagern: da die Zöllner nicht wissen, wohin sie die angehaltenen Personen schicken sollen, lassen sie sie frei. Manchmal drücken sie auch ein Auge zu, wenn sich ein Sans-Papier in einen Zug einschleicht, in der Hoffnung, der Gendarmerie zu entkommen, die hingegen äusserst erbittert ist und neun von zehn Flüchtlingen aufspürt und zu Fuss wieder an den Ausgangspunkt zurückschickt. [...]
Sagen wir gleich, dass der Zyklus der Revolten in den Zentren fast ausschliesslich von jungen Tunesiern ausgelöst wurde, die, nach dem Ende der Hochphase der tunesischen Aufstände, in Lampedusa an Land kamen. Nach ihrer Ankunft zeichnete sich eine sehr klare Trennung zwischen „denen aus Lampedusa" und den übrigen Gefangenen in den Ausschaffungszentren ab. In Blöcken von 50 Personen verlegt – Blöcke, die nach „Ankunft" gebildet wurden und deshalb in der geographischen Herkunft und im Alter homogen waren – und oft durch feste freundschaftliche Beziehungen vereint, gaben die „Tunesier" sofort den Rhythmus des Widerstands in den Zentren an und stellten alle anderen in eine Ecke. Sehr oft gingen einige unter diesen anderen so weit, sich laut über das Draufgängertum und die Unbesonnenheit der kürzlich Angekommenen zu beklagen. Einige liessen sich sogar in eine andere Sektion oder in Isolationshaft verlegen, um sich von den „zu gefährlich" empfundenen Aktionen und dem damit verbundenen Repressionsrisiko fernzuhalten. Nicht dass die CIEs vor der Ankunft der „Tunesier" befriedet gewesen wären, ganz im Gegenteil. Jedoch reproduzieren die CIEs knastähnliche Mechanismen, und die internen Spannungen in den Knäste – das wissen wir gut – sind immer an den ausserhalb der Mauern „ziehenden Wind" gebunden. [...] Anfangs 2011 atmete ein grosser Teil der Gefangenen in den CIEs noch die Luft des tunesischen Aufstands, während der andere Teil die dicke Luft der Resignation des Porta Palazzo in Turin atmete. Den eingesperrten tunesischen Sans-Paiers gelang es noch nicht (mit einigen Ausnahmen natürlich), die Sans-Paiers von Porta Palazzo miteinzubeziehen. Genau so, wie es den nordafrikanischen Unruhen noch nicht gelang, die Gemüter in unseren Strassen zu erwärmen. [...]
Wer Erfahrung mit dem Umfeld der tunesischen Migration in Italien hat, kennt die unendlichen Diskussionen, die von diesen Ereignissen in den CIEs, und allgemeiner, von dieser Migrationswelle, die Lampedusa überflutet und dem Innenminister Maroni Sorgen bereitet, ausgelöst wurden. Diese Diskussionen widerspiegeln genau die vertikale Trennung, die in Tunesien bezüglich dieses Themas existiert. Tatsächlich behaupten viele lokale Medien, dieser Migrationsfluss sei irgendwie von Ben Ali's Familie organisiert worden, um das „neue Tunesien" vor der Weltöffentlichkeit in Verruf zu bringen. Weiter seien

Ausbrüche

Juli 2010 - Trapani (IT):
Etwa 40 von 60 Häftlingen konnten aus dem CIE flüchten.
Juli 2010 - Gradisca (IT):
Da sie zur Strafe in die Zellen gesperrt wurden, die die Wärter auch nicht öffneten, um das Essen zu bringen, begannen einige Häftlinge, ein grosses Loch in die Decke zu machen. 20 versuchten durch dieses Loch zu flüchten, was jedoch nur 9 Personen gelang, während die Bullen draussen die Flüchtigen jagten. Einige Stunden nach den ersten Fluchtversuchen, gelang es drei weiteren über die Mauer zu klettern.
November 2010 - Vincennes (F):
5 Personen fliehen während Aufständen im CRA (französisches Ausschaffungszentrum), 3 von ihnen konnten nicht wieder aufgefunden werden.
Dezember 2010 - Mayotte (F):
22 Personen gelingt die Flucht aus dem CRA
Februar 2011 - Restinco (IT):
Nachdem 32 Ende Januar flüchteten, gelang es im Februar weiteren 4 durch ein Loch im Gitter abzuhauen.
März 2011 - Chrismas Island (AUS):
150 Personen flüchten aus dem Ausschaffungszentrum. Ein paar Tage später flüchten weitere 100 Personen durch die beschädigte Umzäunung.

[Ein aus Zelten bestehendes provisorisches „Zurückhaltezentrum" für Migranten in Santa Maria Capua Vetere, das in erster Linie zur einsperrung Tunesische Flüchtlinge eröffnet wurde, muss nach einer Revolte und Brandstiftung, die 96 der Wohnzelte beschädigten oder zerstörten, seine Tore schliessen.]



[Ausbrüche aus dem Lager in Maduria]

Zentren, die durch Revolten und Brände zerstört und vorübergehend oder ganz geschlossen wurden

Juni 2008 - Vincennes (F)
Februar 2009 - Lampedusa (IT)
November 2009 - Caltanissetta (IT)
Juni 2010 - Crotone (IT)
Oktober 2010 - Elmas (IT)
Februar 2011 - Gradisca (komplett unbenutzbar, aber offiziell nicht geschlossen)
März 2011 - Marseille (F)

beseitigen, und zwar endgültig, bevor es uns noch unter seinen Abfällen, seinen Befehlen, seinen Abgasen, seinen Gesetzen, seinen Giftstoffen und seiner Moral begräbt. Wie ein alter anarchistischer Wissenschaftler einst sagte: *„Es ist eine Maschine, das stimmt, aber zusammengesetzt aus menschlichen Rädern; sie bewegt sich wie von einer blinden Kraft angetrieben. Um sie anzuhalten, braucht es nichts weniger, als die kollektive und unzähmbare Kraft einer Revolution".*

[Dieser und der folgende Text wurden in Form eines Faltblatts bei Anti-AKW Demonstrationen und anderen Gelegenheiten in Umlauf gebracht]

Die grosse Welle

Eines der berühmtesten Werke der japanischen Kunst ist die "grosse Welle" des Malers Hokusai. Es stellt einen Tsunami dar, ein Wort, das "Hafenwelle" bedeutet, und dessen japanische Herkunft beweist, wie sehr diese mächtige Manifestation der Natur für das Land der aufgehenden Sonne typisch ist. Der Künstler verweist, indem er hilflos wirkende Boote auf riesigen Wellen malte, auf die enorme Disproportion, die zwischen der Kraft der Natur und der Gebrechlichkeit der Menschen besteht.



Tokyo decadence

Japan ist eines der technologisch am weitentwickeltsten und folglich eines der energiebedürftigsten Länder der Welt.
Der Energieverbrauch pro Kopf ist in Japan zehn Mal höher als in Indien. Als einer der Hauptproduzenten elektronischer Energie weltweit ist, verfügt das japanische Land dennoch über keine eigenen Energiequellen. Von sich aus kann es nur gerade 10% seines Bedarfs mit Wasserkraft abdecken, während es für weitere 60% fossile Brennstoffe verwendet (Öl, Gas, Kohle), die es importieren muss. Dies hat einen so grossen Einfluss auf den weltweiten Erdölmarkt, dass der Produktionsstopp, der auf die kürzliche Katastrophe folgte, eine Senkung des Rohölpreises bewirkte.
Während der letzten Jahrzehnte musste Japan, aus Gründen der sogenannten „Energiesicherheit", seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren und die Energieversorgung diversifizieren. Der Zugang zu den Quellen fossiler Brennstoffe ist immer öfters an den Einsatz von militärischen Mitteln gebunden, er ist abhängig von der politischen Instabilität der Produktionsländer, dem Anstieg der Nachfrage nach Ölprodukten und dem kontinu-

Kurze Info über die Atom-Situation in Italien

Infolge der Katastrophe von Tschernobyl vom 26. April 1986 und um die starken Anti-AKW Kämpfe zu neutralisieren, führte im November 1987 ein Referendum zur Schliessung der vier italienischen Atomreaktoren (nicht aber zum Stopp der Forschungslabore in diesem Bereich und der Produktion von Abfällen ziviler oder militärischer Nukleartechnologien). Seither ist Italien jenes europäische Land, das am meisten Strom aus dem Ausland importiert. Am 22. Mai 2008 kündigte der kaum gewählte Minister für ökonomische Entwicklung Scajola an einer Versammlung von Industriellen Italiens (Confindustria) den Wiedereinstieg in die Atomenergie an. Am 24. Februar 2009 unterzeichneten Sarkozy und Berlusconi in Rom ein Nuklear-Abkommen zur gemeinsamen Forschung über die Handhabung der Abfälle und zum Bau neuer Reaktoren. Kurz danach unterzeichneten die Führenden der französischen und italienischen Elektrizitätsunternehmen EDF und ENI (AGIP in der Schweiz) einen 5 jährigen Partnerschaftsvertrag zum Bau von vier Reaktoren der dritten Generation (EPR) auf der italienischen Halbinsel, der noch „vor 2020" abgeschlossen werden soll. Die italienische Regierung hält auch nach der nuklearen Katastrophe von Fukushima an diesem Atomprogramm fest und spricht sogar von 13 AKW's, die bis 2030 gebaut werden und 25% des italienischen Stromverbrauchs abdecken sollen.

Schwarze Liste

ETHZ (mehr als 7.5 Mio. CHF). Unter anderem finanziert sie dort Arbeiten im Bereich Reaktorsystem.

In der Nuklearforschung betätigen sich, neben der **ETH Zürich**, auch die **ETH Lausanne (Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne, EPFL)** und die **Universität Basel** (und weitere). Die drei Universitäten betreiben je ein eigenes Forschungsinstitut mit Reaktor.
Die **ETH Zürich** betreibt das grösste nationale Forschungsinstitut der Schweiz, das **Paul Scherrer Institut (PSI)** in Villingen. Das **PSI** arbeitet eng mit anderen Hochschulen und Forschungsinstituten sowie der Industrie zusammen. Das Institut ist in verschiedene Forschungsbereiche aufgeteilt, unter anderem leitet es die Forschungssektion „nukleare Energie und Sicherheit", die den Forschungsreaktor „Proteus" betreibt.
Das Forschungszentrum **«Laboratoire de physique des Réacteurs et de comportement des Systèmes (LRS)»** der **ETH Lausanne** beteiligt sich am Europäischen Kernfusions-Forschungsprogramm. Am **LRS** steht der Forschungsreaktor „Crocus", der einzige Reaktor im französischsprachigen Teil der Schweiz. Neben der **ETH Zürich** und dem **EPFL Lausanne**, besitzt die **Universität Basel** einen der drei Forschungsreaktoren in der Schweiz. Er wird von der Abteilung „experimentelle Teilchen- und Nuklearphysik" am Institut für Physik der **Universität Basel** betrieben.

Ein weiteres Nuklearforschungszentrum wird von der Europäischen Union in Genf betrieben.
Das Hauptgelände des **CERN (Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire)** liegt in Genf, nahe der Grenze zu Frankreich. Gewisse Teile des Instituts und auch einige unterirdische Experimentierplätze befinden sich geografisch auf französischem Staatsgebiet, gehören aber trotzdem administrativ zur Schweiz. Betroffene versuchten sich auf legalem Weg gegen die gefährlichen Experimente, die am **CERN** durchgeführt werden, zu wehren. Jedoch gilt auf dem ganzen Gelände kein nationales Recht und die Klagen wurden vor den nationalen Gerichten wegen Nichtzuständigkeit abgewiesen.
Am **CERN** beteiligen sich, neben der Schweiz, vor allem EU Staaten. Jedoch nehmen auch Nichtmitglieder aus der ganzen Welt an **CERN**-Programmen teil.

Rohstoffe und Ausbeutung

Die Atomlobby gibt vor, mit der Atomenergie eine unabhängige Energieversorgung der Schweiz zu garantieren. Ausserdem behaupten die Unternehmen, dass die Atomenergie sauber und CO2-frei sei. Besonders die **Axpo** lancierte eine Kampagne für ihren „sauberen Atomstrom". Jedoch verbirgt sich hinter diesen schöngeredeten Absichten Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur.
In der Schweiz wird für die Kernspaltung Uran verwendet, das aus dem Ausland Importiert wird. Natürlich gibt es im Bezug auf die Uranlieferung keine Transparenz.

Schwarze Liste

Bekannt ist jedoch, dass das Uran in Kasachstan, Australien, Kanada, Usbekistan, Niger, Namibia und Russland abgebaut wird. Durch den Uranabbau wird die Radioaktivität in der Umgebung der Minen erhöht, das Trinkwasser wird belastet und durch die Staubverbreitung werden auch entfernte Gebiete verseucht. Es ist keine Seltenheit, dass die Bevölkerungen in der Umgebung der Minen Krankheiten und „rätselhafte" Todesfälle beklagen. Zudem erkranken die Minenarbeiter oft an Krebs. Circa 70% der Lagerstätten befinden sich unter dem Land indigener Völker, nachdem der Uranabbau in den westeuropäischen Ländern komplett eingestellt wurde.
Tatsache ist auch, dass ein wichtiger Handelspartner der **Axpo** der französische Grosskonzern **Areva** ist, der seit über 40 Jahren in Niger Uran abbaut. In der Umgebung dieser Minen wird eine viel zu hohe Radioaktivität gemessen, was vernichtende Folgen für die anliegende Bevölkerung hat. Die **Axpo** bezieht ausserdem (zumindest einen Teil seiner) Brennstäbe (die Uran enthalten) für die AKWs in Gösgen, Leibstadt und Beznau aus dem russischen Majak, wo aus der Wiederaufbereitungsanlage radioaktive Flüssigkeit direkt in einen Fluss geleitet wird.

Zwischenlager

Die verbrauchten Brennelemte und radioaktiven Abfälle aus AKWs, Medizin, Industrie und Forschung werden ins Zwischenlager **Zwilag** in Würenlingen gebracht, wo sie Zusammengeführt, Inventarisiert, Verarbeitet und für die Tieflagerung (Endlagerung) vorbereitet werden.
Im **Zwilag** werden schwache- und hoch radioaktive Abfälle sowie ausgediente Brennelemente gelagert.

Endlager

Die **Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra)** wurde 1972 gemeinsam von den Betreibern der AKWs und dem Bund gegründet. Die **Nagra** führt und verwaltet das Inventar der radioaktiven Abfälle. Sie betreibt ein eigenes Felslabor im Grimselmassiv und führt Forschungsarbeiten im



ierlichen Ausgehen der Reserven. Um also das Fortbestehen seines industriellen Systems zu sichern, musste sich Japan der kostspieligen und, in Anbetracht der geologischen Eigenschaften des Landes, äusserst gefährlichen Atomkraft anvertrauen. Heute hängt ein Viertel seiner Energieversorgung von dieser Energiequelle ab. 55 Atomkraftwerke stehen verstreut über eines der am dichtesten bevölkerten Länder der Welt.

Japan ist ein Archipel, das sich beim Begegnungspunkt von drei beweglichen Platten der Erdkruste befindet (die Pazifische, die Philippinische und die Eurasische Platte). Aufgrund seiner Position ist es das Land, in dem die meisten Erdbeben verzeichnet werden. Tokio wird etwa alle 70 Jahre von einer sehr starken Erschütterung getroffen; 1923 wurde es von einem Beben komplett zerstört, das 100'000 Opfer forderte; laut zahlreicher Experten sei die Stadt, trotz moderner anti-erdbeben Konstruktionen, nicht darauf vorbereitet, ein ähnliches Ereignis zu überstehen. Japan erstreckt sich über eine Fläche von 377'855 Quadratkilometern, auf der, mit einer 7 Mal höheren Dichte als der weltweite Durchschnitt, mehr als 127 Millionen Bewohner leben. Das städtische Gebiet von Tokio ist das grösste der Welt, es leben dort 35 Millionen Menschen. Jenseits des Zentrums, des pulsierenden Herzens der technologischen Zivilisation, und der anderen reichen Zonen, befinden sich riesige Ballungszentren für Arme. Ihre soziale Ausgrenzung geht so weit, dass die Orte, wo sie leben, nicht einmal auf den Katasterkarten eingezeichnet sind: sie sind der ineffiziente Teil des Landes.
Es wäre unmöglich, Hypothesen über ein alternatives Verwaltungsmodell einer Metropole aufzustellen, das nicht eine hohe Energieabhängigkeit und das Herbeiziehen ins städtische Zentrum der Ressourcen implizieren würde, die in einer enorm viel weiteren Umgebung produziert wurden.
Würde es nicht von einem konstanten Energiefluss versorgt, könnte ein städtisches System wie jenes von Tokio nicht existieren, nicht als Ort der techno-wissenschaftlichen Avantgarde und nicht einmal als einfacher Ort zum leben. Es könnte weder das Überleben seiner Bewohner, noch die Befriedung ihrer Grundbedürfnisse wie Trinken, Essen und Wärme garantieren. Ein langanhaltender Energiemangel würde zum Zusammenbruch des Systems, zur massenhaften Abwanderung der Bevölkerung und zum Risiko eines Bürgerkriegs führen. Eine Gefahr, die für die Herrschaft noch grösser ist, als die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung eines Teils der Bevölkerung infolge eines nuklearen Unfalls.
Ohne seinen Kranz aus Atomkraftwerken könnte Tokyo schwehrlich funktionieren.
Momentan wissen wir nicht, wie die Explosion im Kraftwerk von Fukushima ausgehen wird, aber ein Unfall diesen Ausmasses, kann leider, im besten Falle, unmittelbar, sowie auf lange Sicht, schwere Auswirkungen für Tokio haben. Im schlimmsten Falle, was eine schwehrwiegende Verseuchung der Stadt bedeuten würde, stünden wir einer nie dagewesenen metropolitanen Apokalypse gegenüber. Und trotzdem ist es wahrscheinlich, dass ganz Japan auch in Zukunft gezwungen werden wird, sich den Atomkraftwerken anzuvertrauen, und seine Bewohner werden sich daran gewöhnen müssen, mit erhöhten radioaktiven Werten zu leben.
Dieser Unfall hat nicht nur die mit der Atomkraft verbundenen Risiken ans Licht gebracht, sondern auch das Scheitern eines urbanistischen Entwicklungsmodells, dessen Paradigma Tokio war. Eine zum Scheitern verurteilte Urbanistik, die an ihren Explosionspunkt kam. Eine Lebenshypothese, die sich von den vom Kapital herbeigeführten, ökologischen Katastrophen befreien will, wird diese urbanistischen Modelle zurückweisen müssen. Doch wie, das ist eine noch gänzlich zu klärende Hypothese.

Die Explosion

> *«Aber solange die moderne Technologie weiter fortschreitet, wird es Katastrophen jeglicher Art geben, die vom Menschen hervorgerufen werden. Keine Regierungsaufsicht kann all diesen Katastrophen zuvorkommen, nicht nur, weil es immer Verwantwortungslosigkeit, Nachlässigkeit und Fehler geben wird, sondern auch, weil die Einführung neuer Technologien unvermeidbare Konsequenzen mit sich bringt, die niemand, auch wenn man aufmerksam und verantwortungsvoll wäre, im Voraus erahnen kann. Darum kommen die Katastrophen für gewöhnlich aus unerwarteter Richtung. Je höher die entfesselte Kraft ist, desto grösser werden die Katastrophen sein.»*
>
> Ted J. Kaczynski

Während der letzten Jahrzehnte folgten drei gravierende und unendlich viele kleine nukleare Unfälle aufeinender. Uns genügt das, um zu sagen, dass es keine sicheren Atomkraftwerke gibt. Sicher sind die Kraftwerke nur in der Propaganda jener, die sie erbauen. Wenn sie explodieren, ist die Antwort stets dieselbe: „sie waren zu alt, sie wurden schlecht verwaltet, es ist Schuld der Na-

Mal beschädigt wurde. Gestern die Nachricht über den Farbanschlag gegen UIL im Quartier San Donato (Bologna). Zum Glück malen sie uns ein Bild einer befriedeten Stadt, in der „die einzige deplatzierte Stimme jene der aufständischen Anarchisten ist"...
Dennoch interessiert es die Ermittler wenig, ob Untersuchungen wie diese in Nichts enden, denn ihr Ziel ist es in erster Linie die Gefährten durch Untersuchungshaft und Auflagen zu schwächen und jene einzuschüchtern, die sich den Anarchisten nähern. [...]
Diese Versuche werden wir nicht stillschweigend hinnehmen.
Je mehr man sich von solchen Angriffen einschüchtern lässt, je mehr man zurückweicht, desto mehr Boden gewinnt der Feind und rückt er vor.
Ich glaube, dass das beste Verhalten gegenüber der drohende Repression die Weiterführung der Kämpfe und die Erweiterung der Solidarität ist. So gesehen, gibt es bezüglich der Operation „Outlaw" (der Name ist so lächerlich, dass ich ihn wenigstens einmal zitieren muss) nichts zu beklagen. Ich bedanke mich von ganzem Herzen für die Briefe, die Zuneigung und die Solidarität aus Bologna, Italien und von ausserhalb dieses verfluchten Landes.

Trotz allem mit erhobenem Kopf.
Für die Anarchie! »

« Dasselbe wie immer: jeder nicht rekuperierbare Ausdruck von Ablehnung muss verzerrt und auf einen „privaten Krieg" zwischen der Macht und ihren erklärten Feinden reduziert werden, um die soziale Tragweite zu entschärfen und ihrem Potential entgegenzuwirken.
Als würden in dieser Welt der Waren, ohne Anarchisten, nur fügsame Untertanen übrig bleiben, die davon überzeugt sind, dass sie in der besten aller möglichen Welten leben.
Und trotzdem braucht man kein Subversiver zu sein, um zu erkennen, in was für einer Welt wir leben: von der drohenden Atomgefahr bis zum Krieg in Libyen auf der Aussenfront, von der vorherrschenden Militarisierung bis zur Einsperrung der Migranten auf der Innenfront... die alltägliche Katastrophe der Profitgesellschaft erleiden alle.
In einer Zeit, in der die düstere Resignation, die allzu oft die Nordküsten des Mittelmeers umgibt, von den Aufständen, die die Südküsten entflammen, beleuchtet wird.
In einer Zeit, in der die N.A.T.O einen Rapport verfasst (Urban Operation in the Year 2020), in dem die Analytiker für das Jahr 2020 Szenaren erdenken, in denen die Armee massiv für die Erstickung der Revolten der Armen in den Peripherien der westlichen Grossstädte eingesetzt werden soll.
In Zeiten der Krise kann es nicht verwundern, wenn die Verbreitung des anarchistischen Ideals (wenn es von Individuen verfochten wird, die nicht Däumchen drehend auf die Ankunft einer freien Menschheit warten, sondern hier und jetzt kämpfen und sich selbst aufs Spiel setzen) die Träume der Herrschenden stören. »

Unruhen in Rom

Der 14. Dezember 2010, der Tag, an dem das Vertrauensvotum gegen Berlusconi zurückgewiesen wurde, entwickelte sich zu einem Tag heftiger Unruhen in Rom. Schon seit geraumer Zeit wurde dorthin von Studenten und anderen aufgrund von Bildungsreformen und der allgemeinen „Sparpolitik" mobilisiert. Menschen aus verschiedensten Gegenden und Kämpfen kamen zusammen: Studenten, Leute aus der NO-TAV Bewegung in Vals Susa (wo sich ein ganzes Tal seit Jahren gegen den Bau einer Hochgeschwindikeitszuglinie wehrt), aus Aquilla (die Stadt, die vor mehr als einem Jahr ein heftiges Erdbeben erlitt und nie den von Berlusconi prophezeiten Wiederaufbau sah), aus den Basiskomitees gegen die Müllsituation in Napoli (aufgrund derer es dort vor Monaten schon zu tagelangen Ausschreitungen kam), etc. *« Unter roten Rauchpetarden bewegt sich der Umzug schnell in Richtung Palazzo Grazioli (persönliche Residenz von Berlusconi), der mit Petarden, Steinen und mit Scheisse gefüllten Säcken beworfen wird. Die Demonstranten, mit Helmen und Stöcken, versuchen den Polizeiblock zu durchbrechen, um zum Parlament zu gelangen. In der Haupteinkaufsstrasse von Rom zerbersten dutzende Vitrinen von Banken und Versicherungen. Die Studenten beginnen zu rennen, ergreifen Stühle und Tische der Bars im Zentrum und beginnen sich mit der Polizei zu konfrontieren, die sich zurückzieht. Abfallkübel und Luxusautos werden mitten auf der Strasse verbrannt. Die Polizei verstärkt den Schutz um den Machtpalast und versucht, die Demonstranten mit Seitenangriffen und Tränengas zurückzudrängen. Die Revoltierenden halten sich jedoch und nehmen etwas weiter entfernt geparkte Panzer mit Steinen und Stöcken in Ansturm. Die Bullen müssen sich zurückziehen, doch einige schaffen es nicht und werden von Demonstranten verprügelt. Mindestens 5 Autos der Ordnungskräfte, Panzer und andere Autos haben im Laufe des Tages gebrannt. Es kam zu mehr als vierzig Verhaftungen, ebensovielen Verletzten unter den Demonstranten und fast sechzig Bullen mit Prellungen. »*



« Grosse Überaschung unter den bourgeoisen Medien, vorallem unter jenen der Kaviar-Linken, die die Proteste für ihre Wahlziele ausnutzen wollten. Man findet heraus, dass die Verhafteten keine "professionelle Gewalttätige" sind, wie man es am Folgetag auf die Wutexplosion in den Strassen Roms herausschrie.
Ein französischer Student, ein Handwerker aus Pisa, zwei junge Frauen, die nach Rom studieren gingen, einige Forscher, dies sind die Randalierer vom 14. Dezember. Um den Kommentar des "Atene-in-rivolta" zu wiederholen: alle sehr prekär und alle sehr wütend. Alle ohne Vorstrafen, alle sehr Jung. Es taucht auch jene These von Infiltrierten wieder auf, die den Zeitungen so lieb ist, die gerne gesehen hätten, dass es angebliche Bullen waren, die sich unter die braven Studenten und Gutbürgerlichen Demonstraten mischten: Der vermeindliche Bulle, den man auf die erste Seite der Zeitungen stellte, ist ein 16-Jähriger Kamerad, der sich als Trophäe die Handschellen und den Schlagstock eines Polizisten nahm.
Alle fragen sich woher diese Generation herkommt, die so voller Wut und Gewalt ist.
Von den 23 Personen, die schliesslich verhaftet wurden, sind 11 am Morgen des 16. in Erwartung des Prozesses wieder freigelassen worden: Einige ohne präventive Massnahmen, einige mit dem Verbot Rom zu betreten, andere mit der Verpflichtung jeden Tag auf dem Polizeiposten eine Unterschrift abzugeben. Auch die anderen sind am Nachmitag alle aus dem Knast entlassen worden. Ein Kamerad mit der Verpflichtung sein Domizil bis zum Prozess nicht zu verlassen. »

Trotzdem keine Angst

Die Anklage gegen die Verhafteten, die Gefährten mit Auflagen und alle, gegen die ermittelt wird, lautet „Kriminelle Vereinigung“ (Artikel 416). Dieser Gesetzesartikel wurde bereits gegen die Gefährten aus Lecce[1] und Turin[2] angewendet und zeigte sich als geeigneter als der Artikel „Subversive Vereinigung“ (270 bis), um Anarchisten zu verfolgen. In den Jahren 2004 und 2005 versuchte man durch verschiedene Operationen (wie z.B „C.O.R“, „Cervantes“, „Crocenera“) Anarchisten wegen „Subversiver Vereinigung“ hinter Gitter zu bringen. Jedoch lieferte diese Strategie nicht die gewünschten Resultate: Zum Teil mussten die Fälle aufgrund mangelnder Beweise archiviert werden und die betroffenen Gefährten wurden nach einiger Zeit wieder Frei gelassen und haben seither nichts mehr von der Anklage gehört.
In diesem Fall fügte die Digos Bologna zum Gesetzesartikel „Kriminelle Vereinigung“ noch „mit umstürzlerischen Zielen“ hinzu. Wie es üblicherweise in solchen Ermittlungen vorkommt, werden die Angeklagten in Chefs, Unterchefs und Soldaten unterteilt. Diese hierarchische Struktur wird jedes mal konstruiert, weil die Bullen und Staatsanwälte nicht verstehen können, dass menschliche Beziehungen auch anders aussehen können, als es die Logik des Systems vorgibt. An der Audienz vom 29. April beschloss das Gericht in Bologna, die Anklage “mit umstürzlerischen Zielen” fallen zu lassen, jedoch wurden die Strafmassnahmen und die Anklage “Kriminelle Vereinigung” bestätigt.

Die vielen Hausdurchsuchungen in ganz Italien wurden auch mit der Verbindungen der Beschuldigten erklärt, die durch die Erstellung einer Zeitung miteinander in Kontakt waren. Dabei handelt es sich um „Invece“ („Anstatt dessen”), eine monatliche Zeitung, die seit Anfang Jahres von anarchistischen Gefährten veröffentlicht wird. Die Polizei und die Presse versuchen nun zu behaupten, diese sei „klandestin“ erstellt worden, um die Gefährten und ihr Projekt weiter zu kriminalisieren.
Am 5. Mai kam es erneut zu Hausdurchsuchungen, diesmal in Florenz. 5 Gefährten wurden unter Hausarrest gestellt und 17 Gefährten wurden mittels Auflagen verpflichtet, sich regelmässig auf dem Bullenposten zu präsentieren. Insgesamt wird in Florenz gegen über 70 Personen ermittelt, die zu anarchistischen Kreisen und zur Studentenbewegung gehören. Auch in diesem Fall lautet die Anklage „Kriminelle Vereinigung“. Dem Artikel 416 wird in Florenz noch „für die Anstiftung zu kriminellen Handlungen“ zugefügt. Die Ermittlungen werden von der Digos, der Ucigos (Präventionspolizei) in Zusammenarbeit mit dem italienischen Geheimdienst (Aisi) geführt.

[Die fünf Gefangenen von Bologna wurden kurz vor der Fertigstellung dieser Zeitschrift unter Hausarest und Kontaktverbot entlassen]

Anmerkungen:

[1] Am 12. Mai 2005 werden zwei Gefährtinnen und drei Gefährten in Lecce Verhaftet. Im Dezember 2010 werden 12 Gefährten aus Lecce zu Strafen zwischen einem Jahr und fünf Jahre und fünf Monaten verurteilt. Die Ermittlungen drehen sich um den Kampf gegen das Ausschaffungszentrum in Lecce. Ihnen werden verschiede Aktionen vorgeworfen wie Malereien, Sabotageakte an Bankomaten, Besetzungen und Brandanschläge gegen die Kurie von Lecce (die den Ausschaffungsknast in Lecce verwaltet). Während im ersten Durchgang 4 Gefährten wegen krimineller Vereinigung verurteilt werden, werden in der Berufung alle 11 Gefährten, gegen die ermittelt wurde, wegen „Subversiver Vereinigung zur Anstiftung zu kriminellen Handlungen“ schuldig gesprochen. Kurz gesagt wird ihnen vorgeworfen, die Revolten im Ausschaffungsknast angestiftet zu haben. Auf diese Weise versucht die Staatsanwaltschaft die Verantwortung für die Revolten der Migranten auf Anarchisten abzuschieben und damit zu leugnen, dass Gefangene sich gegen Einsperrung wehren. Ein deutscher Text über den Kampf der Anarchisten von Lecce gegen den dortigen Ausschaffungsknast findet sich in der ersten Ausgabe der Zeitschrift *A Corps Perdu* (Dezember 2008).

[2] Im Februar 2010 werden fünf Gefährten aus Turin verhaftet. Ihnen und weiteren Personen, gegen die ermittelt wird, wirft man kriminelle Vereinigung und die Absicht vor, „das reguläre Funktionnieren der Ausschaffungsgzentren und der zugehörenden öffentlichen und privaten Strukturen zu verhindern, sowie die Behinderung von Aktivitäten politischer Parteien wie Lega Nord, La Destra und einiger Gewerkschaften“. Die Anklagen beziehen sich hauptsächlich auf Aktivitäten in den Strassen.

Briefe von Martino

Martino ist einer der fünf Personen von Bologna, die seit der Repressionswelle vom 6. April noch immer im Gefängnis sitzen. Folgend Auszüge dem zweiten, dann aus dem ersten seiner Briefe:

« Da haben wir es wieder: zuerst die unsere Verhaftungen in Bologna, danach dasselbe Szenario mit den Verhaftungen in Florenz.
Den Gefährten, die von der x-ten Ermittlung der florentinischen Staatsanwaltschaft betroffen sind, gilt all meine Solidarität.
All dies löst Wut und Empörung aus, erstaunt aber nicht.
Es erstaunt nicht, denn die „anti-anarchistische“ Repression und die gegen jene Gefährten und Kämpfe gerichtete, die in einer revolutionären Perspektive stehen, hat nie nachgelassen. [...]
Ein passives Hinnehmen der ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen und der irreversiblen Zerstörung des Planeten ist schwer vorstellbar. Deshalb kann es nicht erstaunen, dass die Herrschaft, die sich vor der Revolte der Untergeordneten fürchtet, schon im Voraus erbittert mit allen Mitteln gegen die Ausdrücke von Ablehnung vorgeht, die sie, von Mal zu Mal, als als besonders unbequem erachtet.
Jedenfalls soll gesagt sein, dass das, was Angst macht, nicht die „Kraft“ der anarchistischen Bewegung ist [..] Was die Träume der Politiker, Bosse und Bullen stört, ist das, worauf die Ideen und vor allem die Aktionen der Anarchisten anspielen, es ist ihr Potenzial, ihre Verbreitung unter Wütenden und Ausgeschlossenen: die universelle Sprache der Revolte, von der man in Italien am 14. Dezember in Rom eine Kostprobe bekam.
Was ihnen Angst macht, sind die Feindseligkeit und die Weigerung, die Institutionen anzuerkennen – und sich von ihnen anerkennen zu lassen –, die permanente Konfliktualität.
Was ihnen Angst macht, sind die Selbstverwaltung und die horizontale Organisierung, die unsere Kämpfe auszeichnen, und die Informalität, die unsere Beziehungen charakterisiert.
Was ihnen Angst macht, ist die Tatsache, dass diese Angriffe gegen die Herrschaft bekannt gemacht werden, Angriffe, die, ob bewusst oder nicht, in vielen Sympathie hervorrufen, von denen aber nur wenige öffentlich sprechen. [...]
Abgesehen davon, steht hier und in Florenz (und zuvor in Lecce und Turin) die Anklage selbst auf wackligen Beinen: die kriminelle Vereinigung, starr und (mit Bossen, Unterbossen und einfachen Soldaten) strukturiert [...], deren Ziel es sei, „Delikte zu begehen“.
Auch dies ist leider nichts erstaunliches. Beim Lesen einiger Artikel von Malatesta (ja, hier habe ich Zeit...), fand ich einen Abschnitt, in dem bereits er einige Überlegungen über den Gebrauch der kriminellen Vereinigung zur Niederschlagung der Anarchisten macht: offensichtlich kein innovativer Einfall.
Während ich diese Zeilen schreibe, höre ich in der lokalen Tagesschau (leider läuft der Fernseher im Knast ununterbrochen), dass der Sitz der Lega Nord in Bologna zum x-ten





tur“. Die Naturereignisse entwickeln sich nicht auf konstante und lineare Weise. Meistens geht die Natur in Sprüngen vor. In Wirklichkeit sind die sogenannten „aussergewöhnlichen Ereignisse“ normal. Bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem kürzlichen Erdbeben in Japan, dem Tsunami und der Explosion im Reaktor des Atomkraftwerks von Fukushima von einem aussergewöhnlichen Ereignis zu sprechen, macht keinen Sinn. Eine vernachlässigte Variabel als aussergewöhnliches Ereignis zu betrachten, in dem Moment, wo man sich einer aussergewöhnlich schädlichen Technologie anvertraut, ist in Wirklichkeit ein schlichter Betrug und ein Verbrechen von der Macht gegenüber der Bevölkerung. In Fukushima passierte, was passieren konnte, und was wahrscheinlich bereits im Kästchen der möglichen Variabeln vorgesehen und vermerkt war, aber aufgrund des niedrigen Wahrscheinlichkeitswertes als hinnehmbar betrachtet wurde. Eine bis auf einen vorausgesehenen Spielraum sichere Entscheidung zu treffen, garantiert für nichts, wenn dieser Spielraum plötzlich hervorspringt – etwas, das in der Wirklichkeit geschieht und das die Statistiker wissen, aber bewusst verbergen.
Die Statistik soll beruhigen, verbrigt aber einen grossen Betrug: das Erscheinen des Unerwarteten auf der Szenerie wird vernachlässigt.
Die Vorstellung der Welt, die der Ideologie, die uns die Sicherheit der Atomkraftwerke verspricht, zugrundeliegt, ist die Vorstellung des Endes der Geschichte, des Triumphs des Kapitalismus, einer Plangesellschaft, die sich stufenweise, linear und voraussehbar Entwickelt: es ist eine falsche Vorstellung.
Realität ist, dass eine Welt, die zehn Jahren zuvor noch stabil wirkte, nach zehn Jahren instabiler als ein ausbrechender Vulkan sein könnte und dann sind die Voraussagen unserer mehrfach ausgezeichneten Wissenschaftler so viel Wert wie faule Eier.

«Eine menschliche Bevölkerung ist ein Beispiel einer Kettenreaktion. Sie wächst an, wenn im Durchschnitt in jeder Familie mehr als zwei Kinder erwachsen werden und eine neue Familie gründen; die Geburten müssen mehr als zwei pro Familie sein, denn einige Kinder sterben und andere vermählen sich nicht. Auf die gleiche Weise verzehrt beim Uranium jede Spaltung (ausser bei den sehr seltenen, spontanen) ein Neutron, und wenn die Spaltungsfragmente nicht mindestens ein neues Neutron ausstossen, kann es keine selbsterhaltende Kettenreaktion geben.»

Otto Robert Frisch,
Los Alamos 1943-1945

Bei einer nuklearen Reaktion wird die ursprüngliche Materie, das Uranium, in etwas verwandelt, das nicht mehr Teil der Natur, sondern ein Erzeugnis des Menschen ist: das Plutonium, das giftigste aller Elemente. Auch die Herrschaft des Kapitals neigt dazu, sich zu verbreiten, indem sie das, was sie antrifft, in etwas verwandelt, das nicht mehr Teil der Natur ist.
Der Mensch, als ein dem Reich der Tiere angehörendes Wesen, kann in Gegenwart des Plutoniums nicht überleben. Von einem anderen Blickwinkel aus betrachtet, jenem des Kapitals, könnte man sagen, dass das Problem der Mensch ist, da er noch nicht fähig ist, in Neo-Umgebungen wie jener von Fukushima zu leben. Die Gentechnik arbeitet bereits daran, die Unannehmlichkeit zu lösen.
Ein System in stetigem Wachstum trifft früher oder später auf eine Grenze, jenseits derer der Kollaps eintritt: das System ist nicht mehr haltbar!
Ein Querlesen der zusammengefassten Daten, die wir über die Ökonomie, Geologie, Demographie und den Energieverbrauch von Japan aufgelistet haben, kann einem den Eindruck verschaffen, dass ein Entwicklungsmodell wie das japanische völlig aus dem Gleichgewicht geraten ist: Im Verhältnis zwischen Verbrauch an Ressourcen und der Fähigkeit des Planeten, sich zu regenerieren, im Verhältnis zwischen Bevölkerungsdichte, hydrogeologischer Risiken und der Präsenz von gefährlichen Einrichtungen. Das Entwicklungsmodell, das Japan und den Rest der westlichen Länder reguliert, baut nicht auf den Konzepten von Harmonie und Ausgeglichenheit auf, sondern auf jenen von Disharmonie und Wachstum ohne Grenzen. Am Gipfel dieses Wachstums kann sich nur der Zusammenbruch des Systems ereignen.

Schwarze Liste

Felslabor Mont Terri durch. In diesen Laboren werden zusammen mit internationalen Organisationen Experimente mit zwei Gesteinsarten durchgeführt. Laut **Nagra** sollen in diesen Gesteinen stark radioaktive Abfälle gelagert werden können.
Die **Nagra** soll wissenschaftlich belegt haben, dass in der Schweiz ein Endlager für schwach- und hoch radioaktive Abfälle technisch machbar sei, was der Bundesrat im Jahr 2006 bestätigte. Nach der Standortsfindung soll das Endlager zwischen 2040 und 2050 seinen Betrieb aufnehmen – so lange dauert es, bis die verbrauchten Brennelemente und die hoch aktiven Abfälle im Zwilag genügend abgekühlt sind.
Die **Nagra** schlägt sechs geologische Standortgebiete für ein Lager für schwach- und mittel aktive Abfälle vor. Dazu zählen Südranden, Zürich Nord-Ost, Nördlich Lägern, Jura-Ost, Jura-Südfuss und Wellenberg.
Für hoch aktive Abfälle werden drei Standortgebiete in Zürich Nord-Ost, Nördlich Lägern und Jura-Ost vorgeschlagen.
Das **Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI)** stimmt diesen vorgeschlagenen Standortgebieten zu.

Transport

Über den Nukleartransport gibt es nur wenige Informationen. Bekannt ist, dass leicht radio-aktive Rohabfälle mit Strassenfahrzeugen nach Würenlingen transportiert werden. Mit der Bahn werden hingegen hoch und mittel radioaktive Abfälle aus ausländischen Wiederauf-arbeitungsanlagen und abgebrannte Brennelemnete aus den schweizer AKWs in das **Zwilag** gebracht. An der Zugstation Siggenthal-Koblenz wurde eine Umladestation errichtet. Dort werden die Abfälle von den Strassenfahrzeugen auf die Bahn umgeladen und bis zum **Zwilag** gefahren. Die Bahntransporte werden von der **SBB** organisiert.

Behörden

Neben dem **Bundesamt für Energie BFE**, das Kompetenzzentrum für Fragen der Energieversorgung und der Energienutzung im **Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK**, spielt das **ENSI** in Entscheidungen bezüglich Atomenergie eine wichtige Rolle.
Das **eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI** ist die Aufsichtsbehörde des Bundes für die nukleare Sicherheit und Sicherung der schweizerischen Kernanlagen. Es ist einem Gremium, dem **ENSI-Rat** unterstellt, der vom Bundesrat gewählt und diesem unterstellt ist.
Das **ENSI** beaufsichtigt: Kernkraftwerke, Zwischenlager für radioaktive Abfälle sowie nukleare Forschungseinrichtungen des **Paul Scherrer Instituts (PSI)**, der **Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne** und der **Universität Basel**. Ausserdem befasst sich das **ENSI** mit dem Transport radioaktiver Stoffe und mit den erdwissenschaftlichen Untersuchungen, die im Hinblick auf den Bau der Endlager durchgeführt werden.

Schwarze Liste

BEWILLIGUNGEN FÜR DEN BAU EINES AKWS

Den autoritären und zentralisierten Charakter der Atomenergie zeigt unter anderem das Rahmens- bzw. Baubewilligungsverfahren für den Bau der AKWs: Entscheidungsberechtigt ist ausschliesslich der Bundesrat bzw. das **Bundesamt UVEK**. Gegen die von ihnen erteilten Bewilligungen kann lediglich ein fakultatives Referendum ergriffen bzw. Beschwerden erhoben werden. Diese zwei Alibiübungen der Demokratie wurden übrigens erst mit dem neuen Kernenergiegesetz (KEG) im Jahr 2005 eingeführt, das bedeutet, dass für den Entscheid über den Bau der fünf AKWs in der Schweiz diese „Möglichkeiten" ganz ausgeschlossen waren.

Für die Bau- und Betriebsbewilligung müssen nach dem neuen Kernenergiegesetz folgende Schritte eingeleitet werden:
Die Unternehmen müssen ein Gesuch für eine Grundsatzbewilligung stellen, wo Standort, Reaktorsystem und Leistungsklasse festgelegt sind. Die Bewilligungsbehörde ist der Bundesrat und die Bewilligung wird von der Bundesversammlung genehmigt. Bevor die Bewilligung erteilt werden kann, werden die Gesuchsunterlagen von den Aufsichtsbehörden, insbesondere vom **ENSI**, begutachtet. Jede Person kann dagegen Einwendungen erheben. Der Standortkanton sowie deren Nachbarn werden zwar für den Entscheid beigezogen, jedoch haben sie kein Vetorecht.
Wird eine Bewilligung erteilt, muss eine Baubewilligung eingereicht werden, die neuerdings alle anderen Bewilligungen zusammenfasst (z.B das Enteignungsverfahren). Die Bewilligung wird vom **Departement Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)** erteilt. Damit entscheidet es auch über die enteignungsrechtlichen Einsprachen. Betroffene und der Standortkanton können gegen die Baubewilligung Beschwerden erheben. Bevor um eine Betriebsbewilligung ersucht werden kann, muss der Bau fertiggestellt worden sein.

Im Jahr 2008 reichte die **Alpiq** beim **Bundesamt für Enegie (BFE)** ein Rahmenbewilligungsgesuch für ein zweites AKW im Kanton Solothurn ein. Darauf folgten die Rahmenbewilligungsgesuche von **Axpo** und **BKW** für den Ersatz der AKW Beznau I und II **(Ersatz Kernkraftwerk Beznau AG)** sowie Mühleberg **(Ersatz Kernkraftwerk Mühleberg AG)**.
Der Entscheid des Bundesrats zu den Rahmenbewilligungsgesuchen erfolgt voraussichtlich im Jahr 2012. Das Rahmenbewilligungsverfahren wurde allerdings nach Fukushima sistiert. Diese Strategie wurde europaweit bereits nach Tchernobyl mit den Moratorien angewendet und zielt nur darauf ab, eine Abschwächung der allgemeinen Panik abzuwarten, um dann mit dem Bau neuer AKWs weiter zu machen.

Effizienz

1853 durchbrechen die amerikanischen Kanonenboote unter dem Kommando des Komodore Perry die Blockierung der japanischen Häfen. Das Kaiserreich, das sich bis dahin durch Verschliessung und Autarkie gegen äussere Einmischung wehrte, wurde somit mit Gewalt gezwungen, die Grenzen dem freien Markt zu öffnen.
Innert weniger Jahre und den Westen kopierend, restrukturierte sich Japan unter der Führung des Kaisers Meiji in den militärischen und industriellen Bereichen und nähert sich den Sitten der europäischen Länder an.
Schon Anfangs 20. Jahrhunderts war es eine imperiale Macht im asiatischen Gebiet, die militärisch mit den Westmächten verglichen werden konnte. Infolge der im Zweiten Weltkrieg erlittenen Niederlagen wurde die militärische Stärke Japans redimensioniert.
Nach dem Nachkriegs-Wiederaufbau wuchs die Nation als Industriekraft heran, bis sie zur zweiten Weltwirtschaftsmacht wurde. Gegenwärtig ist sie die dritte, und, obwohl zwei drittel des B.I.P. aus dem Dienstleistungssektor kommen, hat es eine sehr starke Industrie, die führend in Sachen Automobilherstellung, Konsumelektronik und Schiffsbau ist.
Das Land der aufgehenden Sonne ist also trotz seiner geographischen Position ein westliches Land, eines der Länder, welches das westliche, technowissenschaftliche Entwicklungsmodell am besten repräsentiert.

Was den nuklearen Unfall in Fukushima betrifft, kann man gewiss nicht behaupten, dass er ein Ergebnis von Nachsichtigkeit oder Ineffizienz war, wie es jemand zu tun versuchte. Versuchen wir stattdessen die Hypothese in Betracht zu ziehen, dass es eben die grosse japanische Effizienz war, die diese Katastrophe verusachte.
Gerade ihre Effizienz, veranschaulicht durch die hervorragende Qualität ihrer High-Tech Industrie, ist eine der berühmten Eigenschaften der Japaner. Sie sind bekannt dafür, arbeitsam und sorgfältig und sprichwörtlich auf das Detail bedacht zu sein. Die japanischen Gebäude gehören zu den robustesten (in Japan ereignen sich jährlich 1'000 seismische Beben der Stärke 4 ohne relevante Schäden zu verursachen). Die Sicherheitsnormen sind die strengsten und die Technologie ist die fortgeschrittenste der Welt.
Es ist diese japanische Effizienz, die die Katastrophe herbeiführte, die Überschätzung der eigenen Mittel und die Unterschätzung der Kraft der Natur hat zum Unglück geführt. Die Atomkraftwerke explodierten, weil sie gebaut wurden, und nicht weil Zwischenfälle passieren.
Wenn man sagt, dass uns Japan „zwanzig Jahre voraus ist", nun, dann ist es das heute auch in den Katastrophen. Was wir in diesen Tagen in den Fernsehern gesehen haben, ist die Zukunft, der wir entgegengehen. Die tragische Zukunft, die der kapitalistischen Gesellschaft bevorsteht. Eine Gesellschaft, in der sich die Vergiftung, die Ausbeutung und der Krieg kontinuierlich ausweiten. Eine dermassen zynische Gesellschaft, dass es ihr gelingt, noch in den Katastrophen Gelegenheit zu finden, um zusätzliche Profite zu schlagen, in der die Kriege die Börsenkurse hochgehen lassen.
Je weiter dieses Entwicklungsmodell fortschreitet und je komplexer es wird, desto grösser wird seine Gebrechlichkeit. So passiert es, dass ein unvorhergesehenes Ereignis leicht eine Kettenreaktion auslöst: die Riesenwelle setzt simple Hydraulikpumpen ausser Betrieb, die ihrerseits die ausgeklügelten Atomkraftwerke ausser Kontrolle bringen, die schliesslich Millionen von Menschen tödlich bedrohen.
Wenn wir nicht gegen das rebellieren, was in Japan geschah, wenn wir akzeptieren, dass die Sache weiterläuft wie zuvor, wenn wir uns erzählen lassen, dass solche Tragödien nicht mehr geschehen können, wenn wir uns davon überzeugen lassen, dass nur der Fortschritt der Technologie die Probleme lösen kann, dann sind wir dabei, uns darauf einzustellen, die neuen Überlebensbedingungen hinzunehmen, es hinzunehmen, mit den Verstrahlungen zu leben und uns neuen, immer grösseren und irreversibleren Katastrophen zu nähern.
Was in Fukushima geschah, ist also auch eine Warnung, es zeigt uns, was der Mensch ist und zu was er fähig ist, seine extreme Gebrechlichkeit und sein grenzenloser Allmachtswahn.
In seiner Tragik ist es eine wertvolle Gelegenheit, eine Gelegenheit, um die Augen zu öffnen, um sich bewusst zu werden, um jene zu bekämpfen, die diese Welt verwüsten, um aus dem konsumeristischen Lebensstil auszusteigen, um die kapitalistische Ökonomie und die techno-industrielle Gesellschaft zu zerstören, um die Verantwortung auf sich zu nehmen, die Dinge auf revolutionäre Weise zu verändern, das heisst, für eine neue Lebensweise. Vergeuden wir sie nicht.

P.

[aus *Invece*, nr. 4, April, Italien]

Infrastrukturen: Wohnhäuser, Gebäude, Autobahnen... als Gegenleistung kam Libyen seinem Wunsch entgegen, auf die Höhe von 5% in das Kapital von ENI einzusteigen.

In Europa führen die Staaten wirkliche Razzien im grossen Stil durch und setzen die Latte in Sachen Ausschaffungen sehr hoch. Ebenfalls ist indiskutabel, dass die bewilligten Mittel zur Errichtung von Dispositiven, um das „wilde" Ankommen der Migranten in Europa zu verhindern, beträchtlich sind[2]. Doch die vorherrschende Logik kann nicht auf das vereinfachte „Null Migration" reduziert werden, und sie besteht auch nicht darin, alle Personen, die nicht über die erforderlichen Papiere verfügen, auszuschaffen. So oder so, ob die Staaten entscheiden, alle „illegalen" Migranten auszuschaffen, um die „Festung Europa" zu errichten, oder nur einen grossen Teil, der als für die Gesundheit der Ökonomie „überflüssig" betrachtet wird, hier liegt in unseren Augen nicht die Frage. Und wenn zehntausende Leute in den Strassen Italiens sowie überall sonst gerazzt, oder in den libyschen Lagern gefoltert und vergewaltigt werden, wie in allen Lagern dieser elenden Welt, ist der Grund davon derselbe: dass der Kapitalismus die Menschen auf Träger von Papieren, auf Arbeitskräfte, auf Wechselgeld auf dem politischen Schlachtfeld, auf Lohnsklaven und Unerwünschte reduziert, auf erlesene Argumente, um die Kontrolle und die Einsperrung aller Ausgebeuteten zu verstärken.
Vor diesem düsteren Bild, gibt es nicht Empörung, die aufkommt; dort, wo es eine Wahl gibt, gibt es auch Verantwortlichkeiten, und somit Konsequenzen. Und eine Sache ist sicher: weder die Lager, noch die Grenzen, noch die Staaten und Unternehmen, die aus dieser Unterdrückung Profit ziehen, werden von selbst einstürzen...
Es liegt also an jedem, die geeigneten Mittel zu finden, um diese Realität umzuwälzen, auf dass von allen Lagern und allen Grenzen nichts als Aschen bleiben.

Anmerkungen:

[1] Seit der Einrichtung dieser Patrouillen werden die sich auf die Insel Lampedusa zubewegenden Migranten weitgehend im Meer aufgehalten und direkt nach Zouara in Libyen zurückgedrängt.

[2] Siehe das Spanische Beispiel mit dem Dossier „Fremdlinge von überall?", und vor allem dem Text „Anstrum auf Ceuta und Melilla", publiziert in der ersten Nummer der Zeitschrift *A Corps Perdu* (Dezember 2008)

[3] Um mehr über die Italienisch-Libyschen Beziehungen zu erfahren, kann man die italienische Zeitschrift „Tempi di guerra", vor allem die fünfte Ausgabe (seit 8), Juni 2005 beantragen: http://digilander.libro.it/tempidiguerra

werden verklebt. Dieser Angriff geschah in Solidarität mit den Gefangenen von Bologna vom 6. April.

25. Mai: Bei der ENI-AGIP Tankstelle in Marino Laziale (Rom) werden die Pistolen von den Schläuchen abgetrennt und die Self-Service Säulen mit flüssigem Metall versiegelt. Der Kiosk wird mit 10 Liter Benzin angezündet.

25. Mai: In Solidarität mit den Gefangenen von Bologna und aus Protest gegen den G8 werden beim Bürokomplex SNAM (Gesellschaft der ENI) 30 Fahrzeugen die Pneus durchstochen.

28. Mai: In Solidarität mit den Gefangenen von Bologna und aus Protest gegen den G8 werden in Turin drei ENI-AGIP Tankstellen angegeriffen.



TROTZDEM KEINE ANGST

I T A L I E N

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von Anarchisten in Italien

In den frühen Morgenstunden des 6. April 2011 durchsuchten über 300 italienische Bullen eine Vielzahl von Wohnungen in mehreren italienischen Städten (Bologna, Ferrara, Modena, Rom, Padova, Trento, Reggio Calabria, Ancona, Torino, Lecce, Napoli, Trieste, Genua, Teramo, Forlì, Ravenna und Mailand). 60 Häuser bzw. Wohnungen wurden im Rahmen der Operation „outlaw" durchsucht, die gegen 26 Gefährten läuft. Koordiniert werden die Ermittlungen, die seit 2009 laufen, von der Digos in Bologna (Digos ist die politische Polizei Italiens).

Konkret geht es um einige Aktionen, die im letzten Jahr in der Stadt Bologna stattgefunden haben: von Aktionen anarchistischer Propaganda bis zu Aktionen gegen den lokalen Abschiebeknast, Angriffe auf Banken, Demonstrationen und, vor kurzem, Aktionen gegen IBM und ENI – den grössten Erdöl- und Energiekonzern Italiens, welcher auch grosse Interessen in Libyen vertritt. Einige Wochen zuvor sind selbst gebaute Sprengsätze vor der Zentrale dieser Firma hochgegangen.
Am stärksten traf die Repressionswelle die Gefährten des anarchistischen Dokumentationszentrums Fuoriluogo in Bologna: fünf von ihnen sitzen nun im Knast und gegen weitere sieben wurden verschiedene Auflagen angeordnet, wie beispielsweise "Stadtverbot" für diejenigen, die nicht in Bologna gemeldet sind, sowie das Verbot die Stadt zu verlassen, bei jenen, die dort gemeldet sind. Ausserdem wurde das Fuoriluogo beschlagnahmt.

sie akzeptierte, 50% all ihrer Rohstoffe der LONC (Libyscher Erdölkonzern) zu überlassen. Seit der Liberalisierung des Erdölmarktes bewahrt der sechspfotige Hund (siehe Logo) seine Spitzenstellung im Lande. Im Juni 2008 erneuerte der Konzern seine Konzessionen in Libyen bis zum Jahr 2042 für die Erdölproduktion und bis 2047 für die Gasproduktion und plant dafür eine Investierung von 20 Miliarden Dollar in den nächsten 10 Jahren. Im selben Jahr wurde der libysche Staat Aktionär des multinationalen Konzerns und kann so bis zu 10% des Kapitals erwerben. Somit ist Libyen der zweit grösste Aktionär nach dem italienischen Staat.

Aufgrund der Revolte, die im Februar gegen das Gadaffiregime ausbrach, wurde der Italienisch-Libysche Freundschaftspakt von 2008 suspendiert. ENI erklährt jedoch, angesichts der extrem guten Beziehung in den letzten 40 Jahren Diktatur, keinen Zusammenbruch zu befürchten. Aus verschiedenen Quellen geht hervor, dass italienische Söldner an der Seite der Miliz des Regimes kämpfen.

ENI in der Atomindustrie

ENI ist seit ihrer Entstehung in der Atomenergie tätig (AGIP-Nuclear). 1957 erbauten AGIP-Nuclear und IRI das Atomkraftwerk von Latina (nähe Rom), das 1963 in Betrieb genommen wurde. Es war das grösste Atomkraftwerk Europas und wurde 1986, ein Jahr vor dem italienischen Referendum für den Atomausstieg, ausser Betrieb gesetzt. Auch das Atomkraftwerk in Montecuccoli (Bologna) wurde in den 60er Jahren durch Zusammenarbeit zwischen AGIP-Nuclear, der Universität Bologna und dem Nationalen Komitee für Atomforschung (heute ENEA) erbaut. Dieses Atomkraftwerk ist heute noch in Betrieb und arbeitet auch in der „Projektierung und Verwaltung fortgeschrittener Nuklearsystemen".

Im Moment scheint ENI nicht in die Abkommen über Nuklearplanung in Italien zwischen Italien-Frankreich und Italien-Russland verwickelt zu sein (auch wenn sie am Treffen mit Putin teilgenommen hat). Der Vorstandsvorsitzende Paolo Scaroni erklährte jedoch: „Wer auch immer sich mit Energie auseinandersetzt, kann nicht gegen Atomenergie sein". Ausserdem zieht der Konzern die Möglichkeit in Betracht, als Alternative zum Gas, Atomkraftwerke in Algerien und Ägypten zu bauen, da die beiden Länder das Gas intern oder für den Export benutzen. Scaroni sagt dazu: „Uns scheint es logisch, ihnen zu sagen: wir machen Atomenergie und ihr behaltet das Gas".



ration, die er seit den 90er Jahren teils ermutigt hat, da die libyschen Arbeiter recht oft die bestehenden Arbeitsbedingungen im Ölförderungssektor verweigerten. Man schätzt die Zahl immigrierter Arbeiter in Libyen, eingestellt im Landwirtschafts-, Bau- oder Kohlesektor, auf 1,5 Millionen. Jene, die versuchen, nach Europa weiter zu gehen, flüchten nicht nur vor der Repression der libyschen Polizei, sondern gehen auch schlicht los, wenn sie, aufgrund des zyklischen Charakters der Ölproduktion, gefeuert werden. Die italienischen Industriellen setzen, indem sie in diese Sektoren investieren, auch auf die Tatsache, dass sie erlauben werden, die Arbeitskraft zu „fixieren“ und somit die Anzahl Migranten zu reduzieren, die Europa zu erreichen versuchen, um dort zu arbeiten.

Was erstaunt es, angesichts der Tatsache, das im Reich des Kapitals die guten Konten auch die guten Freunde sind, dass alles auf die Waage kommen kann? Alles, und das menschliche Leben an erster Stelle, behandelt wie Wechselgeld für einige tausend Tonnen Öl. „Du öffnest mir das Gas, ich schliesse dir die Grenzen. Du schiebst mir das Öl, ich filtere dir die Migranten“, oder wie es Berlusconi selbst sagte: „Entschuldigungen und Entschädigungen gegen weniger illegale Migranten und mehr Gas und Öl.“ Einerseits genehmigt der italienische Staat Stipendien für einige libysche Studenten, die sich in Italien Ausbilden lassen wollen; andererseits wendet er 160 Millionen Euro pro Jahr gegen die sogenannte „klandestine“ Immigration auf, was dem libyschen Staat gut passt, der selbst ebenfalls versucht, da er ein Immigrationsland und nicht ein schlichter Durchgangsort nach Europa ist, sich mit Mitteln auszurüsten, um ein Teil der aus dem Niger, aus Sudan, Eritnea, Ägypten und Somalien kommenden Arbeiterströme einzudämmen. Um alles zu krönen, bestätigt das italienische Parlament im Mai 2009 ein Gesetz, das ein „Verbrechen des illegalen Aufenthalts und Immigrierens“ zu einer Geldstrafe von 5'000–10'000 Euros vorsieht, während es die Höchstdauer der Festhaltung in Zentren für Migranten von zwei auf sechs Monate erhöht. Dasselbe Gesetzt legt eine Strafe, die bis zu drei Jahre Gefängnis bedeuten kann, für jede Person fest, die einen Illegalen bei sich beherbergt, und sieht die Verpflichtung für Doktoren, Schuldirektoren und Postboten vor, Personen ohne Papiere zu verzeigen.

Zur selben Zeit bekräftigte ein neuer Besuch von Gadaffi in Rom die vorangegangenen Abkommen, indem sie ausgeweitet wurden: der italienische Staat versprach Tripolis 5 Milliarden Euro auf fünf Jahre für den Bau von grossen

Italien, Angriffe gegen ENI, 2009-2011

Eine kleine und gewiss unvollständige Liste von Angriffen auf ENI:

7. September 2009: In Rovereto und der Umgebung von Trento werden vier AGIP Tankstellen sabotiert. 30 Tanksäulen werden beschädigt und vier Self-Service Tankstellen (mit Rasierklingen und Silikon) ausser Betrieb gesetzt. Einige Tage zuvor wurden in Genua AGIP Tankstellen angegriffen.

25. November 2010: Der ENI Energy Store in Ravenna (nähe Bologna) wird versprayt.

5. Dezember: Der selbe Laden wird mit Farbe verschmiert und mit Steinen beworfen, wodurch die Schaufenster beschädigt werden.

2. Dezember: Vor dem ENI-Sitz in Rom findet eine Kundgebung in Solidarität mit Joy statt, eine Papierlose aus Nigeria, die dort gegen die neokoloniale Ausbeutung rebellierte.

19. Januar 2011: In Trento wird eine frischfertige und noch ungebrauchte ENI Tankstelle angegeriffen. Bei 5 Tanksäuseln wird der Display zerstört.

9. März: Beim ENI Energy Store in Albano Laziale (Rom) werden die Leuchtschilder zerstört, die Schlösser mit flüssigem Stahl und Nägeln versiegelt und die Wände versprayt.

18. März: Der ENI Energy Store in Ravenna wird zum dritten Mal beschädigt. KaputteSchaufensterundSprayereien werden hinterlassen.

22. März: 15 Personen dringen mit Megaphon, Transpis und Flyers in die Büros des ENI-Sitzes in Turin ein. Die Strasse vor dem Gebäude wird blockiert, um ein Tag zu hinterlassen: « *ENI Komplize von Kriegen und Ausbeutung* ».

29. März: Drei Sprengsätze explodieren vor dem Sitz der ENI in Bologna. Scheiben gehen zu Bruch und die Transformatorenhäuschen sind ausser Betrieb gesetzt.

13. April: Der ENI Store in Bergamo wird mit Farbe beworfen und die Schlösser

ENI redet zuviel

Wenn die Diener der Mächtigen zuviel reden, sollte man hinhören. In einem kürzlichen Interview (in der Zeitung „Il Giornale“ vom 23. Mai) enthüllte der Sicherheitschef der Eni, Umberto Saccone, einige Interessante Aspekte über den Konzern.

Er erzählt, dass momentan keine Angestellten der Eni mehr in Libyen sind und dass die Erdölproduktion eingestellt wurde, während man in Tunesien und Ägypten « *die Zusammensetzung eines neuen Staates* » abwartet. Unter anderem erwähnt er, dass « *unsere Erdölschächte von Al Quaida und Anarchisten belagert werden* ». Dieser Oberst der Carabinieri, ex-Führer des Sismi (italienischer Geheimdienst) bestätigt, dass **Eni seit 2009 in Italien 49 „feindliche Angriffe“ erlitt** (ohne die entführten Experten und Angriffe im Ausland mit zu zählen), **mit einem „sehr hohen Anstieg seit Beginn der „Jasminrevolution“ in den arabischen Ländern“.** Und es rutscht ihm heraus: « *Aber in Bologna und Florenz haben Polizeioperationen dieses Phänomen umgehend eingedämmt* ». In Wirklichkeit gingen die Angriffe gegen Eni weiter, aber darauf wollen wir nicht hinaus.

In der letzten Ausgabe von „Invece“ schrieben wir bereits, dass die seit längerem geführten Ermittlungen in Bologna infolge des Mediengebells nach den Anschlägen gegen IBM und Eni deutlich beschleunigt wurden. Wir sprachen vom Druck seitens grosser Mächte, was dieses Interview bestätigt. Wenn wir dann noch hinzunehmen, dass der Geheimdienst in den Ermittlungen gegen die Gefährten von Florenz mitwirkte, wird das Bild noch deutlicher. « *Die Strukturen der Eni versorgen das Land mit Energie und unterstehen dem Staatsgeheimnis. Der Staat muss sein Vorrecht aufrechterhalten. [...] deshalb ist es selbstverträndlich, dass der Schutz unserer Einrichtungen von einer Zusammenarbeit zwischen unserem Sicherheitsdienst und dem Sicherheitsdienst des Staates gewährleistet wird.* » [...] Dass die Demo vom 16. April in Bologna gegen die Bombardierungen in Libyen und gleichzeitig in Solidarität mit den Verhafteten gemacht wurde, müsste mehr bedeuten, als ein korrektes Nebeneinanderstellen von „Themen“.

Wenn die „siebzehn Kriesengebiete“, von denen der Oberst der Eni spricht, auch auf der Innenfront Erwiderungen finden, beginnen für diesen Koloss der Ausbeutung die wahren Besorgnisse. [...]

Einige Infos über ENI

ENI S.p.A. (Ente Nazionale Idrocarburi) ist ein italienischer Erdöl- und Energiekonzern. Es ist das grösste Unternehmen Italiens und ist in 70 Ländern tätig. Sein Tankstellennetz führt es unter dem Namen AGIP. In ganz Europa betreibt AGIP Tankstellen und Shops, davon rund 240 in der Schweiz, 600 in Deutschland und 180 in Österreich.

Ausbeutung in Nigeria

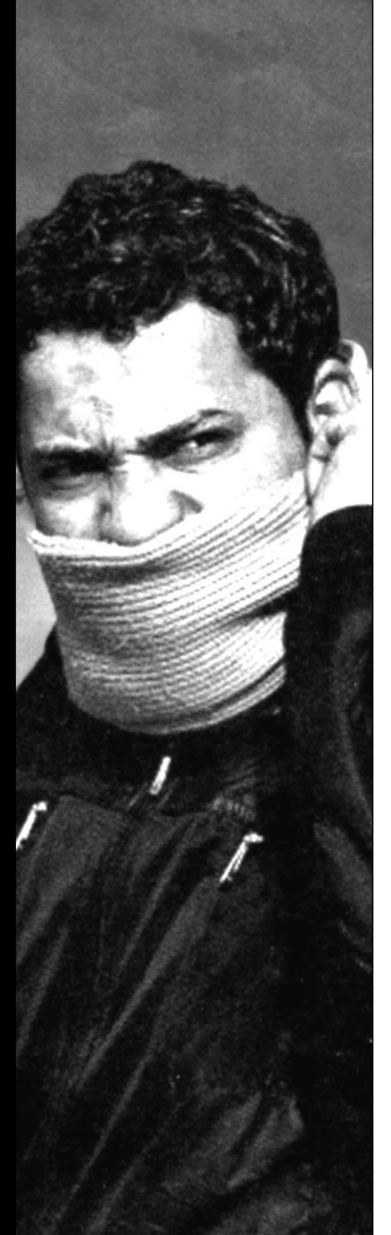
Seit 1962 erforscht und fördert ENI Erdöl und Erdgas im Delta des Flusses Niger in Nigeria. Die Region wurde mittlerweile durch die Ölförderungsanlagen und die Pipline-Lecks verwüstet. Es gibt weder Trinkwasser noch elektrisches Licht, das Land wurde unfruchtbar und der Fischfang unmöglich, es fehlen essenzielle Infrastrukturen und – Ironie der Marktwirtschaft – es fehlt oft an Treibstoff. Ihres eigenen Lebens beraubt, flüchten viele Einwohner des Deltas nach Europa auf der Suche nach einer Zukunft. Wer hier lebend ankommt, wird von den selben Ländern, die für die Zerstörung Nigerias verantwortlich sind, versklavt und erpresst. Den rassistischen Gesetzten ausgeliefert, werden sie ausgebeutet solange es den Machthabern passt, um dann durch Ausschaffungszentren wieder deportiert zu werden.

Der Nigerianische Wiederstand gegen die Ausbeutung durch die Erdölkonzerne begann bereits in den 70 Jahren. Die Konzerne scheuen nicht davor zurück, die Bevölkerung zu enteignen und die Proteste blutig zu unterdrücken. Der ENI Konzern, wie auch alle anderen, besitzt eine Privatarmee und wird von der staatlichen Armee beschützt, um seine Ölförderungsanlagen zu sichern. Nachdem einer der engagiertesten Kämpfer für die Befreiung des Deltas, Kan Saro-Wiwa, durch den Staat erhängt wurde, kam es zu einer Verschärfung des Konflikts und zum bewaffneten Wiederstand. Im Jahr 2005 erschien zum ersten Mal das Kürzel MEND (Mouvment for the Emancipation of the Niger Delta). Diese Koalition bewaffneter Widerständskämpfer bekannte sich zu verschiedenen Aktionen, wie direkte Aktionen gegen die Ölförderungsanlagen, Sabotageakte und Entführung von ausländischen Experten, und wurde so zu einer Bedrohung für die Interessen der Regierung und der Konzerne.

Zusammenarbeit mit Gadaffi

Seit 1959 produziert und erforscht ENI in Libyen Erdöl und Erdgas und ist dort der grösste internationale Anbieter von Kohlenwasserstoffen. Als Gadaffi am 1. September 1969 durch einen Putsch an die Macht kam, wurde die Erdölindustrie sofort nationalisiert. ENI gelang es, im Gegensatz zu den amerikanischen Konzernen, welche Tripolis sofort verlassen mussten, im Land zu bleiben, indem

Drang nach Aufstand



„Irgendetwas muss sich ändern“, hört man sagen. Die Aufstände in der arabischen Welt und die nukleare Katastrophe von Japan haben einerseits die Möglichkeit, andererseits die Notwendigkeit sich gegen die Interessen der Machthaber aufzulehnen, bei einigen wieder ins Bewusstsein gerufen. Aber machen wir uns keine Illusionen: bedeutet dieses *„Irgendetwas“* nicht bloss, anstatt endlich jegliche Unterdrückung zu beseitigen, sie unter demokratischer Fassade neu einzurichten? Bedeutet es nicht bloss, anstatt endlich den nuklearen Wahn zu beenden, ihn mit Gerede über Sicherheit und Energiebedarf zu überhäufen, bis er wieder vergessen ist?

„Irgendetwas“ muss sich ändern. Das haben auch jene begriffen, die von der Unterdrückung profitieren. Bald war den westlichen Staaten klar, das sich die nordafrikanischen Diktatoren nicht mehr halten können, mit denen man bis vor kurzem noch Hände schüttelnd in die Kameras grinste. So schien es ihnen für die Stabilität des Ölhandels und der Migrationsverwaltung vorteilhafter, die demokratischen Oppositionsführer zu unterstützen – wenn nötig mit militärischer Gewalt. Diese neuen Führer, die den Aufständischen Forderungen in den Mund legten, betrogen jene, die Polizeiposten, Gerichte, Gefängnisse und Parteibüros zerstörten, um die Freiheit, für die sie so voller Wut, Freude und Mut alles riskierten. Freiheit nämlich, wenn es nach uns geht, beginnt mit der Beseitigung aller Einrichtungen des Zwangs und hat weder mit Diktatur, noch mit Demokratie, noch mit irgendeiner Form von Staat irgendetwas zu tun, sondern vielmehr mit der Abwesenheit jeglicher Autorität: mit der unmittelbaren Selbstbestimmung über jeden Moment unseres Lebens. Und davon sind wir, im Maghreb sowie hier in der Schweiz, meilenweit entfernt.

„Irgendetwas“ muss sich ändern, erzählen uns auch die Öko's und grünen Kapitalisten. Sie wollen uns erneuerbare Energien und Bioprodukte als "Alternative" zu Atomkraft und Umweltzerstörung verkaufen, während das Fortbestehen dieser durch und durch industrialisierten Gesellschaft unangetastet bleiben soll. Sie wollen uns glauben machen, diese Welt, mit ihrer immensen Warenproduktion, ihrer Geschwindigkeit, ihrem Leistungsdruck und ihrer Profitgier, diese Welt, die sich seit jeher auf die Unterdrückung und Ausbeutung des Lebens stützt, wäre eine heile Welt, wenn sie doch nur von Windrädern und Solarpanels angetrieben würde. Nein, die Frage der AKW's ist keine Energiefrage. Es interessiert uns nicht, wie diese Welt alternativ versorgt werden könnte. Wir wollen sie doch gar nicht. Uns interessiert, wie jegliche Unterwerfung der Menschen beseitigt werden kann, und dabei stehen uns die AKW's im Wege – gerade weil sie für die Interessen der Mächtigen und den kapitalistischen Expansionsdrang so "unentbehrlich" sind. Sie sind es, die diese erdrückende Megamaschine am Laufen halten sollen. Wenn auch zum Preis einer radioaktiven Verseuchung. Sie machen uns zu Geiseln irgendwelcher Experten, die mit Dingen hantieren, die niemand versteht, aber alle betreffen (inwiefern, haben wir von Tscheljabinsk, Three Mile Island, Tschernobyl, Tokaimura bis Fukushima deutlich genug gesehen). Wir denken nicht, das es notwendig ist, auf eine hiesige Atomkatastrophe zu warten, um zu revoltieren und mit Recht zu behaupten: *„Die herrschenden Lebensbedingungen ersticken uns!“*

„Irgendetwas“ muss sich ändern, in der Tat. Aber wenn dies wirklich passieren soll, dann durch nichts und niemand, als durch unsere eigenen Hände, durch uns, die wir es satt haben, uns zu unterwerfen und die Entscheidungen anderen zu überlassen, und dann ist dieses *„irgendetwas“* nicht irgendetwas, sondern *alles!* Der „arabische Frühling“ und die „japanische Dämmerung“ bringen für uns nichts anderes als die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer alten Sache wieder auf den Tisch: *jene der sozialen Revolution.*

Wir wollen nicht nur das Ende der Diktaturen

Wir wollen das Ende aller Staaten, denn die Logik von Autorität, sei sie faschistisch, sozialistisch oder demokratisch, hält uns schon seit jeher von der Erfahrung wirklicher Freiheit ab.

Wir wollen nicht nur die Abschaltung der AKWs

Wir wollen die Abschaltung dieses Systems, denn es sind unsere Lebensweisen, unsere Werte, unsere Gewohnheiten und unsere Gleichgültigkeit, die solche Monströsitäten hervorbringen.

Schön wie das Lächeln der Aufständischen



Es gibt nichts, das so schön ist, wie die Gesichter der Aufständischen. Nichts in dieser Welt ist so anziehend, so voller Hoffnung. Kein Journalist, kein Politiker, kein religiöser oder sonstiger Führer wird jemals die Schönheit der Revolte auslöschen oder sie unter Diskursen begraben können, die weder Freude noch Verlangen kennen.

Es ist zuallernächst diese *Schönheit*, die uns im Innern berührt, wenn wir von den laufenden Revolten in Nordafrika erfahren. Von Tunesien nach Jemen, von Ägypten nach Algerien, trotz der dutzenden Toten und tausenden Verwundeten und Verhaftungen, macht die Angst dem Mut Platz; wird die Traurigkeit von der Hoffnung überwunden; verwandelt sich das Elend, auf das Überleben reduziert zu werden, in den Schrei nach Leben.

Man könnte sich Fragen über die ökonomischen Verhältnisse in den Ländern, über die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise, über die Arbeitslosigkeit, über die autoritären Regime und ihre Polizeien stellen. Man könnte sich fragen, warum die Revolte, angesichts solcher Verhältnisse, stets so lange auf sich warten lässt, bis sie endlich ausbricht; wie es unsere Zeitgenossen schaffen, die Armut und die Unterdrückung Jahr für Jahr hinzunehmen, ohne zu den Waffen zu greifen und auf die verantwortlichen Politiker, auf die Bankiers und Bosse zu schiessen. Zudem könnten wir aufzeigen, wie auch hier in Belgien immer mehr Leute über Bord geworfen werden, dazu verdammt, in Ausschaffungsknästen und Gefängnissen zu schmoren, unter immer härteren Bedingungen der Ausbeutung ausgeliefert, täglich die Autorität in all ihren Formen ertragend. Man könnte sich fragen...

> **« Mit der lebhaften Aufmerksamkeit**
> **eines Wesens,**
> **das sein Ende erwartet,**
> **blicke ich um mich.**
> **Dies ist vielleicht, wieso**
> **die Stärke meines Halses**
> **jene meines Körpers übersteigt,**
> **und was überrascht, ist,**
> **dass ich nicht auf**
> **tödliche Kugeln,**
> **leere Gassen**
> **oder Messer warte**
> **– wie der leise Tod –**
> **sondern auf die funkenden Blicke**
> **der Augen, die ich kaum erkenne**
> **und die fähig sind, zu tun,**
> **was zu tun ist.**
>
> ***Iman Mersal*** [Arabische Poetin]

Aber es wird Zeit, mit dem Jammern aufzuhören. Wir sind viele, hier und sonstwo, die wir uns von dieser Welt in die Ecke gedrängt fühlen, in der einzig das Geld zählt, in der unsere Wohnhäuser immer mehr Elendsvierteln gleichen, in der uns die industrielle Verschmutzung langsam vergiftet. Jetzt, da allen klar ist, dass sie (das heisst, jene, die sich oben in der Gesellschaft befinden) ihre Ausbeutung und Herrschaft noch weiter vorantreiben werden, erzählen sie uns von einer "Wirtschaftskrise" und rufen uns alle dazu auf, das strenger Werden aller Ebenen des täglichen Lebens zu akzeptieren. Doch sie, sie befinden sich in keiner Krise, im Gegenteil, ihre Profite steigen stetig an. Und wer wird, hier wie sonstwo, dazu aufgerufen, den Preis dafür zu bezahlen?

Selbstverständlich gibt es Unterschiede zwischen *hier* und *dort*, auch wenn die Herrschaft des Geldes keine Grenzen kennt, auch wenn ein Regime, alle Regime, ob demokratisch oder autoritär, immer Unterdrückung, Einsperrung und Ausbeutung bedeuten werden. Aber die Revolte, in all ihrer Schönheit, lässt die Unterschiede zerbersten. Eine niedergebrannte Bank in Tunesien oder Ägypten schreit nach einer niedergebrannten Bank in Brüssel; ebenso wie die Befreiung von Gefangenen durch die Aufständischen in Tunesien nach dem Niederreissen der hiesigen Gefängnismauern schreit; ebenso wie die Tatsache, dass Männer und Frauen, Seite an Seite hinter den Barrikaden stehen, danach schreit, der Unterwerfung und dem Patriarchat ein Ende zu setzen.

Was die Revolte nährt, das sind nicht nur, und man könnte fast sagen, nicht so sehr, die Elendsverhältnisse. Nein, der Sauerstoff des Feuers der Revolte ist, in allen Sprachen, ein Ansatz von Freiheit, dieses Unbekannte, das in dieser Welt so abwesend ist, das aber im *Akt des Sich-Auflehnens* stolz zum Vorschein kommt. Von da an kann sich alles zu verändern beginnen.

Lassen wir also all die Analysen der politischen Spezialisten, der Journalisten-Ritter-der-Demokratie und all derjenigen beiseite, die sich bereits darauf vorbereiten, den Platz der Ben Ali's und der Mubarak's dieser Welt einzunehmen. Wir sind schlicht auf der Seite jener, die in Tunesien und Ägypten und sonstwo wissen, dass Freiheit weder Gesetz noch Sharia bedeutet. Jene, die weder Bosse, noch Regierungen wollen, die versuchen wollen, als freie Menschen zu leben. Denn während der Revolte haben sie bereits gekostet, dass es möglich ist – und dass es süss ist.

Liebe und Mut an die Aufständischen in aller Welt. Lasst uns auch hier das Pulverfass entzünden.

Einige Aufständische von hier.

[Text eines Plakats, das im Frühling 2011 in den Strassen von Brüssel auftauchte]

Aber wofür kämpfen sie?

Das ist eine Frage, die sich viele stellen, und um ehrlich zu sein: seufz... Man könnte ganze Bücher mit der Beschreibung des diktatorischen Regimes von Gadaffi füllen. Aber einen Aspekt seines System wollen wir kurz beleuchten, denn er zeigt uns etwas sehr bemerkenswertes und schönes: Gadaffi regierte mit der Hilfe eines Grossteils der Bevölkerung, welcher für den Geheimdienst arbeitete. Ein System, das jenem der Stasi im früheren Ostdeutschland gleicht. In anderen Worten: ein System, in dem man seinem eigenen Bruder oder Nachbar lieber nicht zu sehr vertraut. Denn jene, die für den Geheimdienst arbeiten, sind überall, und denunzieren alle, die sich gegen den Diktator aussprechen. Abweichler werden zu Hause abgeholt und in unterirdische Gefängnisse geworfen... Und nun bricht in einem solchen Land ein Aufstand aus. Das Misstrauen hat dem Vertrauen Platz gemacht. Sich denunzieren hat sich in solidarisch sein verwandelt. Dass es in einem Land, das sich auf die intimste Form von "Teilen und Herrschen" stützte, zu einem Aufstand kam, ist von unschätzbarer Bedeutung und Schönheit. Es sind die Beziehungen unter den Leuten, die auf dem Spiel stehen; und diese Veränderung der Beziehungen ist viel stärker als die Bomben der NATO.

Und wir?

Hierzulande hören wir einzig von der NATO, von den diplomatischen Schritten des Nationalrats [1],... als ob sie die Hauptakteure und die Shebabs nur Randfiguren sind. Dies hat vielleicht noch einen anderen Grund als Macht und Geld. Vielleicht wollen sie uns davon abhalten, auf schlechte Gedanken zu kommen. Wollen sie verhindern, dass der Aufstand in Libyen uns inspiriert. Dass wir uns in den Kopf setzen, dass auch wir, hier, einen Aufstand entfesseln können. Ein Aufstand, der von der Selbstorganisation in kleinen Gruppen von Menschen, die einander gut kennen ausgehen würde. Vielleicht, weil sich die Keime dieser Art von Organisation auch hier im Westen bereits finden lassen, beispielsweise wenn Jugendliche sich organisieren, um anzugreifen, wenn die Polizei einen Freund von ihnen ermordet hat (denken wir bloss an das, was kürzlich in Charleroi geschehen ist [2])

Vergessen wir auch nicht, dass Sarkozy während der lang andauernden Unruhen in Frankreich 2005 vorgeschlagen hat, militärisches Arsenal [3] einzusetzen, um die Unruhen zu bändigen. Und dass die NATO im Norden von Italien eine Militärbasis hat, die sich auf die Suche nach Methoden und Technologien zur Niederschlagung von Aufständen in Städten spezialisiert. Denn sie wissen nur allzu gut, dass diese ausbrechen können. Heute verurteilen sie die Machthaber vieler Länder, weil "auf die eigene Bevölkerung" geschossen wird. Sie intervenieren in Libyen, weil Gadaffi "sein eigenes Volk" bombardiert. Doch wir wissen nur allzu gut, dass die NATO-Länder selbst keine Sekunde zögern werden, um dasselbe zu tun, wenn die Macht in ihren Ländern bedroht wird. Sie bereiten sich bereits darauf vor.

Es liegt an uns

Es ist einfach: Auch wir sind Unterdrückte und auch wir können uns organisieren, um gegen die Unterdrückung zu kämpfen. Auch wir können uns entdecken und miteinander solidarisch sein in einem Kampf für unsere Freiheit. Dies ist die wirkliche Bedrohung für jede Macht auf Erden.

Um abzuschliessen, wünschen wir den Aufständischen viel Mut, die gerade dabei sind, die Gehorsamkeit in ihrer Vergangenheit zu begraben. Möge Gadaffi krepieren, zusammen mit allen andern, die beabsichtigen, über andere Macht auszuüben, als über sich selbst.

[Aus *Hors Service*, nr. 17]

Anmerkungen:

[1] Der Nationalrat wurde im befreiten Teil Libyens mit dem Ziel gebildet, diplomatische Unterhandlungen mit der UNO, der NATO, der EU und der Afrikanische Union aufzunehmen und öffentliche Autoritäten zu errichten.

[2] Einen kurzen Bericht über die Ereignisse in Charleroi befindet sich auf Seite 59 in diesem Heft.

[3] Es handelt sich hierbei um Drohnen, um Flugzeuge ohne Piloten, die die Bewegungen der Leute verfolgen und filmen. Heute werden diese Flugzeuge auch gebraucht, um Bomben abzuwerfen und um spezifische Personen aus Distanz zu eliminieren.

LIBYEN

Migrationsverwaltung

Migranten" – nach den Worten Gadaffi's – in Richtung europäischer Küsten zu bewirken, sollte die EU ihren Boykott aufrechterhalten. Infolge dieses Abkommens wurden die Seepatrouillen gemeinsam zwischen italienischen und libyschen Grenzpolizeien [1] durchgeführt, und drei Aussschaffungsgefängnisse, mit einer Kapazität von insgesamt tausend Plätzen, werden mit italienischen Geldern gebaut. Mit der Unterstützung der EU, obwohl diese heuchlerisch die Praktiken des libyschen Staats „anklagte", was die Behandlung der Migranten betrifft. Diese selbe EU, die 2005 entschied, eine „langzeitige Partnerschaft" mit Libyen und Gadaffi zu fördern, um, nach den Worten des HCR [das Oberkommissariat der UNO für Flüchtlinge], die „Bürde der illegalen Migration zu teilen".

Wenn sich die EU einem Staatschef annäherte, den sie in den 80er Jahren noch als Terroristen bezeichnete, der sich aber mittlerweile als gebührend erweist, dann ist das, weil in den Augen der Herrschenden die zusammenlaufenden ökonomischen Interessen mehr Gewicht und Wert haben, als die alten Prinzipien.

Im Grunde besässe Libyen in seinem Boden Rohölreserven, die fähig wären, den Verbrauch der Importländer sechzig Jahre lang zu decken. Ausserdem steht das Land an dritter Stelle der gasproduzierenden Afrikanischen Länder. Sein Problem: der Mangel an Geld, um die Förderung dieser Rohstoffe zu finanzieren, was viele Inverstierungen erfordert. Seit 2004 also, haben sich die Dinge geklärt, mit dem Weg in Richtung libysches schwarzes Gold der europäischen Staaten: Frankreich, Grossbritanien und vor allem Italien, alle Regierungen, die die grossen Unternehmenschefs auf jede Reise mitnehmen.

Im Oktober 2007 wird zwischen dem nationalen libyschen Ölunternehmen (N.O.C.) und der italienischen ENI Gruppe [von der die auch in der Schweiz vertretene AGIP Teil ist - anm.d.Ü.] ein Vertrag unterzeichnet, der 28 Milliarden Doller Investierung auf zehn Jahre vorsieht, mit, im Rahmen von Western Libya Gas Project (WLGP), dem Bau einer strategisch wichtigen Pipeline, die Spanien über Marokko, Algerien und Tunesien verbindet. Eine erste wurde vor drei Jahren unter dem Mittelmehr gebaut und kostete alleine 8 Milliarden Dollar.

Diese astronomischen Zahlen wiederspiegeln nur die energetische Abhängigkeit der italienischen Ökonomie, welche 25% ihres Öls und 33% ihres Gases aus Libyen importiert. Gleichzeitig ist die ENI Gruppe der Hauptinvestor auf Libyschem Boden und sichert sich dort direkt 15% der jährlichen Ölproduktion. Es ist diese selbe Gruppe, die sich, im Frühling 2003, auf die Kohlereserven der Region von Nassiriya in Irak stürzte, und somit die Präsenz der italienischen Armee auf Seiten der NATO Truppen rechtfertigte, welche das Land eingenommen haben.

Was die Arbeitskräfte angeht, profitiert der libysche Staat von einer subsaharischen Immig-



Auf den Strassen einer Stadt in Tunesien

zweitrangige Stellung in der Gesellschaft hatten und sehr viel Rassismus kannten, hat ihre Beteiligung einen sehr grossen Wert. Dass sich die Unterteilungen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen verwischen, bedeutet, dass ein Grundpfeiler der Gesellschaft am Wanken ist.

Wie es mit den Frauen ist, wissen wir nicht. Aber wir können uns nicht vorstellen, dass die Hälfte der Bevölkerung von einem seit Wochen andauernden aufständischen Prozess ausgeschlossen sein soll. So oder so, ihre Befreiung wird nur durch die Fortsetzung dieses Prozesses näher rücken. Die Hierarchien zwischen Mann und Frau können nur aufgehoben werden, wenn es Raum dafür gibt. Und dieser Raum kann sich nur öffnen, wenn der Aufstand weiter geht, wenn die Weigerung der Militarisierung aufrechterhalten wird.

Selbstorganisation und Affinität

Vor allem der Aufstand in der Stadt Misrata wird uns heute von den Medien als grosse Schreckensgeschichte, als unmöglicher Kampf präsentiert. Dennoch sind die Kämpfe in Misrata noch immer am Laufen und wir wollen nach Worten suchen, um darüber zu sprechen, nach Worten, die mehr umfassen, als das Kriegsvokabular von “Sieg“ und “Niederlage”. Wir wollen hier nicht verkennen, dass viele Menschen sterben, oder dass der Kampf hart ist. Tatsächlich kann man sagen, dass man wenig von seinem Aufstand hat, wenn man tod ist. Doch unsere Absicht ist hier, Licht auf jene Dinge zu werfen, die am entstehen sind, die da unten, inmitten der Kämpfe, die Chance haben, zu entstehen.

Mehr noch, als man sagen kann, dass die NATO-Bombardierungen dem Kampf der Aufständischen in einem gewissen Masse eine Hilfe waren, kann man sagen, dass von diesem nicht viel übrig bleibt, dass es die Aufständischen sind, die verlieren, wenn der Kampf aus ihren Händen gerissen wird.
Gehen wir etwas auf die Art und Weise ein, auf die sich die Aufständischen in Misrata organisieren. Wie überall in Libyen verfügen sie nicht über Waffen, die technologisch auf der Höhe jener der Armee von Gadaffi sind. Sie kämpfen mit selbstgemachten Handgranaten, Molotov-Cocktails, leichten Waffen, und dies gemischt mit Kreativität, Mut und Solidarität. Sie bilden eine Stadtguerilla, die Gadaffi davon abhält, die Stadt wieder einzunehmen. Die Aufständischen kennen die Stadt wie ihre Jackentasche, ihr Terrain ist wie ein feindliches Labyrinth, in das die Truppen das Kolonels kaum einen Fuss zu setzen wagen. Auf Häusern rund um die berühmte Tripolis-Strasse hat die Armee von Gadaffi Heckenschützen postiert, doch viele von ihnen sterben, da sie von den Aufständischen vom Rest der Truppen abgeschnitten wurden und keine Nahrung oder Wasser mehr haben, andere ergeben sich. Daher Gadaffis Bombardierungen und Splitterbomben, daher der Einsatz von schweren Geschützen. Misrata kann nicht zurückerobert werden, ausser durch Terror: durch das Streuen von Bomben.
Ein anderer Vorteil der Shebab ist, dass es sich dabei nicht um eine Armee von anonymen Soldaten gegenüber der anonymen Armee von Gadaffi handelt, sondern um Leute, die sich in kleinen Gruppen organisieren, Menschen, die einander kennen und vertrauen. Keine anonymen Soldaten, sondern Individuen, die sich gegen ihre jahrelange Unterdrückung organisieren. Individuen, die Seite an Seite gekämpft haben und weiterhin kämpfen. Dies ist der Kampf der Shebab überall in Libyen. Und dabei geht es um viel mehr, als um den militärischen Vorteil. Es geht um eine neue Art und Weise, miteinander in Beziehung zu treten: nicht als Soldatan, sondern als Kameraden im Kampf gegen die Unterdrückung.

Selbst wenn der Aufstand zerschlagen wird, könnte man noch immer sagen, dass in einem gewissen Sinn die Aufständischen gewonnen haben. Sie haben den Kampf an Seite ihrer Freunde und Angehörigen erprobt: sie haben einen Kampf erprobt, der die Individuen intakt lässt, die sie Menschen sein lässt, Menschen, die sich weigern, sich von militärischen Strukturen zerdrücken zu lassen, welche aus ihnen erneut gehorsame Roboter machen wollen.

Solidarität

Durch den ganzen Aufstand in Libyen und auch durch die Erhebungen in anderen Ländern hindurch webt sich ein roter Faden der Solidarität. Die Rebellen in Misrata haben sich aus Solidarität mit jenen von Benghazi aufgelehnt. Sie weigerten sich auch, einen Deal mit Gadaffi zu schliessen, der das Land in zwei Teile spalten sollte. Denn sie wissen, dass sich auf dem Territorium von Gadaffi noch Aufständische befinden, und wollen diese nicht den Scheusslichkeiten des Kolonels überlassen.
Und dann ist da noch die Frage der Nahrung und des Wassers. Ein anderer schöner Aspekt dieses Aufstands ist, dass der Wert des Geldes im Moment dabei ist, zu verschwinden. Libyen ist ein Land, das zu grossen Teilen vom Import von Lebensmitteln abhängt, und auch jetzt noch kommt die Nahrung grösstenteils über die ägyptische Grenze. Ebenso wie aus Ägypten, gilt auch in den Städten, die in den Händen der Aufständischen sind, und an der Front schlicht: wer kein Geld mehr hat, bezahlt nicht.

Das schwarze Gold der

über die Italienisch-Libyschen Abkommen

« Wir schliessen die Türen und wir werden sie nur für jene einen Spalt breit aufmachen, die kommen, um sich zu integrieren und zu arbeiten. »
S. Berlusconi, Mai 2009

Im August 2008 überreichte der italienische Staat dem libyschen Staat hochoffizielle Entschuldigungen, um sich die Kolonialbesetzung von 1911 bis 1942 verzeihen zu lassen. Hinter den diplomatischen Umarmungen und den historischen Händedrücken fällt es dem kalten ökonomischen Verstand schwer, nicht in den Vordergrund zu treten.

Die Annäherung zwischen den beiden Staaten hat ein paar Jahre zuvor begonnen: bereits 2003 wurde ein bilateraler Vertrag unterzeichnet, der hauptsächlich eine beträchtliche finanzielle Hilfe Italiens vorsah, unter anderem zur Ausbildung der libyschen Polizisten, zur Einrichtung von Charterflügen für die Ausschaffung der afrikanischen Migranten, die nach Europa gelangen wollen, und zum Bau von drei Lagern für Ausländer im Norden von Libyen.

Um das Ganze zu vollenden, lieferte Italien mit Infrarotkameras ausgerüstete Helikopter, Schnellbote und Radaranlagen, nachdem das Handelsverbot der Europäische Union mit diesem Land aufgehoben hatte. Und zwar aus gutem Grund: der libysche Staat drohte damit, das „Loslassen der illegalen



Chronologien der Aufstände in Nordafrika

Die folgenden Chronologien der Aufstände wurden Grösstenteils aus Zusammengetragenen Informationen aus den Medien erstellt und erheben desshalb keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder Objektivität. Wir beabsichtigen hier auch nicht, irgendwelche Handlungsformen *per se* mit gewissen Inhalten zu verbinden, sondern bloss, jenen Aspekt zu verdeutlichen, der in den Berichterstattungen der Medien bewusst im Hintergrund blieb: dass es in diesen Aufständen nicht bloss um die Forderung nach mehr Demokratie ging, dass es für viele darum ging, Strukturen der Macht zu zerstören, Gefangene zu befreien, Solidarität zu leben und sich im Kampf mit seinen Nächsten selbst zu organisieren. Und dies sind gewiss nicht Ausdrücke irgendeiner Forderung, sondern vielmehr des Aneignens im Hier und Jetzt der eigenen Würde und eines Lebens mit erhobenen Köpfen. Es ist ein Vorgeschmack von Freiheit.

Tunesien

17. Dezember 2010: Vor dem Gemeindehaus der tunesischen Stadt Sidi Bouzid zündet sich ein junger Arbeitsloser selbst an, um gegen die Konfiszierung seines Obst- und Gemüsestandes durch die Polizei zu protestiert. Nach einer friedlichen Kundgebung noch am selben Tag kommt es am Folgetag zu gewaltsamen Protesten, die bis spät in die Nacht andauern. Die Polizei antwortet mit Tränengas und Schlagstöcken.

19. Dezember: Bewaffnet mit Steinen, konfrontieren sich einige hundert Jugendliche mit der Polizei und zerstören Schaufenster und Autos. Auf den Strassen brennen Autoreifen und Abfalleimer. Um eine Ausweitung der Proteste zu verhindern, positioniert sich die Polizei in der ganzen Stadt. In der Presse werden die Proteste nirgendwo erwähnt (Journalisten, die über Proteste berichten, werden in Tunesien oft polizeilich bedrängt).

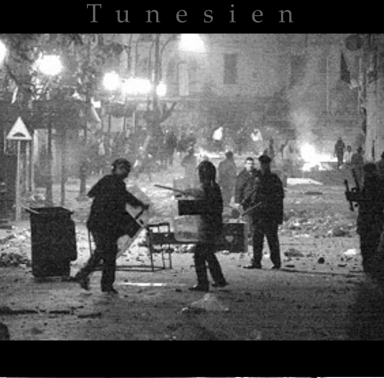
22. Dezember: In der Stadt Sidi Bouzid tötet sich erneut ein junger Mann, indem er aus Protest auf einen Strommast klettert. Gleich nach diesem Selbstmord kommt es zu gewaltsamen Konflikten zwischen Bevölkerung und Polizei. Die einen werfen mit Steinen, die anderen mit Tränengas. In der Nacht weiten sich die Unruhen auf die anliegenden Städte Meknassy und Menzel Bouzayan aus. In letzterer greifen Jugendliche den Sitz der Unterpräfektur (Stadtverwaltung) mit Steinen und Molotovs an, so dass dieser gänzlich ausbrennt. Auch der Posten der Nationalgarde wird attackiert. Ausserdem werden eine Lokomotive und drei Polizeiautos in Brand gesteckt. Ein junger Demonstrant stirbt durch eine Kugel der Ordnungskräfte. Die Unruhen weiten sich weiter auf das ganze Land aus.

25. Dezember: Die Unruhen erreichen die Hauptstadt Tunis.

26. Dezember: Jugendliche demonstrieren in der Stadt

Tunesien










Ben Guerdane, Nahe der libyschen Grenze. In Regab, 37 km südlich von Sidi Bouzid, kommt es zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Polizei und ca. 2000 Demonstranten, welche öffentliche Gebäude anzünden.

3. Januar 2011: In Thala gehen Schüler auf die Strasse und weitere Unzufriedene schliessen sich ihnen an. Die daraufhin folgenden Unruhen dauern zwei Tage lang an. Die Polizei holt Verstärkung aus den Nachbarstädten und geht mit Schlagstöcken und Tränengas gegen die Demonstranten vor.

4. Januar: In Thala zünden Demonstranten den Sitz der Regierungspartei an und blockieren mit brennenden Autoreifen die Strassen. Die Schüler mobilisieren in mehreren Städten, wie in Sfax, Sidi Bouzid, Tunis, Grombalia, Bizerte und Jibeniana. In Sousse kommt es zu Strassenkämpfen zwischen Schülern und der Polizei.

5. Januar: Mohammed Buozizi, der sich am 17. Dezember selbst anzündete, wird beerdigt. Er starb am Tag zuvor im Krankenhaus. 5'000 Menschen begleiten den Trauerzug.

7. bis 9. Januar: Heftige Strassenschlachten in den Städten Thala, Kasserine, Meknassi, Feriana und Reguab fordern mehr als 50 Tote und viele Schwerverletzte. Spezialeinheiten und Milizen schiessen auf die Demonstranten, von denen viele zu Steinen, Stöcken und Molotovs greifen. Ausserdem wird auf Trauerumzüge geschossen, um die Bestattungszeremonien zu verhindern. An verschiedenen Orten versuchen die Aufständischen, öffentliche Gebäude zu stürmen.

10. Januar: In Kasserine, Thala und Regueb gehen die Unruhen weiter. Laut lokalen Quellen kommen auch an diesem Tag 49 Demonstranten ums leben, meistens durch Schussverletzungen.

12. Januar: In Kasserine und Gafsa soll sich die Polizei vor den Demonstrierenden zurückgezogen haben. Es werden Häuser und Geschäfte geplündert. In mehreren Städten nördlich von Tunis brennen öffentliche Gebäude und Barrikaden. In Tunis werden Polizeiwachen in Brand gesteckt.

13. Januar: 10'000 demonstrieren in Sidi Bouzid. Im Touristenort Hammamet kommt es zu Ausschreitungen und mehrere Geschäfte, das Hauptquartier der Regierungspartei und eine Polizeistation werden zerstört.

14. Januar: Während Unruhen in der Nacht kam es zu 13 Toten. Zehntausende demonstrieren in Tunis, während ein Teil davon versucht, das Innenministerium zu stürmen. Der tunesische Präsident Ben Ali tritt zurück und verlässt das Land. Es soll eine Übergangsregierung gebildet werden. Nach Bekanntgabe dieser Nachricht werden Villen von Ben Ali und seines Clans in den gehobenen Vororten von Tunis geplündert. Noch am selben Tag wird der Ausnahmezustand ausgerufen, welcher unter anderem eine Ausgangssperre von 18:00 bis 6:00 auferlegt.

15. Januar: Trotz der Ausgangssperre dauern in Tunis die Ausschreitungen die ganze Nacht an. Der Hauptbahnhof und Supermärkte werden in Brand gesteckt. Durch einen Aufstand und Brandstiftung im Gefängnis von Monastir gelingt es zahlreichen Gefangenen zu fliehen. Das Feuer und Schüsse von Gefängniswärtern fordern jedoch 56 Toten und 19 Schwerverletzte. Die Entflohenen greifen daraufhin das Gefängnis von Almehdia an und verhelfen etwa einem dutzend weiteren Gefangenen zur Flucht. In der Konfrontation mit den Ordnungskräften sterben erneut 20 Menschen. Auch in den Gefängnissen von Bourdja El Roumi, Mernaq, Almournaguia und Kasserine entfliehen Gefangene.

16. Januar: Die Einheitsgewerkschaft UGTT ruft die Bevölkerung zur Gründung von Bürgerwehren gegen „Plünderer und Gewalttäter" auf.

26. Januar: Wie eigentlich jeden Tag seit beginn der Aufstände demonstrieren tausende Tunesier auf den Strassen. Es treten ebenfalls tausende Arbeiter verschiedenster Bereiche in Streik. Laut dem Justizminister sind seit der Flucht des ehemaligen Präsidenten Ben Ali am 14. Januar ca. 11.000 Gefangene aus den tunesischen Gefängnissen ausgebrochen.

28. Januar In der Hauptstadt Tunis bewerfen Unzufriedene die Polizei mit Steinen, da diese versucht, sie vom Vorplatz des Regierungssitzes zu vertreiben. Nachdem der Platz geräumt wurde, gehen die Ausschreitungen auf der Avenue Habib (Hauptstrasse von Tunis) weiter.

31. Januar: Nach einer Demonstration auf der Avenue Habib bleiben einige duzend Jugendliche auf der Strasse und beginnen Schaufenster von Läden zu zerstören. Sie werden von der Polizei mit Tränengas und Schlägen vertrieben. In Kasserine greifen mehrere hundert Personen die Unterpräfektur (Stadtverwaltung) und das Haus des Unterpräfekts an und nehmen Möbel, Computer, etc. mit.

4. Februar: In Kebili versucht eine Gruppe Wütender einen Posten der Nationalgarde anzugreifen und anzuzünden. Nachdem sie von der Polizei vertrieben wurden, greifen sie einen anderen Posten der Nationalgarde und das Haus des Gouverneurs der Region an, woraufhin das Militär eingreift. Eine Person wird getötet.
In El Kef wird der Polizeiposten angegriffen, geplündert (Akten und Einrichtung) und angezündet. Autos der Polizei werden in Brand gesteckt. Auch hier greift das Militär ein. Am Tag darauf kommt es zu gewaltsamen Ausschreitungen, die vier Tote fordern.
In Sidi Bouzid sterben zwei Personen auf dem Polizeiposten, die Ursachen sind „unklar". Nach der Verbreitung der Nachricht, versammeln sich mehre hundert Personen wutgeladen vor dem Polizeiposten und zünden drei Polizeiautos an.

oder Gewaltlosigkeit, die einzige Frage ist, ob die Gewalt angewendet wird, um zu befreien, um die Unterdrückung zu beseitigen, oder, um sie zu beschützen und zu bewahren. Die Polizisten schiessen auf die Masse um das Regime zu schützen, die Aufständischen greifen die Strukturen des Kapitalismus an, um sich von seinem ausbeuterischen Joch zu befreien. Das ist alles.

Ausserdem kann man heute gut sehen, dass die Stärke eines jeden Aufstands sozial ist, und nicht militärisch. Die Massen in den Strassen von Tunis oder Kairo rüsteten sich mit gewöhnlichen Waffen wie Steinen oder Molotov-Cocktails aus, ohne deswegen die Notwendigkeit auszuschliessen, die Kasernen und die Polizeiposten zu plündern. Ihr Stärke ruhte nicht in einer höheren Feuerkraft, sondern in ihrer Entschlossenheit, zu kämpfen, in einem Verlangen, dass nie völlig im Blut ertränkt werden kann. Es sind die Geister, die sich bewaffnet haben, in den Händen befinden sich nur einfache Werkzeuge.

Die gegenwärtigen Erhebungen bezeugen ein Mal mehr wie sehr all die falschen Debatten über die Gewalt und den Angriff überflüssig sind. Die befreiende Gewalt ist notwendig, gegen Strukturen sowie gegen Personen, durch Individuen, sowie durch Massen, während einer Erhebung dort untern, sowie hier und jetzt. Die befreiende Gewalt ist notwendig, um die Ketten der Herrschaft zu sprengen. All jene, die das Gegenteil behaupten sind entweder Lügner oder Idioten.

[In *Hors Service*, nr. 13, 9. Februar]



Libyen: Krieg oder Aufstand?

24. April

Die uns durch die offizielle Presse erreichenden Nachrichten über die Lage in Libyen, erzählen uns einzig eine Geschichte des Kriegs. Sie erzählen uns eine Geschichte, die uns erschaudern lässt: Bombardierungen, Tote, Splitterbomben, Verletzte und Flüchtlinge. Ist der Aufstand in Libyen zu einer grossen Schreckensgeschichte geworden? Bleibt jetzt, da sich die Lage verschärft hat, nichts anderes mehr als Krieg? Gibt es nichts anderes zu erzählen über diese Ereignisse voller Stärke, Mut und Durchsetzungsvermögen von Menschen, die die Waffen aufgenommen haben, um sich selbst und alle anderen vom Joch eines Diktators zu befreien, der sie 42 Jahre lang unterdrückte? Wir denken schon. Dass uns die westlichen Medien aber weismachen wollen, dort sei einzig ein blutiger Krieg in Gange, überrascht uns nicht. Schliesslich sehen sich der geld- und machtbegierige Westen und seine NATO gezwungen, ihre Rolle als "Retter des Libyschen Volks" zu legitimieren. Dazu müssen sie die kämpferische Realität der Aufständischen verbergen und uns vorspiegeln, diese Menschen seien völlig hilflos und nichts anderes. Doch lasst uns die Zeitungen der kapitalistischen Medien einmal beiseite legen und versuchen, den Aufstand von Nahem zu betrachten. Lasst uns seine Geschichte suchen.

Über das, was sie die "shebabs" nennen, wird viel schlechtes gesagt in "unseren" Zeitungen. Shebabs sind die Aufständischen, die sich weigern, sich in die neue militärische Struktur eingliedern zu lassen, welche sich im befreiten Teil von Libyen gebildet hat. Man nennt sie Verrückte, Banditen, Leute, die nicht wissen, was sie tun, die den militärischen Befehlen nicht gehorchen wollen, keine echten Rebellen.

Doch diese Kreierung eines negativen Bildes der Aufständischen hat seine Konsequenzen. Nur im Tausch gegen die Anerkennung der militärischen Struktur, im Tausch gegen die Bildung einer wirklichen Armee können die Aufständischen vom Westen Waffen erhalten. Ansonsten gibt es nichts. Was der Westen von den Aufständischen verlangt, ist, mit anderen Worten, die Beendigung ihres Aufstands im Tausch gegen einen Krieg. Schliesslich will der Westen seine Kontrolle über das Land behalten und verstärken. Eine Kontrolle, die vor allem notwendig ist, um der "illegalen Immigration" entgegenzutreten (die nun oft durch Libyen verläuft) und die Öl- und Gasressourcen zu sichern. Ein Aufstand kann nicht kontrolliert werden, ein Krieg schon.

Eine klassische militärische Struktur impliziert, dass es Offiziere und Generäle gibt, die die strategischen Entscheidungen treffen, und dass das Fussvolk, das Kanonenfutter, diese Befehle ohne nachzudenken auszuführen hat. Eine militärische Struktur bedeutet, Krieg zu führen, und in einem Krieg geht es einzig darum, den Feind auszuschalten. In Libyen scheint jedoch etwas anderes, etwas viel tiefgreifenderes im Gange zu sein. Zunächst und vor allem sind die Shebabs kein Kanonenfutter, sondern Menschen aus Fleisch und Blut. Sie weigern sich, eine Armee zu werden, und dies zeigt, dass es für sie nicht bloss darum geht, den Feind auszuschalten, sondern, dass es für sie viel mehr am Kämpfen sind: für Freiheit. Und seine Freiheit verliert man in dem Moment, in dem man beginnt, Befehle von neuen Gadaffis zu schlucken. Diese neuen Gadaffis, die geboren werden, diese neuen Bosse, die gerne hätten, dass andere auf ihre Befehle hören, die glauben, das verfluchte Recht zu haben, andere zu regieren. Die Autorität mag zwar durch eine wahnsinnige Figur wie den Diktator symbolisiert werden, doch für die Eroberung der Freiheit ist gewiss nicht nur der Sturz dieses Irren notwendig. Diese Eroberung geschieht im Moment, in dem man kämpft. Die Eroberung des Jetzt ist der einzige Weg nach einer freien Zukunft. Den Befehlen der neuen libyschen Soldaten zu gehorchen, bedeutet das Ende des Aufstands, das Einläuten einer neuen Periode von Unterwerfung und Gehorsamkeit. Und es steht so viel auf dem Spiel.

Auch die vielschichtige Zusammenstellung der Aufständischen zeigt uns Spuren von etwas, das tiefer geht. Es handelt sich hier um Menschen unterschiedlicher Herkunft, auch um Migranten. Im Bewusstsein, dass Migranten in Libyen während der Jahre, die dem Aufstand vorangingen, eine

Die Waffen der Aufständischen



Die Erhebungen und Unruhen in den verschiedenen arabischen Ländern sind zweifelsohne gewaltsam. Die dortigen Aufständischen zögern nicht, sich mit den Ordnungskräften zu konfrontieren, vom Feuer Gebrauch zu machen, um Banken, Polizeiposten, Verwaltungsgebäude und Supermärkte zu zerstören… Die Demokraten und Journalisten schenken dem nicht viel Aufmerksamkeit. Für sie, die sich nicht vorstellen können, dass jemand den Traum haben kann, in einer Welt zu leben, die nicht vom Geld regiert wird, für sie handelt es sich um blosse Ausschreitungen, um Frustrationen, die mit der wirklichen Volksbewegung, die von aus dem Ausland importierten Führern repräsentiert wird, nichts zu tun haben.

Einmal mehr hat der Aufstand selbst mit solch eigennützigen Lügen reinen Tisch gemacht. Die Frage ist nicht, Gewalt

LIBYEN

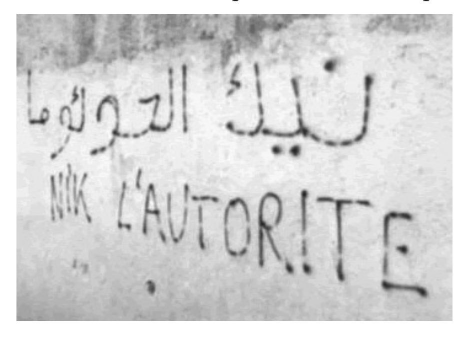
Die Demokraten schicken ihre Artillerie

3. April

Sie brauchten etwas Zeit, die westlichen Mächte, doch darin sind sie sich nun alle einig. Der Diktator Gadaffi ist der Feind, es gilt ihn mit Bomben zu vertreiben. Noch vor einigen Monaten waren sie seine besten Freunde, ebenso wie die der anderen Diktatoren des Maghrebs. Sie liessen sich auf ihre Kosten ihre Luxusferien in den exotischen Ferienorten bezahlen, mit Stars zu ihrer Unterhaltung, und grosse Abkommen wurden geschlossen. Und eben da happert's jetzt.

Sagen wir es gerade heraus: Gadaffi ist ihnen nicht mehr von Nutzen. Entweder wird er von den Aufständischen von seiner Machtposition geworfen (was momentan wenig wahrscheinlich ist), oder er gewinnt die Kontrolle wieder zurück, indem er einen Teil der Bevölkerung massakriert, woraufhin es die westlichen Führer schwerer hätten, ihm weiterhin die Hand zu schütteln. So oder so, die Diktatur nützt ihnen nichts mehr. Der Gipfel der Heuchelei: in Bahreïn beispielsweise werden die Demonstranten von den saudischen Polizisten und Militärs massakriert, dort aber vergessen dieselben Führer schnell ihre heroische Rolle als Hüter der Menschenrechte.

In Libyen seien sie alle vereint, um den Aufständischen zur Rettung zu kommen, die das verkörperte Böse bekämpfen. Wer glaubt ihnen noch? Es ist offensichtlich nicht das, wofür sie in den Krieg gezogen sind. Im Übrigen wenden sie auch nicht so viel Aufwand auf, um ihre wirklichen Absichten zu verhüllen. Die Migrationsströme in Richtung Westen zu stoppen, das Öl zu schützen und zu verhindern, dass die muslimischen Terroristen an die Waffen gelangen. Nichts allzu neues unter dem Himmel, doch dieses Mal ohne Gadaffi, es muss neuer Boden bereitet werden.



Die Immigranten präventiv festhalten: Schon seit Jahren versuchen tausende Personen das Mittelmeer zu überqueren, um nach Europa zu gelangen, indem sie die Insel Lampedusa passieren. Zwischen der libyschen Regierung und den europäischen Regierungen sind Abkommen geschlossen worden, um dem ein Ende zu bereiten. Jene, die versuchen loszuziehen, werden von den bewaffneten Kräften und den Seepatrouillen gefoltert (Libyen und Italien Hand in Hand), bevor sie in den drei Lagern (tausend Plätze) dahinvegetieren, die im Norden von Libyen gebaut wurden. Seit Beginn des Aufstands, sowie auch in den umliegenden aufständischen Ländern, haben die Leute ihre Chance ergriffen, um das Land zu verlassen. Nun sind es ebenso sehr die Schüsse der libyschen Macht, wie die Bomben der westlichen Macht, vor denen sie flüchten. In den italienischen Ausschaffungszentren ist seit längerem ein Kampf im Gange. Die Lager brennen, Leuten gelingt es, auszubrechen.

Das Öl in die eigene Tasche stecken: Der Westen würde gerne weiterhin die Öl- und Gasreserven in Libyen plündern, sowie er schon immer die Böden von Anderen geplündert hat, ob dies nun erforderte, zu kolonisieren oder Handelsabkommen zu schliessen.

Verhindern, dass die bösen Muslime zu den Waffen greifen: Wiedermal ein alter Hut. Waffen, die übrigens die westlichen Mächte an Gadaffi geliefert haben [und von denen auch Teile von Schweizer Waffenproduzenten kamen – Anm. d. Ü.]. Kohle riecht gut, egal was und wen man damit unterstützt. Selbstverständlich, wir stehen Leuten gegenüber, die damit andere massakrieren, ob das nun im Namen von Gott, des Kapitals oder der Demokratie geschieht. Nur, wer sind diese Terroristen? Für Gadaffi sind alle Aufständischen Mitglieder der Al Qaïda. Für den Westen sind all jene, die gegen sie die Waffen ergreifen, ebenfalls Terroristen. Für sie ist es ganz einfach, es sind alle Terroristen, die es im Namen des globalen Friedens zu beseitigen gilt.

Mit diesem Weg, der eingeschlagen wird, wird die Revolution aus den Händen der Libyer gestohlen. Jetzt, wo die Düsenjäger im Tiefflug über die Dörfer und Städte fliegen, verwandelt sich der Widerstand in eine reguläre Landesarmee. Die Shebab (Jugendliche) müssen eingegliedert und diszipliniert werden. Und sie müssen den Offizieren gehorchen, die noch vor kaum einer Woche die Befehle von Gadaffi ausführten. So ähnelt die Volkserhebung eher einer Eroberungsarmee. Die westlichen Alliierten wünschen sich nichts sehnlicher, als dass eine Armee und eine Regierung die Revolution "führen". Sie wollen so schnell wie möglich ein stabiles Regime an der Macht, um den normalen Lauf der Dinge wieder einzurichten. Ein Szenario wie in Ägypten oder Tunesien, wo die Konfrontationen noch immer andauern, wollen sie um jeden Preis verhindern. Denn auch in Libyen werden viele Leute mit den alten Führern im neuen Kleid nicht zufrieden sein, ebensowenig wie mit den neuen Führern in alten Uniformen. Doch wer wird noch gegen die neue Armee rebellieren, die sie „befreit" hat? Und gegen die Bosse der NATO, die selbstverständlich nicht gratis arbeiten.

Krieg ist Frieden, ein Betrug so alt wie die Welt. Eine Sache ist sicher: die libyschen Aufständischen brauchen internationalistische Solidarität, wenn sie nicht von der Macht niedergedrückt werden wollen. Entweder von der unerbittlichen Repression, oder von der sanften Hand der Demokratie.

[Aus *Hors Service*, nr. 16]

Tunesien



Algerien

6. Februar: Laut angaben des Justizministeriums wurden seit Beginn der Unruhen 14 Gerichtsgebäude in Brand gesetzt und mehrere Gefängnisse beschädigt.

24. Februar Eine Gruppe junger Menschen versucht am Abend das Lager der Finanzkasse von Metlaoui zu stürmen und sich Zugang zum Tabaklager zu verschaffen. Die Armee schiesst in die Menge und tötet eine Person. Die Finanzkasse wurde im Vorfeld bereits zwei Mal geplündert. Der Verlust wird auf etwa 540'000 Dinar geschätzt.

25. Februar: In Kessrine kommt es im Verlauf von grossen Demonstrationen zu zahlreichen Brandstiftungen und Plünderungen. Die Ziele sind das Gerichtsgebäude, der Posten der Stadtpolizei, der Verkehrspolizei und der Nationalgarde, ein Gymnasium sowie das Lager der Finanzkasse, das Zollamt und die Staatsvermögensverwaltung. Die Hauptstrasse wird mit brennenden Autoreifen blockiert und es werden Läden geplündert. Nach der Aussage eines Anwohners werden auch Polizeiautos angezündet und ziehe sich die Polizei allmählich zurück.
In Tunis demonstrieren mehr als 100.000 Menschen gegen die Übergangsregierung. Auf der Avenue Habib Bourguiba werden drei Polizeiposten verwüstet oder angezündet, zwei Supermärkte angegriffen, Polizeiautos in Brand gesetzt und Cafes geplündert. Anschliessend durchziehen Soldaten, Anti-Riot Einheiten und vermummte, mit Schlagstöcken bewaffnete Zivilpolizisten die Strassen. Armeehelikopter fliegen tief über der Stadt. Trotzdem versucht ein Haufen Entschlossener das Innenministerium zu stürmen. Auf dem davorliegenden Parkplatz werden Polizeifahrzeuge in Brand gesteckt.

3. März: Drei tunesische Banken beklagen den Verlust von insgesamt 60 Bankfilialen und 66 Geldautomaten.

11. März: Es kommt erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Dabei werden in der Stadt Metlaoui zwei Demonstranten getötet und mehrere verletzt.

29. April: In Kasserine entkommen 522 Gefangene aus dem Knast, nachdem sich in zwei Gefängniszellen ein Feuer entwickelte. Am selben Tag entkommen auch 300 Häftlinge aus einem Gefängnis von Gafsa. Die dortigen Wärter befanden sich zum Zeitpunkt der Ausbrüche im Streik.

7. Mai: In Tunis und Umgebung häufen sich seit vier Tagen wieder Demonstrationen gegen die Regierung. Am Samstag werden 5 Polizeiposten angezündet, auf der Avenue Habib Bourgiba und in den nördlichen Vororten werden Einkaufshäuser geplündert. In den Städten Mnihla, d'Intilaka, d'Ibn Khaldoun, d'El-Mourouj V und Kasserine setzten Jugendliche mehrere Posten der Polizei und der Nationalgarde in Brand. Am Folgetag sind überall zerstörte Werbeschilder, verbrannte Pneus und Autos zu sehen. Infolge dieser Unruhen verhängt die Regierung eine nächtliche Ausgangssperre über Tunis und dessen Vororte. Trotzdem begehen im Vorort Ettadhammen Gruppen von Jugendlichen in der Nacht Sachbeschädigungen und Plünderungen.

17. Mai: Während der Zeit der nächtlichen Ausgangssperre, die vom 7. bis 16. Mai verhängt wurde, kam es zu 1'400 Verhaftungen. Etwa 500 davon aufgrund von „Anstiftung zum Chaos, zur Gewalt und zur Brandstiftung verschiedener Institutionen und privater und öffentlicher Güter".

Algerien

30. November 2010: In der Nacht nach der Niederreissung von 75 illegalen Behausungen in der Umgebung von Batna kommt es zu Ausschreitungen, in deren Verlauf sieben Polizisten verletzt werden. Die Bewohner der Behausungen blockierten alle Strassen, die nach Hamla führen mit brennenden Pneus und behelfsmässigen Barrikaden. Ausserdem plündern sie eine Schule, die sie anschliessend niederbrennen.

3. Januar: Tausende Unzufriedene blockieren die Strassen von Tipaza, um gegen die harten Lebensbedingungen zu demonstrieren. Die miserable Wohnungssituation führt seit Monaten zu Protesten.

5. Januar: Inspiriert von den Revolten in Tunesien und angeheizt von der chronischen Arbeitslosigkeit und der Erhöhung der Lebensmittelpreise brechen gegen Abend in mehreren Städten Algeriens Unruhen aus, während deren sich Jugendliche mit der Polizei konfrontieren. Im Quartier Bab-el-Oued von Alger, der Hauptstadt, stecken dutzende Jugendliche mehrere Läden in Brand, darunter ein Renault-Händler (einschliesslich 9 neue und einige umstehende Autos), ein Mobiltelefonladen und ein Kommissariat. Wie dies schon in früheren Aufständen oft geschah, zünden sie, gleichzeitig mit anderen Revoltierenden im westlichen Banlieue von Cheraga, alte Pneus auf der Strasse an, um der Verstärkung den Weg abzuschneiden. Auch in Oran zeigen sich Spannungen. Dutzende Jugendliche stecken Pneus in Brand und blockieren die Strassen, indem sie Bäume fällen.

Do, 6. Januar: Ausschreitungen bei weiteren Protesten in mehreren Städten. Jugendliche verschaffen sich in Oran gewaltsam Zugang zu einem Depot, um Mehl zu stehlen. Im Hafen von Alger wird schon zum zweiten Tag in Folge die Arbeit niedergelegt. Das Eingreifen der Gewerkschaften hat nichts gebracht, sie scheinen die Situation nicht mehr unter Kontrolle zu haben. Die Docker entschieden sich, sich mit den Arbeitsgebern















anzulegen, ohne sich auf ihre möchtegern Repräsentanten zu beziehen.

Fr, 7. Januar: Die selben Szenen, die das nationale Fernsehen vergangenen Abend noch als isolierte Vandalenakte hinstellen wollte, wiederholen sich etwas überall im Land: etwa zwölf Provinzen und unzählige Städte sind von der sozialen Wut betroffen. Nach Aussagen von Bürgern seien die seit Tagen anhaltenden Revolten „unorganisiert und äusserst gewaltbereit“, und erinnern sie an jene vom Oktober 1988. Die Demonstrationen werden von keiner politischen oder religiösen Organisation geleitet. Die Wütenden beachten weder die pazifizierenden Worte der Imams während ihrer traditionellen Freitagspredigten, noch die Aufrufe zur Ruhe der Autoritäten. *« Die Macht versteht nur Gewalt, Scherben und Aufstände. Die kannst dein ganzes Leben lang schreien, keine Autorität wird dich ernst nehmen »*, meint ein Verkäufer aus Bab-el-Oued. In Alger und vielen umliegenden Orten brechen heftige Konfrontationen mit der Polizei aus und schwarzer Rauch steigt aus den Strassen auf. Ein Büro der Post wird verwüstet und geplündert. Das Tourismusinstitut von Figuier, das Zollamt und ein Gymnasium werden angegriffen. In Sougueur werden zahlreiche öffentliche Gebäude zerstört, darunter ein Gericht, Büros der Gemeinde oder der Sitz von Sonelgaz (Gas und Elektrizitätsunternehmen). In der Nacht wird ein grosses Lager an Lebensmitteln und Elektrogeräten gestürmt und geplündert. Nach Zeugenaussagen seien dutzende Lastwagen mit Produkten vollgepackt worden. Auch in Mahdia wird der Sitz von Sonelgaz verwüstet, ausserdem wird das Auto des Chefs des Daïra (Bezirk) in Brand gesteckt. In Tiaret wird ein frisch renoviertes Gymnasium verwüstet und es werden Computer entwendet. In Annaba, Oran, Tadmaït und anderen Städten finden lange Strassenkämpfe mit der Polizei stadt. In Tizi-Ouzou errichten die wütenden Jugendlichen Barrikaden und machen sich eine Freude daraus, etwa eine halbe Stunde lang mit Steinen die Fenster der CNEP Bank einzuwerfen, bevor sie durch Tränengas zerstreut werden. Während des Abends wurde das Büro der Air Algérie und der CNAS (Sozialversicherung) im Stadtzentrum angegriffen und geplündert. In Aïn El Hammam wurde eine BDL Bank von Demonstranten in Brand gesteckt. In M'Sila, im Süden von Algerien, werden Läden und öffentliche Gebäude geplündert.
Die Rebellierenden, die in den Konfrontationen verletzt wurden, weigern sich fast alle, ins Spital gebracht zu werden, aus Angst, der Polizei übergeben zu werden. Sie werden mit verfügbaren Mitteln selbst versorgt.

Während der Revolten dieser letzten Tage sind bisher zwei Menschen gestorben, einer davon während des Versuchs, ein Polizeikommissariat in der Umgebung von M'Sila zu stürmen. Etwa 400 wurden verletzt, davon 300 Polizisten.

8. Januar: In Tiaret halten die Auseinandersetzungen an und es werden Plünderungen gemeldet. In Bab Sidi Boumediene wird ein Polizeiposten mit Steinen angegriffen. In Sidi-Bel-Abbès wird das Steueramt geplündert und anschliessend in Brand gesteckt, sowie das Gemeindegebäude von zahlreichen Jugendlichen besetzt. Während der bisherigen Unruhen wurden etwa 45 Schulgebäude mehr oder weniger schwer beschädigt.

9. Januar: Es werden mittlerweile 3 Tote und 800 Verletzte gezählt, darunter 763 Polizisten. Dazu kann man

Ein Interview

« Dies ist bereits die x-te Welle von Revolten seitens der algerischen Jugendlichen, die ihre Situation satt haben. Sie folgten 1988, 2001, 2008 und 2010 aufeinander, sie kommen und gehen... Es heisst, die Revolte sei sowohl aufgrund der abrupten Erhöhung der Preise von Grundnahrungsmittel, als auch aufgrund der der entstanden, die beide viel Unzufriedenheit hervorrufen.
So erfolgten in Oran die ersten Reaktionen auf die spontane Preiserhöhung während der ersten Tage der Woche: einige spontane Demonstrationen mit Steinwürfen und Plünderungen. Anschliessend weitete sie sich auf andere Städte aus, nach Algier und in den Rest des Landes. Die ganze Sache ist diesmal etwas breiter, denn mit Demonstrationen drang die Revolte auch ins innere des Landes vor, in den Süden, in die Provinz, der Hauptsitz der grössten multinationalen Ölkonzerne Algeriens.
[...] Diesmal gibt es überhaupt keine Organisation, keine klar ersichtlichen Forderungen, es ist Verbitterung, ein Herauslassen von allem, was sich während der Jahre angestaut hat, die Ungerechtigkeit, die Ungleichheit, die Teuerung, kurzum, die ganze Bürokratie. All dies kumuliert hier. Es braucht in dieser Gegend nicht viel, um die Jugendlichen zum Revoltieren zu bringen.
Ich denke nicht, dass jemand dahinter steckt. Worüber wir uns sicher sind, ist, dass dies eine spontane, und keine organisierte Sache ist, dass dies nicht mit der Revolte von 1988 vergleichbar ist. Damals gab es die Forderung nach einem Gesellschaftsprojekt, eine eigene deutliche Forderung. Obwohl auch damals in den Zeitungen und internationalen Medien von der Couscous-Revolte gesprochen wurde, war sie eine politische soziale Revolte, mit der Forderung nach Gerechtigkeit, Freiheit und einer Änderung des Gesellschaftsprojektes. Sie war keine so spontane Sache, in Wirklichkeit war sie eine ziemlich organisierte und vorbereitete Sache.
2001 war anders, obwohl es sich um Provokationen durch

Syrien

20. März: Demonstranten stecken in Deraa, im Süden von Syrien, den Sitz der Baath-Partei, das Gerichtsgebäude und davor parkierte Autos in Brand. Am dritten Tag der Proteste in dieser Stadt in der Nähe zur jordanischen Grenze zünden sie auch die Filialen von zwei Telephonunternehmen an, von denen die eine, Syriatel, dem Cousin des Präsidenten gehört. In diesen Tagen kam es zu fünf Toten und dutzenden Verletzten. Auch in den kommenden Monaten bleibt die Sitaution äusserst angespannt.

Jemen

Seit dem 27. Januar demonstrieren in Jemen immer wieder Zehntausende Leute gegen die Regierung von Präsident Ali Abdullah Salih. Während zahlreichen Auseinandersetzungen mit der Polizei, der Armee oder Regimebefürwortern während der folgenden Monate und in verschiedenen Städten kommt es zu hunderten Toten und Tausenden Verletzten. Reformvorschläge des Präsidenten werden abgelehnt, die Unruhen gehen weiter. Am 20. März wird bekannt, dass sich die bestehende Regierung auflösen wird.

Libyen

Aufgrund mangelnder detaillierter Informationen folgt hier nur ein kurzer Abriss des Verlaufs der Konflikte in Libyen, der sich in den offiziellen Medien grösstenteils auf die militärischen Manöver reduziert.

Mitte Januar 2011 kommt es, inspiriert von den Ereignissen in Tunesien, zu ersten Protesten gegen die Regierung des seit 1969 herrschenden Diktators Gadaffi. Mit der Entwicklung der Aufstände in den angrenzenden Ländern verschärfen sich allmählich auch die Konflikte in Libyen. Bei Demonstrationen im ganzen Land, zu denen am 15. Februar aufgerufen wird, kommt es in Bengasi, Tripolis, Al-Baida und einigen anderen Städten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften. Am 17. Februar wird zu einem „Tag des Zorns“ aufgerufen und in allen grossen libyschen Städten gehen die Leute auf die Strassen, werfen Steine und Molotovs gegen die Polizei, stecken an einigen Orten Polizeiposten in Brand. Dabei werden dutzende Demonstranten durch Schüsse von bewaffneten Söldnern und Spezialeinheiten der Polizei getötet. In den folgenden Tagen weiten sich die Auseinandersetzungen massiv aus. Sicherheitskräfte und Soldaten laufen teilweise zu den Aufständischen über. Bengasi, die grösste Stadt Ostlibyens, fällt am 20. Februar in die Hände der Aufständischen. Verschiedene Städte folgen, sodass die Truppen Gadaffis nach etwa einer Woche praktisch aus der gesamten Region Kyrenaika, sowie aus der Stadt Misrata vertrieben werden. Die Hauptsstadt Tripolis bleibt unter Kontrolle der Regierungstruppen.
Verstärkt durch Söldnertruppen antwortet die libysche Armee, die zunächst in vielen Städten in die Defensive gedrängt wurde, mit äusserster Härte. Es kommt zu Angriffen der libyschen Luftwaffe, bei denen zahlreiche Menschen ums Leben kommen. In umkämpften Städten wie Tripolis und Misrata kommen Heckenschützen zum Einsatz.
Am 17. März verabschiedet der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, in der die „Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen“ sowie der „Schutz der Zivilbevölkerung mit militärischen Mitteln“ autorisiert wird. Es folgen massive Luftschläge insbesondere der französischen und US-amerikanischen Luftwaffe gegen die vorrückenden libyschen Truppen und „strategische Ziele“ im ganzen Land.
Nach diversen Vorstössen und Rückzügen richtete sich mittlerweile eine Patt-Situation zwischen den Truppen der Regierung und der Opposition ein.







Internationale Solidarität mit den Aufständischen

Folgend nur einige gefundene Beispiele von Aktionen:

9. Januar – Pantin, Frankreich: Am frühen Morgen zerstört die Explosion einer selbstgebauten Bombe die Metalleingangstüre des Tunesischen Konsulats.

12. Januar – Bern, Schweiz: Im Botschaftsviertel werden Molotovs auf des tunesische Konsulat geworfen. Das Feuer greift leider nicht, die Schäden bleiben begrenzt.

19. Januar – Trento, Italien: Bei einer neue Tankstation von ENI [italienischer multinationaler Ölkonzern] werden die Zahlungssysteme von fünf Pumpen mit Hämmern zerschlagen. Auf den Scheiben stehen Sprayereien wie *« von Tunesien bis Nigeria, ENI-AGIP, Verbreiter des Elends »*. (Es ereignen sich in diesen Wochen diverse weitere Anschläge auf Lokalitäten der ENI. Mehr dazu auf Seite 40.)

25. Januar – Paris, Frankreich: Während einer Demonstration werden Flyer in Solidarität mit den Revolten und mit Kameraden, die für ihren Kampf gegen die Ausschaffungsknäste in Paris im Gefängnis sitzen verteilt, Plakate gekleistert und Parolen gerufen.

28. Januar – Gent, Belgien: Hinter einem Transparent *« Von Tunis bis Gent, es lebe der Aufstand »* läuft eine freudige Demonstration durch das alte Arbeiterviertel von Brugse Poort. Flyer werden verteilt, Parolen in Solidarität mit den Erhebungen gerufen und mehrere Banken mit Farbe beworfen.

3. Februar – Paris, Frankreich: Eine unbewilligte Demonstration von Ägyptern vor dem Ägyptischen Konsulat in Paris endet mit verletzten Demonstranten und etwa hundert Verhaftungen.

–

In diversen Ländern zirkulieren Flyer und Plakate in Solidarität mit den Aufständischen.



Ägypten

13. Februar: An der Börse, bei Textil-, Medien-, Stahlfirmen, der Post, der Eisenbahn und im Gesundheitsministerium kommt es weiterhin zu Streiks.

25. Februar: Die Freitagsdemonstrationen auf dem Tahrir-Platz gehen weiter. Viele Ägypter misstrauen der Übergangsregierung. Das ägyptische Militär geht erstmals gewaltsam mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor.

4. März: Bei einem Versuch, das Hauptquartier der Sicherheitspolizei zu stürmen, kommt es in Alexandria zu gewaltsamen Zusammenstössen.

5. März: Das Gerücht verbreitet sich, dass aufgrund der nahenden Auflösung der Sicherheitspolizei (Mabahith amn ad-daula al-ulya), gegenüber welcher seit langem Folter- und Missbrauchsvorwürfe laut wurden, Beamte dieser Behörde systematisch im ganzen Land geheime Akten zu vernichten beginnen. Daraufhin stürmen etwa 2'500 Demonstranten eine ihrer Niederlassungen in Kairo und entwenden offzielle Dokumente. „Die Fenster wurden geöffnet und die Papiere flogen durch die Fenster hinaus“. Auch in Cheikh Zayed, im Banlieue von Kairo, versuchen hunderte in das lokale Gebäude der Staatssicherheit einzudringen, die Armee stellt sich jedoch dazwischen. In Marsa Matrouh, im nordosten von Kairo, gelingt das Unterfangen, Dokumente werden entwendet und das Gebäude anschliessend in Brand gesteckt. Auch in Zagazig und Fayoum und anderen Orten gelingt es den Demonstranten, die Büros zu stürmen. Viele werden durch Schüsse verletzt, mit denen die Sicherheitspolizisten erwidern. Nach Angaben von Al Jazeera fanden die Aktivisten im Hauptquartier in Kairo einen Raum, in dem zu fast jedem ägyptischen Aktivisten eine angelegte Akte auffindbar ist.

9. April: Nach zahlreichen gewaltsamen Niederschlagungen von Demonstranten in den letzten Wochen, beginnt das besher recht hohe Ansehen des Militärs unter den Ägyptern zu bröckeln. Zum ersten Mal seit dem Sturz von Mubarak und seit Beginn der Militärregierung werden bei Auseinandersetzungen zwischen Zivilisten und Militärpolizisten Demonstranten getötet. *« Ich habe darauf gewartet, das andere Gesicht der Armee zu sehen », sagte ein Demonstrant. « Wenn sie so weitermacht, wird sie das andere Gesicht des Volkes zu sehen bekommen. »*

4. Juni: Nach dem Tod eines Mannes auf einem Polizeiposten, dem x-ten polizeilichen Mord in den letzten Wochen, wird ein Polizeiposten im Zentrum von Kairo von etwa 200 Wütenden in Brand gesteckt. Während Auseinandersetzungen kommte es zu 10 Verletzten.

5. Juli: Ein Jugendlicher wird in Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Gruppen von Leuten getötet, die ein Polizeiposten in Anstrum nahmen, um Gefangene zu befreien, die am Vortag bei einer Razzia der Polizei und des Militärs gegen ein angebliches Drogennetz im Slum von Ezbet Abou Quarn verhaftet wurden. Nach der Freilassung unter Auflagen von sieben Polizisten, die angeklagt werden, im Januar und Februar insgesamt 17 Demonstranten in Suez getötet zu haben, kommt es ebenfalls zu Ausschreitungen. Familienmitglieder versuchten den Audienzsaal zu stürmen und blockierten die Autobahn zwischen Kairo und Suez. Seit den Aufständen haben sich die Beziehungen zwischen Polizei und Bevölkerung massiv verschlechtert.

Marokko

20. Februar: In Al Hoceima, im Norden von Marokko greifen einige Wütende nach einer Demonstration gegen die miesen Lebensbedingungen einen Polizeiposten an und stecken mehrere Autos in Brand, woraufhin Auseinandersetzungen mit der Polizei losbrechen. Auch in Marrakech (Süden) und Larache (Norden) kam es nach Demonstrationen zu Ausschreitungen

Burkina Faso



Syrien



Libyen







Burkina Faso

7. März: Nachdem Ende Februar vier Demonstranten durch Schüsse getötet wurden, finden in diversen Städten des Landes Demonstrationen statt, in deren Verlauf Polizeiposten und öffentliche Gebäude angegriffen und Barrikaden errichtet werden. In Yako erlaubte die Brandstiftung eines Polizeiposten die Flucht von zwölf Gefangenen. Auch der Polizeiposten von Koupela (140km östlich von der Hauptstadt) wurde in Brand gesteckt und neun Gefangene konnten fliehen. Weitere Posten in Gourcy, Dori, Réo und Léo gehen in Flammen auf.

9. März: In Bogande kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Ordnungskräften und Demonstranten, die es auf den Polizeiposten und auf Polizisten im Allgemeinen abgesehen haben. Ein Lager und ein Fahrzeug werden neben dem Polizeiposten in Brand gesteckt. In Fada N'Gourma wird das Gouvernoratsgebäude in Brand gesteckt und Polizisten werden angegriffen. In Diapaga stecken Demonstranten einen Polizeiposten in Brand. In Ouahigouya gehen der Sitz der CDP (Regierungspartei), das Haus des Gouverneurs, alle Gebäude der Polizei, der Gemeinderat, der Stadtrat, das regionale Zollamt und ein Teil des Justizpalastes in Flammen auf.

Ägypten



über Algerien

Ermordungen handelte (infolge der Ermordung eines 18-jährigen Jugendlichen auf einem Polizeiposten, verwandelte sich im Frühjahr 2001 die Region der Kabilie in die Szenerie einer Revolte, die sich über Monate hinzog, in denen unzählige Partei- und Polizeigebäude in Flammen aufgingen und die Bevölkerung begann, sich erneut in den traditionellen Dorfsversammlungen zu organisieren, die *Aarch* genannt werden), gelang es der Gesellschaft damals letztendlich mehr oder weniger, Ordnung in die Sache zu bringen und eine Forderungsplattform zu bilden. Diesmal jedoch gibt es nichts von all dem, keine klaren Parolen. Die wütenden Leute ziehen los und plündern, was sie nehmen können.

[...] Es sind Jungendliche, zur Zeit gibt es weder Studenten noch Gewerkschaftler, keinen Versuch zur Organisation. Die Leute der Mittelklasse rufen zur Ruhe auf. In solchen Situationen sind es immer die Ärmsten der Ärmsten, die hinter den Aktionen stehen. Sie sind es, die handeln, sie sind es, die die Schläge abbekommen, sie sind es, die plündern, doch viele Leute bleiben stehen und schauen zu.

[...] Der Freitag ist besonders gefährlich. Freitags sind die Predigden, und darauf gefolgt gehen die Unruhen üblicherweise los. Die Imam wurden angewiesen, zur Ruhe aufzurufen, doch dieses Mal haben die Jugendlichen nicht hingehört. [...] Einige befürchteten, die islamistischen Fundamentalisten könnten versuchen, auf die Welle aufzuspringen. Doch auch sie hatten keinen Erfolg darin, irgendetwas zu tun [...].

»

Aus einem Interview mit einem Gefährten aus der Kabilie, auf dem italienischen Radio Black Out, am 13. Januar 2011.

anmerken, dass sich, wie schon weiter oben gesagt, die meisten Revoltierenden weigerten, sich ins Spital bringen zu lassen.

1. Februar: Von den etwa 1'100 während der Unruhen Anfangs Januar Verhafteten, wurden 137 dem Gericht vorgeführt und mittlerweile 81 provisorisch wieder entlassen.

14. Februar: Nach der umkämpften Räumung einer Besetzung von 500 neugebauten Wohnungen durch die Polizei in Akbou, setzen sich die Konfrontationen auf den Strassen über die ganze Nacht fort. Mehrere öffentliche Gebäude wurden verwüstet, darunter das lokale Arbeitsamt.



23. März: In Oued Koriche, einem ärmeren Quartier von Bab El Oued, errichten Bewohner, die gegen die Zerstörung ihrer illegal errichteten Behausungen protestieren, Barrikaden auf den Verkehrsachsen und konfrontieren sich mit der Polizei. Seit Oktober 2009 folgen immer wieder solche wohnbedingten Unruhen aufeinander.



8. Juni: Sicherheitskräfte vertreiben in Oargla etwa 20 Arbeitslose, die seit mehreren Tagen vor dem Sitz des Verwaltungsbezirks campieren. Nachdem diese gemeinsam mit ihren Freunden und Nachbarn als Reaktion darauf alte Pneus in Brand stecken und eine Strasse blockieren, wird die anrückende Polizei von hunderten herbeiströmenden Jugendlichen aus dem Quartier mit Steinen und anderen Wurfgeschossen angegriffen. Während den Auseinandersetzungen, die bis zum frühen Morgen andauern, stecken die wütenden Jugendlichen einen Polizeiposten in Brand.



Ägypten

25. Januar: Inspiriert von den Ereignissen in Tunesien, gehen in ganz Ägypten tausende Leute auf die Strasse, um den Rücktritt des 82-Jährigen Diktators Mubarak zu fordern, der dort seit drei Jahrzehnten an der Macht ist. Bei Auseinandersetzungen in Sues eröffnet die Polizei das Feuer und zwei Demonstranten werden getötet. In Kairo, wo 20-30'000 Polizisten mobilisiert wurden, stirbt ein Polizist an seinen Verletzungen. Noch spricht die Regierung von „nichts Neuem für ein Land, das seit 2004 eine gewisse Anzahl von Demonstrationen gesehen hat.“

26. Januar: In Sues stürmen Revoltierende einen Polizeiposten und stecken ihn in Brand. Molotov-Cocktails werden auf ein Gebäude der Stadtverwaltung und den lokalen Sitz der Partei von Hosni Mubarak (NDP, Nationaldemokratische Partei) geworfen. Das Innenministrium verhängt in der Stadt eine nächtliche Ausgangssperre und ein Demonstrationsverbot. In Kairo rammen dutzende Demonstranten einen der Eingänge des Aussenministeriums ein und besetzen das Büro eines Sicherheitswachen, bevor sie sich vor der Polizei und dem Tränengas wieder zurückziehen. Nachdem vermehrt Plünderungen gemeldet werden, ordnet der Gemeindevorstand die Schliessung der Läden an. Die Internetplattformen Facebook und Twitter, über die sich tausende Demonstranten verabredet haben, werden in Ägypten gesperrt.



Seit Dienstag haben die Auseinandersetzungen zu 70 Verletzten und 6 Toten geführt, davon 2 Polizisten und 4 Demonstranten.















27. Januar: Neue Demonstrationen etwas überall in Ägypten. In mehreren Städten des Nord-Ostens konfrontieren sich hunderte Leute mit der Polizei. In der von Polizeikräften belagerten Stadt Kairo ist die Lage am Donnerstag relativ ruhig. In der Hafenstadt Sues hingegen, ereignen sich die heftigsten Auseinandersetzungen seit beginn der Unruhen. Hunderte Demonstranten, die die Freilassung der Verhafteten vom Dienstag und Mittwoch fordern, greifen die Polizisten mit Molotovs und Steinen an und blockieren die Strassen mit brennenden Pneus und Kisten. Die Polizei setzt hauptsächlich Tränengas und Gummischrot ein, wirft aber auch gelegentlich mit Steinen zurück. Der Filialensitz einer Tabakfirma und ein Supermarkt werden geplündert und ein Polizeiposten und eine Feuerwehrkaserne in Brand gesteckt. *« Jene, die sich mit der Polizei konfrontieren, sind Jugendliche, und unter ihnen gibt es Studenten, Gymnasiasten und Arbeitslose »*, meint ein Anwohner. Laut offiziellen Angaben wurden seit Dienstag 1'000 Personen verhaftet.
Gegen Mitternacht kapt Ägypten als historisch erste Regierung den Internetzugang in einem ganzen Land. Auch Kurzmitteilungen können nicht mehr verschickt werden und das Mobiltelephonnetz ist stark beeinträchtigt. Vodaphone sagt, die Regierung habe sie aufgefordert, „in präzisen Zonen des Landes“ das ganze Netz auszuschalten.

28. Januar: Hunderttausende demonstrieren in den meisten grossen Städten des Landes am „Tag der Wut“, wie ihn die mobilisierenden Organisationen ankündigten. Die Imams (die islamischen religiösen Führer) übernehmen ihre Rolle als Befrieder, und predigen im Ganzen Land den Pazifismus. Trotzdem brechen die schwersten Unruhen seit der Machtergreifung von Mubarak 1981 aus. In Alexandria wird der Sitz des Gouvernorats in Brand gesteckt und ein Polizeiposten angegriffen. In Ismailiya und in Dumiat wird der Parteisitz der NDP verwüstet. Bei einem Anstrum auf einen Polizeiposten in Sues wird ein 30-Jähriger durch einen Schuss getötet. Die Revoltierenden dringen in den Posten ein, befreien die in den letzten zwei Tagen Verhafteten und versorgen sich mit Waffen. Anschliessend steckten sie ihn und acht davorstehende Polizeiautos in Brand. Die Polizei zieht sich zurück. In Kairo, wo sich die Polizei schon am frühen Morgen massiv aufstellte und die Schliessung der Metro angeordnet wurde, werden im Laufe der massiven Demonstrationen zwei Polizeiposten und der Sitz der Nationaldemokratischen Partei in Brand gesteckt. Das Aussenministerium wird erneut angegriffen und beim Versuch, sich dem Gebäude des Staatsfernsehens anzunehmen, werden die Demonstranten von Soldaten zurückgetrieben. Die Armee rückt am Abend in die Strassen der Hauptstadt, sowie in jene von Sues und Alexandria ein, und verkündet in diesen Städten eine von Mubarak, der gleichzeitig Armeechef ist, angeordnete nächtliche Ausgangssperre (von 18:00 bis 07:00). Die „bewaffneten Kräfte sollen diese Entscheidung in Zusamenarbeit mit der Polizei durchsetzen, die Sicherheit bewahren und die öffentlichen Gebäude und privaten Eigentümer schützen.“. Es werden aber auch erste Anzeichen von Soldaten gesehen, die sich aktiv mit den Demonstranten solidarisieren. Die Ausgangssperre wird nicht respektiert und die Auseinandersetzungen mit der Polizei halten die ganze Nacht an.

29. Januar: In Rafah sterben drei Polizisten bei einem Angriff auf den dortigen Sitz der Staatssicherheit. In Beni Suef versuchen Demonstranten zwei Polizeiposten zu stürmen, woraufhin die Ordnungskräfte das Feuer eröffnen. Dabei starben 17 Menschen. Auch in Kairo, als tausende Demonstranten, nachdem mehrere Polizeiautos um das Innenministerium herum angezündet wurden, das Gebäude zu stürmen versuchen, beginnt die Polizei zu schiessen. Mehrere Umüge begeben sich in Richtung des Staatsfernsehens. Der Sitz der NDP, der schon letzte Nacht brannte, steht erneut in Flammen. Etwas überall wird geplündert, darunter ein Carrefour Supermarkt am Rande der Stadt. Die Armee fordert die Bevölkerung auf, sich vor den Plünderern zu schützen und teilweise werden bewaffnete Bürgerwehren gebildet. Obwohl die Ausgangssperre auf 16:00-08:00 ausgeweitet wurde, bleiben in Kairo etwa 2'000 Demonstranten über Nacht auf den Strassen.

Nach ärztlichen Quellen wurden im Verlaufe der Auseinandersetzungen von Freitag und Samstag bereits 85 Personen getötet und tausende Verletzt.

30. Januar: Tausende demonstrieren in von der Polizei verlassenen Strassen. Nachdem sich diese seit Freitag mehr oder weniger zurückzog, beginnen sie jedoch am Abend wieder zu patrouillieren. In verschiedenen Gefängnissen Ägyptens können nach Aufständen, die oft mehrere Tote auf Seiten der Gefangenen erforderten, Tausende Häftlinge entfliehen. Die Ausgangssperre beginnt jetzt bereits um 15:00.

31. Januar: Ägyptens Armee hat den Demonstranten in einer öffentlichen Erklärung versichert, sie werde keine Gewalt gegen die Bevölkerung einsetzen. In Sues, wo die Auseinandersetzungen seit Beginn der Unruhen besonders heftig sind, wird ein weithin verhasster Polizeioffizier von Demonstranten getötet. Ausserdem haben verschiedene Gewerkschaften zu einem Generalstreik aufgerufen. So fahren am Montag im ganzen Land keine Züge mehr. Auch in Alexandria kommt es wieder zu grossen Demonstrationen und der bedeutende Handelshafen bleibt geschlossen. Mehr als 450 Plünderer werden von der Armee verhaftet.

1. Februar: Etwa 2 Millionen demonstrieren in Kairo. Mubarak kündigt an, er werde im September sein Amt verlassen. Die Proteste gehen entschlossen weiter, und fordern seinen sofortigen Rücktritt.

2. Februar: Tausende Verteidiger des Mubarak-Regimes greifen in Kairo mit Steinen, Eisenstangen und Messern die Demonstranten auf dem Tahrirplatz an, wo sie sich seit beginn der Unruhen versammeln. Die Armee hält sich beiseite. Laut Demonstranten, handle es sich um „Personen, die von der Regierung bezahlt wurden, oder um Polizisten in Zivil.“ Nach offiziellen Angaben kam es zu dreizehn Toten und 1'200 Verletzten. Der Platz bleibt in den Händen der Regimegegner.

Der Zugang zum Internet wurde am Morgen wieder hergestellt, die Ausgangssperre, nachdem sie nun schon um 14:00 begann, wieder auf 17:00 verschoben.

3. Februar: Mehrere Tausend stossen am Morgen wieder zu den hunderten Demonstranten, die sich, trotz der die ganze Nacht anhaltenden Konfrontationen mit Steinen und Molotovs mit den Regimebefürwortern, auf dem Platz halten konnten, indem sie brennende Barrikaden aus Autos und anderem Behelfsmaterial errichteten. Etwa 15 Personen waren die ganze Nacht damit beschäftigt, mit Eisenstangen alle Pflastersteine der Zone herauszuschlagen und zu zerkleinern. In den Konfrontationen mit Regimebefürwortern kam es in den letzten 24 Stunden zu etwa 1'500 Verletzten. 5 Demonstranten wurden durch Schüsse getötet. Für die Demonstranten ist klar, „wenn sie die Schlacht verlieren, wird jeder von ihnen verhaftet, bedrängt und gefoltert werden“. Trotz der zahlreichen Verluste steigt die Entschlossenheit auf dem Tahrirplatz weiter an.

5. Februar: Auf die Forderung, die Versammlung auf dem Tahrirplatz aufzulösen und die Barrikaden abzubauen, erwidern die Demonstranten, dass sie den Platz besetzen werden, bis Mubarak zurückgetreten sei.

8. Febraur: Hunderttausend Menschen demonstrieren auf dem Tahrirplatz.

9. Februar: In der sonst eher ruhigen Oasenstadt El Kharga wurden in heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei 5 Personen getötet und hunderte verletzt. Daraufhin stecken die wütenden Demonstranten sieben offizielle Gebäude in Brand, darunter zwei Polizeiposten, ein Gericht und der Parteisitz der NDP. In Assiut blockieren revoltierende Bauern eine Eisenbahnstrecke und eine Autobahn mit brennenden Pneus und Palmen. In Port Seid wird der Sitz der Provinz verwüstet und danach in Brand gesteckt. Auch das Auto des Gouverneurs geht in Flammen auf. Die Unruhen werden durch das Beitreten streikender Arbeiter von unzähligen Textil-, Öl-, Eisenbahn-, Medizin- und anderen Unternehmen im ganzen Land ausgeweitet. In der grössten Textilfabrik Ägyptens (24'000 Angestellte) bricht ein unbefristeter Streik aus, „in erster Linien als Zeichen der Solidarität mit den Demonstranten auf dem Tahrirplatz“. Dutzende Tausend Angestellte des öffentlichen Sektors sind ebenfalls am streiken. Arbeiter eines Pharmaunternehmens blockieren die Brücke über den Sueskanal.

12. Februar: Mehr als eine Million Menschen demonstrieren landesweit. Am Nachmittag gibt Mubarak sein Amt auf und der Oberste Rat der Armee übernimmt die Macht.
600 Gefangenen gelingt es nach einem Aufstand aus einem Gefängnis in Kairo auszubrechen. Es ist der zweite Massenausbruch in dem Gefängnis von Marg seit Anfang der Unruhen.

Die Ausgangssperre gilt noch immer von 20:00-06:00.

Die Konfrontationen zwischen Polizei und Demonstranten, später zwischen Regime Befürwortern und Gegnern verursachten bisher etwa 300 Tote und tausende Verletzte.

12. Februar: Die Barrikaden auf dem Tahrir-Platz werden gemeinsam von Zivilisten und Soldaten abgebaut, sowie einige Strassen von Freiwilligen gereinigt.



Senegal

28. Juni: Schon vor vier Tagen kam es, angesichts einer Verfassungsreform von Abdoulaye Wade, zu einem Tag voller Ausschreitungen. Tausende Senegalesen besetzten den Sitz der Nationalversammlung. Während den Auseinandersetzungen kam es zu etwa hundert Verletzten, davon 13 Polizisten. Trotz des Rückzugs der Reform sank die Spannung nicht wieder ab. Die sich wiederholenden Kappungen der Elektrizität tragen dazu bei. Nun entstehen Blockaden aus Steinen und brennenden Pneus überall in der Stadt. Am Abend werden die Geschäfter von Senelec, der öffentlichen Elektrizitätsgesellschaft, in zwei Quartieren und drei anderen Städten in Brand gesteckt. Auch das Ratshaus wird verwüstet und zwei Sitze des Steueramts werden durch Brandstiftung völlig zerstört, Papiere und Computer werden auf der Strasse verbrannt. Im Quartier Yoff von Dakar wird das Wohnhaus des Erziehungsministers und im Quartier Maristes jenes des Regierungssprecher geplündert. Die Senegalesen besetzen die Strassen. Die Ordnungskräfte haben die Situation nicht mehr unter Kontrolle. Die Armee kommt zum Einsatz, um einige wichtige Punkte und die Häuser von Regierungsvertretern zu schützen.

Ägypten









